

Mein ist das Wohnrecht
und der Profit und die Macht
in Ewigkeit [?]
Amen



MIETRECHT- BROSCHÜRE

WAS DER MIETER WISSEN MUß

Neubearbeitung
1973

Stadtteilgruppe Kreuzberg
Süd

WELCHE GEBLICHEN SCHÜTZEN DEN MIETER ??

Gesetze werden nicht von Mietern und Arbeitern gemacht, sondern von denen, für die wir arbeiten:

"Wer das Geld hat, hat die Macht, und wer die Macht hat, hat das Recht."

Wir können also nicht erwarten, daß das Mietrecht die Interessen der Mieter schützen will. Es gibt deshalb auch kein Gesetz mit dem Inhalt, daß jeder das gleiche Recht auf eine angemessene Wohnung hat. Alle Mietgesetze gehen davon aus, daß man seine Wohnung bezahlen muß, daß die Mieter je nach Einkommen eine erträgliche oder eine unwürdige Wohnung haben oder sogar im Obdachlosenlager oder auf der Straße landen.

Trotzdem gibt es Gesetze, auf die sich ein Mieter gegenüber einem Hausbesitzer berufen kann. Wie kommt das ?

Mieter gehen zur Arbeit, oder sie lernen für einen Beruf, oder sie haben ihr Leben lang geschuftet. Ohne Arbeiter könnten aber die Unternehmer nichts verdienen, ohne Verkäuferinnen würden die Warenhäuser pleite machen, ohne Angestellte gäbe es keine Verwaltung. Arbeiter und Angestellte, Schüler und Rentner, sie alle brauchen ein Dach über dem Kopf, brauchen einen Raum, in dem sie schlafen, essen und wohnen können. Sonst könnten sie nicht arbeiten, und niemand könnte an ihrer Arbeit verdienen. Die vielen Arbeiter, Schüler und Rentner könnten sonst ja auch auf die Idee kommen, die wenigen Unternehmer und Hausbesitzer abzuschaffen und über das gemeinsam Erarbeitete auch gemeinsam zu bestimmen.

Damit die Mieter gar nicht erst auf solche Idee kommen, greift der Staat mit Mietgesetzen ein. Dabei verfolgt er aber nicht die Interessen der Mieter auch nicht das nur auf ihren eigenen Profit spekulierenden einzelnen Hausbesitzer. Denn der Staat muß als Vertreter der ganzen Kapitalisten (Unternehmer und Hausbesitzer) sorgen, daß dieses gesellschaftliche System überhaupt funktioniert. Dazu gehört, daß der Arbeiter ein Dach über dem Kopf hat und die Kosten nicht so hoch sind, daß er sie von seinem Lohn nicht bezahlen kann.

Der Staat greift mit seinen Mietgesetzen also dann ein, wenn großer Wohnungsmangel besteht oder die Wirtschaft lahm liegt. Das war kurz nach

INHALT

Welche Gesetze schützen den Mieter ?	1
Keine Angst vor der Kündigung	3
Wohnungssuche und Vertragsabschluss	4
Wie hoch darf die Miete sein ?	5
Unzulässige Vertragsklauseln	7
Wer macht die Reparaturen ?	8
Untermiete	10
Stadtrenovierung und die Folgen	11
Die können mit uns nicht machen, was sie wollen	12

Stichworte:

Abstand	4	Mietminderung	8
Aufrechnung	8	Mietpreisstelle	5
Belästigung	3	Mietvertrag	4
Besuch	7,10	Reparaturen	8,9
Bruchbude	6	Schadenersatz	9
Eigenbedarf	3	Schlechtsreparaturen	8
Ereuzwohnraum	11	soziales Mietrecht	1,2
Grundmiete	5,6	Stadteilgruppe	12,13
Haustiere	7	Untermietzung	
Kautions	4	schlag	5
Makler	4	Werkwohnung	3
Mängel	8,9	Wohngeld	11
Mieterhöhung	6		
Mieterhöhungsstreik	6		

Stadtteilgruppen, Mieterberatung

Stadtteilgruppe Kreuzberg Süd, Laden Kohlfurter Str.2

Tel. 691 68 60 Mieterberatung: Do 17-20 Uhr

Stadtteilgruppe Kreuzberg Nord, Laden Dresdener

Str. 126, Tel. 612 59 32, Treffen Mi 19 Uhr

Stadtteilgruppe Neukölln, Tel 698 26 31

Märkische Viertel Zeitung, Wilhelmsruher Damm 201

bei Lange, Tel. 415 59 67

Mieterschutzbund Märkisches Viertel, Wilhelmsruher

Damm, "Brücke", Tel. 415 65 36, Mieterberatung

Di 20 Uhr

Rote Hilfe Westberlin, Moabit, Stephanstr. 60

(Fabrik), Tel. 35 45 79, Büro Mo-Fr. 17-19 Uhr

1. Weltkrieg der Fall. 1921-1923 entstanden die Gesetze, die zum Teil noch heute als "soziales Mietrecht" Gültigkeit haben. Nach der Niederlage im 1. Weltkrieg war es notwendig, die Industrialisierung voranzutreiben, Kriegs- und Demontagefolgen zu beseitigen und Kriegsschulden zu bezahlen. Um die Industrie in die Lage zu versetzen, die dafür erforderlichen großen Profite zu erwirtschaften, mußten die Löhne gering gehalten werden. Das konnte der Staat angesichts der Stärke, die die Arbeiterbewegung nach dem 1. Weltkrieg hatte, aber nur dann erreichen, wenn er durch gesetzliche Beschränkungen die Mieten niedrig hielt.

In Westdeutschland hat man das "soziale Mietrecht" - Mietpreisbindung und Kündigungsschutz - , das nach dem 2. Weltkrieg dieselbe Aufgabe hatte, wieder abgeschafft, denn da ist der Wiederaufbau der Industrie zu Ende. In Berlin dagegen gibt es noch Mieterschutz und Mietpreisrecht. Erst zum 1.1.76 soll Berlin "weisser Kreis" werden. Die Industrie hat wegen der Insel-lage von Berlin gestögert, viel zu investieren, und die Arbeiter zogen nach Westdeutschland. Deshalb wird die Industrie in Berlin vom Senat subventioniert, und die Arbeiter kördert man mit niedrigen Mieten. Die Hausbesitzer, die in Berlin nicht so leicht Wuchermieten nehmen können, legten ihr Geld lieber in Westdeutschland an, weil sie dort noch mehr an den Mietern verdienen können als in Berlin. Sie ließen deshalb in Berlin die alten Häuser stehen, die oft in einem so baufälligen oder verwahrlosten Zustand sind, daß wieder Gesetze erlassen werden mußten, damit wenigstens das Notwendigste getan wird.

Gerade in Berlin ist es also möglich, im Einzelfall auch die bestehenden Mietgesetze im Kampf gegen Ausbeutung und Bevormundung im Wohnbereich einzusetzen. Diese Mietrechtsbroschüre soll deshalb eine Übersicht über das in Berlin geltende Mietrecht geben. Darüber hinaus stehen die Stadtteilgruppen zu kostenloser Mieterberatung zur Verfügung.

KEINE ANGST VOR DER KÜNDIGUNG

Viele, die etwas gegen ihren Vermieter unternehmen wollen, tun das nicht aus Angst vor einer Kündigung. Deshalb gleich vorweg:

In Berlin kann der Vermieter den Mieter von Altbau- und Sozialwohnungen nicht kündigen. Das Mietverhältnis kann nur in ganz bestimmten Fällen durch ein Gerichtsurteil aufgehoben werden.

Das Amtsgericht hebt das Mietverhältnis auf Antrag des Vermieters nur auf:

1. Bei Nichtbezahlen der Miete (§ 3 MieterschutzG). Der Mieter muß mit mehr als einer Monatsmiete im Rückstand sein. Auch dann wird das Mietverhältnis nicht aufgehoben, wenn er innerhalb eines Monats ab Klagezustellung die Miete nachzahlt ("Schonfrist").
2. Bei erheblicher Belästigung (§ 2 MSchG), z.B. dauernde nächtliche Ruhestörung, Rinkeln im Hausflur, Beschimpfen der Mitmieter, Beleidigung des Vermieters, dauernd unpünktliche Mietzahlung, unerlaubte Untermiete (vgl. S. 10). Wenn es sich nicht um ganz schlimme Fälle handelt, muß der Vermieter den Mieter vorher vergeblich aufgefordert haben, die Belästigung zu unterlassen. Wichtig: da der Vermieter meist nicht im gleichen Haus wohnt, können durch Lärm usw. nur die Mitmieter belästigt werden. Wenn sich aber die Mieter einigen, besteht in diesen Fällen für den Vermieter keine Möglichkeit, wegen Belästigung auf Aufhebung zu klagen.
3. bei Eigenbedarf des Vermieters (§ 4 MSchG). Das ist der Fall, wenn der Vermieter selbst oder seine Verwandte von ihm keine andere Wohnung haben. Das muß er nachweisen.
4. Im Rahmen der Stadtsanierung, wenn angemessener Ersatzwohnraum nachgewiesen wird (vgl. S. 11).

Werkwohnungen und Hauswartwohnungen haben keinen Mieterschutz. Ob eine Kündigung zulässig ist, richtet sich nach dem zugrunde liegenden Arbeitsverhältnis. Man soll nicht nur um seinen Arbeitsplatz, sondern auch um seine Wohnung Angst haben müssen!

Keinen Kündigungsschutz haben freifinanzierte Neubauwohnungen. Hier gelten die vertraglichen oder die gesetzlichen Kündigungsfristen. Der Mieter kann sich auf eine Härteklausele (§ 556a BGB) berufen.

DIE KÖNNEN MIT UNS NICHT MACHEN, WAS SIE WOLLEN !

Mit den Rechten, die uns die Mietergesetze geben, können wir einiges zur Verbesserung unserer Situation erreichen. Und wir erreichen mehr, wenn wir geschlossen gegenüber dem Hauseigentümer, den Behörden und Gerichten auftreten.

Wir können aber noch viel mehr tun.

Wir können untersuchen, ob die Hausbesitzer die Vorschriften des Mieterschutzes, der Mietpreisbindung und des Baurechts einhalten.

Wir können gemeinsam Listen aufstellen, in denen wir die Mängel der Häuser in unserer Straße oder in unserem Viertel sammeln und mit den Namen der Verantwortlichen veröffentlichen.

Wir können in Mietversammlungen, Informations- und Beratungsveranstaltungen die Möglichkeiten diskutieren, die kommenden Sanierungsmaßnahmen ohne Nachteile für die Mieter, die aus dem Stadtteil ausziehen sollen, und die, die wohnen bleiben, durchzuführen.

Wir können mit den Stadtteilgruppen zusammenarbeiten, die versuchen, den Kampf gegen die Ausbeutung auch im Stadtteil mit politischen Mitteln und auch in anderen Bereichen als dem Gebiet "Mieten und Wohnen" zu führen. Wir können ihre Beratung (Mieter, Gesundheit, Jugend, Ausländer) in Anspruch nehmen, unsere Berichte in ihren Zeitungen veröffentlichen, zu ihren Treffen gehen, mit ihnen zusammen Demonstrationen und Aktionen vorbereiten und durchführen.

Wir können noch so vieles machen, wenn wir es gemeinsam tun.

Dann brauchen wir uns auch nicht mehr darauf zu beschränken, unsere Lebenssituation hier und da etwas zu verbessern.

Wir können anfangen, unsere Lebenssituation zu verändern.

DER STADTTEIL GEHÖRT UNS !!

Im Verhältnis zum Mieter gilt zugunsten des Untermieters das Mieterschutzgesetz (vgl. S. 3) dann, wenn der Untermieter die Räume ganz oder überwiegend selbst mietet hat oder wenn er mit seiner Familie dort wohnt.

STADTSANIERUNG UND DIE FOLGEN

Stadtsanierung bedeutet praktisch, daß in einer Wohngegend alle Häuser abgerissen werden (auch solche, die noch renoviert werden könnten), und daß man dann Gewerbe-, Kauf- und Bürohäuser baut, außerdem Luxuswohnungen und schließlich auch einige Sozialwohnungen. Das hat zur Folge, daß der größte Teil der alten Bevölkerung in Randgebiete (Märkisches Viertel, Gropiusstadt, Falkenhagener Feld) umziehen müssen. In Kreuzberg werden es etwa 60 % der Bevölkerung sein. Die neuen Randsiedlungen sind kaum besser als die alten Wohnungen. Zur Arbeitsstelle und in die Stadt ist es jetzt aber sehr weit, und auch alle Bekannten gehen verloren.

Im Städtebauförderungsgesetz wird den Behörden zwar aufgegeben, einen Sozialplan zu entwerfen, um "Härten" zu vermeiden. Dasselbe Gesetz gibt aber auch den Behörden die Möglichkeit, Mieter, die nicht umziehen wollen, notfalls mit Gewalt "umzusetzen".

Viel können sich die Mieter von dem Gesetz, das dies zuläßt, nicht erwarten. Der Mieter im Sanierungsgebiet hat aber folgende Rechte:

1. Das Recht auf "angemessenen Ersatzwohnraum". Die neu zugewiesene Wohnung muß groß genug sein (für ein Paar z.B. 2 Zimmer, Küche, WC), alten Leuten steht eine Wohnung mit Zentralheizung und evtl. ein Raum für eine Pflegeperson zu. Die Wohnung darf auch nicht zu weit vom Arbeitsplatz entfernt sein und darf höchstens 150,- DM mehr als die alte Wohnung kosten.
2. Das Recht auf Entschädigung, wenn durch die Umsetzung finanzielle Nachteile entstehen.
3. Das Recht auf Wohngeld, wenn die neue Miete höher ist als die alte und der Mieter in den Einkommensgrenzen des Wohngeldgesetzes bleibt (Auskunft: Wohngeldberechnungsstelle bei den Bezirksämtern).

WOHNUNGSSUCHE UND VERTRAGSABSCHLUß

Makler dürfen eine Maklergebühr nur verlangen, wenn auch wirklich durch ihre Vermittlung ein Mietvertrag zustande gekommen ist. Wenn der Makler selbst der Hausbesitzer ist, kriegt er nichts. Als Gebühr kann nur der vereinbarte Prozentsatz der Miete verlangt werden (also keine Nebengebühren, Schreibgebühren usw. Verboten sind "Koppelungsverträge", z.B. die Verpflichtung des Mieters, bei Einzug bei einer vom Makler bezeichneten Firma Möbel zu kaufen.

Kautions (Mietvorauszahlung zur Sicherung der Mietzahlung) darf der Vermieter bei Altbauwohnungen nicht verlangen.

Auch Abstand (einmalige Zahlung an den Vermieter oder den Vormieter) ist nicht ohne weiteres zulässig. Der Vermieter darf bei Altbauwohnungen und bei Sozialwohnungen einen Abstand ohne Gegenleistung nicht verlangen. Auch Zahlungen für vom Vermieter übernommene Möbel sind unzulässig, wenn der Vermieter den Mietvertrag davon abhängig gemacht hat. Abstandszahlungen an den Vormieter sind dagegen zulässig, soweit sie für überlassene Möbel, besondere Einrichtungen oder Reparaturen gezahlt werden.

Grundsatz: Erst zahlen, dann zurückfordern. Meist kriegt man die Wohnung nur, wenn man sich auf die Forderungen von Makler und Vermieter erst einmal einläßt. Das schadet nichts, denn man kann innerhalb eines Jahres das unzulässig verlangte Geld zurückbekommen. Wenn auf eine schriftliche Aufforderung keine Reaktion erfolgt, kann man bei dem Amtsgericht, das für den Bezirk zuständig ist, in dem der Makler bzw. der Vermieter wohnt, in der Rechtsantragsstelle einen Zahlungsbefehl ausstellen lassen.

Ein Mietvertrag braucht nicht schriftlich zu sein. Ist er mündlich, gelten die mündlichen Vereinbarungen und die normalen gesetzlichen Regelungen. Meist werden aber Vertragsformulare benutzt, die von den Haus- und Grundbesitzervereinigungen herausgegeben werden. Oft verstößt darin enthaltene Klauseln gegen zwingendes Recht. Schon deshalb sollte man alles Kleingedruckte lesen. Selten wird es allerdings möglich sein, den Vermieter zur Änderung des Vordruckten zu bewegen. Unterschreiben kann man trotzdem, den gesetzeswidrigen Vertragsbestimmungen braucht niemand einzuhalten.

WIE HOCH DARF DIE MIETE SEIN ?

Dafür ist zu unterscheiden zwischen Altbauwohnungen, Sozialwohnungen und freifinanzierten Neubauwohnungen.

1. Altbauwohnungen

Die Miete kann nicht in beliebiger Höhe vereinbart werden. Zulässig ist nur die jeweils "preisrechtlich zulässige Miete". Sie ergibt sich aus der Grundmiete = Miete abzüglich der Nebenkosten, zu der dann die zulässigen Nebenkosten (Umlagen, Wertverbesserungs-, Interimts-, Gewerbezuschläge) kommen.

Es gibt keine festen Sätze für die zulässige Miete. Für eine genaue Berechnung muß man nämlich im Einzel- fall wissen, wie hoch die Miete 1953 war, und dazu muß man dann die gesetzlich zulässigen Mieterhöhungen hinzurechnen. Die folgende Tabelle (Stand: 1.1.73) gibt aber einen annähernden Maßstab.

	Wohnungen bis 1918	Wohnungen 31.12.49
mit Sammelheizung und Bad	2,70	2,83
mit Sammelheizung ohne Bad	2,12	2,23
ohne Sammelheizung mit Bad	2,22	2,35
ohne Sammelheizung ohne Bad	1,97	2,02
ohne SH, ohne Bad, Außentoilette	1,55	1,61

Diese Sätze gelten pro m² Wohnfläche (= Gesamtfläche, von der Fläche, Bad und Abstellräume abgezogen werden).

Genauere Auskunft über die Höhe der Miete geben die Mietpreisstellen bei den jeweiligen Bezirksämtern. Sie verfügen über die Unterlagen, um die Miete, die 1953 bezahlt wurde, herauszufinden oder zu berechnen. Die Mietpreisstellen sind zu kostenloser Auskunft verpflichtet. Diese Auskunft ist allerdings nicht verbindlich.

Mietpreisstellen:
Schöneberger Str. 20, 25 90 91

Mietpreisstellen:
Weigandufer 45, 681 20 48

Öffnungszeiten: Di und Fr 8.30 - 14.00 Uhr

Für einzelne Fragen, z.B. welche Kosten und Gebühren angelegt werden dürfen (Wasserverbrauch, Heizung, Müllabfuhr, Schornsteinfeger, Grundsteuerbelastung) und für welche neu eingebauten Einrichtungen der Vermieter Wertverbesserungszuschläge in welcher Höhe be-

UNTERMIETE

Untermiete: erlaubt oder verboten ?

Für die Untervermietung braucht der Mieter in der Regel nach dem Mietvertrag die schriftliche Einwilligung des Vermieters. Wenn der sie mündlich gibt (und das zu beweisen ist), reicht das aber auch aus.

Der Vermieter darf die Einwilligung nicht nach Belieben verweigern. In Altbauwohnungen kann der Mieter nicht dann, wenn der Vermieter der Untervermietung nicht zustimmt, beim Mieteinigungsamt (das ist das zuständige Amtsgericht) die Ersetzung der Erlaubnis beantragen. Die Erlaubnis wird vom Gericht nur dann nicht ersetzt, wenn der Vermieter einen "wichtigen Grund" hat, die Erlaubnis zu verweigern, z.B. Kuppelung oder übermäßige Belegung (§ 29 MSchG). In Neubauwohnungen hat der Mieter bei unbegründeter Weigerung des Vermieters, die Untervermietung zu erlauben, das Recht zur fristlosen Kündigung.

Wichtig: Keine Untermiete und also nicht genehmigungsbefähigt ist Besuch bis zu 6 Wochen.

Mietpreisbindung für die Untermiete ?

Grundsätzlich gibt es für Untermietsverhältnisse keine Preisbindung. Deshalb versuchen die Hausbesitzer oft mit unzulässigen Methoden (vgl. S. 7), ein Mietverhältnis als Untermietsverhältnis auszugeben.

Wo tatsächlich Untermiete vorliegt, gilt: Wird eine Wohnung unmöbliert im ganzen untervermietet, so gilt die übliche Mietpreisbindung. In allen anderen Fällen kann sich der Untermieter schriftlich dem Mieter gegenüber auf die preisgebundene Untermiete berufen. Tut er das bis zum 15., so gilt ab Anfang des folgenden Monats die preisgebundene Untermiete. Ihre Höhe bestimmt sich anteilig nach der Miete des Hauptmietverhältnisses. Ist die Untermietswohnung möbliert, so kann der Mieter vom Untermieter je nach Ausstattung 50-100 % mehr verlangen.

Eine preisgebundene Untermiete kommt selbstverständlich nur bei Altbau- und Sozialwohnungen in Betracht.

Kündigungsschutz für den Untermieter ?

Im Verhältnis zum Vermieter hat der Untermieter keinen besonderen Kündigungsschutz. Das Untermietverhältnis endet automatisch mit dem Hauptmietverhältnis.

eine Frist setzen (etwa 14 Tage) und dabei ankündigen, daß er nach Ablauf dieser Frist die Reparatur selbst ausführen und die Kosten auf die Miete anrechnen wird. Köhrt sich der Vermieter bis zum Ablauf der Frist nicht, so kann der Mieter die Reparatur selbst oder durch von ihm bestellte Handwerker vornehmen und die Kosten von der Monatsmiete abziehen. Auch hier ist in den meisten Mietverträgen bestimmt, daß man den Abzug von der Miete (man nennt das "Aufrechnung") nur machen kann, wenn das ein Monat vorher angekündigt ist.

Hat der Vermieter trotz Fristsetzung nichts getan, so kann der Mieter zusätzlich Ersatz verlangen, wenn er wegen des Schadens in seiner Wohnung irgendwie zusätzlich geschädigt wurde (z.B. Erkrankung oder besonders hohe Heizkosten bei zugigen Fenstern, Hotelkosten, wenn es in das Zimmer hineingeregnet hat). In Notfällen (Sturmschaden, Wasserrohrbruch) braucht der Mieter dem Vermieter natürlich nicht erst eine lange Frist setzen, sondern kann, wenn der Vermieter nicht sofort etwas unternimmt oder unerreichbar ist, sofort selbst das Nötige tun und die Kosten auf die Miete anrechnen.

3. Benachrichtigung des Bauaufsichtsamtes, das zuständig ist für baufällige oder gesundheitsgefährdende Wohnungen, oder der Abteilung "Wohnungsaufsicht" im Bauaufsichtsamt, die zuständig ist für kaputte Ofen und Herde, verstopfte Leitungen, defekte Isolierungen, usw.

Wichtig ist: Meist sind mehrere oder alle Mieter von Mängeln betroffen. Es hat mehr Erfolg, wenn man zusammen seine Rechte gegenüber dem Hausbesitzer wahrnimmt. Briefe immer per Einschreiben schicken und einen Durchschlag aufbewahren.

Briefvorschlag:
Die uns von Ihnen in der ..str. vermieteten Wohnungen weisen folgende Mängel auf:
1. (genaue Beschreibung)
2.

Bitte lassen Sie diese Mängel bis zum ... beseitigen. Sollten Sie innerhalb dieser Frist die Reparaturen nicht ausführen, werden wir sie auf unsere Kosten vornehmen, die wir dann ab übernächsten Monat auf die Miete anrechnen werden. Ab diesem Monat werden wir auch wegen der Mängel die Miete um ..% mindern. Wir behalten uns Schadensersatzansprüche vor.

rechnen darf (bei baulichen Verbesserungen jährlich 14 %, bei Anschlüssen und Leitungen jährlich 6 % der Aufwendungen), geben die Stadtteilgruppen Auskunft.

Alle ein oder zwei Jahre erlaubt der Staat, daß die Hausbesitzer die Miete erhöhen, zum letzten Mal um 15 % zum 1.1.73. Weitere 10 % sind für den 1.7.74 geplant. Und das, obwohl die Hausbesitzer so gut wie nichts an ihren Häusern in Berlin tun! Obwohl diese Mieterhöhungen gesetzlich zugelassen werden, kann man auch rechtlich etwas dagegen tun:

Wer in einer "Bruchbude" wohnt (= Wohnraum, der dauernd feucht ist, an den nicht genug Licht und Luft herankommt, der unhygienisch oder unzureichend mit sanitären Anlagen ausgestattet ist), braucht die Mieterhöhung nicht zu zahlen (§ 38 Bundesmietengesetz). Aber auch, wenn man keine "Bruchbude" hat, muß man aufpassen. Der Vermieter muß die Mieterhöhung nämlich rechtzeitig (bis zum 15. des Vormonats) ankündigen. Er darf die 15 % auch nur nach der Grundmiete berechnen, muß von der Miete also vorher Lagen und Zuschläge abgezogen haben. Auch darf er nur die "preisrechtlich zulässige" Miete erhöhen. Man sollte also nachprüfen, ob nicht die Miete schon vorher überhöht war. Bei der Erhöhung der Mehrbelastungsumlage (für Müllabfuhr usw.) braucht der Hausbesitzer zwar kein Gesetz mehr, sondern kann das von sich aus tun, wenn die Gebühren gestiegen sind. Auch diese Erhöhung muß bis zum 15. des Vormonats angekündigt werden. Der Vermieter muß dabei, spätestens drei Monate später, eine Berechnung vorlegen. Er muß auch Einsicht in seine Unterlagen gestatten.

Wer sich weigert, die erhöhte Miete zu zahlen (Mieterhöhungstreik), kann das selbst dann, wenn er nach dem Gesetz im Unrecht ist, solange ohne Gefahr tun, wie das verweigerte Geld noch keine ganze Monatsmiete erreicht. Erst dann kann der Vermieter auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen (vgl. S. 3).

2. Sozialwohnungen

Auch bei Sozialwohnungen ist der Mietpreis gebunden. Nur die Kostentante darf verlangt werden, d.h. die Miete, die die sich aus der Wirtschaftlichkeitsberechnung ergebenden Kosten deckt (da ist ein dicker Gewinn für den Hausbesitzer natürlich einkalkuliert). Umlagen dürfen nur für besondere Kosten (Wasserver-

brauch, Heizung, Fahrstuhlbetrieb usw.) verlangt werden. Näheres bei der Mieterberatung. Auskunft über die zulässige Miethöhe gibt die Wohnungsbaukreditanstalt, Fehrbelliner Platz 3, 8681-1.

3. Freifinanzierte Wohnungen

Hier dürfen die Hausbesitzer so viel Miete nehmen wie sie wollen. Die einzige Möglichkeit, sich gegen unverschämte Mieten zu wehren: Strafanzeige wegen Mietwuchers (§ 302f StGB, § 2b Wirtschaftsstrafgesetz).

UNZULÄSSIGE VERTRAGSKLAUSELN

Nicht alles, was in den Mietverträgen steht, muß befolgt werden. Vertragsbestimmungen, die gegen ein Gesetz verstoßen oder sittenwidrig sind, sind nichtig. Niemand braucht sie einzuhalten.

Solche nichtigen Klauseln sind:

- eine Kennzeichnung des Vertrages als "Untermietvertrag", obwohl normale Vermietung vorliegt. Das gilt auch dann, wenn der Vermieter einen Strohmann als "Hauptmieter" vorschickt.
- Haftung des Mieters auch für "höhere Gewalt", das heißt für alle Schäden ohne Rücksicht auf sein Verschulden.
- die Erklärung "Die Wohnung ist in einem ordnungsmäßigen Zustand", auch wenn sie das in Wirklichkeit gar nicht ist.
- das Verbot, eine Waschmaschine anzuschließen oder Kleinwäsche in der Wohnung zu waschen.
- das Verbot, tagsüber Musik zu machen.
- das Verbot, Haustiere zu halten, auch wenn dadurch niemand ernsthaft gestört wird.
- das Verbot, in seiner Wohnung Besuch zu empfangen (zu welcher Tageszeit auch immer).

Das ist nur eine kleine Auswahl. Wer eine dieser Klauseln oder eine ähnliche Klausel in seinem Mietvertrag hat, sollte sich bei der Mieterberatung der Stadtteilgruppen informieren.

WER MACHT DIE REPARATUREN ?

Im Bürgerlichen Gesetzbuch steht, daß der Vermieter alle Reparaturen machen muß. Nur solche, die durch Verschulden des Mieters nötig geworden sind, muß dieser immer selbst zahlen: Wer etwas beschädigt (also nicht nur in üblicher Weise abnutzt) DER MUß ES AUCH REPARIEREN!

Außer den Mietverträgen sind dem Mieter aber fast immer noch weitere Reparaturen zur Pflicht gemacht. Das ist aber nur dann zulässig, wenn es nicht gegen die Mietpreisbindung verstößt. Denn die Miete wird so berechnet, daß der Hausbesitzer die nötigen Reparaturen sorgfältig durchführen kann und trotzdem noch gut verdient.

Wegen der Mietpreisbindung dürfen deshalb die Miete von Altbau- und Sozialwohnungen nur zu Schönheitsreparaturen verpflichtet werden. Alle anderen Reparaturen muß der Vermieter ausführen lassen: Ofen, Herd, Elektroanlage, Wasserleitung, Dach, Fenster, Türen, Treppen, Putz usw.

Schönheitsreparaturen, die der Mieter machen muß, sind: Tapezieren, Anstreichen oder Kalken der Wände und Decken, Streichen von Fußböden, Heizkörpern, Türen und Fenstern (von innen). Dabei gilt für die Häufigkeit von Renovierungen: Küchen alle 2-3 Jahre, Wohnräume alle 4 Jahre, Schlafräume alle 6 Jahre. Zulässig ist auch die Abmachung, daß der Mieter bei Auszug die Wohnung in einem "ordnungsmäßigen Zustand" hinterlassen muß.

Was ist zu tun, wenn der Vermieter die Reparaturen nicht oder nicht ordentlich ausführt ?

Es gibt folgende Möglichkeiten, die man alle gleichseitig ausnützen kann:

1. Minderung der Miete in dem Verhältnis, wie der Wert der Wohnung durch den Mangel herabgesetzt ist. Meist muß dies ein Monat im voraus angekündigt werden.
2. Aufrechnung und Schadensersatz: Der Mieter, der dem Vermieter den Schaden gemeldet hat, kann ihm

Am BÄCKER zurück

Stichpunkte zur Situation der Stadtteilgruppe
- Ein Modell in der Krise -

Zusammenfassung:

Die objektive Krise des Stadtteilgruppenmodells macht auch unter Berücksichtigung der SPD-Reformversprechungen autonome Massenorganisationen notwendig. Um ein Forum oder Kerne zu initiieren, die hierzu Kampf- und Organisationsperspektiven entwickeln, brauchen wir die kontinuierliche Zusammenarbeit mit Bewohnern des Stadtteils, denen aufgrund ihrer materiellen Situation als Lohnabhängige der Zusammenhang von Produktion und Reproduktion (Lohn u. Miete) leicht zugänglich ist. Es liegt also nahe, an den Beschäftigten eines Kreuzberger Großbetriebs, die auch in K. wohnen als Externe (Außenstehende) Aufklärungs- und Aktivierungsarbeit zu leisten, mit der langfristigen Perspektive der Überwindung des Stadtteilgruppenmodells hin zu autonomen Organisationen mit Massencharakter.

Ein Modell in der Krise

Seit etwa 5 Jahren gibt es in Kreuzberg Initiativen zur Aufklärungs- und Aktivierungsarbeit an den Benachteiligten des Stadtteils. Diese Initiativen setzten an einzelnen Lebensbereichen an und wollten vereinzelt gegen die ärgsten Bedrohungen städtischen Lebens durch die kapitalistische Verfügungsgewalt einschreiten (z.B. Abriss von Bethanien, Kahlachlgassanierung, Übergriffen von Hausbesitzern, Situation von Kindern und Jugendlichen). Dies gelang ihnen auch teilweise, insbesondere soweit die städtische Verwaltung bereits Maßnahmen zur Konfliktregelung ins Aussicht gestellt hatte (neuerdings manifest durch das 'Kommunalpolitische Programm' der SPD in Kreuzberg). Da es ihnen bei solchen Taktieren der Verwaltung aber kaum noch gelang, sich von den einzelnen Ansatzpunkten ihrer Arbeit zu lösen, wurden die Initiativen faktisch zu Isolations- und Eindämmungsversuchen von Konfliktherden umfunktioniert, wobei das eigentliche Ziel ihrer Aufklärungs- u. Aktivierungsarbeit verfehlt wurde: Den Zusammenhang der einzelnen behandelten Konflikte in seiner Gesetzmäßigkeit zu erkennen und politische Perspektiven zu ihrer Bekämpfung zu entwickeln. Zudem bewirkte eine teilweise Förderung der Initiativen (z.B. Kindergruppen) durch die Verwaltung ihre Spaltung und Wirkungslosigkeit, gemessen an der nach der Studentenbewegung anvisierten politischen Zielsetzung gegenüber proletarischen Gruppen: Dem unmittelbaren, kurzfristigen Ziel der Verbreiterung der Massenbasis, der schnellen Mobilisierung der Massen gegen die gemeinsame mit uns, den

Initiatoren, im Reproduktionsbereich erlittene Unterdrückung

Die Motivation der Initiatoren beruhte auf einer Verbindung der Agitation an Konflikten im Lohn- und Lohnfolgebereich mit der Berufsprobelantik der linken Intelligenz und deren mehr oder weniger reflektierten Sehnsucht nach 'revolutionärer Berufspraxis'. Als Folge fehlender oder lückenhafter politischer und ökonomischer Kenntnisse und mangelnder politischer Klarheit setzten wir isoliert und spontan, ohne vorherige Analyse und strategische Einschätzung der jeweiligen Verhältnisse dort an, wo akute Konflikte unserer Meinung nach die Bevölkerung auf die Straße treiben mußte. Der augenfällige Konflikt in einem Sektor wurde oft als Hauptwiderspruch verkannt und seine Bekämpfung folglich als systemsprengend. Stattdessen fanden wir uns aber wieder auf derselben Seite wie die Jusos und mußten schließlich feststellen, daß wir objektiv den sozialdemokratischen Reformismus in seiner Bemühung unterstützten, in seiner Ideologie 'partielle' Benachteiligungen auszugleichen, damit grundsätzlich alles so bleiben kann wie es ist. Da wir den Zusammenhang der einzelnen Arbeitsansätze nicht bestrukt hatten, bleiben die Gruppen und Kampagnen voneinander isoliert. Wir wußten nicht recht, welche Rolle Stadtteilgruppen eigentlich bei der historischen Entwicklung hin zu kommunistischen Parteiorganisationen spielten. Und als wesentlichen Mangel unserer Gruppen in ihrer Arbeit faßten wir schließlich die Unfähigkeit auf, die mobilisierten Leute an weitere politische Arbeit zu binden. Nachdem die Initiativgruppen etwa 2 1/2 Jahre praktischer Arbeit hinter sich hatten, wußte aufgrund der gewonnenen Erfahrung die noch aus der Studentenbewegung stammende Zielsetzung der direkten Mobilisierung der Massen in eine indirekte reduziert werden. Man wollte zunächst über ein konkretes Angebot an z.B. Kinderarbeit und Mieterberztung überhaupt erstmal zu Kontakten mit der Bevölkerung des Elendsviertels kommen. Dies schien uns auch zunächst der Aufgabe zu entledigen, eine Klärung unserer politischen und organisatorischen Perspektive herbeizuführen. Auf diese Weise mußten aber mit dem praktizierten Angebot zusammenhängende Details mühsam als Einzelprobleme diskutiert werden, und mit immer tieferem Eindringen in diese Einzelprobleme drohten wir in Details zu versinken, ohne daß im angestrebten-Maße die Kontakte zustande kamen. Waren Kontakte hergestellt, so konnten diese

nicht integriert und gehalten werden und man wurde mit der Zeit auch unsicher, ob es gut ist, wenn Arbeiter zu Gruppensitzungen kommen und etwas davon erwarten.

Viele Genossen waren durch diese Situation persönlich frustriert und konzentrierten sich wieder mehr auf die Berufsproblematik. Als Grund für die geringe Wirksamkeit ihrer Arbeit sahen viele bei sich selbst und (oder) den anderen Gruppenmitgliedern einen Grad von Verbindlichkeit und Einsatzbereitschaft an, der bei offenbar ja fehlendem Bewußtsein und mangelnder Kampfbereitschaft der Massen nicht ausreichte. D.h.: Die aufgetretenen Widersprüche wurden einerseits mit teilweise moralischer Argumentation subjektiv wieder eingeebnet. Andererseits, bezogen auf die Massen, kam als Folge fehlenden Kontaktes noch fehlendes Vertrauen der den Massen gegenüber hinzu. Das drückte sich aus mit Feststellungen wie: "Für unsere Arbeit sind die Leute halt noch nicht so weit" (und es kam dann auch zu Diskussionen, wie man selbst eine Stellvertreterfunktion ausüben könne).

Nun ist es aber falsch, die Organisationsstruktur und Arbeitsmethode der Initiativgruppe absolut zu setzen und das Bewußtsein der Massen an ihrer Bereitschaft zu messen, auf dieses Muster einzugehen. Vielmehr müssen wir 'das Ohr an den Massen' haben um zu erkennen, daß sie sich in eine politische Richtung bewegt. Nur indem wir versuchen die soziale Wirklichkeit zu verstehen, wird es uns gelingen, uns mit denen zu verbinden, die spüren, daß sie unterdrückt werden.

Wenn wir uns selbst einmal von dieser Seite betrachten, von der Seite der Bevölkerung des Kreuzberger Elendsviertels, dann wird verständlich, daß sie wenig Bereitschaft zeigte, auf unsere Kampagnen einzusteigen. Denn sie hat uns kennengelernt in 5 Jahren teils als einzelne Personen, teils als irgendwie initiative Gruppe, die sich verschiedener Probleme des Stadtteils annimmt, ab und zu verschwindet, ab und zu auftaucht und informiert oder zu Aktionen oder Unterschriften aufruft und wieder verschwindet. Sie hat uns jedengfalls nicht als Initiativgruppe kennengelernt, die über sporadische Kampagnen hinaus eine kontinuierliche Arbeit leistet und ein Organisationsmodell vorschlägt, das eine aktive Beteiligung aussichtsreich macht.

Was damit gesagt werden soll ist, daß es nicht nur eine Krise der Stadtteilgruppe Dresdenerstr. oder Kohnfurtherstr. gibt, sondern daß diese Krise wohl typisch für fast alle Stadtteilgruppen der BRD ist, d.h. daß es sich hierbei um eine objektive Krise des Stadtteilgruppenmodells handelt, die eine grundlegende Neubestimmung und organisatorische Weiterent-

wicklung der politischen Arbeit im Reproduktionsbereich notwendig macht.

Den ideologischen und praktischen Übergang zu Organisationsformen mit Massencharakter einleiten!

In unserem letzten Papier zur Diskussion um die Perspektive der Stadtteilgruppe war ein entsprechender Diskussionsvorschlag gemacht worden, der hier seiner Bedeutung wegen noch einmal wiedergegeben werden soll. Im Übrigen gibt es auch ein Vorschlag eines bei unserer letzten Kampagne mobilisierten Mieters etwa in dieser Richtung:

PERSPEKTIVE DES KAMPFES IM REPRODUKTIONSBEREICH: DIE MASSENORGANISATIONEN

(Erläuterung:

Unter Massenorganisationen werden demokratische Volksorganisationen verstanden, die zwar eine politische Linie entfalten müssen, ein Programm oder eine Plattform, die aber heute praktisch nicht parteipolitisch gebunden sein dürfen, um der breiteste Zusammenschluß derer sein zu können, die sich in einer Frage ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen in ihrem Protest einig sind).

".....Aus unseren Erfahrungen läßt sich mit Sicherheit sagen, daß es eine revolutionäre Organisation der Mietermassen geben muß. Weitere Organisationen dieser Art werden sich an dem im Stadtteil und Betrieb erfahrenen Widersprüchen und Konflikten bilden: z.B. Massenorganisationen der Jugendlichen und Kinder, Frauen und Mütter...

Die Mieterhöhung im nächsten Jahr, die geplante Einführung des weisen Kreises im darauffolgenden Jahr und die permanente langfristige Bedrohung der Mehrheit der Arbeiterfamilien durch die Dauerung, macht die Entwicklung zu einer organisierten Kraft der Mieter dringend notwendig. Die Propagierung dieses Gedankens muß Teil unserer Mieteragitation in den nächsten zwei Jahren sein, wollen wir erreichen, daß sich bis dahin nicht nur mehr Leute über die Wohnungspolitik des Staates empören, sondern daß es auch zu erfolgreichen Aktivitäten kommt.

Die Notwendigkeit einer Initiative

Zu hoffen und politisch sogar davon auszugehen, daß sich die Organisation der Massen zu ihrem Schutz gegen Übergriffe von alleine vollzieht, wenn die Widersprüche nur groß genug sind und die Folgen nur drastisch genug erfahren werden, ist falsch - das ist falsch.

Die Erfahrung aller Klassenkämpfe haben gezeigt, daß die kleinen Plümpchen der Kämpfe nicht weiterglühten und untergingen, solange bis sie ^{sich} nicht zu einer organosatorischen Kraft zusammengeschlossen und blieben auch dann noch allen möglichen Schwankungen in ihrer Politik unterworfen (s. Gewerkschaften).

Es bedarf also einer politischen Initiative auch zur Entfaltung politischen Entfaltung von Massenorganisationen, die von denen wahrgenommen wird, die durch ihre Einsicht und Erfahrung in ihrem Bewußtsein weiter sind als ihre Nachbarn, als die Mehrheit. Initiative zu entfalten ist (naja) die Pflicht der Kommunisten. Wie aber kommt es zu dieser Initiative?

..... Eine bestehende Mieterorganisation, sogenannte, der 'Allgemein Mieterschutzbund' sind soweit von der Möglichkeit aktiver Teilnahme durch die Mieter selbst und proletarischer Parteinahme entfernt, daß es sinnlos wäre, sie umgestalten zu wollen...".

Es ist klar, daß wir, die Initiativgruppen, keine Massenorganisation gründen oder aufbauen können. Aber wir können als diejenigen, die in der politischen Arbeit im Reproduktionsbereich einige Erfahrung haben, ein Forum mit Mietern bilden, um die Frage von Initiativen mit der Perspektive einer Mieterorganisation zu diskutieren. Mit welchen Mietern könnten wir sinnvollerweise ein solches Forum bilden? Schon im Zusammenhang mit der geschrumpften Kapazität unserer Mietergruppe hatten wir erkannt, daß wir in Zukunft exemplarisch an einer bestimmten Auswahl von Mietern, also nicht mehr in der ganzen Breite des Stadtteils agitieren müßten. Um eine solche Auswahl herauszufinden, waren u.a. folgende Merkmale genannt worden (alternativ):

- Mieter die in einem Sanierungsblock wohnen
- den gleichen Hausbesitzer/Verwalter haben
- viele Kinder haben
- im gleichen Kreuzberger Betrieb arbeiten

Auch für das sich uns heute stellende Problem scheint einiges für das letzte Merkmal zu sprechen:

11. Vor diesen Mietern werden wir gezwungen sein, den Aspekt der individuellen und kollektiven Konsumtion in seinem Zusammenhang zu den Bedingungen der Produktion zu behandeln. Wir würden so vor unserem alten Fehler bewahrt, Kampagnen an individuellen oder kollektiven Teilbedürfnissen anzusetzen, ohne deren gesellschaftliche Bedingtheit zu erklären und ihre gesellschaftliche Bedeutung nachlassen differenziert einzuschätzen.

Eine richtige Bestimmung des Bezugs der Reproduktion der Ware Arbeit

Kraft auf die Produktionsbedingungen führt uns zu einer politisch richtigen Einordnung der Arbeit im Reproduktionsbereich. Nun hat es bei uns schon oft Appelle gegeben, Aufklärungs- und Aktivierungspolitik an Miet- und Lohnfolgefragen in Zusammenhang mit der Arbeit sozialistischer Basisgruppen in Betrieben zu stellen. Nur ist es immer bei diesen Willensbekundungen geblieben, das wohl deshalb, weil es eben keinen zwingenden organisatorischen Zusammenhang gab.

2. Der Zusammenhang von Lohn und Miete, ist Mietern, die Lohnabhängige eines Betriebes sind, leichter aufgrund ihrer materiellen Situation zugänglich zu machen.

3. Die beschriebene Situation in den Betrieben führt nach Feierabend zu einer Flucht in die Privatheit des Heims. In diese Privatheit einzudringen, war bei unserer bisherigen Arbeit schon keine einfache Sache. Sie wird aber noch zunehmend geschlossener, weil eine fortschreitende Inhomogenität (Ungleichheit) der Kreuzberger Bevölkerungsstruktur die Gemeinsamkeiten immer mehr abbaut. Auch die Beschwichtigungstaktik in der neuerdings veränderten Sanierungsweise wird kaum noch derartig krasse Konflikte aufbrechen lassen, daß die Bevölkerung zu kollektivem Widerstand greift.

Wenn wir ein Forum von Mietern bilden, die im gleichen Betrieb arbeiten, dann haben die von vornherein mehr gemeinsam, als nur im gleichen Stadtteil zu wohnen, es sind Arbeitskollegen!

Darüberhinaus könnten wir eine Unterstützungsfunktion für die Betriebsarbeit sein, indem wir zeigen, daß Bedrohung im Wohnbereich letztlich dieselben Ursachen hat wie die Ausbeutung im Betrieb und die Organisation dort auch die Verschlechterung im Reproduktionsbereich angreift.

Um einen Ansatz nach dem letztgenannten Merkmal weiterzuerzählen, wären unter anderem Untersuchungen der Wohn- und Arbeitsplatzstruktur notwendig. Folgende Daten hierzu lassen sich bereits aus der letzten Volkszählung (1970) herausziehen:

- Zahl der im produzierenden Gewerbe Kreuzbergs Beschäftigten 46 397
- davon im verarbeitenden Gewerbe 43 475
- davon in der Elektrotechnik 7 134

in 53 Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten, hier liegt auch die höchste durchschnittliche Beschäftigungszahl - 134,6 Beschäftigte/Betrieb (Bosse und DeTeTe sind davon die beiden größten, DeTeTe hat etwa 3500 (Schätzung!))

- Zahl der Betriebe über 1000 Beschäftigte: 6

- Zahl der im prod. Gew. Kreuzbergs Beschäft., die in Kr. wohnen 16 305

- Zahl der im Prod. Gew. Ar. Beschäft., die im selben der 6 statistischen Gebiete Kreuzbergs wohnen und arbeiten 7 067

Die Untersuchung der Wohn- und Arbeitsplatzstruktur sollte zum Ziel haben, die Häufigkeit von Wohnungen der Beschäftigten von Kreuzberger Großbetrieben in Sanierungsblocks, aber auch in Neubaublocks herauszufinden.

Aufklärungs- und Aktivierungsarbeit zur Situation der Blocks, in denen die meisten Beschäftigten wohnen, wird dann konzentriert an diesen lohnabhängigen Mietern geleistet, und zwar vor dem Fabriktor und im Wohnblock. Evtl. könnte zur Information und Koordinierung ein Laden am Weg zum Arbeitsplatz eingerichtet werden.

Kontinuierlich wird dort informiert über z.B.:

- a) den Wohnbereich (Mieterhöhung, Sanierung etc.)
- b) den Wohnfolgebereich (Situation der Kinder und Jugendlichen...)
- c) die Entwicklung des Betriebsstandortes im Stadtteil und deren Folgen

am Beispiel DeTeWe:

DeTeWe hat von der Post einen Großauftrag zur Installation des neuen Telefonsystems. In den nächsten 5-8 Jahren führt das zu einer erheblichen Aufstockung der Entwicklungs- und Verwaltungsabteilung. Offen und verdeckt bemüht sich deshalb DeTeWe um Erwerb von Grundstücken im Gebiet Köpenicker-Eisenbahn-Zeughof-Manteuffelstraße. In Folge dieser Entwicklung werden Ingenieure und Verwaltungsangestellte nach Kreuzberg strömen, also solche potentiellen Mieter, die nach den Sanierungsplänen die 'Sozialstruktur verbessern' und eben auch die Neubaumieten bezahlen können. Die Zahl der Beschäftigten in der Produktion hingegen soll im selben Zeitraum über Rationalisierung um 1/3 verriakert werden.

Bei dieser kontinuierlichen Aufklärungs- und Aktivierungsarbeit, deren Stand natürlich auch zur Solidarisierung im Stadtteil vermittelt werden muß, werden wir unsere bisherigen Erfahrungen nutzen müssen. Mittelfristig muß über dieses konkrete Angebot mit den dabei geknüpften Kontakten ein Forum oder Kerne gebildet werden, die Kampf- und Organisationsperspektiven zukünftiger autonomer Massenorganisationen entwickeln. Dabei werden wir von den Kollegen zu lernen haben.

p.s.: Wer es noch nicht gemerkt hat: Dies ist ein Diskussionsvorschlag!

Tagesordnung:

- 1. Mieterversammlung
- 2. Berichte der Straßengruppen
- 3. Plenum
- 4. Zeitung
- 5. Abzugemaschine

diskutiert wurden nur die beiden ersten Punkte.

1. Bi. berichtet, daß zur Mieterversammlung 11 Leute erschienen, die bisher in Laden nicht mitgemacht hatten. Die Versammlung lief als rein juristische Beratung ab, an der sich außer dem Rechtsanwalt nur die Genossen aus dem Laden beteiligten, alle anderen sagten nichts.

Nach Pa's Einschätzung war die Mieterversammlung zu spät angesetzt worden. Die Leute hatten inzwischen den Eindruck gewonnen, daß die Kampagne nicht mehr läuft und haben ihre Mieterhöhung bezahlt.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage aufgeworfen, weshalb R. nicht mehr kommt. Der genaue Grund war nicht bekannt, da er bisher nicht danach gefragt worden war. Als Vermutungen wurde geäußert: es war sicher ein Problem, daß er in seinem Hause als einziger verweigern wollte und er deshalb in Isolation von seiner Hausgemeinschaft geriet. H. meinte auch, es sei ihm möglicherweise nicht vermittelt worden, daß unser ausschließliches Interesse nicht darin besteht, uns um die Mieterhöhung zu kümmern.

Es wurde beschlossen, daß Pa. und Ma. zu R. hingehen werden, um mit ihm selbst über die Gründe zu sprechen.

Die Straßengruppe, die die Mieterveranstaltung durchgeführt hatte, gab noch eine kurze Einschätzung: Als einziges sichtbares Ergebnis werteten sie die Tatsache, daß die Mieter des Hauses Luckauerstr. 3 zum Laden kamen und über ihre weiteren Erfahrungen berichten wollen. Ihrer Meinung nach ist die Konsequenz der Mieterkampagne sich in der weiteren Arbeit im Stadtteil darauf zu konzentrieren, die Leute bei der Beseitigung von Mängeln u. der Förderung nach Ausführung wichtiger Reparaturen zu unterstützen, d.h. den legalen Weg auszuhebeln.

Gegen die Mieterhöhung kann man jedoch nicht juristisch vorgehen, sondern nur mit dem Mittel des politischen Kampfes. Gl. meinte günste mit einer kurzen persönlichen Einschätzung, er meinte der Kampf gegen die Mieterhöhung sei falsch gewesen; wir hätten ihn auch nur geführt, weil wir von der falschen Einschätzung ausgingen zur Verweigerung der Mieterhöhung bereit wären. Gl. meinte weiter, wir sollten uns genauer mit den Fragen der Mieterde- ringung befassen und uns dazu das Mietenkungsgesetz aus dem Gesetz- und Verordnungsblatt von 1950, 1933 oder 52 besorgen. (Jemand übernahm diese Aufgabe)

2. Es sollten dann noch den Berichten der Straßengruppen diskutiert werden. Über den Bericht einer Gruppe kamen wir jedoch nicht hinaus, da wir über das Für und Wider von Karteikarten mit statistischen Angaben über die Mieter diskutierten, zu keinem Ergebnis kamen und schließlich feststellen mußten, daß vorrangig eine Strategie für diese Stadtteilgruppe erarbeitet werden muß.

Von einer Straßengruppe war vorgeschlagen worden, alle Angaben über einzelne Fragen auf Karteikarten auszutragen und das noch

zu ergänzen mit konkreten Angaben über einzelne Familien, bzw. Mieter, mit einer Einschätzung der Reaktionen dieser Leute auf die Kampagne

Als Argumente für dieses Vorgehen wurde genannt, daß wir alle Erfahrungen, die wir gemacht haben und alle Angaben, die wir erhalten haben, langfristig zur Verfügung haben müssen und daß sie deshalb aufgeschrieben werden sollen. Beispielsweise ist es für die Kindergruppe notwendig Material über Kinderzahl in einzelnen Familien o.ä. von uns zu erhalten. Auch wenn von niemandem bestritten wurde, daß wir Material zusammentragen müssen, wurde doch von einigen der Standpunkt vertreten, es müsse zunächst bestimmt werden können, welche Informationen tatsächlich notwendig sind. Dazu aber ist es notwendig, die bisherigen Erfahrungen zu analysieren, und dann zur Bestimmung der weiteren Strategie zu gelangen. Solange das nicht erfolgt ist, wird eine solche Diskussion über Karteikarten rein technischen Charakter tragen und auch zu keinem Ergebnis führen.

Es wurde beschlossen, daß die Diskussion in den Straßengruppen weiter vorangetrieben werden muß. Allerdings stellte sich auch heraus, daß kein Konsens darüber bestand, was in den Untergruppen vorgeklärt werden soll. Einige hatten dort schon mit der Vorbereitung der Strategiediskussion begonnen.

Zusammenfassend einigten wir uns, daß man bei der Bestimmung der weiteren Strategie, auf die in der Praxis gemachten Erfahrungen zurückgreifen muß. D.h. das Material muß zusammengestellt werden, damit es etwas aussagt über die materielle Situation der Mieter in unserem Stadtteil und nicht über subjektive Faktoren bei einzelnen Leuten.

Fr. forderte die anderen Straßengruppen auf, sich mit den Parolen, die wir während der Kampagne benutzt haben auseinanderzusetzen. Er meinte, es habe sich herausgestellt, daß die Parole: "Kampf dem SPD-Senat als richtig erwiesen hat. Wir hätten den Kampf nicht unter dieser Parole sondern gegen die Hausbesitzer geführt, weil wir hofften, so die Mieterhöhung beseitigen zu können." (???) Fr. stellte außerdem heraus, daß wir nicht wissen, in welchem organisatorischen Verhältnis wir zu den Leuten stehen, die wir agitieren wollen oder auch schon agitiert haben.

Abschließend berichtete V1., daß die KPD am 25.1. noch ein Treffen der Mieter und aller Straßengruppen veranstaltet, um noch einen letzten zusammenfassenden Überblick zu bekommen. Zum Abschluß sollte dann am 27.1. eine Demo stattfinden. Es wurde beschlossen, daß Fr. und Ha. zu der Versammlung gehen und daß wir uns an der Demo nicht beteiligen.

Die RH hatte aufgerufen zu einer vorbereitenden Diskussion für eine Mahler-Demo zur Urteilsverkündung. Die Diskussion sollte am 27.1. um 14h stattfinden. Das Flugblatt hierzu wurde vorgelesen aber nicht mehr besprochen, deshalb geht auch niemand als Vertreter der Stadtteilgruppe hin.

Nur der Bericht der Adalbertstr. lag vor.

Zur Bericht:

I. Die wesentlichen Schwierigkeiten der Kampagne:

1. Es wurden nur Mieterfragen angesprochen, nicht Kinder, Arbeitsplatz oder andere Probleme. Die Kampagne vermittelt und also kaum ein Bild von anderen Bereichen, an denen wir die Stadttellarbeit ansetzen können.

Unser Unbehagen bei den Hausbesuchen. Es trat besonders auf, als wir nicht mehr im Auftrag der Mieterversammlung kamen. Die Erklärungsversuche da für wenig Erfolg, zu hohe Erwartungen, die Kampagne betrifft nicht unser eigenes Problem- konnten nicht als überzeugend angesehen werden. Einmal hatten wir gar nicht so hohe Erwartungen, wir haben eine massenhafte Mieterhöhung als nicht sehr realistisch eingeschätzt. Und da es wir nicht direkt für unser eigenes Problem kämpfen, ist das Dilemma jeder pol. Initiative. Als Hauptächlicher Grund für die Schwierigkeiten bei den Hausbesuchen wurde angesehen, dass sich die Gruppe selbst zu wenig klar war über Inhalt und Ziel der Kampagne. Das hat sich auch in der Reaktion der Leute auf uns niedergeschlagen: "man kann nichts machen, wir sind zu spät und zu wenig."

3. Die Diskrepanz bei den Mietern zwischen dem Ärger und der Empörung über die Mieterhöhung und der Haltung, nichts dagegen machen zu können oder zu wollen.

Die Erklärung dafür wurde in dem Zusammentreffen folgender Faktoren gesehen:

- a. die Vereinzelung der Bevölkerung in den Wohnbezirken
- b. die Furcht, die Aktivitäten könnten existenzielle Schwierigkeiten mit sich bringen.
- c. die besondere Bevölkerungsstruktur im Stadtteil (Saunierung, Soze, Rentner, Ausländer)

II. Kritik am Bericht der Adalbertstrasse

Der Bericht bringt keine Auflistung der Schwierigkeiten bei der Kampagne, sondern nur ein Fazit.

Es hätte aufgeführt werden sollen, was wir den Leuten gesagt haben, wie sie darauf reagiert haben und welche Veränderungen sich in der Argumentation in Laufe der Kampagne vollzogen haben. Da man liessen sich auch Unterschiede bei den verschiedenen Stammesgruppen feststellen und daraus lernen.

Unterschiede zwischen der Agitation in Zeitungen und Flugblättern und bei den Hausbesuchen hätten herausgestellt werden müssen.

Genossen, die neu in die Gruppe gekommen sind, konnten sich auf Grund des Berichtes keine genaue Vorstellung von der Kampagne machen. Es ging daraus nicht hervor, welche Leute welche Widersprüche am stärksten erleben. (da rüber können aber auch noch keine Aussagen gemacht werden.)

III. Weiterarbeit

Die Adalbertstr.-Gruppe will die Untersuchung für die ganze A.Str. weiter machen.

Sie will für die nächste Sitzung einen Vorschlag ausarbeiten, wie die Fragen, die sich für die Gruppe aus der Kampagne ergeben, angegangen werden können.

Der Vorschlag kam, sich über das Märkische Viertel zu informieren, um den Leuten die Illusion dieser "besseren Alternative aufzeigen zu können. Der Traum von der Neubauwohnung verringert die Bereitschaft, sich in Kreuzberg zu engagieren.

IV. Kritik an der Mietergruppe allgemein

Wir müssen mehr auf die Fragen der neuen Genossen eingehen, sonst steigern wir Ihre Frustration unnötig, und geraten in Gefahr, uns noch mehr zu isolieren.

V. Betanien

Die Eltern der neuen Eltern- Kinder- Gruppe sollen mit zur Vollversammlung der Betanien AG gehen und die Unterstützung der anderen Eltern gewinnen.

Fragen: Wie agitieren die unterschiedlichen Gruppen die Eltern?
Wie können die Probleme über Betanien hinausgetrieben werden?

- 1 -

Untersuchung der Mieterkassagne
(Adalbertstrasse)

STATISTISCHES MATERIAL.

Besitzer Haus Nr.	13:	?
"	14:	Beate Schmidt (80 Jahre alt, wohnt im Haus)
"	15:	G.P. Sack, Erbgemeinschaft Ruckert, Braunschweig, (wohnt im Haus)
"	16:	Hausverwaltung Zachger
"	17:	Eigentümer Moldenhauer
"	18:	?
"	19:	?
"	80-84	Zachger

Folgende statistische Angaben gelten für die Häuser 13 -19 :

In diesen Häusern gibt es nur ein Haus mit Hinterhaus, sonst sind es Fabriken oder Garagen.

Alle Häuser haben Außentoilette. Bis auf 2 Häuser (14, 19) waren die Treppenhäuser in Ordnung. In den Häusern 14 u. 19 auch sonst schlechter baulicher Zustand.

In den Vorderhäusern wohnen kaum Ausländer, nur das eine Hinterhaus ist von Türken ganz bewohnt.

Von 50 Mietparteien wurden 25 angetroffen. Von den 25 Angetroffenen reagierten 9 Leute freundlich, davon waren vier prinzipiell mit dem Ziel der Mieterkampagne einverstanden.

Alle Leute, die wir angetroffen haben, wußten durch die Flugblätter über die Mietersache Bescheid.

Zur Mieterversammlung ist trotz Zusage der 4 niemand erschienen. (die 4 schlüsseln sich auf: 2 Frauen (Rentnerinnen), ein ehemaliger Betriebsrat (Rentner, eine PH Studentin).

Knapp 2/3 der angetroffenen Leute waren im Rentenalter (von 25 angetroffenen 14). Um kein verzerrtes Bild zu bekommen ist es notwendig, nach und nach zu allen Mietern in Kontakt gekommen zu sein.

In den Wohnungen selber wurde durchgängig nichts repariert. Ansatzpunkt für eine Reparaturzwangung wäre vielleicht in den Häusern 14 u. 19 möglich.

Im Verlauf der Mietersache nicht angesprochen wurden folgende Punkte: Kinder; Arbeitsplatz, Sozialunterstützung;

2. INHALT DER GESPRÄCHE

Der Anknüpfungspunkt war immer die Mieterhöhung. Wir haben gesagt, wir kommen von der Mieterversammlung in der Stadtbibliothek, wir haben gestern ein Flugblatt verteilt und wollen mit Ihnen jetzt darüber reden.

Allgemein war es für die Leute so, daß für die Mieterhöhung überhaupt keine Rechtfertigung sahen, eben weil seit Jahren an den Häusern nichts geschehen ist. Der Tenor war aber der: Man kann nichts machen, das ist schon so oft versucht worden, wir sind zu alt dazu und zu wenig.

Die Schwierigkeit in Bezug auf unsere Argumentation war, daß wir der Resignation der Leute keine unmittelbar konkrete Perspektive entgegenzusetzen konnten. Wir konnten nur den Appell an sie richten, zur Mieterversammlung zu kommen, sich endlich mit anderen Leuten zusammenschließen. Wir konnten nicht einmal konkret sagen, wann wo ein Rechtsanwalt ist, der sofort juristische Sachen in die Wege leitet.

Eine andere Erfahrung ist, daß die Leute die Gespräche benutzten um sich auszureden, ihre Lebensgeschichte zu erzählen usw. (isolation der Alten)

3. ANDERE PROBLEME AUSSER MIETE

Angesprochen wurde meistens das Türkenproblem (auch als Grund wegzuziehen).

4. VERHÄLTNIS DER STRASSENGRUPPE ZU DEN MIETERN

Als wir die Leute zum 2. Mal besuchten kannten sie uns schon (als Individuen, nicht als Teil einer Gruppe). Das gilt für die Häuser 13-19, bei den Häusern 80-84 war das nicht festzustellen.

Zu den Leuten, zu denen wir Kontakt bekommen haben, haben wir gesagt, wir würden sie über den Stand etc. der Kampagne weiter informieren. Das haben wir aber nicht konsequent durchgehalten. (Auch weil man die Leute nicht überstrapazieren kann mit Besuchen).

Das Bewußtsein von der Existenz einer Straßengruppe, bzw. einer konkreten anderen Gruppe gibt es nicht bei den Mieter. Wir we den so in etwa eingereiht: Studenten, Rauch-Haus

5. PERSPEKTIVE DER LEUTE IM STADTTEIL

In den Gesprächen konnte man einen großen Drang feststellen, nämlich raus aus diesen Wohnungen. Vielfach wird die Wohnung, meistens von jüngeren Leuten, als Übergangswohnung aufgefaßt, daß eine Neubaubwohnung teurer ist, weil mehr Komfort, und sie würden auch wegziehen, wenn sie eine hätten (in der Nähe?).

6. ARBEIT DER GRUPPE NACH INNEN

Große Mängel tauchten in der technischen Arbeitsorganisation der Gruppe auf. Meistens bleibt etwas (Drucken, Material beschaffen, Stände machen etc.) bei einigen wenigen hängen.

Falsch war auch, daß wir nach der ersten Hausbesuchswelle nicht mehr in neue Häuser rein sind. So haben wir jetzt ein mehr unvollständiges Bild. Die Hausbesuche sind sowieso ein großes Problem. Irgendwie haben sie oft große Überwindung gekostet, und wir haben uns oft davor gedrückt. Auch war es ein Problem, daß wir kaum unsere Position haben angeben können. Solange die Mieterversammlung noch existiert hat, hatten wir noch etwas wie einen Auftrag. Nachdem die MV aber keine Mieterversammlung, sondern Organisationsversammlung war, konnten wir nicht mehr über uns sagen, als daß wir uns immer im Laden treffen.

7. Verschiedene AGITATIONSPORMEN

Wir haben festgestellt, daß, je unverbindlicher die Agitationsform ist, desto unverbindlicher die Zusage. Viele Leute waren an den Ständen sehr radikal, kam man aber in das Haus, war nichts los. Trotzdem hatten die Stände eine wichtige Funktion, nämlich die Unterschriften und die allgemeine Propaganda und Information. Wahrscheinlich müssen wir aber noch mehr "lockere" Agitationsformen haben (Film, Präschoppen, Video Recorder), um allgemein politisierend zu wirken.

8. VERHÄLTNIS DER LEUTE IM HAUS

Die Leute sind sehr isoliert. Sie haben unterschiedliche Berufe, das wirkt sich negativ für die Kommunikation aus. Man hilft sich einmaß, wenn vielleicht das Mehl am Sonntag fehlt, aber z.B. keine Nachbarschaftshilfe, wenn Kinder krank sind.

Versuch einer Selbstdarstellung der Mietergruppe, wie sie jetzt besteht. (Oktober 72)

Die meisten von uns, die heute Stadtteilarbeit machen, sind über das Fest zum 1. Mai Mariannenplatz zur Stadtteilarbeit in Kreuzberg gekommen. Die Probleme daraus entstanden sind, haben sich nicht aus einer praktischen Kritik der vorher in Kreuzberg gelaufenen Sachen entwickelt. Wir waren plötzlich "politische Menschen", ohne darüber diskutiert zu haben, warum wir gerade diese Stadtteilarbeit machen und nicht Politik an der Uni, im Büro, im Betrieb, in Jugendzentren oder in Jugendfreizeitheimen. Daraus folgte, daß wir einfach irgendeinen Konflikt herausgegriffen haben, - in unserem Fall das Kinderproblem (Spielstraße) - und versucht haben, darüber Kontakte zu den Arbeitereltern zu bekommen, um zusammen mit ihnen in andere politische Kampagnen einzusteigen.

Darüber gab es folgende Gruppen vor der Sommerpause:

1. Juristische Gruppe

Diese Gruppe hatte es sich zur Aufgabe gestellt, die Leute aus der Umgebung des Ladens bei Wohngeldanträgen und bei Anträgen auf Mietminderung juristisch zu beraten. Außerdem wollte diese Gruppe anhand von Konfliktfällen in der Familienfürsorgepolitik des Bezirksamtes Arbeiter aus Kreuzberg organisieren. Dabei stellte es sich aber heraus, daß sich die Einzelfälle, die die Gruppe aufgegriffen hatte, schlecht verallgemeinern ließen.

2. Sanierungsgruppe

Diese Gruppe hatte nur die Aufgabe, alle Daten zur Sanierungspolitik des Senats in Kreuzberg zu sammeln.

3. Türkengruppe

Diese Gruppe wollte Türken Deutschunterricht geben, um im Verlauf des Unterrichts mit den Türken politisch zu arbeiten. Die Gruppe beschränkte sich hauptsächlich auf die technische Durchführung des Unterrichts (Ton-Bild-Sprachkurs) und ließ die politische Perspektive (ausländische und deutsche Arbeiter kämpfen gemeinsam!) etwas unter den Tisch fallen. Dazu kam die Aussicht, daß der erste Türke erst in ca. einem Jahr einigermaßen Deutsch sprechen könnte. (Das würde heißen: disziplinierte Arbeitsplanung für mindestens ein Jahr!)

4. Spielstraßengruppe

Die Diskussion innerhalb dieser Gruppe ergab, daß ein Teil nur Kinderarbeit machen wollte. Der andere Teil wollte über die Kinder Kontakte zu den Arbeitereltern bekommen um mit diesen zusammen weitere politische Aktionen vorbereiten zu können. Es zeigte sich, daß über die Spielstraße Eltern nur mittelbar angesprochen wurden, und daß die Spielstraße das Bedürfnis der

Eltern, ihre Kinder für den ganzen Tag untergebracht zu wissen, nicht befriedigt.

Durch die Bildung dieser vier Gruppen sollte auch eine Arbeitseinheit zwischen Rauch-Haus, Jugendzentrum und Dresdner Laden hergestellt werden. Da aber nie gemeinsam über die politische Perspektive der Gruppen diskutiert wurde (höchstens darüber, wieviel hundert Leute man in welcher Zeit mobilisieren kann, ohne zu überlegen, mit welchem Ziel usw.) blieben die einzelnen Leute nach und nach weg.

Welche Konsequenzen zog die Mietergruppe aus diesen Erfahrungen?

Hauptansatzpunkt der Stadtteilarbeit in Kreuzberg ist unserer Auffassung nach die Sanierung. Wenn wir gegen die Sanierungspolitik des Senats kämpfen, dann kämpfen wir gegen die Interessen der Bauindustrie, der Konsumgüterindustrie (Warenhäuser z. B.) und Grundstückspekulanten - ohne Juso-Illusionen, daß dauerhafte Teilerfolge im Kapitalismus durchgesetzt werden können!

In diesem Problembereich sind folgende Ansatzpunkte enthalten:

1. Die Wohnsituation

Zustand der Wohnung, Größe, Miete, Abrißtermine, sozialer Wohnungsbau, Mietminderung, Wohngeld, Reparaturen, Besitzverhältnisse usw.

2. Kinderproblematik

Zu kleine Wohnungen, zu wenig Kitas, zu wenig Kindergärten, zu wenig Personal und dazu schlecht bezahlt, zu wenig Arbeiterkinderkiden, keine Spielplätze, miserable Schulverhältnisse....

3. Freizeitproblematik der Jugend im Stadtteil

Organisierung in Jugendzentren und Wohnkollektiven, Besetzung von Freizeitheimen, Trebegängerproblem, Schularbeitszirkel, Aufbau einer Gegenkultur usw.

Bisherige Stadtteilarbeit in Kreuzberg hat bisher immer nur eine kurzfristige Mobilisierung erreicht, da sich für die Arbeiter nicht direkt erfahrbar etwas zu ihren Gunsten verändert hat. Das heißt, wir wollen darauf hinarbeiten, daß wir Aktionen machen, die die materielle Lage der Arbeiter (kurzfristig und sofort erfahrbar) verändert und sich auch gleichzeitig in der Aktion das Bewußtsein ändert.

Aufgrund dieser Einschätzung erscheint es uns daher falsch eine allgemeine Mietkampagne im Stadtteil mit dem Ziel zu führen, eine Mieterhöhung allgemein zu verhindern, da wir dazu keine Druckmittel in der Hand haben.

Aufgrund unserer Erfahrung wollen wir jetzt eine kontinuierliche Untersuchungsarbeit durchführen. Diese Untersuchung hat folgendes Ziel:

- a) Wo liegen die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung?
- b) An was für Konflikten organisieren sich die Arbeiter im Stadtteil?
- c) Wo sind die Kämpfer?

Diese Untersuchungsarbeit darf keine statistische, sondern muß eine politische sein. Sie muß im Rahmen einer Kampagne laufen, die an wirkliche Bedürfnisse der Bevölkerung anknüpft, die das Ziel hat, die materielle Lage der Bevölkerung zu verbessern, die somit das Bewußtsein der Bevölkerung und unseres verändert!

Die jetsigen Gruppen um den Laden Dresdnerstr. arbeiten zwar an den verschiedenen Ansatzpunkten, verbunden sind sie aber durch die Untersuchungsarbeit. D.h., die Ergebnisse müssen für jede Gruppe verwertbar sein. Im Rahmen der Rauch-Haus Kampagne haben wir zum ersten Mal versucht dieses Konzept anzuwenden. Bei allen Fehlern die gemacht wurden, können wir folgendes feststellen:

- a) Jede Kampagne die geführt wird, muß an den wirklichen Bedürfnissen der Bevölkerung anknüpfen. D.h., für die erwachsenen Arbeiter war nicht so sehr das Rauch-Haus von Interesse, sondern die in Bethanien liegenden Kindergruppen. Von dort kamen wir auf die Wohn- und Heimsituation, von der fast jede Familie in Kreuzberg betroffen ist. Von daher solidarisierten sich die in Bethanien wohnenden Leute mit dem Rauch-Haus.
- b) Hausbesuche müssen vorher durch Informationsmaterial vorbereitet werden.

Zur Zweit werten wir die Hausbesuche, die bis jetzt gemacht worden sind, aus, d.h., wir versuchen die Erlebnisse die wir gemacht haben, zu verallgemeinern, um uns eine Grundlage zu schaffen, auf der wir einheitlich Hausbesuche durchführen wollen. Um die nächste Kampagne vorzubereiten, die sich mit dem Zustand der Wohnungen und der Mieterhöhung befassen soll, haben wir drei Untergruppen gebildet, um Material zu bekommen.

1. Geschichte der bisher gelaufenen Mietkampagnen in Kreuzberg. Warum sind sie gescheitert? - Geschichte der Stadtteilarbeit.
2. Sanierung allgemein. Zusammhang von Grundbesitz, Stumbildung, Sanierungspolitik des Senats, Bauindustrie und Spekulanten.
3. Rechtsverhältnisse in Bethanien. Charakter der Senatbauträger Bewoge und GSG, damit verbunden Hausverwalter wie Wiese und Zachger.
4. Mieterhöhung zum 1.1.73. Material dazu. Zusammenarbeit mit anderen Gruppen. Betriebsgruppen.

K R E U Z B E R G G E H Ö R T U N S

Diskussion am Montag(8.1.) über Inhalt und Organisation der weiteren Arbeit.

Erst haben wir nochmals die alte Selbstdarstellung von Oktober 72 gelesen, dann die Einschätzung von P. Bis zu dem Absatz, der beginnt mit "Was sollen wir tun um das zu erreichen?" wurde der Einschätzung im wesentlichen zugestimmt.

Dann diskutierten wir, was(1) wir in der nächsten Zeit tun müssen, und wie(2) wir das organisieren können.

(1) Dazu stellten wir drei Punkte fest:

- a) Straßengruppenberichte sammeln; die gemachten Erfahrungen der Kampagne feststellen; gemeinsam über die weitere Arbeit in jeder Straße reden (Mietminderung, Reparaturen etc.)
- b) Sanierung in Kreuzberg. Der materialistische Zusammenhang von Grundbesitz, Slumbildung, Sanierungspolitik des Senats, Bauindustrie und Spekulanten. Dabei sollen Zahlenmaterial und komplizierte Zusammenhänge übersichtlich und einfach dargestellt werden. Eventuell auch eine verbesserte Mietrechtsbroschüre.
- c) eine politische Diskussion beginnen (auch über Arbeitsstil und Disziplin). Diese Diskussion können wir nicht nur aus unseren Hemdsärmeln schütteln. Da müssen wir auf die politische Linie und Praxis anderer Organisationen eingehen (z.B. Lotta Continua Kampfprogramm: Nehmen wir uns die Stadt)



(2) Zu diesem Punkt gab es unterschiedliche Meinungen. Man kann sie so gegenüberstellen:

Die Sanierungsanalyse wird von wenigen schnell fertig geschrieben, in der Gruppe verteilt und an einem Termin diskutiert.

Die Herstellung einer solchen Analyse soll nicht eine individuelle Leistung sein, sondern eine Gruppenleistung. So ist die Analyse auch angefangen worden. Ein solcher Weg dauert natürlich länger, als wenn einer, der eh schon Ahnung hat, für die anderen etwas schreibt! Ausgangspunkt für alle ist die Straßengruppenarbeit im Rahmen der Mieterkampagne. Aus der Erfahrung daraus ist es logisch, zur allgemeinen Sanierungsproblematik zu kommen. Weiß man Bescheid, wie sich Senat und Kapital organisiert haben, um ihre Herrschaft aufrecht zu halten, kommt man zur Frage der politischen Inhalte und Ziele unseres Kampfes dagegen!

Einige, die Bedürfnis und Interesse haben, eine politische Diskussion zu starten, fangen einfach damit an, bestimmte Sachen zu lesen, Tee zu trinken und zu diskutieren. Wenn es keine unverständlichen, abstrakten Diskussionen sind, wird es sich herumsprechen, und es werden immer mehr mitsprechen.

Wie die Sanierungsanalyse soll eine politische Diskussion dem Bedürfnis aller entsprechen und auf etwa gleicher Informationsbasis aufbauen. Also über die Fragen aus der Sanierungsanalyse und der praktischen Arbeit die politische Diskussion mit der ganzen Gruppe machen.

Straßengruppenberichte sollen am Mittwoch weiter diskutiert werden.

Zwei oder drei Straßengruppen sollen zusammen eine Arbeitsgruppe für die Sanierungsanalyse bilden. Da können neue Leute auch leichter einsteigen. Dann kann es auch dazu kommen, daß die Mittwochediskussionen vorbereitet sein können. Das würde heißen: zwei Termine in der Woche. Einmal Plenum am Mittwoch. Einmal Straßengruppe/Arbeitsgruppe. Dafür sollte das Samstagplenun nur dann gemacht werden, wenn eine Gruppe ein konkretes Anliegen hat. Sonst erzählt man sich nur Geschichten und ist frustriert.

Da meine sehr längliche Rede auf dem letzten Plenum (6.1-73) wirklich schwer zu verstehen war, will ich, hoffentlich klar, zu Paier bringen, was mich so drückt:

Noch nie haben wir so viele Hausbesuche gemacht. Noch nie haben wir zwei Monate lang kontinuierlich so gearbeitet. Noch nie haben wir eine Kampagne so intensiv vorher, zwischendurch und nachher diskutiert! Trotzdem sind die Erfahrungen noch zu gering um daraus schon hand feste Schlüsse ziehen zu können. Zum Teil haben wir schon vorher einige wesentliche Ergebnisse der Kampagne gewußt:

Die Mieterhöhung wird angesichts der Erwerbslosen als unverschämt empfunden, die Leute sind meistens sauer auf Hausbesitzer und Senat, nicht aber auf uns, eine heimliche Sympathie der Bevölkerung. Es gibt individuelle Zusagen der Mietverweigerung und 2, 3 Häuser, in denen noch was passieren kann

Was müssen wir sehen: Selbst da, wo zum größten Teil unmittelbares Wohnland optisch sichtbar und für die Mieter praktisch erfahrbar ist, gibt es auch Ansatzweise keine Masseninitiative. Da stehen wir also ziemlich am Anfang.

Es gibt aber viele (junge) Leute, die durch die Kampagne in den Laden gekommen sind und das etwas machen wollen. Jetzt beginnt der wunde Punkt unserer Gruppe. Wir tun oft so, als ob uns nur die Aufgabe zufällt, an das Bedürfnis der Bevölkerung "anzustoßen", damit sie zur Selbsttätigkeit kommt. Wir selber klammern uns dabei aus. Was mir aufgefallen ist: Wir sagen selten, wir haben die oder die Meinung, sondern wir sagen meistens: wir treffen uns an dem Ort (Laden).

Knapp 10 neue Leute sind auf Grund der Mietersache im Laden gewesen. Das ist meiner Meinung nach ein ganz wichtiges Ergebnis, das wir erreicht haben.

Also, wir müssen es schaffen, daß solche, die mitarbeiten wollen, sich mit der Gruppe auseinandersetzen können. Daß wir sagen können, was wir wollen und was wir bisher gemacht haben. Wir müssen ein Gruppensolidarität, auch über gleiche Informationsbasis, schaffen!

Was sollen wir tun um das zu erreichen?

- 1) Die Straßengruppenberichte sammeln, soweit möglich, die gemachten Erfahrungen etc. feststellen. Gemeinsam über die weitere Arbeit in jeder Straße reden.
- 2) Die Sanierungsanalyse wieder aufnehmen. Mit der Untersuchung verbinden.

Drei oder vier Gruppen übernehmen je einen Arbeitsbereich (Zwei Straßengruppen können eine Arbeitsgruppe bilden?).

Um jedes Mißverständnis auszuschließen: Das bedeutet nicht, Kampagne abgebrochen, ran an den Schreibtisch. Dh., neue Erkenntnisse gewinnen, damit Untersuchung und Praxis immer mehr polit. Klarheit bekommen!

Peter

1973

Erfahrungen der Stadtteilgruppe Kreuzberg - SKS - mit der Mieterarbeit im Stadtteil

Dezember 1970: Zeitungskollektiv der "K": Information, Agitation, Analyse, aber keine Strategie
Eine Kerngruppe von 15 Studenten konstituierte sich als vorläufiger Mieterausschuß. Weitere Mitarbeiter sollten aus der Bevölkerung kommen. Ziel war, durch Aufklärung und Agitation zu erreichen, daß die Mieter eine Sanierung fordern und durchsetzen, die ihren Bedürfnissen entspricht.

- Problemkreise: Sanierung/Autobahn
- Kinder
- Mieten/Reparaturen

Zwar wurde die Notwendigkeit der Verbindung von Betriebsarbeit und Stadtteilarbeit gesehen, konkreter Ansatzpunkt war aber nur die Frage: Was passiert mit den Betrieben im Sanierungsgebiet (SKS) bei der Sanierung?

Januar 1972 : BVG-Kampagne. Bei der Kampagne sollte versucht werden, den Zusammenhang zwischen Fahrpreiserhöhung und den allgemeinen Preissteigerungen herzustellen. (Selbsteinschätzung der Gruppe damals: politische Perspektivlosigkeit).

Es fanden Diskussionen über die Zeitung - sollte sie Voraussetzung oder Folge der Praxis sein? - und über Mietrecht statt - Sind Mietrechtfibeln reformistisch? Ein Mietrechtseminar sollte die Teilnehmer befähigen, selber Mieterversammlungen zu inszenieren und zu agitierten.

(Neues Kreuzberger Zentrum)

Versuch der Aufarbeitung der NKZ-Kampagne:

- gescheitert wegen subjektiven Arbeitschwierigkeiten und der objektiv fehlenden Perspektive
- deshalb sollte jetzt Gegenöffentlichkeit hergestellt werden, agitiert werden auf Grund von differenzierten Untersuchungen (ökonomische, politische und soziale Struktur im SKS, Auswertung von Senatschriften und Zeitungsartikeln)
- Ziele: Herausfinden, welches der von den SKS-Bewohnern akut-sinnlich erfahrene und bewußt gewordene Widerspruch ist, Hinarbeiten auf die Bewußtwerdung des Hauptwiderspruchs im SKS und den Hauptwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital
- nächste Schritte: Beteiligung von durch Agitation gewonnenen Bewohnern, Öffnung des Ladens für einzelne Bevölkerungsgruppen (Jugendliche, Mieter, allgemeine Veranstaltungen zur Sanierung, Preise, Erziehung usw.). längerfristig Einbeziehung schon saniert Gebiete
- Organisation: Die Betroffenen sollen nach dem Delegiertenprinzip zur Selbstorganisation gebracht werden..

* Sanierungsgebiet Kreuzberg Süd

- Februar 1972: Agitation in Form von: Flugblättern, Zeitungen, Diskussionen an Straßenecken, in Kneipen, Fragebogenaktionen, Tonbandinterviews, Filme über das SKS, Wandzeitung im Leden. Alles ist irgendwann mal ausprobiert worden.
- März 1972: Unterstützung der Mieter in der Besselstr.: Die Stadtteilgruppe SKS verstand sich als Initiativgruppe mit dem Anspruch, die Mieter in ihrem Kampf gegen die Sanierung zu unterstützen oder zu erreichen, daß entsprechende Wohnungen zur Verfügung gestellt werden, wobei soziale Bedingungen berücksichtigt werden müssen. Diskussion über die BVG-Kampagne mit der KPD/Ao: Sinn einer Kampagne ist es nicht unbedingt, die aufgestellte Forderung durchzusetzen, sondern an einem Widerspruch neue Leute zu erreichen, um später mit größerer Kraft loszuschlagen.
- Mai 1972: Anlässlich des Austritts von Immo Kritik an der Arbeit der Stadtteilgruppe: Schlechte Praxis, kein politischer Stadtpunkt, keine Untersuchungstätigkeit, isolierter Zirkel ohne Keim zu einer Massenorganisation.
- Mitte Mai 72: "Horrorseminar" über die subjektive Situation der Genosse in der Gruppe. Ein Beispiel: "Die Gruppe muß mir nutzen, nicht mich ausnutzen". - Das alte Strategiepapier wird bestätigt (siehe oben).
- Ende Mai 72: Diskussion über den reformistischen Charakter der Stadtteilarbeit. es wird bestätigt, daß die Hauptaufgabe der Gruppe ist, zur Bewußtseinsbildung im Stadtteil beizutragen. Die Arbeit mit ausländischen Arbeitern wird als notwendig angesehen, aber nur möglich, wenn sich eine Untergruppe darauf konzentriert.
- Juni 1972: Seminar über Sanierung (Widerspruch zwischen Boden- und Industriekapital), Bürgerinitiativen ("Frühwarnsystem" für die Kapitalisten) und Juso-Strategie
- ab Juni 1972 Diskussionen über die Kampagne gegen die 15%-Mieterhöhung zum 1.1.73. Anhand von konkreten Bedürfnissen und Interessen der Arbeiter (hier: billig und gut wohnen) sollte der Bewußtwerdungsprozeß innerhalb der Bevölkerung unterstützt werden. Die Mieterhöhung wurde angesehen als Möglichkeit der kollektiven Reaktion der Betroffenen, auch über die Grenzen eines Stadtteils hinaus. Ziel: anhand der Mieterhöhung Einsicht in die Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Systems und den Zusammenhang zwischen Produktionsbereich und Reproduktionsbereich zu verschaffen. Geplante Durchführung: Hausagitation, Zeitungsverkauf, Mieterveranstaltungen, Mieterausschüsse, Beteiligung der Mieter an der Zeitung und der Kampagne, direkte Aktionen gegen Hauseigentümer, Verwaltungen; Hausbesetzung, Demo, Mieterstreik

* ein Genosse

November-Januar 72/73: Diskussion über Möglichkeiten einer Medizinerarbeit im Stadtteil. Ansatzpunkte waren:
§ 218, Arzneimittel-Mißbrauch, Altenversorgung, Alkoholiker. Krankheiten sollen nicht in ihren Auswirkungen gemildert, sondern in ihren Ursachen entdeckt und bekämpft werden. Nach langen Auseinandersetzungen organisierte sich die Medizinergruppe autonom (Chamissoplatz). Der Wunsch, endlich im Gesundheitsbereich zu arbeiten war stärker als die Einsicht und Bereitschaft, sich mit der allgemeinen politischen Arbeit im Stadtteil zu beschäftigen. Außerdem spielte die Angst vor Versetzung und die Gruppenstruktur der Stadtteilgruppe eine Rolle beim Austritt der Medizinergruppe.

Die Kampagne gegen die Mieterhöhung zum 1. Januar 1973

Die Ältesten zur Zeit in der Mietergruppe mitarbeitenden Genossen haben noch die Mieterhöhungskampagne vom 1. Januar letzten Jahres miterlebt. Ziel der Kampagne war, möglichst viele Mieter zu dazu zu bringen, die Zahlung des Mietszuschlags zu verweigern. An diesem so hoch gesteckten Ziel ist die Kampagne gescheitert; die Gruppen, die an der Kampagne teilnahmen, waren nicht in der Lage, den latenten Unmut der Bevölkerung sichtbar zu machen und in Aktionen umzusetzen. Auf einer Protestversammlung in der Stadtbücherei Adalbertstraße zeigten sich die verschiedenen Gruppen (Stadtteilgruppen, KPD/WL, KPD/Ao) unfähig, gemeinsam vorzugehen. Es wurden zwar Häusertrupps gebildet, sie bestanden aber nur aus Linken, während die anderen Besucher der Versammlung sich nicht beteiligten. Die Häusertrupps (auch die SPD) sammelten Unterschriften für die von der Versammlung verabschiedete Resolution. Die angesprochenen Kreuzberger reagierten darauf meistens so: "das hat ja doch keinen Sinn, aber wenn es euch nützt gebe ich die Unterschrift meinetwegen..." Die Aufforderung, die Zahlung der Mieterhöhung zu verweigern, wurde nur in ganz wenigen Fällen befolgt: in einem Haus hat der Hauseigentümer bis heute keine Anzeige gestellt; in einem anderen war der Hauseigentümer einverstanden und im dritten kam nach 6 Monaten - wie zu erwarten, - denn 6x15% sind mehr als eine Monatsmiete, dann kann prozessiert werden - der Prozeß, der zugunsten des Eigentümers auslief.

Einschätzung der Kampagne gegen die Mieterhöhung:

Fehler: Sie war nicht in die langfristige Stadtteilarbeit (gegen die schlechte Wohnsituation, geplante Sanierung, Einführung des Weißen Kreises) einbezogen, sondern auf die Mieterhöhung beschränkt. Trotzdem hat die Mieterhöhungskampagne einige Nebenergebnisse gebracht, auf denen die spätere Arbeit aufbauen konnte: Die Stadtteilgruppe bekam viele Einzelkontakte durch Unterschriften, Stand und Beratung. In der Kohlfurter Straße gibt es seitdem eine wöchentliche Mieterberatung, in Neukölln wurde eine Mieterrunde institutionalisiert. Damalige Schlußfolgerung aus der Kampagne: Es sollte keine von anderen Fragen losgelöste Kampagne mehr gemacht werden, es muß kontinuierlich konkrete Mieterarbeit stattfinden, persönliche Kontakte müssen hergestellt werden.

Vorstellungen über die Mieterarbeit April 1973

Der Mieterausschuß der Stadtteilgruppe SKS übernahm im Sanierungsgebiet Kreuzberg folgende Aufgaben: Mieterberatung, Stand, Mieterkontakte, Untersuchungen im Sanierungsgebiet

- 1) Inhalt der Agitation: Aufklärung darüber, wer von der Sanierung tatsächlich profitiert, Denunziation der Zusammenarbeit zwischen Staatsapparat und Kapitalisten, Informationen gegen Illusionen im Zusammenhang mit der Stadtsanierung ("Wohnkomfort"), Widerstandsmöglichkeiten aufzeigen, die sich in einer Verbesserung der Lebenssituation auswirken.
- 2) Durch Hausbegehungen wollten wir herausfinden, wo Konfliktbereitschaft besteht, die gezielt unterstützt werden kann; individueller Unmut soll kollektiv, politisch geäußert werden können.
- 3) Keine Zielrichtung gegen die Sanierung überhaupt, aber wir wollen auch nicht Entwicklung "positiver" Sanierungsvorstellungen übernehmen; Ziel ist vielmehr: billige, ausreichend verfügbare, angemessen ausgestattete Wohnungen für alle. Minimalprogramm: Gegen die Evakuierung in die Randgebiete.
- 4) Konkrete Widerstandsmöglichkeiten: Verzögerung der Sanierung (Erschwerung der Untersuchungen, Öffentlichkeitsarbeit, formale Rechtspositionen), Kampf gegen die Herabwirtschaftung der Häuser und für die Angleichung an den allgemeinen Wohnstandard (Wohnungsaufsichtsgesetz, Mieterhöhungsstreik, Mietminderung), Werterhaltung und -verbesserung durch die Eigeninitiative der Mieter, wobei die Kosten auf die Hauseigentümer abgewälzt werden.
Die Verzögerungsstrategie wurde deshalb als realistische angesehen weil die Verzögerung der zügigen Profitrealisierung und der konkrete Angriff auf die Sanierungsillusion und die Konfliktvermeidungsstrategie der SPD einen politischen Druck auf die SPD und die Wohnungsunternehmen bedeutet.

Diskussion der Sanierungsarbeit im Juni und Juli 1973

Strategisches Ziel ist nicht die Verhinderung der Sanierung (das wäre illusionär), sondern der Versuch, an den die Mieter kollektiv treffen den, besonders deutlichen Problemen Bewußtsein zu schaffen und Widerstandserfahrungen zu machen.

Diskussionsschwerpunkte waren:

- Ist die Beschränkung auf das Sanierungsgebiet richtig? Dafür sprach die besondere Schärfe des Widerspruchs, die Möglichkeit kollektiver Erfahrung und begrenzter Erfolge; die Rolle der SPD und die Verschmelzung von Kapital und Staat ist hier besonders deutlich. Dagegen: Die Gefahr, daß wieder so etwas wie eine Kampagne entsteht mit Zeitdruck und Erfolgszwang; außerdem der Druck der schlechten Wohnbedingungen und das Ausspielen von Türken gegen Deutsche, das die Arbeit schwierig macht.
- Wie ist der Kontakt zum Betrieb herzustellen? Über die leeren Wohnungen und über die Betriebsveränderungen im Rahmen der Sanierung bei Deteve wollten wir mit Arbeitern dieses Großbetriebs in Kontakt kommen.

Der damalige Diskussionsstand ist auch in unsere Sanierungsbroschüre eingegangen.

Die Praxis der Mietergruppe seit der Mieterhöhungskampagne

Die laufende Arbeit der Gruppe bestand seit diesem Zeitpunkt in der Mieterberatung und Informationsständen (meistens sonnabends vor dem Bilka). Mit der Mieterberatung beabsichtigten wir, an den konkreten Problemen der Mieter anzuknüpfen und die Mieter dadurch zu kollektivem Widerstand zu bringen. In einzelnen wenigen Fällen gelang es zwar, die Mieter auf Hausversammlungen zusammensubringen, der Widerstand beschränkte sich aber bestenfalls auf die Mieter eines Hauses. Die Information für die Nachbarn durch Transparente hatte keine sichtbaren Folgen (z.B. Luckauer Straße).

In der Mieterberatung, am Stand und beim Zeitungsverkauf haben wir viele Arbeiter, kleine Angestellte und Rentner kennengelernt, aber die Kontakte zu ihnen blieben vereinzelt. Um diese Vereinzelung und Isolation zu durchbrechen, luden wir sie zu einem Mietertreff ein, bei dem die Anwesenden ihre Erfahrungen austauschen sollten (und auch taten). Einige kamen auf die Idee, den Keller unseres Ladens auszubauen und wollten das auch selber machen. Wir wollten das nicht von uns aus tun, um den Leuten nicht etwas fertiges vor die Nase zu setzen. Damit hatten wir aber das Bedürfnis und die Verhaltensformen der Mieter nicht richtig eingeschätzt. Nach mehreren Anläufen blieb das Projekt stecken und die Leute blieben weg; nach drei Wochen schließlich ging auch den letzten die Puste aus.

In unregelmäßigen Abständen (meist jedoch monatlich) gaben wir eine Zeitung heraus, in der einzelne Initiativen im Stadtteil und allgemeine politische Fragen (Mählerprozeß usw.) behandelt wurden. Die Zeitung kam zwar ganz gut an, es gab aber keine Rückkopplung, und unser Ziel, die Mieter selbst sich in der Zeitung darstellen zu lassen, haben wir nicht erreicht. Da das Zeitungsmachen außerdem viel Zeit erforderte, und von anderen Aktivitäten ablenkte, über die wir eigentlich berichten wollten, gaben wir die Mühe des Zeitungsmachens vorläufig auf.

In Reaktion auf die unterschiedlichen verstreuten Ergebnisse, die die allgemeine Mieterarbeit brachte, konzentrierten wir uns in der Folgezeit wieder auf die Sanierungsproblematik. Wir glaubten, an der Sanierung eher als an allgemeinen Mietfragen einen gemeinsamen Ansatzpunkt für den kollektiven Widerstand der vom Hausschmiß bedrohten Mieter zu finden. Deshalb organisierten wir eine Fahrt ins Märkische Viertel (von einer früheren gibts einen Film) und eine Film- und Informationsveranstaltung in der Stadtbibliothek Adalbertstraße. Bei beiden Veranstaltungen wurde den Beteiligten klar, was mit der Sanierungspolitik der SPD beabsichtigt ist. Bei der Veranstaltung in der Adalbertstraße sollten konkrete Widerstandsformen besprochen werden. Aber die meisten Anwesenden gingen bis auf die Linken kurz nach dem Ende des Films, sodaß die Linken nur wieder unter sich waren und sich je nach Gruppe gegenseitig agitierten.

Gleichzeitig versuchten wir, in den Häusern selber Kontakt mit den von der Sanierung betroffenen Bewohnern zu bekommen. Von den vielen Häusern die in den nächsten 2 Jahren abgerissen werden sollen, suchten wir die aus, die noch gut erhalten sind, wobei wir annahmen, daß die Bewohner gerade dieser Häuser wegen der Sanierung besonders aufgebracht sein müßten. Außerdem gingen wir von der Annahme aus, daß wegen der Sprachschwierigkeiten und der größeren politischen Gefährdung der Ausländer vor allem Türken, diese nicht zu mobilisieren wären.

Diese Beschränkung auf deutsche Mieter hat sich aber als falsch heraus gestellt. In einzelnen Häusern sind es gerade die Türken, die zumindest im Gespräch bereit waren, sich zur Wehr zu setzen. Wir können hier noch kein abschließendes Urteil abgeben, weil wir mit systematischen Häuserbegehungen erst angefangen haben. In einem Haus kam es zu einer Mieterversammlung, aber in den meisten anderen sind oft nur ein, zwei Mieter bereit, etwas zu unternehmen. Sie lassen sich aber dann sehr schnell abschrecken, wenn sie selber durchs Haus gehen und erleben, daß kaum ein Nachbar mitsieht. Um uns darüber klar zu werden, was wir mit diesen vereinzelt Leuten machen können, haben wir im Herbst mit der Stadtteilgruppe Charlottenburg Kontakt aufgenommen, die uns über ihre Erfahrungen mit der Mieterinitiative Klausener Platz berichtete.

Bei der flüchtigen Hausbegehung im Herbst, in der wir die gut erhaltenen Häuser feststellen wollten, stellte sich heraus, daß es massenhaft leere Wohnungen gibt, die zum Teil noch gut erhalten sind, aber nicht weiter vermietet werden sollen. In Zusammenarbeit mit Leuten von Detlev machten wir eine Informationskampagne mit auf den Betrieb zugeschnittenen Flugblättern, Ständen (u.a. Markthalle Eisenbahnstr.) und Plakaten, auf denen die Wohnungen markiert waren. Die Reaktionen der angesprochenen Bevölkerung war sehr zustimmend, allerdings gaben nur etwa 20 Wohnungssuchende ihre Adresse und erklärten sich bereit, gemeinsam konkrete Schritte zu überlegen, wie man an die Wohnungen herankommen könnte. Am vereinbarten Treffen tauchten aber nur wenige auf und diese wenigen waren Linke, die auch ohne unsere Beteiligung weitere Schritte unternehmen können. Nach unserer Einschätzung sind trotz der positiven Reaktion die Gemeinsamkeiten unter den Wohnungssuchenden zu gering, als daß sie sich von einer kollektiven Aktion etwas versprechen würden.

Die heutige Lage im Stadtteil

Wir können heute nicht mehr davon ausgehen, im Stadtteil Möglichkeiten eines gemeinsamen Kampfes von Deutschen und Ausländern, d.h. vor allem Türken, zu finden.

Den deutschen Sanierungsmietern werden mit allen Mitteln die teuren Neubauwohnungen schmackhaft gemacht:

- 1) Altbaugelände werden gezielt verslump; die Türken werden als Ursache dafür angesehen; das Wohnen im Neubau gilt als Statusaufwertung.
- 2) Durch die Sanierung wird der Bekanntenkreis auseinandergerissen, sodaß jeder einzeln nur noch möglichst schnell raus will und oft schon die erst-schlechteste Ersatzwohnung akzeptiert.
- 3) Der Wohnkomfort der meisten Altbauwohnungen im und um das Sanierungsgebiet ist kaum noch zumutbar: Kohleschleppen, kein eigenes Klo, kein Bad, Ratten, Altbaumuff, sodaß man den Wunsch nach einem Neubau kaum noch jemand verübeln kann. Die Beispiele für Altbausanierung sind meist abschreckend, weil auch nicht viel billiger.
- 3) Die Baugesellschaften und Wohnungsunternehmen veranstalten Kaffeefahrten in Neubaugebiete, bei denen nur die Fassaden gezeigt werden.
- 4) Die Wohngeldillusion ist nach wie vor weit verbreitet, obwohl meist nur zwischen 20 und 50 DM gezahlt werden. (2-Zimmer-Wohnung im Neubau 280 DM, im Altbau zwischen 90 und 130 DM)

Der relativ widerstandslose Auszug der Deutschen aus dem Sanierungsgebiet wird ermöglicht durch die veränderte Sanierungsstrategie des Senats. Die Widersprüche im Sanierungsgebiet werden durch staatliche Eingriffe zu entschärfen versucht:

- 1) In Kreuzberg und anderen Innenstadtgebieten werden mehr Wohnungen gebaut als ursprünglich vorgesehen, weil die Mieten für Gewerbeflächen den kleineren Betrieben zu hoch werden. (Vgl. neuer Flächennutzungsplan für das SKS) (z.B. Neubaukomplex am Mehringplatz)
- 2) Die Vertreibung in die Randgebiete findet nicht mehr in dem erwarteten Umfang statt.
- 3) Auch in dem für den Kahlschlag vorgesehenen Gebiet sollen jetzt einzelne Häuser renoviert werden. (Kohlfurter Str. 40-42-44, Segitzdamm 57-59, Elisabethhof, Kottbusser Str. 8 und andere)
- 4) Der zeitliche Ablauf der Sanierung wird wegen mangelnder Mittel verzögert. Ursprünglich sollte die Sanierung 1985 abgeschlossen sein, jetzt rechnet man über das Jahr 2000 hinaus.

Ausländer: Die ausländischen Arbeiter wohnen konzentriert in Sanierungsgebieten und deren Umkreis. Kreuzberg wird mehr und mehr zur Türkenstadt (Klein-Ankara). Die "Ballung" der ausländischen Arbeiter in den Sanierungsgebieten und ihrer Umgebung (z.B. um das Schlesische Tor) nimmt noch weiter zu! Im Senatsjargon: "Türken neigen zur Ballung", "Eine zumutbare Lösung der Wohnraumversorgung dieses Personenkreises (der Türken also) leidet also nicht unter der Sanierungsdurchführung, sondern die Sanierungsdurchführung leidet unter einer ungelösten Ausländerproblematik." (Nachzulesen im Senatsbericht zur "Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien", September 1972) Die Türken haben keine Chance, woanders unterzukommen - trotz der "Streuungsplan" des Senats - und müssen von einem Altbau ins andere ziehen, mit allen Belastungen: Umschulung der Kinder, Umzug und Renovierung, Abstandszahlungen usw. Im Gegensatz zu der deutschen Bevölkerung besteht aber ein Kommunikationszusammenhang unter den Türken.

Unser gegenwärtiger Diskussionsstand

In der Diskussion der letzten Wochen lassen sich drei verschiedene Schwerpunkte feststellen:

- 1) Erweiterte Mieterberatung: Die bisherige Mieterberatung, die einige isolierte Kontakte erbrachte, soll verändert werden:
 - a) Ausweitung auf andere Themen, zB. Lohnsteuerberatung, Arbeitsverträge
 - b) Ausbau des Stadtteilladens zum Kontaktzentrum (evtl. wären diese Aufgaben von einem Kommunikationszentrum im Stadtteil gemeinsam mit anderen Gruppen zu übernehmen): "Weg mit der Büroatmosphäre" Hier könnten en Nähmaschinen, Schreibmaschinen, Werkzeug verfügbar sein, gemeinsame Wohnungsrenovierungen organisiert werden. Außerdem Tausch von Werkzeug, Kleidern, Büchern usw.
 - c) Die bisher beratenen Mieter können zu Gesprächen zusammengeholt werden mit vorher angekündigten Themen, bei Kaffee und Kuchen oder so.
- 1) Wir müssen unter den vielen einzelnen Leuten, die die verschiedenen Kreuzberger Gruppen im Stadtteil kennen, Kontakte herstellen (Straßenweise, häuserweise)
- 2) Zusammenarbeit mit Betriebsgruppen im Stadtteil: Unterstützung in Aufgabenbereichen, die außerhalb der unmittelbaren Betriebsarbeit liegen, aber konzentriert auf die Arbeiter des betreffenden Betriebes.
- 3) Wärkenarbeit im Stadtteil - Sanierungsarbeit mit türkischen Mieter:

Außerdem wurde noch eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht, die sich mit jedem der genannten Schwerpunkte verbinden lassen: Zeitung, Straßentheater, Wandzeitung, Transparente an Abrisshäusern, Fest zur Entmietung, Kinder-Abenteuerspielplatz auf dem freigewordenen Gelände, Zentrum im Stadtteil in einem dafür "in Anspruch zu nehmenden Objekt", wo auch unsere Mieterberatung besser, weil sichtbarer untergebracht wäre.

Das klingt alles ganz schön, aber wir sind inzwischen nur noch 5 - 5 1/2 Leute.

In einer Motivationsdebatte haben wir festgestellt, daß die Arbeit überhaupt nicht läuft, wenn nicht an den Bedürfnissen der einzelnen Genossen angeknüpft wird. Unser Arbeitsstil ist unpersönlich, technisch "privatleben" und "politische Arbeit" sind getrennt wie eh und je.

Die meisten von uns sind ihrem Wunsch, aus dem linken Getto herauszukommen, Kontakte mit der Bevölkerung zu schließen und darüber politische Arbeit aufzubauen, kaum nähergekommen. Schluchz!

Stadtteilgruppe Kreuzberg

Die Ältesten zur Zeit in der Stadtteilgruppe mitarbeitenden Genossen haben noch die Mieterhöhungskampagne von 1. Januar dieses Jahres miterlebt. Ziel der Kampagne war, möglichst viele Mieter in gut erhaltenen Häusern dazu zu bringen, die Zahlung der Mieterhöhung zu verweigern. An diesem zu hoch angesetzten Ziel ist die Kampagne gescheitert; die Gruppen, die an der Kampagne teilgenommen haben, waren nicht in der Lage, den latenten Unmut der Bevölkerung sichtbar zu machen und in Aktionen umzusetzen. Trotzdem hat die Mieterhöhungskampagne einige Nebenergebnisse gehabt, die für die weitere Arbeit bestützend waren.

Auf einer öffentlichen Protestversammlung in der Adalberstr. versigten sich die verschiedenen Gruppen (Stadtteilgruppen, KDD-ML, & KPD) unfähig gemeinsam vorzugehen. Es wurden zwar Häusertruppen gebildet, die bestanden aber nur aus Linken, während die anderen Besucher der Versammlung sich nicht beteiligen konnten. Die Häusertruppe (auch die SPD) sammelten Unterschriften für die von der Versammlung verabschiedeten Resolution. Die angesprochenen Kreuzberger reagierten darauf meistens so: "... das hat ja doch keinen Sinn- aber wenn das auch was nützt, geben wir die Unterschrift." Die Aufforderung, die Zahlung der Mieterhöhung zu verweigern wurde nur in ganz wenigen Fällen befolgt: in einem Haus hat der Hauseigentümer bis heute keine Anzeige gestellt, in einem anderen war der Hauseigentümer einverstanden und im dritten kam nach 6 Monaten- wie erwartet, denn 6x15% sind mehr als eine Monatsmiete, dann kann prozessiert werden) der Prozeß, der zugunsten des Eigentümers auslief.

Trotzdem hat die Mieterhöhungskampagne einige Nebenergebnisse gehabt, auf denen die spätere Arbeit aufbauen konnte

In der Kehlfurter Str. gibt es seitdem eine wöchentliche Mieterberatung; in Neukölln wurde eine Mieterrunde uninstitutionalisiert. Außerdem bekam die Stadtteilgruppe viele Einzelkontakte im Stadtteil, die aber persönlich und meist voneinander isoliert blieben.

Die laufende Arbeit der Gruppe bestand von diesem Zeitpunkt in der Mieterberatung und Informationsständen (meistens sonnabends vor BILKA). Mit der Mieterberatung beabsichtigen wir, an den konkreten Problemen der Mieter anzusetzen und die Mieter dadurch zu kollektivem Widerstand zu bringen. In einzelnen wenigen Fällen gelang es zwar, die Mieter auf Hausversammlungen zusammenzubringen. Der Widerstand beschränkte sich aber bestenfalls auf die Mieter eines Hauses; die Information für ihre Nachbarn durch Transparente hatte keine sichtbaren Folgen.

In der Mieterberatung, am Stand und beim Zeitungsverkauf hatten wir viele Arbeiter, kleine Angestellte und Rentner kennengelernt, zu denen die Kontakte jedoch vereinzelt blieben. Um diese Vereinzelung und Isolation zu durchbrechen, luden wir sie zu einem Mietertreff auf, bei dem die Anwesenden ihre Erfahrungen austauschen sollten. (und auch taten) . Einige kamen auf die Idee, den Keller des Ladens zu einem Mieterclub auszubauen, und wollten selbst anfangen zu basteln. Wir wollten den Laden nicht selber austreten, um den Leuten nicht etwas Fertiges vor die Nase zu setzen. Damit hatten wir aber das Bedürfnis und die Verhaltensformen der Mieter nicht richtig eingeschätzt. Nach mehreren Anläufen blieb das Projekt stecken und die Leute blieben weg, nach drei Wochen ging auch den letzten die Puste aus.

in unregelmäßigen Abständen (bis jetzt jedoch monatlich) geben wir die Zeitung heraus, in der einzelne Initiativen im Stadtteil und allgemeinpolitische Fragen (Mählerprozess etc) behandelt wurden. Die Zeitung kam ganz gut an, es gab aber keine Rückkopplung und unser Ziel, die Mieter sich selbst in der Zeitung darstellen zu lassen, haben wir nicht erreicht. Da das Zeitungsmachen außerdem viel Zeit erforderte und von anderen Aktivitäten ablenkte, über die wir eigentlich berichten wollten, gaben wir die Mühe des Zeitungsmachens vorläufig auf.

In Reaktion auf die unterschiedlichen verstreuten Ergebnisse, die die allgemeine Mieterarbeit brachte, konzentrierten wir uns in der Folgezeit wieder auf die Sanierungsproblematik. Wir glaubten an der Sanierung eher als an allgemeinen Mietfragen einen gemeinsamen Ansatzpunkt für den kollektiven Widerstand der vom Rausschmiß bedrohten Mieter zu finden. Deshalb organisierten wir eine Fahrt ins Märkische Viertel und eine Film- und Informationsveranstaltung in der Stadtbibliothek Adalbertstr. Bei beiden Veranstaltungen wurde den Beteiligten klar, was mit der 9. Sanierungspolitik der SPD geabsichtigt ist. Bei der Veranstaltung in der 9. Adalbertstr. sollten konkrete Widerstandsformen besprochen werden. Aber die meisten Anwesenden gingen bis auf die Linken kurz nach dem Ende des Films, so daß die Linken nur wieder unter sich waren und sich je nach Gruppe gegenseitig agitierten.

Gleichzeitig versuchten wir in den Häusern selber Kontakt mit den von der Sanierung betroffenen Bewohnern zu bekommen. Von den vielen Häusern, die in den nächsten 2 Jahren abgerissen werden sollen, suchten wir uns die aus, die noch gut erhalten sind, wobei wir annahmen, daß die Bewohner gerade dieser Häuser wegen der Sanierung besonders aufgebracht sein müßten. Außerdem gingen wir von der Annahme aus, daß wegen der Sprachschwierigkeiten und der größeren politischen Gefährdung Ausländer, vor allem Türken, nicht zu mobilisieren wären. Diese Beschränkung auf deutsche Mieter hat sich aber als falsch herausgestellt. In einzelnen Häusern sind es gerade die Türken, die zumindest im Gespräch bereit waren, sich zur Wehr zu setzen. Wir können hier noch kein abschließendes Urteil abgeben, weil wir mit systematischen Häuserbegehungen erst angefangen haben. In einem Haus kam es zu einer Mieterversammlung, in anderen sind oft nur zwei, drei Mieter bereit, etwas zu unternehmen. Sie lassen sich dann aber schnell abschrecken, wenn sie selber durchs Haus gehen und erleben, daß kaum ein Nachbar mitzieht. Was wir mit diesen Leuten machen können, wird zur Zeit in der Gruppe diskutiert. Wir haben mit der Stadtteilgruppe Charlottenburg Kontakt aufgenommen, die uns über ihre Erfahrungen mit der Mieterinitiative Klausenerplatz berichteten. Bei der flüchtigen Hausbegehung in der wir die gut erhaltenen Häuser feststellen wollten, stellte sich heraus, daß es massenhaft leere Wohnungen gibt, die zum Teil noch gut erhalten sind, aber nicht weiter vermietet werden sollen. In Zusammenarbeit mit der Betriebsgruppe bei DEFEWE machten wir eine Informationskampagne mit auf den Betrieb zugeschnittenen Flugblättern, Ständen (u.A. Markthalle Eisenbahnstr.) und Plakaten, auf denen die Wohnungen markiert waren. Die Reaktion der angesprochenen Bevölkerung war sehr zustimmend, allerdings gaben nur etwa 20 Wohnungssuchende ihre Adresse und erklärten sich bereitgemeinsam konkrete Schritte zu überlegen, wie man an die Wohnungen rankommen könnte. Am vereinbarten Treffen tauchten aber nur wenige auf und diese wenigen waren Linke, die auch ohne unsere ständige Beteiligung weitere Schritte unternehmen können. Nach unserer Einschätzung sind trotz der positiven Reaktion die Gemeinsamkeiten unter den Wohnungssuchenden zu gering, daß sich von einer kollektiven Aktion selber nichts versprechen. Wir suchen deshalb jetzt nach einer Zielgruppe, bei der von vornherein die Gemeinsamkeiten stärker sind z.B. Arbeiter in den Wohnheimen des Stadtteils

Zur Notwendigkeit und Möglichkeit einer Vereinheitlichung

Die verschiedenen autonomen Gruppen haben sich bisher nur in opposition zu den Parteien als einheitliche politische Gruppe (spontis) verstanden. Ihre Zersplitterung resultiert nicht nur aus regionalen und personellen zufälligkeiten, sondern auch aus unterschiedlichen Vorstellungen über die richtige Organisation, die geeignete Form der Intervention und über den richtigen Arbeitsbereich. Dennoch kommt es zu spontanen Vereinheitlichungsversuchen (z.B. Forum der anti-autoritären Gruppen)? Die zeigen, dass ein Bewusstsein von der Notwendigkeit der Vereinheitlichung besteht.

Drei Argumente sprechen für eine Vereinheitlichung:

- 1) die Notwendigkeit, den Kampf gegen die Ausbeutung außer im Produktionsbereich auch im Reproduktionsbereich (Stadtteil) zu führen, dabei die Kämpfe zu verbinden und auf alle Sektoren der kapitalistischen Gesellschaft auszuweiten. (Produktion, Ausbildung, Gesundheit, Wohnen, Freizeit, Information, Kommunikation, Familie)
- 2) das allen nicht parteigebundenen Gruppen gemeinsame Ziel, in allen Bereichen der Gesellschaft die direkt erfahrbaren Widersprüche des Kapitalismus in praktischer Arbeit aufzugreifen. In Selbstorganisation sollen Proletariat und entprivilegierte Mittelständische Schichten Klassenbewusstsein und Organisationsformen finden, um den politischen Kampf revolutionär führen zu können.
- 3) die bisherige erfolglosigkeit der isolierten und spezialisierten, von wenigen Individuen getragenen Arbeit in Betrieb und Stadtteil.

Die Gründe dafür sind:

- a) die Unfähigkeit der kleinen Gruppen ihrem richtigen Anspruch gemäß den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung in allen Bereichen zu führen und die regionale Beschränktheit zu überwinden.
- b) die Unmöglichkeit Stadtteil und Betriebsarbeit zu verbinden, wenn sich die Gruppen in beiden Bereichen isoliert und zersplittert gegenüberstehen.
- c) der Verschleiß an Wissen und Energien, wenn die selben Analysen und Arbeiten in allen einzelnen Gruppen wieder neu gemacht werden müssen.
- d) die theoretische und praktische Verengung jeder Gruppe, die sich auf einen Teilbereich beschränkt.
- e) der Konkurrenzkampf unter den einzelnen Gruppen, der es den staatlichen Behörden ermöglicht, sie gegeneinander auszuspielen oder als Alibi einzusetzen. (vgl. Wilhelmstr.)

Vorschläge zur Organisation

Wir halten es für falsch und illusorisch eine "Stadtteilpartei" aufbauen zu wollen. Notwendig ist aber eine Form der Zusammenarbeit, die über kurzfristiges und unverbindliches delegiertengeplänkel hinausgeht.

Eine solche Zusammenarbeit geht von der Notwendigkeit aus, die vielen Gruppen mit ihren mehr oder minder inhaltlich- und regional begrenzten Arbeitsbereichen und Aufgabenstellungen nicht länger als Gruppen sondern nach Arbeitsbereichen zu organisieren und die dann gebildeten Arbeitsbereiche in einem Gremium zu verbinden.

Diskussionspapier:Überarbeiteter Entwurf eines Organisationsmodells zur Vereinheitlichung der politischen Arbeit der Linken in Kreuzberg.

In Berlin gibt es vielfältige Ansätze von praktischer Basisarbeit, z.B. Stadtteilgruppen, Jugendzentrum, Rauchhaus, Kindergruppen mit proletarischer Zielsetzung, Spielplatzinitiativen, Schülerkollektive u.a., sowie Basisgruppen, ML-Zellen und Parteiinitiativen.

Verschiedene Organisationen sind eingegangen (und Gruppen), neue haben sich gebildet. Viele Pläne wurden gemacht, Projekte angefangen und fallengelassen; Genossen wurden verschlissen und Sympathien bei progressiven Stadtteilbewohnern verspielt. Die Bewegung in Kreuzberg ist wenig vorangekommen, sie tritt auf der Stelle.

Wir meinen, daß Standpunkte und Praxis der bestehenden autonomen Gruppen heute durch die enge der "Zirkelstruktur" beengt bzw. gehemmt werden. Die Gruppen waren in einer bestimmten historischen Periode der Bewegung entstanden, spontan nach dem Motto, daß man überall anpacken und als Kommunist arbeiten müsse. So notwendig dieser Beginn war, und so richtig die Zielsetzung, konnten wir in der Folge viele Probleme nicht richtig angehen oder bewältigen.

1. Die Gruppen arbeiten isoliert und entwickeln cliquedenken. Es mangelt an Koordination und Information untereinander. Ansätze zu einer stärkeren Koordination (Belziger Zentrum, Mittwochsforum) sind gescheitert. Viele schlechte Köche machen auch keine gute Suppe. Nur wenn die Reaktion einen besonders gemeinen und fühlbaren Schlag austeilt (z.B. Mieterhöhung, Rauchhaus, Vietnam) laufen wir zusammen, haken uns unter und organisieren gemeinsam etwas; ist der Schlag verdaut, geht der alte Schlendrian wieder weiter. Das Fazit: Keine der bestehenden Gruppen wird aus sich heraus die Fesseln des kleinbürgerlichen Zirkelstandpunktes sprengen können.

2. In politischen Grundfragen schwanken die meisten Gruppen hin und her. Sie schließen sich meist dem nächsten stärkeren Bündnispartner an, der sich anbietet. Die Konzeptionslosigkeit der Stadtteilgruppen kann kaum damit entschuldigt werden, daß man in Klagen über mangelndes Bewußtsein des Proletariats ausbricht.

3. In den Gruppen übernimmt immer wieder der Individualismus die Führung. Private Auseinandersetzungen bis hin zu persönlichen Machtkämpfen sind der Nährboden für Spaltungen und Einstellung von praktischen Projekten. So nagt der Frust überall und erzeugt neuen Frust durch Erfolgslosigkeit. Die Genossen sind hilflos, resignieren und treten aus.

In diesem Dilemma scheint es naheliegend, nach einer Partei zu suchen, die dem Anspruch, daß das Proletariat in allem die Führung haben muß, gerecht wird. Doch vor die Wahl gestellt, sich der SED, der KPD/AO oder der KPD/ML oder vielleicht der neuen Einheit oder den Trotzlisten anzuschließen, wird auch dieser Weg zur Falle. Parteien des Proletariats die sich selbst dazu ernannt haben, geben im Ergebnis ebensowenig wie Parteien die zwar Sozialismus auf ihre Fahnen, aber Reformismus über ihr Programm geschrieben haben, die Möglichkeit endlich in Betrieb zu nehmen und im Stadtteil gleichzeitig den Kampf gegen die Ausbeutung im Produktions- wie im Reproduktionsbereich zu beginnen.

Dabei können die gruppen, die schon jetzt auf einen arbeitsbereich spezialisiert sind, als gruppe teil dieses arbeitsbereiches werden, während sich die mitglieder der, die schon jetzt in verschiedenen arbeitsbereichen tätig waren, auf ebensoviele arbeitsbereiche verteilen.

Als arbeitsbereiche schlagen wir vor:

BETRIEBE	ZEITUNG
WOHNEN	KINDER
GESUNDHEIT	JUGEND
KOMMUNIKATION und KULTUR	FRAUEN
KNAST	OBDACHLOSE
GASTARBEITER	RENTNER

Jeder arbeitsbereich faßt alle aktivitäten, projekte und ideen seines gebietes zusammen. Teils müssen die arbeitsgruppen völlig neu gegründet werden, teils können bestehende gruppen die kerne bilden. jeder bereich bestimmt seine aufgaben und organisiert seine praxis. jeder bereich kann untergruppen bilden, hat seinen eigenen standort (laden) und beratungszeiten. jeder bereich baut ein archiv auf, organisiert versammlungen und informationsabende (verbindung mit der bevölkerung im stadtteil). jeder bereich stellt verantwortliche für die gemeinsame zeitung.

Ein gemeinsames gremium leistet:

Die verbindung der arbeitsbereiche, die bestimmung der gemeinsamen politik, den austausch von informationen, die kritik der arbeit der einzelnen bereiche und die organisation von aktionen, die die mitarbeit aller genossen erforderlich machen.

Als gemeinsames gremium bieten sich entweder ein delegiertes rat oder ein plenum aller mitarbeitenden genossen an. die endgültige organisationsform dieses gremiums wird von der theoretischen und praktischen gemeinsamkeit der gruppen abhängig sein.

Wenn wir unseren vorschlag zunächst auf kreuzberg beschränken, so muß gegenüber dem naheliegenden vorwurf des regionalismus klargestellt werden, daß diese beschränkung nicht streng und auch nur vorläufig ist. - Wir wollen nicht gleich an unseren eigenen, zu hoch gesteckten ansprüchen scheitern.

Wir hoffen, daß aufgrund dieser neuen organisationsform auch neue genossen vorschläge zur mitarbeit vorfinden, die ihrer motivation und ihren fähigkeiten entsprechen.

Möglichkeiten der Strukturierung der weiteren Arbeit in der Stadtteilgruppe

Wir haben festgestellt, daß die Genossen, die sich in der Stadtteilgruppe Dresdnerstr. zusammengefunden haben, ausschließlich im Dienstleistungsbereich arbeiten oder in einer entsprechenden Ausbildung (Studium) sind.

Bei allen, die im Bündnisbereich arbeiten, beschränkt sich der Kampf am Arbeitsplatz auf gewerkschaftliche Forderungen zur Verbesserung der eignen Arbeits- und Lebensbedingungen. Darauf kann sich aber der Kampf von Kommunisten nicht beschränken!!
D.h. wir müssen als Bündnispartner die Kämpfe der Arbeiterklasse praktisch unterstützen. Hierzu nützen uns die Informationen, die wir auf Grund unserer Arbeit haben: Sozialbürokratie, Schulen, Gesundheitsversorgung, etc.

In diesen Bereichen können wir Forderungen aufstellen und Agitation in der Bevölkerung betreiben; z.B.:

- Verhinderung von Weimersiehung, Förderung kollektiver Erziehungsmöglichkeiten u. Wohnmöglichkeit f. Jugendliche
- Auseinandersetzung mit den Schulen (Schulverhältnissen)
- Abschaffung des § 218, kostenlose Beratung und Ausgabe empfängnisverhütender Mittel an alle Frauen und Mädchen
- kostenlose Kindererziehungsstellen für alle Kinder
- Lebensunterhalt für Sozialhilfepfänger entsprechend dem Durchschnittseinkommen der Arbeiterklasse
- Abschaffung von Obdachlosenheimen
- Verhinderung von Umittierungen
- gegen Profit des Senats durch Hausbesitz, d.h. billige Miete bei senatseigenen Wohnungen und Vermietung nach sozialen Gesichtspunkten

Konkrete nächste Schritte:

Im Zusammenhang mit der Bethanienkampagne müssen Eltern angesprochen werden, die keine Kitaplätzte finden, außerdem muß an den Erzieherausbildungsstätten für diese Arbeit agitiert werden.

der Fürsorgerische Dienst muß agitiert werden, den Unzug nach Bethanien zu verweigern. Gemeinsam mit diesen Kollegen müssen alte Leute angesprochen werden, daß sie ihre Bedürfnisse besser artikulieren lernen.

Wie kann das organisatorisch ausgehen?

Die Genossen (Erzieher, Lehrer, Mediziner, Sozialarbeiter), die einen praktischen Ansatz sehen, ihre Erfahrungen am Arbeitsplatz für die Agitation im Stadtteil zu wenden, bilden neben Kinder- und Mietergruppe eine eigene Untergruppe.

Die politische Linie und die Auswertung der Agitation müssen auf einem gemeinsamen Plenum von der ganzen Gruppe diskutiert werden.

Protokoll der Sitzung vom 6.1.1973

Nachdem die Gruppe der Oranienstr. die letzten Aktivitäten berichtet hatte, kamen wir zum Ergebnis, daß in den Häusern Oranienstr. besonders aktiv gearbeitet werden soll, da ~~die dortige Mietervereigerung~~ einmal eine organisierte Verweigerung durchaus noch zu ermöglichen ist. Es soll auf eine Mieterversammlung für den 20.1.73 hingearbeitet werden. Diese soll nicht in der Kneipe stattfinden, da diese häufig nicht bekannt ist und ältere Mieter dort nicht hinhören. Da bis dahin viel Arbeit durch Hausbesuche (HB) anfällt, soll die Gruppe durch weitere Genossen verstärkt werden. Meinulf, Christine, Viktoria und Friedhelm werden noch mitmachen. Auch im Legiendamm ist ein Haus, das die Mieterhöhung verweigern will. Dieses Haus wird von der Gruppe Oranienstr. mit bearbeitet. Schwerpunktmäßig soll in den nächsten 14 Tagen in diesen Häusern gearbeitet werden. Dabei sollen konkrete Angaben über Altersstruktur der Leute, Besitzstand: Privat oder Verwaltung, Zustand der Häuser, weil stehen diese Fragen im Zusammenhang zur Verweigerung der Mieterhöhung herausgefunden werden.

In der Dresdenerstr. konnte festgestellt werden, daß die GSW-Häuser völlig verrotten sind und die Mieter dort schon individuelle Kampagnen gemacht haben. In den Privathäusern wird das Nötigste repariert, es ist trotzdem noch viel zu wenig. Es muß auf alle Fälle aufgegriffen werden. Wie sieht es in den Häusern aus die an Gesellschaften verkauft worden sind? Am ende des Monats soll der Höhepunkt der Verweigerungskampagne erreicht sein, es ist nicht anzunehmen, das noch mehr Leute verweigern werden. Einzelne Mieter die verweigern dürfen nicht allein gelassen werden. Wir müssen sie aktiv unterstützen. Die Verweigerung ist ein mittelfristiges Ziel, weitere Perspektiven müssen geklärt werden. Was sind Kapazitäten und andere Probleme im Reproduktionsbereich müssen in die Agitation mit aufgegriffen werden. Das Wohnproblem wird für die Bevölkerung kein Ende nehmen. Nach der Mietkampagne wird die Arbeit schwieriger werden, da andere Widersprüche nicht so deutlich sind, wie bei der Mieterhöhung.

In den anderen Straßen wird erst wieder gezielt agitiert, wenn die Ergebnisse der Oranienstr.-Aktien mit in die Arbeit eingebracht werden können. Längerfristig müssen wir durch HB alle Häuser in den Straßen kennenlernen. Dabei soll herausgefunden werden: Wie sehen die Reaktionen auf die Mieterhöhung generell aus? Es soll sich eine konkrete Einschätzung ergeben wer in den Häusern wohnt, wer hat verweigert, vereinzelt oder organisiert, wo wohnen die Leute, mit denen wir längerfristig reden können? Wo ist es möglich tendenziell Stützpunkte zu bilden? Ergeben sich Ansatzpunkte in den Straßen für weitere Kampagnen, die über die Mietkampagne hinausgehen? da unser Ziel Stadtteilarbeit ist.

Zielgruppe in den Kampagnen werden hauptsächlich Proleten zwischen 30 u. 45 Jahre mit vielen Kindern sein. Andererseits sind durch die Kampagne Leute aktiviert worden, insgesamt 10 - 12 neue Leute in unserer Gruppe. Daraus hat sich ergeben, daß die Mittwochdiskussionen verkleinerte Mieterversammlungen der Stadtbücherei sind. Wir müssen uns überlegen, wie diese Leute in unsere

Leute in unsere Gruppe praktisch und politisch integriert werden können, ohne daß sie durch Frustrationserlebnisse, da sie aufgrund des späteren dazustößens nicht auf dem gleichen Diskussionsstand sind, wieder weg bleiben. ~~Das Komitee für den an unseren Treffen teilnehmenden hat sich bisher kein Klärungs ergeben.~~

Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß sich die Gruppe ein politisches Selbstverständnis erarbeitet. Folgende Fragen müssen dabei geklärt werden: Was sind wir? Organisation, Initiative usw. Auch die Frage der Proletarisierung muß geklärt werden. Zur Weiswandersetzung mit den Parteien wurde festgehalten, daß das nicht abstrakt, sondern in den Kampagnen geführt werden muß. ~~Es hat in der Mieterkampagne keine Gelegenheit werden, daß wir uns auseinandergesetzt haben: z.B. mit dem KPD-Mitglied.~~ Zum Zwecke der Klärung dieser Fragen wurde eine Gruppe gebildet, die diese Diskussion vorbereiten soll. Auch die Analyse über Sanierung muß weiter vorangetrieben werden.

Im Frag der Zeitung wurde folgendes gesagt: Im Augenblick ist die Zeitung noch verfrüht. In der Zeitung soll eine Analyse der gelaufenen Kampagne gebracht werden, die erst möglich ist, wenn die Mieterhöhungskampagne gelaufen ist und die Ergebnisse der Oranienstr. Analyse mit eingebracht werden kann.

Weiter wurde diskutiert welche Funktion eine Zeitung hat. Sie hat nicht die Funktion, das Bewußtsein der Bevölkerung herauszufinden, das kann nur durch Forderungen herausgefunden werden. z.B. wer kommt zur Mieterversammlung, die Leute, die dort erscheinen haben das am weitesten entwickelte Bewußtsein. Eine Zeitung schließt sich nicht aus, da sie ein Propagandamittel ist. Es wurde beschlossen, daß die Zeitung am Ende des Monats erscheinen soll.

20.1.73 16⁰⁰ MIETERVERSAMMLUNG PROSDENGER STR.
18.1.73 18⁰⁰ FRIEDHEIT
09.1.73 19⁰⁰ MIETERGRUPPE

1. Die politische Situation

Die Situation hat vorwiegend Unterschritten gekennz. ...
Wohnungsarbeit gemacht.
... hat in erster Linie Stützpunkte gesucht. Wo stehen
die Leute, wo wir wieder hingehen können? Wer der Leute geht
weiter durchs Haus? Wie ist das Verhältnis der Leute im Hause
untereinander?
Sonst können wir keine weiteren Angaben machen über Familiengro-
ße, Arbeit, speziellen Zustand der Wohnungen, Zusammenhang von
Widerstandsbereitschaft und Zustand des Hauses?

2. Allgemeine Einschätzung a der Hausbesuche, b der Mieterversammlun-
gen.

Die Hausbesuche haben fast immer Überwindung gekostet. Grund dafür
war die Reaktion der Leute: Gleichgültigkeit, Resignation und
unser Unvermögen sie zu zutören, ihnen erfolversprechende, zu
realisierende Alternativen zu bieten. Die Resignation der Leute
beruht auf der Erfahrung, daß ähnliche Kampagnen bisher
immer erfolglos verlaufen sind, die anderen Mieter genauso resig-
niert sind und ja doch nicht mitmachen.
Für einen Teil der Mieter hat eine Mieterhöhung von 5-30 DM ge-
wesen an den Mietern in MV und Neubauten überhaupt nur eine so ge-
ringe Bedeutung, daß sie nicht zur Aktivitäten bereit waren.
Außerdem wußten sie oft nicht, was sie uns einzuschützen hatten,
aus welchem Grund wir überhaupt bei ihnen vor der Tür stehen
(das zeigte sich in Äußerungen wie: "Wenn es ihnen hilft, unterschreibe
ich auch.") und waren von daher verunsichert und abweisend

b. der Mieterversammlung
Resignation und zusätzlich Angst vor Nachbarn haben wohl zu der
geringen Teilnahme an der Mieterversammlung geführt.

3. Konsequenzen für unsere praktische Weiterarbeit.
D.h. wir müßten unter anderem andere Agitationsformen anwenden.
Dazu kommen folgende Vorschläge: Unverbindlichere größere Treffen
nicht auf spezielle Häuser bezogen, sondern auf größeres Gebiet,
da Angst vor Nachbarn zu groß.

- in Form von Festen mit Musik und Tanz
- in Form von Informationsveranstaltungen mit Film, Dixerie oder
Theater zum Mieterproblem

Andere Agitationsformen? Alle überlegen!
b.) Eine andere Möglichkeit der Fortführung unserer praktischen
Arbeit ist das kollektive Ausschöpfen von legalen Möglichkeiten,
bei Häusern in besonders schlechtem Zustand. D.h. wir müßten weitere
Hausbesuche machen, um dabei herauszubekommen, wo solche Häuser
sind und wo sich mehr Leute zusammen finden würden, um ihre
Wohninteressen kollektiv durchzusetzen. Das wäre zunächst kein
politischer Kampf, da er sich nur auf die bestehenden gesetzlichen
Möglichkeiten beziehen würde, aber es wäre insofern sinnvoll, als
das Leute dadurch die sehr wichtige Erfahrung machen würden,
daß kollektives Handeln zum Erfolg führt. Unsere Aufgabe wäre es
dann, diese Erfahrungen weiter zu treffen und das Aufkommen dieser
Solidaritätsillusionen zu verhindern.

c.) Möglicherweise jetzt hätte die Zeit reifen können, damit die Leute
wären, daß nicht noch wieder eine Kampagne erfolglos in die
Sackgasse verlaufen ist, sondern daß die Arbeit weiter geht und daß
es spezielle, die sog. Sondergründe für das zeitweilige Scheitern
der Kampagne gibt.
Inhalt des Selbstbesprechens und Analyse der Vorgänge Hinweisen
auf Weiterarbeit.
Den Leuten muß klar werden, daß es an ihnen liegt, ob diese solche
Kampagnen erfolgreich vorantreiben können.

Kreuzberg gehört uns

INFORMATION DER STRASSENGRUPPE:

Die Straßengruppen des Mieterausschusses aus der Adalbertstraße, die sich im Laden Dresdnerstr. 1188 treffen, haben in den letzten 5 Wochen folgende Straßen besucht: Sebastianstr., Drednerstr., Legienstr., Leuschnerdamm, Juckauerstr., Adalbertstr., Waldemarstr., Nauynstr. und die Oranienstr. Wir haben mehrfach die Mieter in den Häusern besucht, Flugblätter verteilt und an 2 Wochenenden Informationsstände am Heinrichplatz und am Kottbuser Tor aufgestellt. Für den 16. Dez. haben alle Straßengruppen eine große Demonstration gegen die Mieterhöhung vorbereitet, zu der etwa 2 000 Kreuzberger und Jugendliche aus anderen Stadtteilen Berlins gekommen sind.

Die Mieter sind empört über die

Mieterhöhung

Bei unseren Hausbesuchen haben wir bisher nur etwa ein Viertel aller Mieter erreichen können, weil nicht immer alle zu Hause waren und es lange dauert, bis man mit allen gesprochen hat. Vor dem 15.12., dem Stichtag für das Eintreffen der Mieterhöhung, war die Stimmung fast überall: die Mieterhöhung kann uns nicht treffen, in unserem Haus ist schon so lange nichts mehr gemacht worden, wir teilen uns das Außenklo mit mehreren Mietern, wir haben kein Warmwasser, unsere Wohnung ist in solch schlechtem Zustand, daß hier gar nicht mehr erhöht werden darf. Jetzt, wo die Mieterhöhung in alle Häuser geschickt worden ist, auch in die vom Senat, sind sich alle einig und haben uns gesagt: diese Mieterhöhung ist eine Unverschämtheit, man müßte dem Hausbesitzer den Mietsch zurückschicken und dazu schreiben - wir zahlen nicht!

Nur gemeinsam können wir was erreichen

Wir konnten bei unseren Besuchen feststellen: die Rentner trifft es am meisten. Die letzte Rentnerhöhung ist nun wieder futsch und 10,- oder 15,- DM Miete mehr reißen ein großes Loch in die Kasse. Aber die meisten Rentner fühlen sich schwach und glauben nicht mehr daran, daß man etwas dagegen unternehmen kann. Viele junge Familien dagegen glauben, diese Mieterhöhung noch tragen zu können. Sie wissen, daß die Mieten in den Neubauwohnungen noch viel höher sind und ihnen einen noch größeren Teil des Lohnes raubt.

4. Weitere Fragen, die unbedingt zu klären sind:

a. Selbstverständnis

Mit welchem Interesse machen wir Stadtteilarbeit?
Wie vermitteln wir unsere Interessen den Leuten?

b. Organisationsfrage

Netzarbeit wie bisher...a Plenum und Straßengruppen, die alle Themenbereiche behandeln, und dann Vorschläge und Thesen ins Plenum einbringen
Neuzuzukommende werden gleich auch in die Straßengruppen integriert
-keine Auffanggruppe

c. Sanierungsproblem

-Wirtschaftliche Hintergründe der Flächenrehabilitation
-Zusammenhang der Sanierung und Unterdeckung der Bevölkerung
-Perspektive der Leute im Stadtteil
Wofür treten wir ein:Rehabilitation (schon zu spät? Häuser schon zu verfallen?)
Literatur zum Sanierungsproblem:Sanierung für wen?
Weitere Vorschläge der ehemaligen Sanierungsgruppe
Falls es zu viel gibt, muß doch arbeitsteilig gearbeitet werden
Einzelne Arbeitsgruppen arbeiten spezielles Papier durch und bringen es dann ins Plenum ein

Um genauere Informationen über Perspektive der Leute in Kreuzberg, ihre Probleme überhaupt zu erhalten, sollte Kontakt zu 22 Betriebsgruppen aufgenommen werden, da auch im Betrieb über solche gruppenprobleme gesprochen wird.

Tina

Kreuzberg gehört uns

INFORMATION DER STRASSENGRUPPE:

Die Straßengruppen des Mieterausschusses aus der Adalbertstraße, die sich im Laden Dresdnerstr. 1188 treffen, haben in den letzten 5 Wochen folgende Straßen besucht:

Sebastiansstr., Drednerstr., Legendamm, Leuschnerdamm, Fucksauerstr., Adalbertstr., Waldemarstr., Nauynstr. und die Oranienstr. Wir haben mehrfach die Mieter in den Häusern besucht, Flugblätter verteilt und an 2 wochentlichen Informationsstände am Heinrichplatz und am Kolbussertor aufgestellt. Für den 16. Dez. haben alle Straßengruppen eine große Demonstration gegen die Mieterhöhung vorbereitet, zu der etwa 2 000 Kreuzberger und Jugendliche aus anderen Stadtteilen Berlins gekommen sind.

Die Mieter sind empört über die

Mieterhöhung

Bei unseren Hausbesuchen haben wir bisher nur etwa ein Viertel aller Mieter erreichen können, weil nicht immer alle zu Hause waren und es lange dauert, bis man mit allen gesprochen hat. Vor dem 15.12., dem Stichtag für das Eintreffen der Mieterhöhung, war die Stimmung fast überall: die Mieterhöhung kann uns nicht treffen, in unserem Haus ist schon so lange nichts mehr gemacht worden, wir teilen uns das Außenklo mit mehreren Mietern, wir haben kein Warmwasser, unsere Wohnung ist in solch schlechtem Zustand, daß hier gar nicht mehr erhöht werden darf. Jetzt, wo die Mieterhöhung in alle Häuser geschickt worden ist, auch in die vom Senat, sind sich alle einig und haben uns gesagt: diese Mieterhöhung ist eine Unverschämtheit, man müßte dem Hausbesitzer den Watsch zurückschicken und dazu schreiben - wir zahlen nicht!

Nur gemeinsam können wir was erreichen

Wir konnten bei unseren Besuchen feststellen: die Rentner trifft es am meisten. Die letzte Rentnerhöhung ist nun wieder futsch und 10,- oder 15,- DM Miete mehr reißen ein großes Loch in die Kasse. Aber die meisten Rentner fühlen sich schwach und glauben nicht mehr daran, daß man etwas dagegen unternehmen kann. Viele junge Familien dagegen glauben, diese Mieterhöhung noch tragen zu können. Sie wissen, daß die Mieten in den Neubauwohnungen noch viel höher sind und ihnen einen noch größeren Teil des Lohnes raubt.

Protokoll der Mietergruppe vom 18.1.73

- TOP: 1. Bericht der Straßengruppe Oranienstraße
2. Protokoll 6. 1. 73
3. Arbeitspapier vom 8. 1. 73

zu 1) Die Straßengruppe Oranienstraße macht am 20.1. erneut eine Mieterversammlung. Nach Einschätzung der Gruppe könnten ca. 20 Leute kommen. Allerdings nur vereinzelt aus verschiedenen Häusern, da es keine Häuser gibt wo geschlossen die Miete verweigert wird. Da die Einschätzung herrscht, daß Mietverweigerung nicht mehr möglich sein wird, soll mit den Mietern das Problem der Mängel an Wohnung und Haus (Mietminderung) besprochen werden. Ein Rechtsanwalt soll anwesend sein. Mieter aus der Luckauer 3 wollen eine Liste mit den Mängeln im Haus von allen Mietern unterschreiben lassen und an den Hausbesitzer einschicken.

zu 2) Zwei Punkte sind im Protokoll vom 6.1. falsch wiedergegeben worden. Es wurde nicht gesagt, daß unsere Zielgruppe hauptsächlich Proleten zwischen 30 und 45 mit vielen Kindern ist, sondern nur, daß bei vielen von uns im Hinterkopf diese Zielgruppe existierte. Die Einschätzung, wer Zielgruppe ist, läßt sich aber so einfach natürlich nicht geben. Ebenso ist es falsch die, die zur Mieterversammlung erscheinen als die Leute mit dem am weitesten entwickelten Bewußtsein zu bezeichnen.

zu 3) Die Diskussion über das Arbeitspapier vom 8.1. (Inhalt und Organisation der weiteren Arbeit) verlief sehr schleppend. Wir einigten uns darauf die Auswertung der Hausbesuche zur Mieterkampagne in kleinen Untergruppen vorzunehmen. Die Auswertung soll uns helfen, Klarheit über unsere zukünftige Arbeit zu finden, da wir nur aus unseren konkreten Erfahrungen heraus sowas wie eine politische Linie und Strategie für die Arbeit im Stadtteil entwickeln können. Die Auswertung soll besonders folgende Punkte berücksichtigen:

- Statistische Angaben
- Was hat die Leute besonders angesprochen? (z.B. Miete oder Mängel)
- Was für andere Probleme hatten die Leute?
- Einbeziehung der Vorschläge der Leute (Anforderung an die Kampagne)
- Perspektive der Leute im Stadtteil
- Verhältnis der Leute im Haus untereinander
- Agitationsinhalte und -formen
- Aufarbeitung der Kampagne in der Gruppe

1. Tagesordnung vom 12.2.73

1. Kritik und Klärung der Linie, die wir in der Kampagne gegen die 15% als Gruppe hatten
(gegen wen? mit wem? wofür? wie?)
 - a) weshalb kämpften wir gegen die Hausbesitzertypen und nicht gegen den SPD Senat? Was ist richtig? schließt sich beides aus?
 - b) Weshalb haben wir nur die deutschen und nicht die ausländischen Arbeiter angesprochen? Mit wem hätte der Kampf geführt werden müssen?
 - c) Weshalb unterscheiden sich unsere Parolen und Agitationsziele in der Propaganda (Zeitung, Flugblätter) erheblich von den Zielen und Perspektiven bei der konkreten Mass agitation? (Streik, Hausbesetzung, Reparatur)
 - d) Waren unsere Aktionsformen die richtigen? Haben wir alle Mittel des Kampfes ausgeschöpft? Warum haben wir keine große Aktionseinheit zustande gebracht? (KPD, Jusos, Mieterbund)
2. Welche Rolle spielt die Frage der Dialektik von politischem und ökonomischem Kampf in der Frage der richtigen Linie?
 - a) Was sind ökonomische Forderungen? Was sind politische Forderungen? Welche hatten wir jeweils?
 - b) Was ist daran legale bez. illegaler Kampf? ←
 - c) Welcher Fehler steckt in der Trennung von politischen Forderungen einerseits und ökonomischen Forderungen andererseits? Weshalb ist es notwendig sie in ein gegenseitiges Verhältnis zu bringen?
 - d) Was bedeutet diese Dialektik für die Durchführung unserer Kampagne, für die Bekämpfung des Hauptfeindes, für die Agitation der Massen, für die Organisation und Schaffung von Aktionseinheiten?
3. Welche Organisationsformen ergeben sich aus dieser Klärung?
 - A) Was sind Organisationen wie Gewerkschaften im Betrieb, der Mieterbund im Stadtteil etc.? Welche Ziele verfolgen sie, welche Kampfperspektiven haben sie, wer ist in ihnen weshalb organisiert?
 - b) Was sind Organisationen wie SPD und KPD, welche Ziele verfolgen sie, welche Perspektiven haben sie, wer ist in ihnen weshalb organisiert?
 - c) Was unterscheidet die kommunistischen Parteien von der SPD?
 - d) Ist für den rev. Kampf der Arbeiter eine kommunistische Partei notwendig?
 - e) Welche Position hat die ganze Gruppe oder deren Einzelne zu der Parteifrage, zum jetzigen Stand der Klassenkämpfe? Welche Erfahrungen sind da?
4. Welches Selbstverständnis hat die Gruppe in diesem Zusammenhang?
 - a) Ist die Gruppe eine Initiative im Stadtteil, will sie Beziehungen zu anderen Bereichen herstellen - will sie die proletarischen Massen in die Revolution führen? Bewegt sie sich in dieser Richtung auf eine Partei?
 - b) Ist die Gruppe eine Sammlung von Individuen, die bestimmte eigene Interessen vertreten, also Teile der Massen die sich zu einem speziellen Zweck zusammengeschlossen haben, also eine Art Massorganisation?
 - c) Was bedeutet die organisatorische Form unserer Gruppe, wie sie heute ist, für die Stoßrichtung des Kampfes, für die Organisation der Massen, für die Durchsetzung revolutionärer Ziele?
 - d) Wie kommen wir aus unserem Zwittercharakter heraus? Weshalb ist das langfristig notwendig?
5. Welche Konsequenzen hat die Gruppe aus der Klärung dieser Frage zu ziehen?
 - a) Wie kommt die Gruppe zu einer rev. Linie im Stadtteil
 - b) Wie nimmt sie die Notwendigkeit der Dialektik von politischem und ökonomischem Kampf auf?
 - c) Wie will sie die Parteifrage angehen?
 - d) Wie verändert sie sich als Gruppe?
 - e) Wie macht sie ander Mietfrage weiter?
 - f) Wie entstehen politische Gruppen in allen Bereichen der repro.-Ebene
 - g) Welche weiteren Aktivitäten nimmt sie auf?

1

Protokoll der Diskussion vom 24.2.73

Sehr ausführlich gegliederte EO liegt vor. Das hatte auch konkrete Nachteile, weil es so nicht möglich war, sich auf die einzelnen Punkte richtig vorzubereiten.

Diskussionsvorschlag: Nach der Gliederung vorgehen und sich in den jeweiligen Punkten auf die Papiere beziehen.

V: die fehlende politische Einschätzung des Hauptfeindes hat es mit sich gebracht, daß wir immer in voller Konfrontation zur KPD gestanden sind und nicht differenzieren konnten.

P: Nur eine SPD Parole wäre abstrakt gewesen, deshalb haben wir versucht, einen angreifbaren Feind darzustellen wie die Hausbesitzer etc.

F: er meint die durchgehende politische Parole in der Gruppe wäre gewesen: Hauptsache es läuft etwas. Deshalb sind die Parolen durcheinandergeraten.

M: SPD Parole war abstrakt politisch richtig aber konkret nicht durchführbar.

G: Es wäre richtig gewesen, die SPD Parole nicht in den Vordergrund zu stellen, aber mit aufzustellen.

F: KPD und wir haben uns auseinanderdividiert. Beide haben nicht den Zusammenschlag von politischem und ökonomi. hem Kampf gesehen. Die KPD wollte am Schluß überhaupt keinen ~~ökonomischen~~ ^{ökonomischen} Kampf mehr machen, und wir haben jede politische Parole abgeschlagen. Man könne aber jahrelang gegen schlechte Steigerleitungen kämpfen, was aber politisches Ziel wirkungslos bleibt.

Ma: Es fehlte in der Kampagne das Aufzeigen des Zusammenspiels von Hausbesitzer und Senat. Das ist deshalb eine konkrete Aufgabe, weil die Jusos in Kreuzberg sehr aktiv sind und der SPD Reformismus subjektiv in der Kreuzberger Bevölkerung verankert ist.

V: Folgen einer abstrakten SPD-Feind-Kampagne für den praktischen Tageskampf wären nicht unmittelbar zu sehen. Wir müssen aber dennoch eine langfristige Perspektive der Propaganda haben.

Cl: Im Mietererrat sagten XY, Hauptfeind der Leute sei die Angst und das widersprach der KPD Meinung und deshalb sei die SPD Parole abgelehnt worden. Er hätte dies unterstützt, weil es wichtig für eine Kampagne sei, etwas Machbares durchzusetzen.

Ma: Hauptfeind auf dieser subjektiven Ebene ist nicht die Angst, sondern die SPD-Bindung der Leute. Dies muß in die Agitation einfließen.

P: Politischer Hauptfeind und Tageshauptfeind müssen unterschieden werden.

R: Es war falsch, den SPD Senat untern Tisch fallen zu lassen, wir hätten den Zusammenhang herstellen müssen.

Cl: Die SPD Parole kommt von den Mietern, wenn es um eine direkte Aktion geht quasi von selber (siehe auch Haus) wenn es um eine konkrete Erfahrung geht. Erst dann können wir die pol. Parole konkret einbringen.

Ma: Man soll die SPD Parole aufnehmen, aber konkret inhaltlich füllen.

F: Er ist gegen den Automatismus von Cl, weil es falsch ist, daß aus ökonomischen Kämpfen von selber die politische Stoßrichtung bewußt wird. Dagegen müssen wir als Initiative von vorneherein Zusammenhänge aufzeigen.

E: KPD hätte auch von vorneherein die "richtige Parole", hat aber deswegen keine bessere Mass.arbeit gemacht. Wir sollten uns mehr Gedanken darüber machen, wie wir an die subjektiven Probleme der Massen rankommen

F8 Eine Linie in Bezug auf den Hauptfeind SPD hätte schon praktische Auswirkung gehabt sowohl auf die Propaganda (Parolen) als auch auf die Hausagitation etc..

V: Die Frage ob vorherige theoretische Einschätzung der SPD Auswirkung gehabt hätte liesse sich positiv festmachen an den möglichen Aussagen über unsere Gruppe und ihr Ziel, daß wir nämlich keine Eintagsfliege sind, sondern eine langfristige Perspektive haben.

Folgende Aussagen lassen sich aus dem ersten Teil der Diskussion, wo es um die Politische Stoßrichtung ging, festmachen:

- Wir sind in die Kampagne ohne überlegte Linie reingegangen
- Wir haben zu stark die ökonomische Seite betont und zu wenig die politische in die Propaganda und Agitation aufgenommen.
- Man kann politischen und ökonomischen Kampf nicht trennen. Die langfristige polit. Stoßrichtung muß in konkreter Aktion vermittelt werden.

E: Wir sind schlecht an die Leute ran gekommen. Bei BMW würden sie große Arbeiterfeste machen, wo alle hinkommen, deutsche und Ausländer. Wir sind eine sterile Gruppe. Wichtig sei es, im eigenen Haus eine Beziehung zu schaffen, sonst läuft man selber abstrakt herum. Natürlich ist aber ein Unterschied von Hausagitation und Propaganda.

Co: Schwierigkeit bei den Hausbesuchen etc. ist Ausdruck der diffusen Gruppensituation, nicht ob einer kumpelhaft auftreten kann oder nicht.

R: Das, was E. erzählt ist nicht die politische Alternative, sondern Teil der polit. Diskussion.

A: Diskussionsstil ist Scheiße, da alternative Konfrontationen aufgebaut werden und nicht eingegangen wird auf positive Punkte des Vorredners, um diese dann weiterzuentwickeln.

Vorlesen des Oranienpapiers: "Unser Verhältnis zur Bevölkerung".

R: Wir müssen uns den Leuten von dem Ort, wo wir stehen, vermitteln. Sonst haben wir ja wenig materielle Gemeinsamkeit (Miete). Aber es darf nicht sein, daß wir nur die Lehrer sind, die die Kinder erziehen, sondern politische Menschen, die generell kämpfen.

I: Kritisiert die Unfähigkeit der Gruppe, längeren Kontakt zu den alten Mietern zu halten. Als Grund gibt er an, daß wir persönlich wenig drauf hätten, mehr in Kneipen gehen sollten o.ä. (Auf die Frage, ob das allein schon politisch sei meinte er: Ich als politischer Mensch bin im Persönlichen sowieso politisch?)

P: Kritisiert, daß immer nur 10 Leute reden und die neuen, z.B. zur Konfrage, nichts gesagt hätten.

B: Allgemeine Frage ist, nicht nur Schulkampf oder Arbeiterkampf zu machen sondern wie läßt der Kampf in den verschiedenen Bereichen politisch als ein Kampf gegen einen Gegner von einer Gesamtgruppe zu verbinden.

P A U S E

Bi: Unterschied von Propaganda und Hausbesuch gab es auch deshalb, weil wir Mühe hatten, mit den Leuten überhaupt ins Gespräch zu kommen und sie waren, wenn sie überhaupt etwas sagten. Hauptsache sie hörten uns an und akzeptierten uns. Man kann nicht immer selber die Gespräche politisch bestimmen.

B: Es ist klar, daß wir kreuz und quer geschwankt haben, und daß wir den Leuten nicht einmal richtige juristische Informationen gegeben haben. Deshalb muß ein Typ her, der 100% Ahnung hat.

Co: Falsche Juristerei ist nicht Ursache falscher Forderungen sondern Ausdruck politischen Mangels.

M: Seltsam war, daß wir für uns selber kaum den Anspruch des Mieterkampf realisiert haben. Das ist ein weiterer Punkt im ganzen Identifikationsproblem.

E: fordert die Diskussion um die Agitationsformen

F: Die inhaltliche Diskussion muß vor der formalen Konsequenz kommen. In der Praxis muß es Einheit sein. In der inhaltlichen Diskussion muß man es trennen.

Die Aussagen zum 2. Teil der Diskussion: subjektive Vermittlung

- Das Fehlen einer politischen Linie hat individuelles Vorgehen bei Aktion, Agitation und Propaganda hervorgerufen.
- Der Bevölkerung war es nicht klar, von welcher Position her wir den Mieterkampf führen wollten. Deshalb waren wir u.a. nicht in der Lage Leute aus der Bevölkerung in die Gruppe zu integrieren.

F: Ausgangspunkt der Diskussion um den Gruppencharakter kann der Zwittercharakter der Gruppe sein, wie er sich an dem Mittwoch-Termin zeigte, als "normale" Mieter und Initiativgruppe durcheinanderkamen. Durch die Klärung des Zwitterverhältnisses kommen wir zur Klärung anderer Organisationsformen und unserer eigenen Organisationsform.

Co: fehlende Linie und "Keinen Kontakt haben" bedingt sich und ist nicht zu trennen (Henne und eieiei)

Cl: meint, in der Diskussion solle der Schwerpunkt auf den Kontakt gelegt werden.

V: Eben das bringt uns nicht weiter, weil bloße Kontaktsuche individualistisch ist, wie die Ausbesuche gezeigt haben, wenn das Ziel der Kontakte nicht klar ist.

Ma: Machen wir uns klar: Kein Arbeiter der organisiert worden ist, würde so eine Diskussion wie heute mitmachen. Das heißt aber nicht so eine Diskussion sei überflüssig. Zum politischen Bewußtsein gehört auch systematische Diskussion.

Co: Arbeiter sind hauptsächlich in der Fabrik organisiert. Wir werden in unseren Bereichen aktiv und organisieren uns da. Da das alles aber keine getrennten Kämpfe sein können, müssen sie politisch vereinheitlicht und organisiert werden. Die kommunistische Organisation wird im Stadtteil Arbeiter und andere zusammen organisieren. An Aktionen in Schule, Amt etc. wo wir auch organisiert sind, werden Arbeiter punktuell teilnehmen, soweit es ihre Interessen betrifft.

H: Die Arbeiterklasse, aus in allem die Führung innehaben. Die Fabrik ist der Hauptwiderspruch, der Reproduktionsbereich der Nebenwiderspruch. Wir müssen uns überlegen, ob wir eine Mietermassenorganisation aufbauen wollen oder in die bestehenden hineingehen.

Co: Es ist notwendig, daß wir eine Gruppe sind, die nicht an die Höhen und Tiefen des Tageskampfes angewiesen ist. Massenorganisationen bilden sich jeweils an den speziellen Inhalten und haben kurzfristigen Charakter.

Mo: Notwendigkeit einer Möglichkeit für Arbeiter oder überhaupt keine Leute, die in die Gruppe kommen, ihre Bedürfnisse zu artikulieren und zu diskutieren. Andere Formen als Straßengruppen möglich?

Ma: Die Arbeit in der Stadtteilgruppe bestimmt sich nach politischen Haupt Schwerpunkten, wo er als Genosse, nicht ausschließlich als Sozialarbeiter teilnimmt. Als Genosse teilt er den Reproduktionsbereich und das politische Ziel mit dem Proletarier. Als Sozialarbeiter im Amt hat er noch eine spezielle Kampfebene.

F: Die organisatorische und politische Verbindung von Produktions- und Reproduktionsbereich kann nur eine Partei langfristig herstellen. Unsere

5

Gruppe muß sich überlegen, ob sie eine Mietmassenorganisation aufbauen will, oder ob sie sich einer in allen Bereichen arbeitenden rev. Organisation anschließen will.

RB Ohne politischen Kampfkontakt mit gew. in. Amer. Perspektive im Stadtteil bez. insgesamt ist der Kampf im Amt unschlüsslicher Berufskampf.

M: Jetzt ist es nicht notwendig, eine Parteinitiative zu machen, sondern proletarische Gruppen aufzubauen.

F: Man kann keine Sammelbewegung machen wie es M. sagt: Einige "arbeitende Gruppen" treffen sich, machen Plenums etc., Frau M. hätte z.B. straffe Anforderungen, was den Diskussionsstil und die Disziplin der Gruppe anbelangt. Schwankender Charakter der Gruppe sei auch in Verbindung zu bringen mit fehlender politischer Führung, z.B. jetzt in der Bethanien Sache.

● Ganz egal, ob man es will oder nicht, in der Gruppe gibt es Führer, auch wenn unausgewiesen. Dies nicht anzunehmen wäre Illusion. Es müssen einige gegenüber der Gruppe die Verantwortung tragen.

Mo: Problem dabei ist, daß man einen wählt, der dann Einfluß hat, ganz egal welchen Blech er quatscht. Aber es stimmt daß eine organisierte Verantwortlichkeit entstehen muß.

F: Die Gruppe hat nur vorübergehenden Charakter. Längerfristiger Prozess in der Gruppe muß sein, daß sie allmählich die Parteifrage politisch entscheidet, und daß sich Leute treffen, die jetzt schon solche Diskussionen anfangen und in die Gruppe tragen können.

V: Gruppe ist jetzt im historischen Kontext des unterentwickelten Klassenkampfes die richtige Form, das müssen wir in die Perspektive einplanen. Also ein bewußter Zirkel, der sich bewußt von den bestehenden Parteien abzugrenzen hat.

Die Aussagen zum 3. Teil der Diskussion: eigene politische Berufsperspektive und politische Stadtteilorganisation (Initiativgruppe-Massenorganisation)

- Unsere politische Kampfperspektive liegt einerseits im konkreten Berufsfeld wie Schule, Kranken aus, Amt, Kinder, Jugendheime etc., weil dort auch unsere materielle Reproduktion stattfindet.
- Andererseits ist der politische Kampf im Stadtteil, gegen den gemeinsamen Feind nur von einer alle Bereiche umfassenden Gesamtgruppe zu führen, in der die Interessen der Arbeiter führend sind.
- Arbeiter sind hauptsächlich in Betriebsgruppen organisiert
- Eine politische Gesamtgruppe, die Betrieb und Stadtteil umfasst ist notwendig, die nicht an die Höhen und Tiefen des Tageskampfes gebunden ist.

Weitere Diskussion: Protokoll soll in den Straßengruppen diskutiert werden. Dazu sollen noch konkrete Aussagen zu folgenden Problemen gemacht werden: a) konkrete Weiterarbeit b) Organisatorische Seite c) Kampf in den Bereichen

Doppel

30.5.75 Stadtbibliothek Adalbertstr. 2

Baldruschrat spricht über Sanierung und Stadtplanung.

Nach dem Städtebauförderungsgesetz soll eine 'Beteiligung' der Bevölkerung an der Sanierung erreicht werden. Dabei werden die für die Sanierung verantwortlichen Sanierungstypen Kritik 'entgegennehmen' und 'verwerten'. (Ha, Lu)

Die aufgetischten Fakten:

Kreuzberg hat 56000 WE (Wohneinheiten)

500 WE wurden nach dem Krieg repariert, bis 1963 das erste Sanierungsprogramm aufgestellt wurde. dieses weist 16000 sanierungsbedürftige WE aus.

Sanierungskriterien sind: a) zu starkes Mischgebiet
b) mangelhafte sanitäre Ausstattung
c) geringe Abstandsflächen
d) Mangel an Wohnfolgeeinrichtungen

Von den 16000 WE sind bis jetzt:

2400 abgerissen

1400 neu errichtet (Wo sind die verbleibenden 1000?)

14 renoviert

Eggerling spricht über die nähere Strukturplanung:

Vorgesehen sei in der Zukunft eine phasenweise Umsetzung. Die Bevölkerung soll im Sanierungsgebiet wohnen bleiben, wenn es ihr Wunsch ist.

Die 'Struktur' sehe vor, daß Bethanien als Grünfläche mit öffentlichen Gebäuden erhalten bleibe, daß die Parkplätze mit Bäumen bepflanzt würden und daß am Kottbuser Tor eine intensive Geschäftszone entstehe! Die Gewerbeflächen sollen einerseits möglichst in der Nähe der Wohnungen liegen, andererseits die Wohnungen gegenüber der Autobahntrasse abschirmen. Der Bau der Osttangente sei zweifelhaft, der Bau der Westtangente aber sehr sicher. Auf alle Fälle soll eine Schnellstrasse entlang der Trasse führen (Deswegen sei das Grundstück Potsdamer Bahnhof der DLR abgekauft worden). als nächste Sanierungsmaßnahme soll in der Gitschiner Str. eine stufenweise Umsetzung vorgenommen werden.

Rathai spricht über die Planungseinheiten im Sanierungsgebiet:

Es gibt 10 Planungseinheiten, die erste, Kottbuser Tor und Umgebung, ist schon in konkrete Ausführung übergegangen. Diese Planungseinheit umfaßt 15 Ha. Bis jetzt gab es dort 3200 WE (50m²/WE) mit ca. 6000 Bewohnern. Nach Abschluß der Sanierung (1983) soll es dort 2500 WE (70m²/WE) geben. Der Wohnungsverlust wurde mit dem Bau einer neuen Schule begründet (bis 1978), für die aber noch kein Geld vorhanden ist. In dieser Planungseinheit gibt es 5 Bauab-

schnitte, von insgesamt 21 Bauabschnitten im gesamten Sanierungsgebiet. Der erste Bauabschnitt ist der Bereich Böklerpark. Am Böklerpark (oder Barauf?) sollen bis Okt. 74 500 WE und 120 Altenwohnplätze entstehen.

Soweit die Ausführungen der Herren vom Senat!

Der Verlauf:

Die Senatsherren hatten erst vor, ganz allgemein über Sanierung zu sprechen. Das klappte aber nicht. Jeder weiß, daß abgerissen wird, daß die ^{und Senat} Hausbesitzer die Häuser vergammeln lassen und mit den Grundstücken spekulieren, und daß die Mieter z.T. mit brutalen Methoden rausgeschmissen werden sind (Schmidt, Press). Jeder weiß auch, daß die wenigsten Kreuzberger (30%) bis jetzt in Kreuzberg geblieben sind und daß die 'Sozialmieten' pausenlos steigen (3,90/m² am Moritzplatz).

Deshalb wurden die Senatsherren mit konkreten Fragen oft unterbrochen und niedergeschrien:

- Wann wird genau welches Haus abgerissen?
- Wo können die Mieter vor dem Abriss in eine neue Wohnung in Kreuzberg einziehen?
- Wie hoch steigen die Mieten? Was tut der Senat dagegen?
- Warum werden ~~die~~ Häuser nicht modernisiert (10% billiger!)

Die Senatsherren konnten keine Antworten geben!!!

Dafür gaben sie einige Stilblüten von sich:

"Das sind Gesetze, da kann keiner etwas machen!" (Eggerling)

"In Sachen Miethöhe bin ich überfragt" (Rathai)

"Die Bauarbeiter verdienen zu viel, deshalb seien die Kostenmieten so hoch"!!!! (Eggerling)

In der Diskussion kam klar heraus, worin das Grundübel der Wohnungsmisere steckt und daß auch die SPD dieses Grundübel verteidigt: Das ist der Privateigentum an Grund und Boden, an den Produktionsmittel (in der Bauindustrie und an unserem Arbeitsplatz) und die damit verbundene Profitgier.

Da die SPD dem nichts entgegensetzen konnte, löste die anwesende Bevölkerung die Versammlung auf!

• Mehr Lohn - weniger Miete

• Für jeden Abrißmieter eine billige Neubaubwohnung in Kreuzberg!

• Für den organisierten Mieterkampf! P.R.

73

Ergebnis des Informationgesprächs v. 7.6. mit ein Mitglied der ABTEILUNG VORBEREITENDE STADTPLANUNG beim Bezirksamt Kreuzberg

Aufgaben der Abteilung:

Entwicklung von städtebaulichen Konzepten, insbesondere Standortverteilung von Verkehrsanlagen, Wohngebieten und öffentl. Bauten (Schulen, Kitas usw.); Diese Bebauungsvorschläge sind nicht bindend, sondern gehen in Form eines "Vorbereitenden Flächennutzungsplans" an Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und Senat und bedürfen deren Genehmigung. Ist diese erfolgt, werden die Vorschläge von der "Sanierungsplan- bzw. Bebauungsplanabteilung" weiterbearbeitet.

Situation der Abteilung:

Die Abteilung, deren Mitglieder z.T. Jusos sind, vertritt die reformerische Linie einer fortschrittlichen Kapitalfraktion. Sie versucht ihren Zuständigkeitsbereich durch überdurchschnittlichen Fleiß, Sachverstand und durch Taktieren möglichst zu erweitern, um der Kreuzberger Bevölkerung schon bei der Vorbereitung der Sanierung zur Seite zu stehen.

Da es hierbei zu Kontroversen mit BVV und Senat kommt, erhofft sich die Abteilung den durch Initiativgruppen im Stadtteil entfachten Druck der Bevölkerung als Stärkung ihrer Position,

INFORMATIONEN:

Neue Freimachungsprogramme

Nachtrag zum Programm 1974			vorläufiges Programm 1975		
Sanierungs-träger	Block	Grundstück	Sanierungs-träger	Block	Grundstück
Bewoge	97	Waldemarstr. 81, 83, 85, 87, 89, 91, 97, 99, 101 (93, 95 schon 1971 freige-macht)	Bewoge	100	Naunynstr. 1-4
			GSW	86	Kohlfurterstr. 23, 25 Admiralstr. 6-12
			GSW	87	Kohlfurterstr. 27, 29, 31, 33, 35, 37, 39 Admiralstr. 31-33
Bewoge	100	Waldemarstr. 92, 98, 102	GSW	88	Mariannenstr. 21-26 Kottbuserstr. 14-19

Σ 12

Σ 34

N K Z : Bis auf 10% "Eigenbedarf" für (das Schwein) Schmidt ist alles Sozialwohnung - 302 Wohneinheiten. 80 Wohnberechtigungsscheine der Abrissmieter auf dem für das NKZ bestimmten Gelände sind vom Senat wieder eingezogen worden, nachdem Schmidt die Sanierungsträgerschaft übergeben worden war. 40 Scheine davon haben Abrissmieter von Block 100 bekommen. (D.h.: der Senat taktiert mit einer kleinen Anzahl von Wohnberechtigungsscheinen, mit denen er in Konfliktfällen die Mieter gegeneinander ausspielt)

Block 100: Ein Teil der Abrissmieter dieses Blocks sind jetzt in den Neubauten am Moritzplatz.
(Waldemar-Manteufel-Im Block 100 werden ausschließlich Sozialwohnungen Naunyn-gebaut = Miete 4.-DM/qm, in den nächsten 15 Jahren Mariannen-str.) auf 8.-DM/qm ansteigend.
Geplante Wohnungstypen:
30% Einraum 15% 2-Zimmer
20% 1,5 Zimmer 25% 3-Zimmer
10% 4 und mehr Zimmer

Block 97: Gemäß Nachtrag zum Freimachungsprogramm 1974 kommt dieser Block jetzt an die Reihe.
Abriss und Neubau soll 2 1/2 Jahre nach der Freimachung erfolgen
(Muskauer-Waldemar-Mariannenplatz)

Nach den vorläufigen Plänen sollen folgende Häuser erhalten und renoviert werden:
Muskauerstr. 32-35, 37-39 (36 ist 1971 freigesetzt)
Mariannenpl. 15-17

Oranienstr. (Autobahn) Die Oranienstr. soll bis zum Bau der Autobahn 1985 stehen bleiben ("Vorhaltegebiet").
Man meint, dort könnten bis dahin ausl. Arbeiter aus den Abrisshäusern wohnen.

Ersatzwohnungen Vom jeweiligen Sanierungsträger Angebote für Ersatzwohnungen verlangen. Mit unbefriedigenden Antworten gleich zum Bezirksamt rennen. Dort an Menge oder Böttcher wenden oder gleich an Abendroth schreiben.

Planunterlagen erhält man unter Vorlage eines Scheines von der TU oder so, von der : Plankammer des Senats, Manfeldstr. geöffnet bis 13.30 Uhr

Modernisierung Bei modernisierten Wohnungen Kostenmiete DM 8-9, 5-6 zahlt der Senat von den Steuern, zu zahlen sind dann vom Mieter noch DM 3.-
Modernisiert werden Häuser vorwiegend nach folgenden Kriterien:

- a) allgemeiner Erhaltungszustand
- b) denkmalpflegerisches Interesse an der Fassade
- c) Größe der Grundrisse (bei großen Wohnungen sind die Installationskosten geringer)

Z.Zt. ist zwischen Senat und Wohnbaukreditanstalt (WBK) in der Diskussion, mehr zu renovieren und dabei den Standard unter den des soz. Wohnungsbaus zu senken (keine Aufzüge und Müllschlucker).
Die Stimmung zu dieser Frage ist so: Bezirksamt ist dafür und will 1/3 der Bebauung renovieren, der Senat ist weniger dafür und die Sanierungsträger schon garnicht

In diesem Zusammenhang wurden besonders hervorgehoben die Häuser Segitzdamm 54, 56, 58 im Block 71. Diese Häuser (außer 58) standen 1971 im Freimachungsprogramm. Hier empfiehlt das Bez.amt Modernisierung. Da GSW Abriss will erhofft sich das Bez.amt "Druck" aus der Bevölkerung zur Stärkung seiner Position.

Zug-un-Zug-Sanierung Der ökonomische Zusammenhang dafür, daß diese Sanierungsart gegenüber der Kahlschlagsanierung an Interesse gewonnen hat ist wohl der, daß sich die Sanierung länger nicht zieht als erwartet, und die Bewoer nun endlich ihr Kapital anlegen muß.

Protokoll des Gesamtpelenums der Kreuzberger Stdtteilgruppen vom
17.6.73

Ausgangspunkt der beabsichtigten Diskussion war eine Darstellung der
Entwicklung der beiden Gruppen zur Aufteilung in Untergruppen:

Stdtteilgruppe Kreuzberg-Nord

Ausgangspunkte für eine Aufteilung in Untergruppen waren:

1. die große Fluktuation und Unverbindlichkeit der Genossen, die man durch eine Arbeit, die einen Bezug zur jetzigen und zukünftigen Berufspraxis hat, zu überwinden hoffte
2. die Fehler und verschwommenen politischen Einschätzungen bei der Mieterhöhungskampagne
3. Die Einschätzung der objektiven Situation und der Widersprüche im Stdtteil, die nicht nur von der subjektiven, berufsorientierten Motivation her eine Aufteilung in Jugend- und Mietergruppen für sinnvoll erscheinen ließen.

ungeklärte Fragestellungen blieben die Bestimmung von Konfliktbereichen und revolutionären Forderungen und die Frage der Organisation der ansatzweise politisierten Bevölkerung

Stdtteilgruppe Kreuzberg-Süd

Die Gründe für eine Aufteilung in Untergruppen waren ujnlich, doch ergab sich die Teilung in erster Linie nicht nach berufsorientierung sondern eher nach einer Selbstverstandnisdiskussion und der objektiven Situation im Stdtteil. Solange die meisten von uns noch nicht im Produktionsbereich arbeiten erschien eine Arbeit in allen Bereichen des Stdtteils für sinnvoll. Die Arbeitsbereiche, die untereinander verbunden werden müssten, richteten sich jedoch nach den gesellschaftlichen Widersprüchen im Stdtteil. Durch eine Aufteilung in Untergruppen hoffte man auch, schon arbeitende, spezialisierte Gruppen für eine Zusammenarbeit auf zunächst regionaler Ebenen ansprechen zu können. Diese Zusammenarbeit sollte nicht nur eine quantitative Vergrößerung bringen, sondern neue politische Arbeitsmöglichkeiten eröffnen.

Schon bei der Diskussion der weiteren Diskussionschwerpunkte zeigte sich, daß unterschiedliche Erwartungen an das Gesamttreffen gestellt wurden, die auch in den Untergruppen nicht einheitlich waren. Die beiden Hauptrichtungen lassen sich zusammenfassen in:

1. Kritik an der Einberufung eines Gesamttreffens. Ein Gesamttreffen habe noch keine Basis, da eine Vereinheitlichung in den Untergruppen noch nicht erreicht sei. Die Untergruppen hätten für sich noch keine politische Klarheit und Einigkeit über Form der Zusammenarbeit. Die Konzepte seien noch zu unklar. Die Zusammenarbeit müsse deshalb rein technisch-organisatorisch bleiben ohne die notwendige inhaltliche Klärung. Die bisher ziemlich ähnliche Praxis sei von verschiedenen Zielvorstellungen ausgegangen und müsse deshalb auch unterschiedlich ausgewertet werden. Die Vereinheitlichungsdiskussion müsse deshalb auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Auf dem späteren Plenum sollte dann die nicht die Gesamtorganisation diskutiert werden sondern gezielt die Perspektive einer Untergruppe.

2. Dagegen wurde eingewandt, daß die Gruppen zwar im Augenblick noch kein fertiges Konzept hätten, dieses aber gemeinsam erarbeitet werden könnte. Die Diskussion solle deshalb nicht an der Kritik der bisherigen Kampagnen und Kooperation ansetzen sondern eher an einer allgemeinen Einschätzung des Stellenwertes

Fortsetzung der Mieterstrategiediskussion nach dem Gespräch im BZA
zu Mittwoch den 13.6.73

Wir gehen bei der Sanierungspolitik aus vom :

grundlegenden Widerspruch zwischen einerseits der Notwendigkeit (vor allem des Staates), billigen, sozialen Massenwohnungsbau herzustellen, und andererseits der Zwangsläufigkeit (für die Wohnungspolitik des Staates), reichlich Profizobjekte für die Kapitalgeber und Grundbesitzer bereitzustellen.

bei allen konkreten Sanierungsvorstellungen dürfen wir nicht vergessen: die Wohnungsfrage, d.h. die grundsätzliche Unlösbarkeit der Wohnungsfrage im Kapitalismus und ihr Zusammenhang mit dem Produktionskampf, und d.h. die ökonomisch für das Kapital notwendig sich vollziehende Zentrierung; des profitträchtigen Bodens in den Innenstädten und Herausdrängung der nicht profitablen Gelände für den Arbeiter-Massen-Wohnungsbau an den Rand der Städte.

Nach unserem Gespräch im BZA, wo uns einige der Reformvorsätze der Jusos und Teilen des BZA bekandt wurden, haben sich uns mehrere Fragen zur Strategie im Sanierungsgebiet aufgedrängt, die in den oben benannten Problemkreisen noch zu beantworten sind:

Zunächst Info vom BZA:

Durchgestzt hat sich inzwischen - anders als am Wassertorplatz und noch im SKS, wo Totalabriß die Devise war - die Beibehaltung der Blockbebauung, d.h. alte Straßenführung, alte Blöcke. Sie werden am Rande bebaut, teilweise durch ein oder zwei Querflügel geteilt, und das hat für die reine Bebauung den Vorteil, daß alte, noch erhaltenswerte Häuser, oder neue, schon vor einiger Zeit hergestellte Häuser, einfach einbezogen werden können. Vorteile, die das BZA nennt: Zug-undZug-Sanierung kann durchgeführt werden, für ca 1/3 der Häuser kann Renovierung angestrebt werden.

Renovierung im Kostenvergleich heute:

Neubau: 12,- Kostenmiete - 8,- Senatszuschuß - 4,- Mietmiete

Renov.: 8-9,- " -5-6,- " - 3,- "

(Einschränkung gegenüber Neubau: kein Fahrstuhl und Müllschlucker)

Bei gleichem Senatszuschuß wie Neubau könnte die Miete also 1,- sein

Unsere Frage: Welches sind die Ursachen der Änderung der Sanierungspolitik?
(schlußfolgerungen aus Info des BZA sowie unsere Interpretation)

- Die Wohnungsbaugesellschaften, wie BeWoBe in Block 100, stehen teilweise seit 10 Jahren zur Sanierung bereit, und wollen und müssen endlich ihr Geld anlegen. Sie wollen und können von den Bedingungen ihres Kapitals her, nicht auf eine lange Entmietungs- und Anrißzeit warten. Für sie ist die Blocksanierung ideal.
- Der Senat, der über die WHK (WohnBauKreditanstalt) einen großen Teil des zu investierenden Kapitals für den Soz. Wohnungsbau (bis zu 85%) vorschießt, hat keine Kohle mehr (siehe auch Dperplan von Senator Striek), Renovierungsprojekte wie "Mehringplatz" und Architektengespinste wie SKS etc. sind nicht mehr drin. Wenn es nur Stück um Stück geht, sieht man auch, daß es vorna geht und braucht nicht so viel Geld auf einmal.
- ob außer diesen ökonomischen Gründen noch soziale im Vordergrund stehen, wissen wir nicht, vermuten es aber. Das hieße: die Kahl-schlagsanierung hat erhebliche soziale Probleme mit sich gebracht, der Sozialapparat ist überlastet: Wohngeld nimmt erheblich zu, Asyl-fälle etc., damit kämen politische Gründe hinzu:
- Befriedungsstrategie, da Unruhe aus der Bevölkerung erwartet und von Teilen der Jusos und BZA-Typen hochgespielt wird.

Also: Blocksanierung = ökonomische Notwendigkeit

Zug-undZug-Sanierung = Befriedungsformel

Renovierung = Auswahl für die sozialen "Härtefälle"

Unser Problem: ist es richtig, unter der Hauptforderung weniger Arbeit-mehr Lohn - weniger Miete, die Renovierung als generelle Lösung zu fordern. mit dem ganzen Senatszuschlag?

Im Sinne der Wohnungsfrage ist diese Forderung illusionär: es sollen die Arbeiter ja an den Rand und Kreuzberg nicht Arbeiterviertel bleiben. Es sollen die Kapitalisten ihr Geld ja gewinnträchtig anlegen können.
Ist dann die Forderung nach genereller Renovierung eine revolutionäre, weil sie die gesellschaftlichen Bedingunge sprengt?

Am dieser Stelle konnten wir nicht weiter, waren unterschiedlicher Meinung. Wo ist in solchen pragmatischen Forderungen, die ja konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen zum Inhalt haben, das Verhältnis von Reform und Revolution - was sind im Sanierungsgebiet revolutionäre Forderungen unter Berücksichtigung des Bewusstseins der Leute und ihrer Hoffnung auf Erfolge? In diesem Komplex gehört auch das Beispiel Adalbertstraße 97/96: geht der Erfolg im Kampf eines Blocks u.B. nicht immer auf Kosten der Arbeiter in einem anderen Block und weckt nur Reformillusionen bei den einen?

Die Gegenthese zur Aufnahme solcher konkreten Forderungen war die:

wir können und sollen keine konkreten Forderungen und Schritte zur "Lösung" angeben, da das nur Illusionen schafft. Wir können und sollen nur versuchen, über die Situation zu informieren, an der Scheiße, die hier passiert, agitieren, Propaganda machen gegen die Hausbesitzer und gegen den Senat. Wir können ander Wohnungswegen nur Bewusstsein über die Kapitalismus-Scheiße wecken und vielleicht damit den Kampf in den Betrieben stärken.

Unklar bleibt bei dieser These die Rolle des täglichen Kampfes um die Verbesserung der Lebensbedingungen.

Versuch über mögliche Forderungen unter der Hauptforderung:
WENIGER MIETE - MEHR LOHN - WENIGER MIETE!

Altbau : Streik gegen jede Mieterhöhung!
Täglicher Kampf um Mietminderung, wo es nur geht!
Täglicher Kampf um Verbesserungen in den Wohnungen und Häusern!
Wohngeld nutzen!

Neubau : Streik gegen jede Mieterhöhung!
Schugeld extensiv und massenhaft nutzen!
Täglicher Kampf um Mietminderung und Verbesserung der Häuser!

Sanierungsplan:

wer hier in Kreuzberg bleiben will, bleibt hier! Jeder soll eine billige, dem Standard entsprechende, genügend große Wohnung bekommen! Keiner darf auf die Straße geworfen werden! Keiner ins Asyl! Die alten verrotteten Löcher müssen weg!
also:

Organisierte Abwehr gegen Rausschmisspraktiken!
Organisierte Forderung nach neuen Wohnungen in Kreuzberg!
Organisierte Forderung nach billigen Sanierungsprogrammen, die allen, die hier bleiben wollen, eine Wohnung gewährleisten!
Organisierter Kampf gegen jede Mieterhöhung!
Organisierter Kampf gegen die Zerstörungspraktiken der Hausbesitzer!
Also Organisierungsperspektive: Revolutionärer Mieterbund!

Zun Vorgehen in der nächsten Zeit sind wir noch nicht weitergekommen, als zu sagen: 1. allgemeine Propaganda zu allen Ereignissen und Analysen im Sanierungsgebiet über Zeitungen etc., wie zur Adalbertversammlung. SPD-Kampagne geschehen.

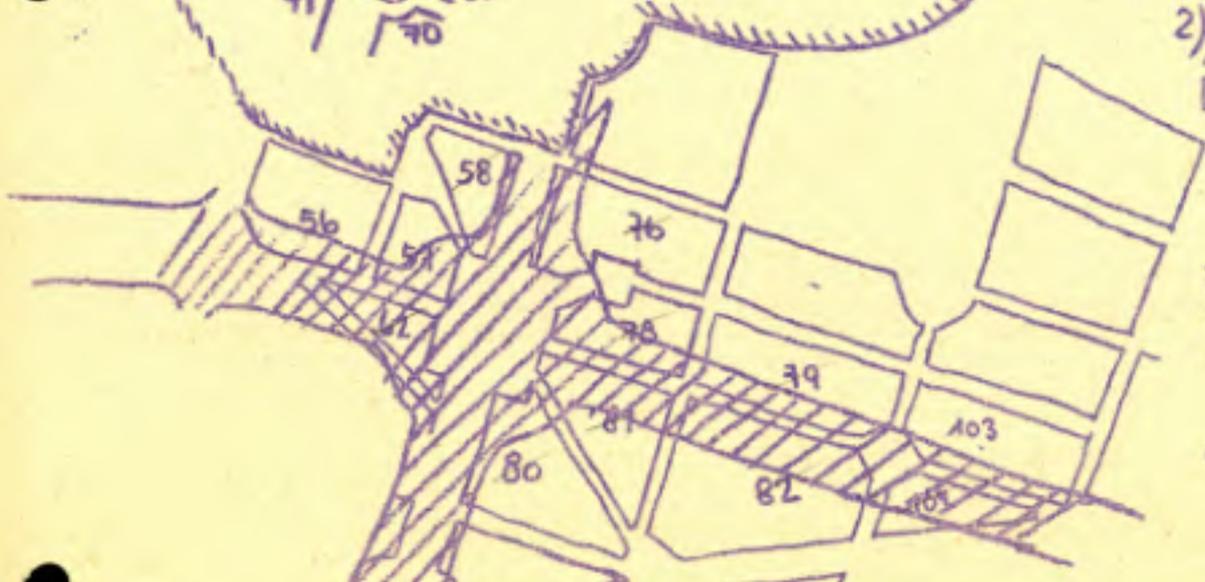
2. Konkrete Untersuchung und langfristige Agitation in einem Block: 97 ist der nächste im Programm des BZA.

zu 1. sollte als nächstes das Flugblatt über die Adalbertversammlung sein.
zu 2. können wir den Fratzenbogen der Kohlfurter diskutieren, weil daran sichtbar wird, wie wir meinen, daß es nicht geht.

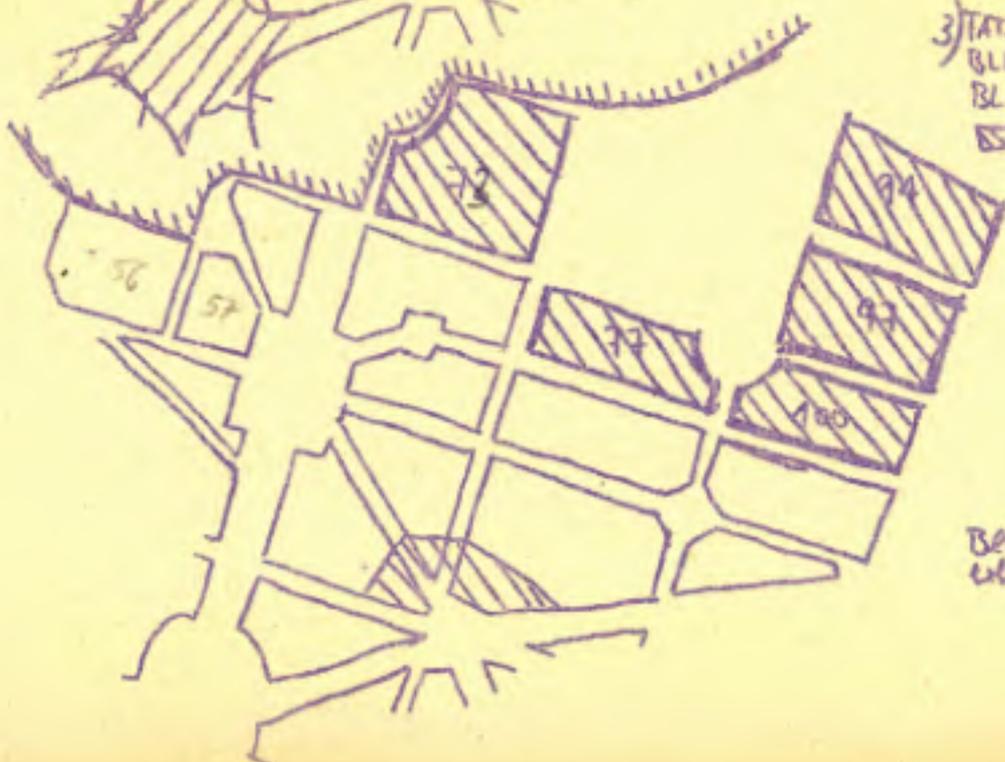
FÜR SANIERUNGSENTWICKLUNG
JUNI 73



1) SKM-SANIERUNGSGEBIET IN UNSEREM BEREICH



2) GEPLANTE AUTOBAHNFÜHRUNG
 ▨ - unterirdischer Bereich
 - angrenzende Bereiche gesperrt für Gewerbe
 Zuschuss erfüllt bis 1985!
 dh.: in diesen Bereichen gesichert bis dahin Wohnschar nicht!
 dh.: man rechnet damit das Oranienstr. des Tükenviertel wird!



3) TATSÄCHLICH ÜBRIG-BLEIBENDE SANIERUNGS-BLÖCKE BIS 1985
 ▨ SANIERUNG IN DEN NÄCHSTEN JAHREN
 B. 100, BAUBEGINN 1974
 B. 97, BAUBEGINN 1974
 NEZ BAUENDE 1974
 B 72, noch im Keller, geplantes Stützenbaumwerk. in Block 57/56
 Blockbauweise bleibt erhalten.

Protokoll zum Mieterkampf

(aus Diskussionen zur Arbeitsperspektive und zu Engels "Wohnungsfrage" vom 6.6.73)

WOHNUNGSNOT

besteht darin:

- es gibt zu wenig Wohnungen
- die Wohnungen sind schlecht
- die Wohnungen sind teuer

WOHNUNGSFRAGE

betrifft:

- vor allem das Proletariat
- aber auch das Kleinbürgertum

LOSUNG DER WOHNUNGSFRAGE

ist möglich:

- nur durch die "Soziale Revolution"
- nur in der Einheit mit der Abschaffung der Ausbeutung im Betrieb

WOHNUNGSRIESENKAMPF

- wird immer vor allem ein Ringen zwischen Lohnerhöhung und Mietherabdrückung sein. Da die industriellen Kapitalisten an niedrigen Reproduktionskosten der Arbeitskraft, also niedrigem Lohn, die Haus- und Grundbesitzer an hoher Miete interessiert sind, wird also der Haus- und Grundbesitzer seinen Anteil vom Lohn möglichst erhöhen wollen, wenn das Proletariat höheren Lohn erkämpft hat, wird also der industrielle Kapitalist den Lohn drücken wollen, wenn das Proletariat im Stadtteil generell eine niedrigere Miete erkämpft hat, und dies solange, wie die Ausbeutung nicht abgeschafft ist.
- WK muß also die Einheit mit dem Produktionskampf herstellen.
- WK wird, wie der Kampf im Betrieb, immer die konkrete Aktion, die konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen zu erkämpfen, bedeuten, um die Übergriffe des Hausbesitzer und Spekulanten zurückzudrängen, wie in der Fabrik den Kapitalisten mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen abzutrotzen.
- WK darf nicht sozialreformerischen Ideen aufsitzen, als sei es durch höhere Einsicht der Haus- und Grundbesitzer, durch mehr Aktivität und mehr Geld des Staates und durch Industrialisierung des Wohnungsbaus möglich, : mehr Wohnungen, bessere Wohnungen und billigere Wohnungen herzustellen.
- Die Reformisten dringen immer tiefer in die Details des Wohnungsproblems ein, um darin zu versinken - eine Lösung können sie nicht finden. Die Revolutionäre durchdringen das Wohnungsproblem, um mit möglichst vielen den Kampf von dort zu erweitern, da herauszukommen, um den Klassenkampf an allen Fronten zu stärken.

KAMPFPERSPEKTIVEN-PAROLEN-AGITATION

Hauptforderung:

WENIGER ARBEIT MEER LOHN WENIGER MIETE !

- In der Agitation den Zusammenhang von Lohnraub und Preissteigerungen immer darstellen, Versuche, mit den vorhandenen Betriebsgruppen zusammenzuarbeiten, Wohn- und Arbeitsplatzstruktur herauszufinden.

- konkrete Hilfe im einzelnen Mieterkampf und dass die ...
- Aktionen weitertreiben, Mieterberatung, Aufzeigen der juristischen Rechte im Wohnbereich, Übergriffe brandmarken, Erfolge veröffentlichen
- Reformbewegung von unten und bezirkstreu, anerkennen, wo sie offensichtlich auftrat. Die Reformen beim Wort nehmen und alle Rechte so extensiv wie wir möglich ausnutzen, um die Grenzen sichtbar machen zu können.

PROBLEME DES WOHNUNGSKAMPFES IM SANIERUNGSGEBIET

- der Wohnraum ist besonders schlecht, eigentlich nicht mehr erhaltenswert, höchstens in besonderen Fällen. Beseitigungen sind hier wahrscheinlich am wenigsten richtig.
- die Wohnungen sind, gemessen an den Neubawohnungen, nicht so teuer, aus diesem Grunde sollen sehr viele nicht gern weg.
- die Mehrheit der Bewohner sind die ausgebufften und ökonomisch schwächsten Arbeiter: Rentner, Ausländer, Sozialempfänger, Mütter mit vielen Kindern, kinderreiche Familien etc.
- hier herrscht extreme Wohnungsnot als materielle Not und Existenzbedrohung und die Reserven für Abwehr und Kampf sind sehr gering, wenn die Empörung auch groß ist. Die soziale Situation macht alle fertig.
- Die Sanierung ist bisher nicht aufhalten und was ist es nicht klar, welche Forderungen: Renovierung der Altbauten, sehr haltbar in Kreuzberg etc., richtig sind. Ein Aspekt, der für die Neubauten spricht, ist z.B. die Entwicklung der Produktivkräfte, das in Massentransporten wie z.B. in NY, am ehesten getragen zu sein scheint, gegen die Eliten wir uns als Kommunisten nicht stellen.
- Gerade aber in der Sanierung lässt sich die Spitzigkeit und Unmöglichkeit der bürgerlichen Gesellschaft, die Wohnungsaufgabe zu lösen, aufzeigen und für den Klassenkampf mobilisieren.

KAMPFSTRATEGIEN PAROLEN-AGITATION IM SANIERUNGSGEBIET (ist uns an unklare)

- was gibt zu wenig Wohnungen:
- wir lassen uns nicht auf die Straße setzen - wir lassen uns nicht in die Arme vertreiben, wir bleiben so lange in diesen kleinen Wohnungen, bis wir akzeptable Ersatzwohnungen in Kreuzberg haben. Wir lassen die Luxuswohnungen, die nicht für uns gebaut worden sind, sondern für die, die von der Wohnungsnot am wenigsten betroffen sind.
- die Wohnungen sind schlecht:
- wir fordern noch heute die Instandsetzung unserer Wohnungen, damit wir darin wie Menschen leben können. In Häusern, die nicht morgen vom Abriss bedroht sind, mindern wir die Miete und lassen alles reparieren. Jeder Hausmeister und jede Gesellschaft, die etwas verkaufen lassen, wir öffentlich anklagen.
- die Wohnungen sind zu teuer:
- wir sollen keine Abstände, Kontingenzen etc. nur die subventionierte Miete. Wo der Wohnwert gemindert ist, mindern wir die Miete. Wir nutzen jede Möglichkeit, um die Miete herabzusetzen. Da wir die Neubaugewinnungen, die wir brauchen, nicht bezahlen können, stellen wir zu Tausenden Wohnungsträger Mieterhöhungen versuchen wir in Alt- und Neubau durch Streik zu verhindern.

Das alles ist noch nicht viel - und wie die langfristige politische Perspektive dann aussehen wird und was wir dazu noch leisten können, das ist noch nicht klar, aber das alles ist schon sehr, als die Arbeiter in Kreuzberg wahrzunehmen sich erlauben. Sie kennen ihre Rechte als Sanierungsmieter als Mieter nicht; um zu ihrem Recht zu kommen, kennen sie die Mittel nicht. Die haben nicht den Mut, über das Recht hinaus zu kämpfen, oder nur ein und ganz selten.

~~Diese Rechte zu verbreiten, die Mittel zur Verfügung zu stellen und Kampf- und Organisationsperspektiven zu initiieren, das kann unsere jetzige Aufgabe sein, so lange, bis eine revolutionäre Mieterorganisation im Keim entstanden ist, die die politischen & revolutionären Perspektiven stärkt und weiterreibt.~~

SCHRITTE

- ~~Informationen über die Sanierung bis ins kleinste Detail besorgen. (ist über Kontakte zur Stadtplanung bereits vorgesehen)~~
- ~~Über Sanierungspläne bis ins Detail vor allem das, was die Mieter sozial und ökonomisch betrifft, informieren (zeitung bzw. Flugblätter)~~
- ~~Über Sanierungsrechte des Mieters speziell informieren (Ergebnis bei den Juristen)~~
- ~~aktuelle Ereignisse als Forum nutzen und informieren, was dabei herausgekommen ist. (als nächstes also ein Flugblatt zur Baldruschat-Diskussion)~~
- ~~Einzelse Fälle unterstützen und das allgemeine daraus- die Erfolge und Mißerfolge - öffentlich machen (Adalberter. 97)~~
- ~~Organisationsperspektive in diesen Fällen und mit den neu gewonnenen Leuten in Angriff nehmen~~
- ~~Über vorgedene Org. der Mieter Informationen sammeln.~~

Stichpunkte zur Diskussion der Perspektive der Stadtteilgruppe SKM

1. Zur Aktivität und zur Form der Stadtteilgruppe

Wir waren bisher eine Gruppe von Leuten, die sich mehr oder weniger regelmäßig getroffen haben, um darüber zu reden, was in Kreuzberg politisch zu tun ist, und in einigen Abständen Kampagnen durchführte oder unterstützte, wenn es dazu einen akuten Anlass gab: Spielstrasse Legiendamm, R.R. Kampagne, Mieterhöhung 1.1.73, 1. Mai. Wir nannten uns Stadtteilgruppe, einige nannten sich Geossen und Kommunisten, einige lehnten das gerade ab. Die meisten von uns wohnen im Stadtteil.

Die Probleme und Kampagnen entlang dieser Probleme waren: die Lage der Kinder (Spielstrasse, Kindergruppe), die Lage der Jugendlichen (R.-Haus, Jugendzentrum), und die Lage der Mieter, speziell im Sanierungsgebiet - reparaturbedürftige Häuser und Mieterhöhung.

Wir besaßen zu diesen Kampagnen zumeist keine einheitliche oder überhaupt keine politische Linie und keine verbindliche Struktur der Arbeitverteilung. Wir waren uns nur immer wieder einig in der Annahme: daß was gemacht werden muß, daß hier in Kreuzberg Mißstände herrschen, deren Folgen für die Arbeiterfamilien hier bekämpft werden müssen und deren Ursachen wir aufklären wollen. Und wir waren uns einig in dem Ziel, über diese Kampagnen die Arbeiterfamilien des Stadtteils aus ihrer Apathie gegenüber den herrschenden Zuständen herauszuholen und sie dazu zu mobilisieren, ihre Sache in die eigenen Hände zu nehmen, sich zu wehren, gemeinsam den politischen Kampf gegen die herrschenden Zustände aufzunehmen.

Wir haben in diesen Kampagnen sehr viele Leute des Stadtteils kennengelernt und sehr viel über sie erfahren, über ihre soziale Zusammensetzung, ihre Wohnsituation, teilweise auch über Bedürfnisse und Hoffnungen. Auch wir sind im Stadtteil bekannt geworden: teils als einzelne Personen, zumeist aber als irgendwie initiativ Gruppe, die sich verschiedener Probleme des Stadtteils annimmt, ab und zu verschwindet, ab und zu auftaucht und informiert oder zu Aktionen oder Unterschriften aufruft.

Bisher gesetzte Ziele waren: Aktion und aktive Beteiligung der betroffenen Eltern an der Spielstrasse am Legiendamm, Streik von Mietern oder Hausparteien zur Mieterhöhung. Also immer aktive Beteiligung der Betroffenen an Zielen oder Zielen einer geplanten Kampagne. Sie sind nicht erreicht worden. Es sind aber einige als besonders engagiert und aktiv hervorgetreten, die sichtlich wieder zurückgetreten sind und zu denen wir auch keinen Kontakt mehr halten. Mit diesem ersten Erfolg unserer Agitationsarbeit haben wir nicht anfangen und weiterentwickeln können.

Im Gegenteil, wir waren uns sogar sehr unsicher, ob es gut ist, wenn Arbeiter zu uns kommen und etwas von der Gruppe erwarten.

2. Perspektive des Kampfes der Mieter: die Mietermassenorganisation

In unseren an die letzte Kampagne anschließenden Kritiksitungen ist gerade diese Unfähigkeit, die gewonnenen Leute an weiterer politischer Arbeit zu binden, als wesentlicher Mangel unserer Gruppe in ihrer Arbeit aufgefasst worden. Wir kamen zu der anschließenden Einschätzung, daß unsere Gruppe sich nach wie vor unklar über ihre politische Funktion im Stadtteil ist und daß sie nur einen Teil ihrer Arbeit und den nur schlecht wahrnimmt, nämlich die Agitation unter den Kreuzbergern. Sie scheut jedoch vor jeder weiteren Aufgabe zurück, wie den wenigen Aktivierten und mobilisierten Massen eine längerfristige Arbeitsperspektive zu entwickeln. Darüberhinaus sind wir nicht in der Lage eine umfassende politische Linie zu entwickeln. Diese notwendigen Aufgaben einer politischen Initiative können wir nicht wahrnehmen.

~~Am anderen Ende der Skala der Massen, ist jedoch klar, daß der zunehmende Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter durch Kapital und Staat zu tun kommen. Das kann nur eine organisierte Kraft der Massen gegenüberstellen können. Aus den vielen einzelnen Massenaktionen, die entstehen werden, muß eine Organisation der Massen entstehen, die sich gestellt gegen die Übergriffe von Kapital und Staat zur Wehr setzen kann.~~

PERSPEKTIVE DES KAMPfes im REFR. Bereich: ^{die} MASSENORGANISATIONEN
- 2 -

aus unseren Erfahrungen läßt sich mit Sicherheit sagen, daß es eine revolutionäre Organisation der Mietermassen geben muß. Weitere Organisationen dieser Art werden sich an den im Stadtteil und Betrieb erfahrenen Widersprüchen und Konflikten bilden. Z.B. Massenorganisation der Jugendlichen und Kinder, der Frauen und Mütter. Hier wäre es die Aufgabe der nicht an der Mieterfrage arbeitenden Genossen, weitere Perspektiven zu entwickeln, sofern der Stand der Konflikte die Diskussion um Organisierung schon möglich und notwendig macht.

Die Wiederholung im nächsten Jahr, die geplante Einführung des weißen Kreises im darauffolgenden Jahr und die permanente langfristige Bedrohung der Mehrheit der Arbeiterfamilien durch die Sanierung, macht die Entwicklung zu einer organisierten Kraft der Mieter dringender notwendig. Die Propagierung dieses Gedankens muß vermehrt durch Mieteragitatorien in den nächsten zwei Jahren sein, wozu wir erreichen, dass sich bis dahin nicht nur mehr Leute über die Wohnungspolitik des Staates informieren, sondern daß es auch zu erfolgreichen Aktionen kommen kann.

388 Die Notwendigkeit einer Initiative

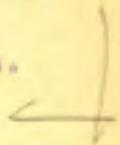
Zu hoffen und politisch sogar davon auszugehen, daß sich die Organisierung der Massen zu ihrem Schutz gegen Übergriffe von alleine vollziehen wird, wenn die Widersprüche nur groß genug und die Folgen nur drastisch genug erfahren werden, ist falsch. Die Erfahrung aller Klassenkämpfe haben gezeigt, daß die kleinen Plümpchen der Kämpfe nicht weiter glühen und untergehen, solange bis sie sich zu einer organisierten Kraft zusammenschließen und bleiben auch dann noch allen möglichen Schwankungen in ihrer Politik unterworfen (Gewerkschaften). Es bedarf also einer politischen Initiative auch zur politischen Entfaltung von Massenorganisationen, die von denen hergekommen sind, die durch ihre Einsicht und Erfahrung in ihrem Bewusstsein weiter sind als ihre Beobachter. Die Mehrheit der Initiative zu entfalten ist die Pflicht der Kommunisten. Wie aber kommt es zu dieser Initiative?

Es gibt die eine Möglichkeit: es gibt die Organisation der Mieter bereits, sie hat sich nur noch nicht in den Kämpfen hervorgetan, ~~weil z.B. nur Reformisten die Jusos etc. dort vertreten sind und Politik machen.~~ Das hieße für die Kommunisten hineingehen, sich an der Zusammenarbeit beteiligen, an der Information der Unbrüder, noch nicht organisierten Mieter, an den Kampagnen, den Ausbesuchen teilnehmen. Sie müssen versuchen, in den politischen Auseinandersetzungen zu den Perspektiven der Mieteragitation eine revolutionäre Linie hineintagen.

Es gibt die andere Möglichkeit: es gibt keine organisierte proletarische Mieterbewegung oder die, die existieren wie z.B. der allgem. im Mieterschutzbund sind weit von der Möglichkeit aktiver Teilnahme durch die Mieter selbst und proletarischer Parteinahme entfernt, dass es sinnlos wäre, sie umgekalten zu wollen. Dann müssen die Kommunisten, um den Angriffen auf Löhne und Miete und die ebenfalls langfristige Gefahr gegenüberstehen zu können, mit den Mietern die revolutionäre Massenorganisation aufbauen können.

Unsere Aufgabe ist es in nächster Zeit eine solche Untersuchung zu beginnen.

*/ REUSCH



4. Die Erfahrungen mit der KPD und wie wir die Organisationsfrage lösen müssen: die Hauptseite ist die Massenarbeit

Die letztere Politik betreibt die KPD, sie gründete die revol. Massenorga wie z.B.: Vorkomm-Komitees, Lig gegen den Imperialismus, Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation.

Und erscheint zweifelhaft, ob diese Gründungen echte Massenorganisationen werden können, die zwar eine politische Linie entfalten müssen, ein Programm oder eine Plattform, die aber heute praktisch nicht prinzipiell gebunden sein dürfen, um der breitesten Zusammenschluß derer sein zu können, die sich in einer Frage ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen in ihrem Protest einig sind.

Die Politik der Kommunisten in diesen Massenorganisationen muß die Aufgabe sein, die Massen von einer revolutionären Linie, die sich gegen Ausbeutung, gegen Kapital und Staat wendet und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats kämpft, zu überzeugen. Sie muß aber ebenso von den Massen lernen und ist in permanentem Austausch mit ihnen, in Diskussion und Kampf, erweisen, ob sie das Vertrauen der Massen besitzt und die Führung innehat und wirklich die proletarisch revolutionäre Linie vertritt.

Wir halten es im jetzigen unterentwickelten Stadium der Klassenkämpfe falsch, so wie die KPD vorzugehen - wir halten es dagegen für richtig, die Mittel, Kräfte etc. auszuschnüpfen, die eine breite Front, z.B. der Arbeiter aufzubauen ermöglichen und die Basis der revolutionären Kämpfe bilden werden. Wir müssen die kleinsten Schritte wagen, denn sie sind es, die heute notwendig sind, um Initiative und Aktion bei den Massen der Kreuzberger Arbeitermilien und ihren Verbänden anzuregen, die hin zu ihrer Organisation. Die Hauptseite unserer Tätigkeit muß also noch wie vor die permanente Arbeit unter den Massen der Kreuzberger Mieter sein, aber mit einer organisierten und politischen Perspektive.

Dies aber darf nicht, wie bisher, als Alternative, oder auf Kosten einer revolutionären Linie in der Wohnungsfrage, der Jugendfrage, der Frauenfrage etc. gehen. Als politische Initiative und als kommunisten ist es unsere Pflicht, dazu zu gelangen. Dazu gehört aber mehr als nur die Diskussion der Lage der Mieter und die zeitweilige allgemeine Agitation in der Mieterfrage. Dazu gehört Schulung über die Wohnungsfrage, die Rolle des Staates und der SPD, die Rolle und Politik des Grund- und Bodenkapitals, die Exploitation, die Wohnungsfrage gesellschaftlich, die Organisationspolitik. Dazu gehört aber auch zu einer proletarischen Linie zu kommen, der Zusammenhang zur Produktion, zum Lohnkampf, zum revolutionären Kampf. Dazu gehört also die politische, organisierte Diskussion außerhalb der Massenorganisation, d.h. neben und mit der Massenarbeit die gewonnenen Erfahrungen politisch und organisatorisch weiterentwickeln. Das heißt es, die Verpflichtung wahrnehmen zu können, eine revolutionäre Linie in den Mieterkampf hineintragen zu können. Das bedeutet aber die organisierte Diskussion und den langfristig in Angriff zu nimmenden Parteaufbau mit ähnlich politisch vorgehenden Gruppen oder Einzelnen aus diesen Gruppen, wenn wieder die Revisionisten noch die verschiedenen KPDs heute für die richtige politische Perspektive halten.

5. Die Auflösung der Stadtteilgruppe und die Mittierung von MOs.

Die Frage ist also, kann die ~~Stadteilgruppe~~ bisherige Stadtteilgruppe diese Funktionen wahrnehmen? Sie kann es nicht, solange sie die Notwendigkeit dieser Diskussion zum Parteaufbau und den Aufbau von MOs nicht kennt oder anerkennt und sie kann es im jetzigen Stadium auch nur unverbunden. Die bisherige Stadtteilarbeit kann sich nur weiterentwickeln - weg von den Fehlern der letzten Zeit - wenn sie, wie von der Kindergruppe ohne Diskussion geschehen, sich in solche Massenarbeitsbereiche auflöst und

auf die Vorantreibung der dortigen Konflikte bis hin zu organisierter Abwehr und Kampf, gemeinsam mit anderen Initiativen aus demselben Bereich, hinarbeitet.

Die organisierte politische Initiative wird es erst geben, in einem langen Diskussionsprozeß über die Erfahrungen der verschiedenen Bereiche, vor allem des Produktionsbereiches. Dieser Diskussionsprozeß, den wir schon heute in Angriff nehmen müssen, wird vorerst für die jeweilige Massenarbeit unverbindlich bleiben. Es wird vorerst keine Weisungs- und Entscheidungsstrukturen geben, wie sie einer P.K. Partei entsprechen würden. Wir werden sie aber ernsthaft in Angriff nehmen müssen, auf Basis der intensiven Massenarbeit in den verschiedenen Bereichen, vielleicht mit den gleichen Genossen, wie wir jetzt zusammen sind, aber auch mit Genossen aus anderen Bereichen. Nur so werden wir in der Frage des Parteaufbaus einen Schritt weiterkommen, wollen wir ernsthaft den Schreibtischgründungen der KPDs etwas entgegenzusetzen.

~~Das Massenarbeit in der Mieterfrage ist uns bisher klar, daß eine Organisierung eine jetzt schon in Angriff zu nehmende Perspektive ist. Die Basis müssen die Leute sein, die wir schon gewonnen hatten, mit ihnen müssen wir den Kontakt wieder aufnehmen und diese Frage diskutieren. Das wichtige wird die Unterstützung dieser "Konfliktgruppen" zu. Welche sind das?~~

~~Wir nehmen an, daß es der Block sein wird, der als nächster abgerufen wird, in dem wir jetzt schon, vielleicht zwei Jahre vor dem Hausbau, zu arbeiten beginnen und vielleicht zu einer Alternative zur Sanierungspolitik kommen. Diesen Block werden wir dem nächsten Sanierungsbericht entnehmen.~~

~~Zur erwartenden Mieterhöhung und zum Weißen Kreis können wir vorerst nur einige seine Propaganda in den Stadtteil tragen, aber lauch jetzt, und immer wieder. Um dort aber zu den richtigen Informationen zu gelangen und die richtigen Forderungen vorzuschlagen zu können, kommt die notwendige Theoriebildung hinzu:~~

- ~~die Wirtschaftsbedingungen der Wohnungsfrage~~
- ~~Verhältnis Produktion, Reproduktion, Betriebskapital - Mieterkampf~~
- ~~Einschätzung der Staatsfunktion in dieser Frage~~
- ~~Analysen der Politik einzelner Mieterorganisationen~~
- ~~Verhältnis von deutschen und ausländischen Arbeitern im Wohnbereich~~

- Wohnlage-situation im Kreuzberg, Kampfsiele zur Sanierung;
- Neubauentwicklung, neue Konflikte
- Mieterkonfliktfälle
- Sanierungsmaßnahmen und Prozeduren (Spezialgeschichten)

Vorschlag zur Diskussion mit anderen Gruppen:

ENTWICKELN IN DIE NEUE SENATS-PROPAGANDA MIT DEN GEBLICHEN BETRIEBEN -
BESCHLUSSEN!

- Seit Mitte Februar steht fest, was zukünftig aus Bethanien werden soll.
- Eine Etage des Südflügels ist für die Arbeit der Eltern-Kind-Gruppen in Bethanien mit ihren jetzt schon 250 Kindern vorgesehen.
 - Der größte Teil der Räume soll zu einem "Künstlerhaus Bethanien" ausgebaut werden.
- Zur Erstellung und Einrichtung von 25 Ateliers für national und international geförderte Künstler sollen 3 Mio bereitgestellt werden.
- 700 000 DM allein sollen die jährlichen Unterhaltskosten für die den Künstlern zur Verfügung stehende Druckerei betragen. (Handelsblatt vom 21.2.73)
- Ein weiterer großer Teil der Räume soll mit städtischen Ämtern großzügig besetzt werden.

In der lokalen und überregionalen Presse werden die Senatspläne als ein "mutiger und beispielhafter Entschluß" bezeichnet. Das "Künstlerhaus Bethanien" wird als ein Brückenkopf der Kultur im 'Arbeiterbezirk' Kreuzberg hochgejubelt, von dem die "wichtigen Impulse" einer Verbindung von Künstlern, Arbeitern und sozialen Randgruppen ausgehen könnten.

"Im Arbeiterbezirk Kreuzberg begegnen sich häufig Proleten und Intellektuelle, Berufskünstler und musisch interessierte Volkshochschüler, Einheimische und türkische Gastarbeiter, Jugendliche und Alte, Prominente und Außenseiter der Gesellschaft". (Handelsblatt 21.2.73)

Alle diese verschiedenen Interessen repräsentierenden Gruppen sind laut Senat durch den neuen Plan zu einer idealen Verbindung zusammengeführt worden.

Welche Absichten des SPD-Senats stecken aber hinter dieses "ideale" Projekt? Warum holt er renommierte Künstler nach Bethanien und finanziert sie mit Millionen, nachdem Bethanien jahrelang leerstand und die Kreuzberger jahrelang Bethanien für ihre Bedürfnisse, die der Alten und der Kinder und Jugendlichen, gefordert haben?

KEIN BOHEME-ZENTRUM IN KREUZBERG ALS ANKER FÜR BÜRGERLICHE

Es ist offensichtlich, daß der Senat große Schwierigkeiten mit der Sanierung Kreuzbergs hat. Es ist eben nicht einfach, Tausende von Kreuzbergern auf die Straße zu setzen, wenn es eigentlich nicht genügend Wohnungen und nicht genügend billige Wohnungen gibt!

Das heute das KAZ gebaut wird, war nur möglich, mit großzügiger finanzieller Unterstützung des Senats und Sichinwegsetzen über bestehende

Bobauungspläne. Der Senat hätte alles unternommen, damit das NKZ gebaut werden kann trotz der Proteste in der Öffentlichkeit und der breiten Kampagne vor ca 5 Jahren gegen den Spekulanten Schmidt. Denn das Kottbuser Tor und der Kottbuser Damm soll ein "besseres" Einkaufszentrum werden und verlangt nach sich gut verzinsenden privaten Investitionen.

Aber in Kreuzberg gibt es bereits fertiggestellte Appartementswohnungen mit KU-Damm-Mietniveau, die leerstehen und nicht vermietet werden können. Die privaten Investitionen im Kreuzberger Sanierungsgebiet stagnieren zur Zeit. Der Senat ist plötzlich gezwungen, möglichst viele Häuser durch die eigenen Finanzierungsgesellschaften aufzukaufen und den Wohnungsbau weitgehend alleine voranzutreiben.

Kreuzberg ist für private Geldgeber nicht attraktiv genug. Nach wie vor macht Kreuzberg Schlagzeilen als Arbeiterviertel, permanenter Unruheherd, zuletzt durch die einer breiten Öffentlichkeit bekannt gewordenen Konflikte um das Georgv. Rauch-Haus.

Mit den neuesten Plänen für Bethanien glaubt der Senat zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen:

1. Durch den Ausbau eines "Künstlerhaus Bethanien" und des damit verbundenen Aufbau eines kulturellen Programms mit Ausstellungen, Seminaren, Schriftstellerlesungen und Konzerten wird Kreuzberg neue Attraktivität für breite bürgerliche Kreise gewinnen. Erste private Nachfolgeinvestitionen wie Boutiquen-Lokale und die Entwicklung einer Künstler-Subkultur würden bald einen Markt für teure Wohnungen und Geschäfte entstehen lassen, der verstärkte private Investitionen heranziehen würde. Der "Arme-Leute-Geruch" in Kreuzberg würde verschwinden, etc. Kreuzberg, oder zumindest ein großer Teil vom Kottbuser Tor bis zum Mariannplatz, würde so zu einem attraktiven, citynahen Wohn- und Geschäftsviertel für "junge, dynamische Bürger" mit mittlerem bis hohem Einkommen. Das allgemeine Miet- und Bodenpreisniveau würde steigen und die private Sanierung verstärkt vorangetrieben.

Alles in allem wäre das Ergebnis aber eine beschleunigte Verschlechterung der Wohnungssituation für Arbeiterfamilien, Rentner und die Arbeiterjugend, die bisher in Kreuzberg wohnen. Das Funktionieren eines "Künstlerhauses Bethanien" und die Nähe zu renommierten Künstlern und ihren Wohnungen müßten die Arbeiterfamilien über den Verlust der Räume in Bethanien hinaus mit der Verschlechterung des Wohnungsangebotes und mit der Erhöhung des allgemeinen Mietniveaus teuer bezahlen.

2. Dadurch, daß der Senat zwar den Künstlern den größten Teil, aber nicht alles gibt, sondern Amtsräume und auch eine Reservat für Eltern-Kind-Gruppen einrichtet, schafft er sich ein Alibi für den "sozialen Charakter" seiner Pläne. Niemand soll sagen können, Bethanien diene nicht den Bedürfnissen der Kreuzberger Bevölkerung und der Senat würde die berechtigten Forderungen der Eltern nach Räumen für Kinderarbeit nicht erfüllen. Eine Etage und ein Keller im Südflügel dient als Alibi der SPD für ihr Bemühen, die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung in Kreuzberg mit sozialen Einrichtungen zu beseitigen! Aber 4 000 Kinder stehen noch immer auf den Wartelisten der Kreuzberger Kindertagesstätten!

Im gleichen Zug soll den wachsenden Forderungen der bestehenden und ständig neu entstehender Gruppen ein Ende bereitet werden. Schon jetzt verweist der Senat alle Gruppen auf diese eine zügewiesene Etage mit der Aufforderung, sich untereinander zu einigen. Er hofft, auf diese Weise die Gruppen gegeneinander aufzubringen, ihre Stärke zu zerstören. Und nach aussen hin demonstriert er Fohltätigkeit und politisches Entgegenkommen auch extremen Gruppen gegenüber.

Ein Vollstopfen der übrigen Räume mit städtischen Ämtern soll den gewinnzielen Charakter noch verstärken. Aber es ist klar: die jtzzt geplante Bethanien-Sanierung ist ~~nur~~ als Strategie des Senats gegen die Interessen der Kreuzberger ~~Wohlfahrter~~ Arbeiterfamilien, gegen ihren Kampf um ihre Rechte und die Realisierung ihrer notwendigsten Bedürfnisse!

DER KAMPF UM BETHANIE WIRD AUSGEWÄRTET WERDEN!

Die bestehenden Gruppen, die ihre Ansprüche an Bethanien-Räume angemeldet haben, dürfen sich nicht auf die Strategie des Senats einlassen und damit zu einem Reformprojekt des Senats werden. Wir müssen an dieser Stelle eine intensive Aufklärungskampagne über die arbeiterfeindlichen Sanierungspläne des Senats in der Kreuzberger Bevölkerung beginnen.

Wir müssen uns an Jugendliche, Familien und Rentner wenden und ihre bereits organisierten Gruppen auffordern, ihre Forderungen an Bethanien zu entwickeln und zu stellen, mit uns gemeinsam.

Nur wenn es uns gelingt, eine breite Mobilisierung der Kreuzberger Arbeiter gegen die Senatspläne und für die Formulierung ihrer eigenen Interessen und Bedürfnisse an Bethanien zu erreichen, dann können auch die bereits bestehende Bethanien-Gruppe damit rechnen, nicht in einem bürgerlichen Renovationprojekt untergebuttert zu werden, dann können wir vielleicht

verhindern, daß ein "Künstlerhaus Bethanien" seine arbeiterfeindliche Funktion erfüllt und dann werden auch die neuen Eltern-Kind-Gruppen die Räume bekommen, die sie notwendig brauchen.

ERKAUFEN SIE DEN GANZEN SÜDFLÜGEL IM BETHANIER FÜR DIE ELTERN-KIND-GRUPPEN
GANZ BETHANIER FÜR DIE KREUZBERGER ARBEITERSKINDER, KINDER, JUGENDLICHE
UND ALTE !

KAUF DEN ARBEITERSKINDLICHEN BELEBUNGSPLAN. DES SPD-BEW. MIT BETHANIER !
KEINE BOHLEN-ZENTRUM IM KREUZBERG ALS ANREIZ FÜR BAU - SPEKULANTEN !

KAMPF GEGEN DIE VERUNGLÜCKTUNG DER LEBENSBEDINGUNGEN DER ARBEITERFAMILIEN
FÜR MENSCHENWÜRDIGE, BILLIGE WOHNUNGEN UND VERMEIDUNG SOZIALER FOLGEN -
GELUCKT !

STICHPUNKTE ZUR SITUATION DER STADTEILGRUPPE

- EIN MODELL IN DER KRISE -

Zusammenfassung:

Die objektive Krise des Stadteilgruppenmodells macht auch unter Berücksichtigung der SPD-Reformversprechungen autonome Massenorganisationen notwendig. Um ein Forum oder Kerne zu initiieren, die hierzu Kampf- und Organisationsperspektiven entwickeln brauchen wir die kontinuierliche Zusammenarbeit mit Bewohnern des Stadtteils, denen aufgrund ihrer materiellen Situation als Lohnabhängige der Zusammenhang von Produktion und Reproduktion (Lohn und Miete) leicht zugänglich ist. Es liegt also nahe, an den Beschäftigten eines Kreuzberger Großbetriebs, die auch in K. wohnen als Externe Aufklärungs- und Aktivierungsarbeit zu leisten, mit der langfristigen Perspektive der Überwindung des Stadteilgruppenmodells hin zu autonomen Organisationen mit Massencharakter.

K

KIN MODELL IN DER KRISE

Seit etwa 5 Jahren gibt es in Kreuzberg Initiativen zur Aufklärungs- und Aktivierungsarbeit an den Benachteiligten des Stadtteils. Diese Initiativen setzten an einzelnen Lebensbereichen an und wollten sich versinnbildlichen gegen die ärgsten Bedrohungen städtischen Lebens durch die kapitalistische Verfügungsgewalt einschreiten (z.B.: Abriss von Bethanien, Kabelschlagennierung, Übergriffe von Hausbesitzern, Situation von Kindern und Jugendlichen). Dies gelang ihnen auch teilweise, insbesondere soweit die städtische Verwaltung bereits Massnahmen zur Konfliktregulierung in Aussicht gestellt hatte. (neuerdings manifest durch das "Kommunalpolitische Programm" der SPD Kreuzberg). Da es ihnen bei solchem Taktieren der Verwaltung aber kaum noch gelang, sich von den einzelnen Ansatzpunkten ihrer Arbeit zu lösen, wurden die Initiativen faktisch zu Isolations- und Eindämmungsversuchen von Konfliktherden unfunktioniert, wobei das eigentliche Ziel ihrer Aufklärungs- und Aktivierungsarbeit verfehlt wurde: Den Zusammenhang der einzelnen behandelten Konflikte in seiner Gesetzmäßigkeit zu erkennen und politische Perspektiven zu ihrer Bekämpfung zu entwickeln. Zudem bewirkte eine teilweise Förderung der Initiativen (z.B. Kindergruppen) durch die Verwaltung ihre Spaltung und Wirkungslosigkeit, gemessen an der nach der Studentenbewegung anvisierten politischen Zielsetzung gegenüber proletarischen Gruppen: Dem unmittelbaren, kurzfristigen Ziel der Verbreiterung der Massenbasis, der schnellen Mobilisierung der Massen gegen die gemeinsam mit uns, den Initiatoren, im Reproduktionsbereich erlittenen Unterdrückung.

Die Motivation der Initiatoren beruhte auf einer Verbindung der Agitation an Konflikten im Wohn- und Wohnfolgebereich mit der Berufsproblematik der linken Intelligenz und deren mehr oder weniger reflektierter Sehnsucht nach "revolutionärer Berufspraxis". Als Folge fehlender oder lückenhafter politökonomischer Kenntnisse⁺ setzten wir isoliert und spontan, ohne vorherige Analyse und strategische Einschätzung der jeweiligen Verhältnisse dort an, wo akute Konflikte unserer⁺ und mangelnder pol. Klarheit⁺

Meinung nach die Bevölkerung auf die Straße treiben mußte. Der augenfällige Konflikt in einem Sektor wurde oft als Hauptwiderspruch verkannt und seine Bekämpfung folglich als systemsparend. Stattdessen fanden wir uns aber wieder auf derselben Seite wie die Jusos und mußten schließlich feststellen, daß wir objektiv den sozialdemokratischen Reformismus in seiner Bemühung ^{in seiner Ideologie} unterstützten, "partielle" Benachteiligungen auszugleichen, damit grundsätzlich alles so bleiben kann wie es ist.

Da wir den Zusammenhang der einzelnen Arbeitansätze nicht bestimmt hatten, bleiben die Gruppen und Kampagnen voneinander isoliert. Wir wußten nicht recht, welche Rolle Stadtteilgruppen eigentlich bei der historischen Entwicklung hin zu kommunistischen Parteiorganisationen spielten. Und als wesentlichen Mangel unserer Gruppen in ihrer Arbeit faßten wir schließlich die Unfähigkeit auf, die mobilisierten Leute an weitere politische Arbeit zu binden.

Nachdem die Initiativgruppen etwa 2 1/2 Jahre praktischer Arbeit hinter sich hatten, mußte aufgrund der gewonnenen Erfahrung die noch aus der Studentenbewegung stammende Zielsetzung der direkten Mobilisierung der Massen in eine indirekte reduziert werden. Man wollte zunächst über ein konkretes Angebot an z.B. Kinderarbeit und Mieterberatung überhaupt erstmal zu Kontakten mit der Bevölkerung des Elendviertels kommen. Dies schien uns auch zunächst der Aufgabe zu entledigen, eine Klärung unserer politischen und organisatorischen Perspektive herbeizuführen. Auf diese Weise mußten aber mit dem praktizierten Angebot zusammenhängende Details mühsam als Einzelprobleme diskutiert werden, und mit immer tieferem Eindringen in diese Einzelprobleme drohten wir in Details zu versinken, ohne daß im angestrebten Maße die Kontakte zustande kamen. Waren Kontakte hergestellt, so konnten diese nicht integriert und gehalten werden und man wurde mit der Zeit sogar unsicher, ob es gut ist, wenn Arbeiter zu Gruppensitzungen kommen und etwas davon erwarten.

Viele Genossen waren durch diese Situation persönlich frustriert und konzentrierten sich wieder mehr auf die Berufsproblematik. Als Grund für die geringe Wirksamkeit ihrer Arbeit sahen viele bei sich selbst und (oder) den andern Gruppenmitgliedern einen Grad von Verbindlichkeit und Einsatzbereitschaft an, der bei offenbar ja fehlendem Bewußtsein und mangelnder Kampfbereitschaft der Massen nicht ausreichte. D.h.: Die aufgetretenen Widersprüche wurden einerseits mit teilweise moralischer Argumentation subjektiv wieder eingeebnet. Andererseits, bezogen auf die Massen, kam als Folge fehlenden Kontaktes noch fehlendes Vertrauen den Massen gegenüber hinzu. Das drückte sich aus Feststellungen wie: "Für unsere Arbeit sind die Leute halt noch nicht soweit" (und es kam dann auch zu Diskussionen, wie man selbst eine Stellvertreterfunktion ausüben könne).

Nun ist es aber falsch, die Organisationsstruktur und Arbeitsmethode der Initiativgruppe absolut zu setzen und das Bewußtsein der Massen an ihrer Bereitschaft zu messen, auf dieses Muster einzugehen. Vielmehr müssen wir "das Ohr an den Massen" haben um zu erkennen, daß sie sich ~~KEMWEG~~ in eine politische Richtung bewegt. Nur indem wir versuchen diese Wirklichkeit zu verstehen wird es uns gelingen, uns mit denen zu verbinden, die spüren, daß sie unterdrückt werden.

Wenn wir uns selbst einmal von dieser Seite betrachten, von der Seite der Bevölkerung des Kreuzberger Elendviertels, dann wird verständlich, daß sie wenig Bereitschaft zeigte, auf unsere Kampagnen einzusteigen. Denn sie hat uns kennengelernt in 5 Jahren teils als einzelne Personen, teils als irgendwie initiativ Gruppe, die sich verschiedener Probleme des Stadtteils annimmt, ab und zu verschwindet, ab und zu auftaucht und informiert oder zu Aktionen oder Unterschriften aufruft und wieder verschwindet. Sie hat uns jedenfalls nicht als Initiativgruppe kennengelernt, die über sporadische Kampagnen hinaus eine kontinuierliche Arbeit leistet und ein Organisationsmodell vorschlägt, das eine aktive Beteiligung aussichtsreich macht.

Was damit gesagt werden soll ist, daß es nicht nur eine Krise der Stadtteilgruppe Dresdenerestr. oder Kohlfurterstr. gibt, sondern daß diese Krise wohl typisch für fast alle Stadtteilgruppen der RHD ist, d.h., daß es sich hierbei um eine objektive Krise des Stadtteilgruppenmodelle handelt, die eine grundlegende Neubestimmung und organisatorische Weiterentwicklung der politischen Arbeit im Reproduktionsbereich notwendig macht.

DEN IDEOLOGISCHEN UND PRAKTISCHEN ÜBERGANG ZU ORGANISATIONSFORMEN MIT MASSENCHARAKTER EINLEITEN !

In unserem letzten Papier zur Diskussion um die Perspektive der Stadtteilgruppe war ein entsprechender Diskussionsvorschlag gemacht worden, der hier seiner Bedeutung wegen noch einmal wiedergegeben werden soll. Im Übrigen ging auch ein Vorschlag ein, bei unserer letzten Kampagne mobilisierten Mieter*innen etwas in diese Richtung:

PERSPEKTIVE DES KAMPFES IM REPRODUKTIONSBEREICH: DIE MASSENORGANISATIONEN

(Erläuterung:

Unter Massenorganisationen werden demokratische Volksorganisationen verstanden, die zwar eine politische Linie entfalten müssen, ein Programm oder eine Plattform, die aber heute praktisch nicht parteipolitisch gebunden sein dürfen, um der breiteste Zusammenschluß derer sein zu können, die sich in einer Frage ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen in ihrem Protest einig sind.)

"... Aus unseren Erfahrungen läßt sich mit Sicherheit sagen, daß es eine revolutionäre Organisation der Mietermassen geben muß. Weitere Organisationen dieser Art werden sich an dem im Stadtteil und Betrieb erfahrenen Widersprüchen und Konflikten bilden: z.B. Massenorganisationen der Jugendlichen und Kinder, Frauen und Mütter...

Die Mieterhöhung im nächsten Jahr, die geplante Einführung des weißen Kreises im darauffolgenden Jahr und die permanente langfristige Bedrohung der Mehrheit der Arbeiterfamilien durch die Sanierung, macht die Entwicklung zu einer organisierten Kraft der Mieter dringend notwendig. Die Propagierung dieses Gedankens muß Teil unserer Mieteragitation in den nächsten zwei Jahren sein, wollen wir erreichen, daß sich bis dahin nicht nur mehr Leute über die Wohnungspolitik des Staates empören, sondern daß es auch zu erfolgreichen Aktionen kommt.

Die Notwendigkeit einer Initiative

Zu hoffen und politisch sogar davon auszugehen, daß sich die Organisation der Massen zu ihrem Schutz gegen Übergriffe von alleine vollzieht, wenn die Widersprüche nur groß genug und die Folgen nur drastisch genug erfahren werden, ist falsch. Die Erfahrung aller Klassenkämpfe haben gezeigt, daß die kleinen Flämmchen der Kämpfe nicht

weiterglühten und untergingen, solange bis sie sich zu einer organisierten Kraft zusammenschlossen und blieben auch dann noch allen möglichen Schwankungen in ihrer Politik unterworfen (s. Gewerkschaften). Es bedarf also einer politischen Initiative auch zur politischen Entfaltung von Massenorganisationen, die von denen wahrgenommen wird, die durch ihre Einsicht und Erfahrung in ihrem Bewußtsein weiter sind als ihre Nachbarn, als die Mehrheit. Initiative zu entfalten ist (naja) die Pflicht der Kommunisten. Wie aber kommt es zu dieser Initiative?

... Eine bestehende sog. Mieterorganisation, der "Allgem. Mieterschutzbund" sind so weit von der Möglichkeit aktiver Teilnahme durch die Mieter selbst und proletarischer Parteinahme entfernt, daß es sinnlos wäre, sie umgestalten zu wollen..."

Es ist klar das wir, die Initiativgruppen, keine Massenorganisation gründen oder aufbauen können. Aber wir können als diejenigen, die in der pol. Arbeit im Reproduktionsbereich einige Erfahrung haben, ein Forum mit Mietern bilden, um die Frage von Initiativen mit der Perspektive einer Mieterorganisation zu diskutieren. Mit welchen Mietern könnten wir sinnvollerweise ein solches Forum bilden? Schon im Zusammenhang mit der geschrumpften Kapazität unserer Mietergruppe hatten wir erkannt, daß wir in Zukunft exemplarisch an einer bestimmten Auswahl von Mietern, also nicht mehr in der ganzen Breite des Stadtteils agitieren müßten. Um eine solche Auswahl herauszufinden waren u.a. folgende Merkmale genannt worden (alternativ):

- * Mieter die einem Sanierungsblock wohnen
- * Mieter die den gleichen Hausbesitzer/Verwalter haben
- * Mieter die viele Kinder haben
- * Mieter die im gleichen Kreuzberger Betrieb arbeiten

Auch für das sich uns heute stellende Problem scheint einiges für das letzte Merkmal zu sprechen:

1. Vor diesen Mietern werden wir gezwungen sein, den Aspekt der individuellen und kollektiven Konsumtion in seinem Zusammenhang zu den Bedingungen der Produktion zu behandeln. Wir würden so vor unserem alten Fehler bewahrt, Kampagnen an individuellen oder kollektiven Teilbedürfnissen anzusetzen, ohne deren gesellschaftliche Bedingtheit zu erklären und ihre gesellschaftliche Bedeutung nach Klassen differenziert einzuschätzen. Eine richtige Bestimmung des Bezugs der Reproduktion der Ware Arbeitskraft auf die Produktionsbedingungen führt uns zu einer politisch richtigen Einordnung der Arbeit im Reproduktionsbereich. Nun hat es bei uns schon oft Apelle gegeben, Aufklärungs- und Aktivierungspolitik an Miet- und Wohnfolgefragen in

Zusammenhang mit der Arbeit sozialistischer Basisgruppen in Betrieben zu stellen. Nur ist es immer bei diesen Willensbekundungen geblieben, das wohl deshalb, weil es eben keinen zwingenden organisatorischen Zusammenhang gab.

2. Der Zusammenhang von Lohn und Miets ist Mietern die Lohnabhängige eines Betriebes sind, aufgrund ihrer materiellen Situation leichter zugänglich zu machen.
3. Die beschlossene Situation in den Betrieben führt nach Feierabend zu einer Flucht in die Privatheit des Heims. In diese Privatheit einzudringen, war bei unserer bisherigen Arbeit schon keine einfache Sache. Sie wird aber noch zunehmend geschlossener, weil eine fortschreitende Inhomogenität der Kreuzberger Bevölkerungsstruktur die Gemeinsamkeiten immer mehr abbaut. Auch die Beschwichtigungstaktik in der neuerdings veränderten Sanierungsweise wird kaum noch derartig krasse Konflikte aufbrechen lassen, daß die Bevölkerung zu kollektivem Widerstand greift.
Wenn wir ein Forum mit Mietern bilden, die im gleichen Betrieb arbeiten, dann haben die von vornherein mehr gemeinsam, als nur im gleichen Stadtteil zu wohnen, es sind Arbeitskollegen!

Darüberhinaus könnten wir eine Unterstützungsfunktion für die Betriebsarbeit ausfüllen, indem wir aufzeigen, daß die Bedrohung im Wohnbereich letztlich dieselben Ursachen hat, wie die Ausbeutung im Betrieb und die Organisierung dort auch die Verschlechterung im Repr. Ber. angreift.

- Um einen Ansatz nach dem letztgenannten Merkmal weiterzuverfolgen, wären unter anderem Untersuchungen der Wohn- und Arbeitsplatzstruktur notwendig. Folgende Daten hierzu lassen sich bereits aus der letzten Volkszählung (1970) herausziehen:

-Zahl der insgesamt im produzierenden Gewerbe Kreuzberge beschäftigten:	46 397
-davon im verarbeitenden Gewerbe	43 475
-davon in der Elektrotechnik	7 134
in 53 Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten, hier liegt auch die höchste durchschnittliche Beschäftigungszahl = 134,6 Beschäftigte/Betrieb, Boase und DeTwe sind davon die beiden größten, DeTwe hat etwa 3500 (Schätzung!)	
-Zahl der Betriebe über 1000 Beschäftigte:	6
<hr/>	
-Zahl der im Prod. Gew. Kreuzbergs beschäftigten, die auch in K. wohnen	16 305
<hr/>	
-Zahl der im Prod. Gew. Kreuzbergs beschäftigten, die in selben der 6 statistischen Gebiete Kreuz- bergs wohnen und arbeiten	7 067

Die Untersuchung der Wohn- und Arbeitsplatzstruktur sollte zum Ziel haben, die Häufigkeit von Wohnungen der Beschäftigten von Kreuzberger Großbetrieben in Sanierungsblocks, aber auch in Neubaublocks herauszufinden.

Aufklärungs- und Aktivierungsarbeit zur Situation der Blocks, in denen die meisten Beschäftigten wohnen, wird dann konzentriert an diesen lohnabhängigen Mietern geleistet, und zwar vor dem Fabriktor und im Wohnblock. Evtl. könnte zur Information und Koordinierung ein Laden am Weg zum Arbeitsplatz eingerichtet werden.

Kontinuierlich wird dort informiert z.B. über:

- a) den Wohnbereich (Mieterhöhung, Sanierung etc.)
- b) den Wohnfolgebereich (Situation der Kinder, Jugendlichen...)
- c) die Entwicklung des Betriebsstandortes im Stadtteil und deren Folgen

am Beispiel DETEWE:

DETEWE hat von der Post einen Großauftrag zur Entwicklung des neuen Telefon-Systems. In den nächsten 5-8 Jahren führt das zu einer erheblichen Aufstockung der Entwicklungs- und Verwaltungsabteilung. Offen und verdeckt bemüht sich DETEWE deshalb um Erwerb von Grundstücken im Gebiet Köpenicker-Eisenbahn-Zeughof-Wanteuffelstraße. In Folge dieser Entwicklung werden Ingenieure und Verwaltungsangestellte nach K. strömen, also solche potentiellen Mieter, die nach den Sanierungsplänen die "Sozialstruktur verbessern" und eben auch die Neubaumieten bezahlen können. Die Zahl der Beschäftigten in der Produktion hingegen soll im selben Zeitraum über Rationalisierung um 1/3 verringert werden.

Bei dieser kontinuierlichen Aufklärungs- und Aktivierungsarbeit, deren Stand natürlich auch zur Solidarisierung im Stadtteil vermittelt werden muß, werden wir unsere bisherigen Erfahrungen nutzen müssen. Mittelfristig muß über dieses konkrete Angebot mit den dabei geknüpften Kontakten ein Forum oder Kerne gebildet werden, die Kampf- und Organisationsperspektiven zukünftiger autonomer Massenorganisationen entwickeln. Dabei werden wir von den Kollegen zu lernen haben.

p.s.: Wer es noch nicht gemerkt hat: Dies ist ein Diskussionsvorschlag!

Hausbegehung im Sanierungsgebiet

Vorbereitung durch Flugblatt: Forderung nach Modernisierung gut erhaltener Häuser, politische (Hausbesetzung) und finanziell-technische Möglichkeiten (Aufstellung der Modernisierungsmaßnahmen, Kostenrechnung) der Durchsetzung dieser Forderung.

Das Flugblatt ist abgestellt auf Häuser, die noch gut instand sind und in der ausschließlich oder überwiegend deutsche Mieter wohnen ~~woher es sich nicht ablesen lässt~~

Ziel der Hausbegehung

1. Interesse der Bewohner an Sanierung feststellen, das sich evtl. auch aus der Reaktion auf das Flugblatt ablesen läßt.
2. Informationen sammeln (s. unten den Fragenkatalog)
3. kontinuierlichen, auch persönlichen Kontakt vorbereiten: Ankündigen, daß man häufiger kommen wird, wo man zu erreichen ist etc.
4. In Gesprächen, soweit noch nicht bekannt, Informationen über Stand der Sanierung geben (s. unten). Dazu gehören auch Berichte über Widerstandsformen, deren Ablauf und Ergebnis.
5. Bereitschaft zu solidarischem Widerstand gegen die Vertreibung in die Randgebiete erfragen. Dabei auch aktive Beteiligung an Förderung der Kampfbereitschaft: Information über Zusammenhang von rechtlichen und politischen Verteidigungsformen, der Bedeutung der Mietersolidarität, der Möglichkeiten von Organisation je nach dem Stand der Widerstandsbereitschaft (Mieter eines Hauses oder eines Blockes, Kontaktaufnahme zu Stadtteilgruppe und/oder eigene Mieterorganisation in Mieterräte, Mieterversammlungen etc.)
6. Mieter herausfinden, die bereit und in der Lage sind, den "Stadtteilgruppen-Delegierten" für das Haus überflüssig zu machen, weil sie selbst die Information und Agitation übernehmen und den Kontakt zu anderen Häusern entweder über die Stadtteilgruppe (Mietberatung, später vielleicht Mieterrats-Versammlungen) oder auch direkt.
7. Möglichkeiten diskutieren, die Beschränkung auf die Sanierungsproblematik und das Sanierungsgebiet zu überwinden. Ansatzpunkte: Mieterhöhung-Preissteigerung-Inflation; Vertreibung in die Randgebiete-Verschlechterung der Situation am Arbeitsplatz; Verantwortung des SPD-Senats für Sanierung-Kampf gegen Staatsapparat und Reformismus, der auf Kosten der Arbeiter geht.

Fragenkatalog

Name, Straße, Nr., Stock, Größe der Wohnung, Anzahl der Bewohner, Hauseigentümer, Hausverwaltung, Sanierungsträger
Ausstattung, Mietpreis, Mieterhöhungen, Reparaturen
Konflikte mit Vermieter, Solidarität unter Mietern
Freimachungsbenachrichtigung, Aufhebung des Mietverhältnisses, Angebot von Ersatzwohnraum, Beratung durch Sanierungsträger

Welche Vorstellungen bestehen in bezug auf Sanierung (Informationsstand, Illusion, die eigene Wohnsituation durch Sanierung zu verbessern, Wunsch, in Kreuzberg zu bleiben, Renovierungsmöglichkeit)

Soziale Situation: Berufstätigkeit, Arbeitsplatz, Kindergarten/Schule, Gesundheit, Einkaufsmöglichkeit, staatliche Unterstützung
Kontakt zu Nachbarn/Ausländern, Bekannte in Stadtrandgebieten, wie lange schon in Kreuzberg

Wie, glauben Sie, können Sie Ihre Wünsche und Vorstellungen durchsetzen?

Informationen über Stand der Sanierung

Konkret: Freimachungsprogramme für das Haus, Modernisierungsfähigkeit, Umsetzungsmöglichkeiten, geplante Nutzung nach Abriss

Allgemein:

1. Stand der Sanierung:

Verzögerung: Nicht genug Ersatzwohnraum, nicht genug Geld, "Kahlschlagsanierung" Gefahr für soziales Image der SPD, ausserdem nicht in kurzer Zeit durchführbar, Vergrößerung der Obdachlosenasylo noch nicht begonnen

Neuester Stand: Statt Kahlschlag- Blocksanierung, damit vorhandenes Geld schnell angelegt werden kann. Größere Möglichkeiten, Renovierung durchzusetzen (statt Abriß und Neubau)

2. Sanierungsziel:

Ausbau Kreuzbergs als Geschäftszentrum wegen seiner günstigen Lage (Citynähe, U-Bahnen, geplante Autobahnen). Kerngebiet: Kottbusser Tor, Kottbusser Str.

Gewerbe: entlang den geplanten Autobahnen.

Sonst: größtenteils Wohnungen, aber freifinanziert oder "sozialer" Wohnungsbau (hauptsächlich 2-Zimmer, s. NKZ)

Bebauung eines Teils des Bäcklerparks

Künstler nach Bethanien, Boutiquenviertel am Mariannenplatz

Verringerung der Wohnungen um ca. 50 %; Verteuerung der übrig gebliebenen Wohnungen (Soz. Wohnungsbau: 4,30 DM pro qm), "bessere Leute" in die größeren und teureren Wohnungen, Arbeiter, vor allem Familien, und Rentner in die Neubaugebiete am Stadtrand oder ins Obdachlosenasylo (geplanter Ausbau des Legiendamm 30 zu "Sozialem Zentrum").

3. Ablauf: Erklärung zum Sanierungsgebiet = Verslumung (die Hausbesitzer tun gar nichts mehr), Ghettoisierung (Türken, die sich nicht auskennen und mit Wuchermieten ausgenommen werden können)

Ausspielen von Türken gegen Deutsche, um bei Deutschen "Bereitschaft" zum Ausziehen zu fördern.

Wohnungen bleiben leer stehen: weitere Verwahrlosung des Hauses, noch größere Wohnprobleme in Berlin (100.000 Wohnungssuchende)

Soziale Einrichtungen (Bethanien-Krankenhaus, Schulen etc.) werden geschlossen: Mieter im Sanierungsgebiet werden "ausgehungert"

Diffamierung von Mietern, die sich zur Wehr setzen, Betrug der Mieter, die an die Sanierung glauben.

Direkte Angriffe gegen Mieter, die sich wehren: Schlägerbanden im NKZ, Verleumdungs- und Schadensersatzklagen gegen Mieter in Forsterstr. 8 (Wuchermieten, Verwahrlosung)

Mieteraktionen gegen Sanierung auf ihre Kosten:

1. Kampf um Bethanien (z.T. erfolgreich, s. Rauchhaus, Kindergruppen, jetzt: Kinderpoliklinik)

2. Manteuffel/Wrangelstr.: Erfolgreich, Mieter bekamen Neubauwohnungen gegenüber

3. Beusselstr.: Mieter sind heute noch drin, niemand redet mehr von Abriß

4. NKZ: Vertreiben auf SPD (Jusos) schlecht belohnt: Vertreibung der alten Mieter, nur zugeständnis von Schmidt; 90 % Sozialwohnungen zu bauen

5. Segitzdamm: Gut erhaltene Häuser sollen jetzt modernisiert werden (drohende Hausbesetzung)

6. Kohlfurter 39, Luckauer 6, Forsterstr. 8, Grimmstr. 30: Kampf gegen überhöhte Mieten und Herabwirtschaftung

Daraus folgt: Es gibt Möglichkeiten, erfolgreich zu kämpfen gegen

a) Herabwirtschaftung der Häuser (öffentliche Arbeit, selbst reparieren und auf die Miete anrechnen, Mietminderung)

b) Zerstörung gut erhaltener Wohnungen: Modernisierungsforderung an Senat, Verweigerung der Mitarbeit an allen Sanierungsvorbereitungen, gemeinsame Auszugsweigerung (nur z.T. juristisch gesichert durch "Recht auf angemessenen Ersatzwohnraum"), Selbstschutz gegen Schlägertrupps, Kontakte zwischen Türken u. Deutschen, Besetzung leerstehender Wohnungen/Häuser

c) gegen Vertreibung in die Randgebiete

Sich schriftliche Zusagen auf gute Ersatzwohnungen in Kreuzberg geben lassen (wenn sich die SPD-Bürokratie mit ihrer sozialen Ader - Sozialplan - brüstet), Auszugsweigerung aller Mieter, bis ihnen allen gute Wohnungen dort zugewiesen sind, wo sie auch hinwollen (teilweise: Recht auf angemessenen Ersatzwohnraum)

Mieterberatung jeden Do, 17-19 h, Laden Kohlfurter Str. 2:
nicht nur konkrete Unterstützung bei Geltendmachung von Rechten etc., sondern auch Sammelstelle für Informationen aus Sanierungsgebiet, vorläufige Koordinierungsstelle für erstmalig getrennt verlaufende Mieterkämpfe.

Welche Möglichkeiten haben wir, die Zerstörung noch gut bewohnbarer Häuser zu verhindern?

Sinn! nicht!

2

Nach Berechnungen von Architekten der TU betragen die Renovierungskosten in einem noch gut erhaltenen Altbau nur 85 % der Abrißkosten. Renovierung heißt dabei: Einbau von Zentralheizung, Installation von Bad und Inntoilette und Müllschluckern. ~~Der~~ Forderung, gute und billige Wohnungen zu renovieren, stehen deswegen keinerlei technische und finanzielle Schwierigkeiten entgegen.

Es gilt, diese einfachen Tatsachen mit den Mitbewohnern im Haus zu besprechen. Gemeinsam teilen die Hausbewohner dem Senat mit, daß sie die Renovierung des Hauses fordern und auf jeden Fall drin bleiben werden. Der Senatist der richtige Adressat, denn er kann an Stelle des Abbruchs die Renovierung und Modernisierung anordnen, und die Sanierungsträger müssen diesen Anordnungen Folge leisten. Der Senat sollte sich sogar darüber freuen, denn mit der Renovierung spart er 15 % der Abrißkosten.

Da die Mieter sowieso nicht die Absicht haben auszuziehen, besteht für sie kein Anlaß, am Sozialplan mitzuwirken, der im Grunde ihre eigene Vertreibung vorbereitet. ~~In dieser Weise~~

In dieser Weise sind die Mieter in der Winterfeldtstraße in Schöneberg im Mai 73 gegen den Spekulanten Klingbeil mit dem Erfolg vorgegangen, daß es gar nicht erst zu einer Räumung kam.

^(auch) Aber wenn eine Kündigung ins Haus kommt, bedeutet das nichts, denn Kündigungen sind in Berlin nach dem Mieterschutzgesetz unzulässig. Erst eine Mietaufhebung durch das Bezirksamt hat Rechtgültigkeit, aber nur dann, wenn

- a) das Wohnhaus nach dem Bebauungsplan "alsbald" abgerissen werden soll,
- b) bis zur Räumung eine Frist von 6 Monaten eingehalten und "angemessener Ersatzwohnraum zur Verfügung gestellt worden ist."

Gegen bestellte Schlägertrupps wie im NKZ, die die Mieter tyrannisieren und vertreiben sollen, muß man eine wirkungsvolle Selbstverteidigung einrichten.

In Berlin suchen etwa 100000 Menschen eine Wohnung. Deshalb dürfen Wohnungen in gut bewohnbaren Häusern nicht leer stehen. In einem halb leer stehenden Haus kann auf die übrig gebliebenen Mieter auch leichter Druck ausgeübt werden. Deshalb müssen die leerstehenden Wohnungen bezogen werden. Wer keine Wohnungssuchenden kennt, soll sich an die Stadtteilgruppen wenden.

Nach einer Renovierung ist gesetzlich eine Mieterhöhung zulässig. Sie darf im Jahr nicht mehr als 10 % der Renovierungskosten betragen, die anteilig auf die Mieter umgelegt werden. Der Vermieter muß den Mietern die Renovierungskosten angeben, die Mieterhöhungsbeträge genau berechnen und die Berechnung erläutern.

Welche Möglichkeiten haben wir, um unsere Vertreibung in die Randgebiete zu verhindern?

Einige Häuser sind allerdings so heruntergekommen, daß es sich nicht mehr lohnt, sie zu renovieren. Die Mieter dieser Häuser fordern, daß sie weiterhin in Kreuzberg oder in der Innenstadt wohnen bleiben und dort gleichwertige, gute und billige Wohnungen erhalten.

Um dieses Ziel zu erreichen, kann man die wenigen Zugeständnisse, die den Mietern im Sozialplan gemacht werden, ausnutzen, indem man versucht, die Sanierungsstellen im Bezirksamt in zwei Punkten festzunageln:

- a) Wenn ein für die Sanierung zuständiger Beamter schriftlich eine bindende, ausdrückliche Zusage gegeben hat,
- b) wenn sich die Sanierungsstellen nach dem Prinzip der Gleichbehandlung selbst gebunden haben, dadurch daß sie in gleichgelagerten Fällen den Sozialplan wie virgesehen verwirklicht haben.

Jeder Sanierungsmieter hat das Recht, im Bezirksamt den Sozialplan einzusehen. Sind im Sozialplan Zusagen über den Ersatzwohnraum, Entschädigungen usw. gemacht, so müssen die Mieter verlangen, daß sie eingehalten werden. Mieter, bei denen Zusagen bereits erfüllt worden sind, sollten das sofort im Haus weiter erzählen und die Stadtteilgruppen davon informieren, damit sich andere Mieter auf den Präzedenzfall berufen können.

Bis die Forderungen aller Mieter erfüllt sind, weigern sie sich gemeinsam, aus den alten Wohnungen auszuziehen. Lieber ein paar Monate länger in einer Bruchbude leben als jahrelang im Märkischen Viertel oder im Obdachlosenasyll !

Diese gemeinsame Auszugsverweigerung kann sich juristisch darauf berufen, daß eine Mietaufhebung nur dann zulässig ist, wenn "angemessener Ersatzwohnraum" zur Verfügung steht. Was "angemessen" ist, bestimmen allerdings die Gerichte und nicht die Mieter selber. Bislang ist folgendes entschieden: Eheleute können Wohn-, Schlafzimmer, Küche und WC beanspruchen, für Kinder verschiedenen Geschlechts bis zu acht Jahren und Kinder gleichen Geschlecht bis zu 18 Jahren kann ein zusätzlicher Raum beansprucht werden. Die Wohnung muß in einer vertretbaren Entfernung zum Arbeitsplatz liegen. Kranke können eine ruhige Wohnung, Gehbehinderte eine Parterrewohnung beanspruchen. Zumutbar ist eine Miete bis zu 20 % des Nettoeinkommens. Wer unter 1000 DM im Monat verdient, dem werden die Mieten im sozialen Wohnungsbau zugemutet.

Diese Beispiele zeigen, daß das "Recht auf angemessenen Ersatzwohnraum" nicht den Bedürfnissen der Mieter entspricht. Aber die Wohnungsbaugesellschaften ziehen es vor, statt menschengerechten Wohnungen profitbringende Frankbauten zu bauen, wie z.B. den Steglitzer Kreisel, das Kongreßzentrum und das Ku-Damm Karee.

Einige praktische Hinweise

I. Wer in eine Ersatzwohnung umgezogen ist, soll aufpassen, daß er kein Geld an den Senat verschenkt:

- a) Recht auf Entschädigung für Umzugskosten und Einbauten, die der Mieter nicht mitnehmen konnte.
- b) Härteausgleich, wenn die neue Miete sehr viel höher ist als die alte (ein Rechtsanspruch besteht jedoch nicht).
- c) Wohngeld. Es umfaßt nicht die Differenz zwischen der alten und der neuen Miete. Die Höhe des Wohngeldes wird vielmehr in jedem Einzelfall berechnet nach Tabellen, die sich im Anhang zum Wohngeldgesetz finden (nachzulesen z.B. in den Taschenbüchern "Mietgesetze" von Goldmann oder dtv). Sie hängt ab von der Familiengröße, von dem Familieneinkommen (= jährliches Gesamteinkommen der Familie geteilt durch 12 minus ca. 20 %) und den Wohnkosten (= Miete plus Nebenkosten außer Heizungskosten, Untermiets-, Möbel- und Gewerbezuschlägen).

Sowohl beim Familieneinkommen wie bei den Wohnkosten gibt es Höchstgrenzen. Übersteigt das Familieneinkommen die Höchstgrenze, hat man keinen Anspruch auf Wohngeld. Übersteigen die Wohn-

Was können wir weiter tun ?

Die Beispiele zeigen, daß wir uns gegen die unmenschliche Sanierungspolitik der Wohnungsunternehmen, Hausbesitzer und des Senats wehren können. Bisher haben sich die Kreuzberger immer dann erst zur Wehr gesetzt, als ihre Vertreibung aus den Wohnungen unmittelbar bevorstand. Aber es ist notwendig, schon vorher zu verhindern, daß Häuser vorsätzlich herabgewirtschaftet werden, bis sie abrispfeif sind.

Welche Möglichkeiten haben wir, die Herabgewirtschaftung der Häuser zu verhindern ?

Daß Hausbesitzer ihre Häuser verkommen lassen, erfahren alle Mieter. Im Sanierungsgebiet besteht aber die Besonderheit, daß die Herabgewirtschaftung der Häuser ein ausgesprochenes Ziel der Hausbesitzer ist und von den Behörden geduldet und per Gesetz gefördert wird. Deshalb haben hier Protestbriefe an den Hausbesitzer und Beschwerden beim Bau- oder Wohnungsaufsichtsamt noch weniger Aussicht auf Erfolg als sonst.

Die Mieter müssen die Sache selbst in die Hand nehmen, indem sie gemeinsam eine Liste über die Mängel, die im Haus vorhanden sind, zusammenstellen. Diese Liste schicken sie dem Hausbesitzer zu mit der Aufforderung, innerhalb von 14 Tagen diese Mängel zu beseitigen. Wenn er das innerhalb dieser Frist nicht getan hat, führen die Mieter oder von ihnen bestellte Handwerker selbst die Reparaturen aus. Die Rechnung schicken sie dem Hauseigentümer zu, ziehen sie von der Miete ab (vorher ankündigen!). Dies gilt für sämtliche Reparaturen außer Schönheitsreparaturen.

Solange die Mängel nicht beseitigt sind und dadurch die Wohnung nicht voll benutzt werden kann (z.B. weil der Ofen nicht heizt oder weil es durchregnet), darf der Mieter die Miete entsprechend mindern.

Herabgewirtschaftete Häuser sind aber kein Einzelfall. Die Nachbarn stecken meist in derselben Situation, nur trauen sie sich noch nicht zu wehren. Deshalb müssen sie in Gesprächen, über Transparente an den Fenstern und mit Flugblättern über alles informiert werden. Das hat auch den Zweck, den Hausbesitzer und das Bezirksamt unter Druck zu setzen. Außerdem können sich die Mieter überlegen, wie sie die Verantwortlichen persönlich zur Rechenschaft ziehen können, auch ohne die Gerichte einschalten zu müssen.

- 50% der Bevölkerung im Sanierungsgebiet sind Ausländer
80% davon sind Türken. Das Gebiet in dem wir arbeiten ist
also nicht nur Sanierungsgebiet, sondern auch Türkenghetto
- auf dem Rücken der Ausländer macht der Senat den Deutschen
gegenüber eine Befriedungspolitik. Das zeigt sich z.B. darin,
daß die Ausländer von einem Sanierungshaus ins andere geschoben
werden, während immer mehr Deutsche im Gebiet eine Neu-
bauwohnung kriegen
- es ist anzunehmen, daß die heute in Kreuzberg lebenden und
noch zuziehenden Ausländer im Zuge der Sanierung auf immer
engerem Raum zusammengeballt werden, die Ghettobildung sich
verschärft und die Sanierung immer mehr blockiert
- in hohem Maße abhängig sein wird diese Entwicklung sein davon:
a) inwieweit diese Minderheiten eine soziokulturelle Identität
und Klassenbewußtsein mit ihrer Situation im Ghetto verbinden
b) die Linke diese Konfliktfeld als ihr Arbeitsfeld erkennt
- die Türken sind in einer latent schizophrenen Situation
(Anpassungsdruck um "aufzusteigen" ↔ kulturelle Identität
mit den Landsleuten) z.B.: um eine bessere Wohnung zu kriegen
muß man da wohnen, wo die Deutschen wohnen.
Um ein weiteres Auseinanderdividieren der beiden Bewußtseins-
lagen (auf das der Senat kalkuliert) in ein sich entwickelndes
Klassenbewußtsein zu wandeln, muß u.a. ein Gegengewicht
gegen den Raub der kulturellen Identität geschaffen werden
- die Stadtteilgruppen neigen der Ausländerarbeit gegenüber
zur Kapitulation vor einem riesigen Problem. Wir glaubten
immer, die Türken genau so ansprechen zu können, wie alle
andern. Im Endeffekt liess man sie dann links liegen. Objektiv
sind aber nicht alle Forderungen der Türken im gleichen Maß
die der Deutschen oder werden zumindest nicht als solche
empfunden. Die politische Arbeit kann in dieser Situation
nicht von einer fiktiven Einheit ausgehen. Das bedeutet, daß
Polarisierung gegenüber einem Teil der Deutschen unvermeidlich
ist. Es bedeutet aber auch, daß intensiv über die gemeinsame
Grundlage aller Lohnarbeiter agitiert werden muß, um
Polarisierung nicht zur Isolation und damit zur Verschärfung
der Spaltung werden zu lassen.
- Um eine Perspektive in der Ausländerarbeit entwickeln zu
können, müssen wir erstmal Kontakte schaffen und Unter-
suchungsarbeit leisten. Um das einzuleiten, könnten wir jetzt
im Frühjahr wegen der Sprachbarrieren baldnerische Aktions-
formen initiieren - also z.B. sinnlich konkrete Aktionen, in
denen an den riesigen kahlen Giebelwänden in den Straßen
Tandbemalungen durch Ausländergruppen kollektiv entstehen.
Das wichtigste Ziel dabei ist, die Ausbildung einer Identität
mit der eigenen Geschichte der politischen Minderheiten zu
unterstützen, weil das die Voraussetzung für pol. Handlungsfähigkeit
ist. Der Prozess der öffentlichen Bemalung könnte
als zusätzliches Mittel der Identifikation wichtig werden,
wenn sich dort der Protest gegenüber den herrschenden Zuständen
vermittelt ausdrückt, im Umweg über Zitate aus der eigenen
Geschichte und über projizierte Wunschbilder.
Die den Häusern hinzugefügten Bemalungen richten sich dem
Wesen nach gegen die mit dieser Umwelt aufgebauten Verhältnisse,
insbesondere wenn sie typische Probleme der Ghetto-
bewohner aufgreifen
- Um etwas zu initiieren, müssen wir in bestehende Organisations-
strukturen der Türken reingehen, z.B. Jugendgruppen in JFH's

VOLLSTÄNDIGER SKIZZENTWURF

FRAGENBOGEN

Daten: Straße Nr. Stock
Name
Größe der Wohnung Anzahl der Bewohner
Hauseigentümer
Hausverwaltung
Mietpreis
Mieterhöhung zum 1. Januar 1973
Reparaturen
Kündigungen
Gibt es leere Wohnungen?
Prozesse: Hat jemand im Haus Prozesse geführt?
Freimachungsbenachrichtigung, wann und von wem
Neue Wohnung schon vorhanden?
Sind Wohnungen angeboten worden?
Wurde ein Antrag auf Ersatzwohnung gestellt?

Wünsche und Vorstellungen:

Größe der Wohnung Lage
Altbau/Neubau Miethöhe
Ausstattung
Wollen Sie in der Wohnung bleiben (Läßt sich was renovieren?)? Warum nicht?
Was stört sie am meisten?
Vorbehalte gegenüber Neubau

Familiensituation:

Wieviel Personen? Alter
Berufstätigkeit (arbeitet die Frau mit?)
Wieviel Zeit bis zur Arbeitstelle
Wieviel Zeit zur Schule
Kindergarten/Spielplatz
Gesundheit
Einkaufsmöglichkeit
Staatliche oder karitative Unterstützung

Nachbarn und Bekannte:

Wieviel Mietparteien

Wieviel Ausländer

Wissen Sie, ob die anderen schon neue Wohnungen haben?

Haben die anderen auch eine Kündigung bekommen?

Wird das Haus sauber gehalten?

Haben Sie Bekannte in Neubauvierteln?

Seit wann wohnen Sie im Haus, seit wann die anderen?

Durchsetzung der Wünsche:

Wie, glauben Sie, können Sie ihre Wünsche (s.o.) im Rahmen der Sanierung durchsetzen?

Gegeninformation (negativ)

Was kann man machen, wenn auf diese Wünsche nicht eingegangen wird?

Gegeninformation, Beispiele (positive Aktionen, Mietminderung, Mietverweigerung)

Kreuzberg gehört uns
oder
NEHMEN WIR UNS KREUZBERG

1. Wie sind wir zu unserer "Linie" gekommen?

Fast alle von uns sind zu einer Zeit politisiert worden, als es Ende der 60er Jahre mit dem "Wirtschaftswunder" zu Ende ging. Markante Punkte waren die Notstandskampagne, die Vietnamkampagne die prügelnden Bullen auf den Straßen und Universitäten. In diesen Massenaktionen zeigte sich der Kapitalismus wieder in unver-schleierte brutaler Form. Andererseits zeigte sich aber die Un-möglichkeit der traditionellen kommunistischen Partei (DKP/SEW), solche Kämpfe vorwärts zu treiben. Vielmehr mußten solche Massen-aktionen auch oft gegen Abwiegerei und Bürokratismus von DKP/SEW erkämpft werden. Die Ursachen liegen u.a. darin, daß DKP/SEW von der friedlichen Koexistenz ausgeht, von dem friedlichen Über-gang von Kapitalismus zum Sozialismus, von der Revolution als reine Machtfrage und nicht als inhaltliche Frage.

In dieser Hinsicht haben wir alle, ziemlich vage, ein antirevi-sionistisches Selbstverständnis und haben in verschiedensten Gruppen vorher Praxis gemacht. Gruppen wie KPD/NL oder KPD/AO unterscheiden sich zwar in der Linie wesentlich von der SEW, je-doch aufgrund derer elitärer und hierarchischer Parteistruktur als auch deren dogmatischem Parteaufbauverständnis, werden sie von uns abgelehnt.

Genauso unklar, wie wir zum "Antirevisionismus" gekommen sind, sind wir in den Stadtteil und in den Laden gekommen. Kreuzberg deshalb, weil es ein ausgesprochenes Arbeiterviertel ist, weil, es miserable Wohnungsverhältnisse hat sowie schlechte Kranken-versorgung als auch Erziehungsverhältnisse. Kreuzberg also, weil es ein homogenes Gebiet ist, wo die kapitalistischen Widersprüche besonders kraß zutage treten. Kreuzberg auch deshalb, weil einige im Jugendzentrum/Rauch-Haus dabei waren und in der Betha-nien Kindergruppe.

Die Wahl dieses Ladens erfolgte aus zufälliger Überlegung. Warum arbeiten wir gerade in diesem Kerngebiet Kreuzbers und haben den Laden nicht in der Nähe von DeTeWe gemacht? Warum liegt der Laden mittendrin in einem Gebiet, von dem Frau M. sagt, hier wäre der Altenanteil am größten in Kreuzberg, die jüngeren würden mehr am Kottbusser Tor wohnen.

Wir haben uns jedenfalls fast alle nach und nach in K. nieder-gelassen und auf die Kampfgelegenheit gewartet!

Die anfängliche Linie in der Mietkampagne entstand aus allen vorher genannten Tatsachen und läßt sich so fassen:

- es ist falsch, eine allgemeine Mietkampagne in dem Stadtteil zu führen mit dem Ziel, eine Mieterhöhung allgemein zu verhindern, da wir dazu keine Druckmittel in der Hand haben.

- Wir wollen mit einer kontinuierlichen längerfristigen Unter-suchungsarbeit beginnen, um die wirklichen Bedürfnisse der Be-völkerung, die Konflikte und die Kämpfer herauszufinden.

(Mietgruppe Okt.72).

2. Kurzer Einschub: wie eine Kampagne auftrachte und wieder ver-schwand

Kurz bevor die Mietkampagne über uns hereinbrach, wollten wir eine Kampagne gegen Wiese machen. Der Inhalt sollte sein: Kein Kampf gegen einen einzelnen mittelständischen Hausbesitzer,

SPURHEITAT
REV. SNEJCKT
DAMPFBRÜHE

FRAGEN -
SANTERUNG

SUCHE NACH
ANSAZGEN

REFORMISMUS

sondern gegen Monopolbesitzer wie Senat. Die Kampagne sollte zwar Reparaturen und Mietminderung auf breiter Basis als konkrete Sache beinhalten, aber auch politisch ausgerichtet sein gegen den Senat, der die Häuser für Sanierung und Spekulation kauft und nicht dafür, das das Wohnungsproblem zu lösen. Politisch auch deshalb, weil massenhafte Reparaturanträge an den gleichen Besitzer das Gefühl einer kollektiven Solidarität gegen einen gleichen Gegner erzeugt.

Die Wiese Kampagne ist von der Mieterkampagne überrollt worden! Wran lag es? Es genügte, daß irgendwer einmal in einer Sitzung sagte, die Wiese Häuser seien garnicht die schlechtesten in Kreuzberg, und schon war es Schluß mit der Kampagne! Das kam auch daher, daß die Gruppe mangels Untersuchung und politischer Linie wie ein Schilfrohr in Windrichtung wankte.

3. Die Parolen der Mieterhöhungskampagne

Der obige Mangel wirkte sich während der Kampagne auch auf die Forderungen aus: Anfangs nennen wir Reparatur und Hausbesetzung in einem Atemzug(1. Flugblatt), mittendrin fahren wir voll auf die Verweigerung der 15% ab (Flugblatt des Mieterausschusses), gegen Ende rückt die Mietminderung und Reparatur wi in den Vordergrund (Oranienstr.). Wir glauben die Leute, die die Kampagne verfolgt haben und interessiert waren, haben wir echt verwirrt, weil wir nicht kontinuierlich die Zusammenhänge des Unterschiedes von politischen und legalem Kampf deutlich gemacht haben.

Zum ersten Mal geschah dies ausführlich auf der Mieterversammlung Oranienstraße:

"Der Hausbesitzer ist in jedem Fall - egal, ob man Miete bezahlt oder nicht - verpflichtet, Schäden, die die Bewohnbarkeit beeinflussen, zu beheben. Man kann also die Schäden im Haus und die 15% Mieterhöhung nicht unter einen Hut bringen! Die 15% sind vielleicht ein Anlaß mehr, für die Leute, zumindest das ihnen gesetzlich zustehende zu fordern. Auch in der Agitation sind sie mit den Schäden in Zusammenhang zu bringen.

Aber im praktischen Kampf sind das zwei verschiedene paar Schuh: der Kampf gegen die schlimmsten Schäden ist legal und kann deshalb nur in inem beschränkten Rahmen geführt werden!

Der Kampf gegen die Mieterhöhung ist illegal, er geht gegen entscheidende, das Privateigentum an Grund und Boden erhaltende, Gesetze. (Protokoll der Mieterversammlung).

4. Wie kommen wir dazu, eine Linie zu entwickeln, die in konkreter Situation umsetzbar ist, und uns befähigt, politische Inhalte einer Kampagne vorher zu nennen?

"Für uns sind Organisationsformen immer Instrumente einer politischen Linie und ihre Gültigkeit mißt sich an den Aufgaben, die von Mal zu Mal aus der politischen Situation bestimmt werden müssen" (Lotta C. Nehmen wir uns die Stadt)

Allein aus der Praxis entwickeln wir weder Linie noch Organisationsform. Diese Tatsache haben wir konkret erfahren, weil der Inhalt unserer Arbeit bisher in der Hauptsache durch sinnliche Wahrnehmung der Wohnungsmisere geprägt ist. Und das haben wir auch daran gemerkt, daß der Ort unserer Arbeit bisher mehr geographisch festgelegt war als politisch.

Das heißt also, wir müssen uns in einigen Grundfragen einig sein, und zwar so, daß jeder Klarheit darin hat, und es nicht nur veruchwommene Begriffe sind. Die Grundfragen sind nicht aus der Tasche gezaubert, sie sind notwendig für den Charakter der Organisation, für jede Diskussion, für Flugblätter. Erarbeiten wir uns also, was hinter folgenden drei Punkten steckt:

1. davon aus, daß Wohnungselend, wie alle anderen sozialen Probleme, im Kapitalismus nicht abschaffbar ist.
2. von der Notwendigkeit der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft aus.
3. Wir gehen davon aus, daß notwendige Bedingung für eine Revolution eine einheitliche Organisation ist, die in allen gesellschaftlichen Bereich kämpft (Betriebe als der entscheidende Bereich, Schule, Wohnung, Krankenhaus, Ämter etc.).
5. Der Untersuchungsbericht Adalbertstraße und die politischen Fragen, die sich daraus entwickeln

Einige Genossen meinten, als sie den Untersuchungsbericht gehört hatten, der Inhalt sei so allgemein, daß ihn jede Gruppe unter-schreiben könne. Wir hätten auch nur die gemachten Erfahrungen aufgeschrieben und keine politischen Schlußfolgerungen für weitere Arbeit gebracht.

Dazu sagen wir:

Wir haben nicht mehr echte Erfahrungen gemacht als im Bericht stehen. Wenn alle Gruppen zu den wesentlichen gleichen Aussagen kommen, ist unsere Untersuchung ein Stück vorwärts geschritten. Natürlich hätten wir auch mehr detaillierte Geschichten auf-schreiben können, aber das bringt nichts. Wir waren auch außer-stande, nur aus den Erfahrungen politische Schlußfolgerungen zu ziehen. Um den toten Punkt zu überwinden, war eine Diskussion not-wendig, die nicht nur von der Kampagnenpraxis ausging, sondern von grundsätzlichen Fragen wie vorher genannt. Dennoch lassen sich aus der Kampagne auch einige Punkte ableiten, die wir klären müssen:

- Wir haben eine konkrete Erfahrung mit dem Reformismus gemacht, als z.B. die Jusen auf der MV abgewiegelt haben, oder wenn in ihrem Flugblatt steht, bloß "denen da oben mal Dampf zu machen".
- Wir haben die konkrete Erfahrung gemacht der Vermischung von politischen und legalen Kampf. Wir haben tatsächlich in den Hausbesuchen nicht den Unterschied klargestellt und waren deshalb schwammig in unserer Argumentation.
- Wir haben die konkrete Erfahrung gemacht, daß es eine Illusion ist, von einer automatischen "Selbstorganisation" der Mieter auszugehen. Vielmehr haben wir eine Menge Initiativen entwickelt, um einige Kontakte etc. zu erreichen. Wir sind nicht in einem Stadium, wo eine flammende Rede genügt um eine Bewegung auszulösen. Die Kluft bei den Mietern besteht meistens noch zwischen Sprechen und Handeln.
- 1 Wir haben die konkrete Erfahrung gemacht der Notwendigkeit politischer Auseinandersetzung in einer Aktionseinheit mit anderen Gruppen. Es genügt nicht, der KPD nur die Zunge raus-zustrecken.
- Wir haben die konkrete Erfahrung gemacht der Notwendigkeit einer stabilen Gruppe, die nicht nur an die Höhen und Tiefen einer Kampagne orientiert ist. Das haben wir konkret bei den Hausbesuchen erfahren, deren Problematik einerseits in der unterschiedlichen Klassenlage von uns und den Mietern zu suchen

ist, die aber auch darin lag, daß wir nicht viel mehr über uns sagen konnten, als daß wir uns im Laden treffen.
Wir haben die Langfristigkeit des Sanierungsproblems erfahren. Das hat sich geäußert in der Resignation der alten Leute, in der Altersstruktur allgemein, in der Übergangswohnung- Auffassung vor allem junger Arbeiter.
Genügt unsere Parole: Nicht teure Mieten für alte Wohnungen, sondern billige Mieten für neue Wohnungen. Was sagen wir gegen Kündigungspraktiken, gegen Umsiedlung etc.? Ziehen wir die Neubauten in unsere Arbeit mit ein !

In der Diskussion über die Weiterarbeit sind wir dahin gekommen, daß es nicht gut war, nach Ende der Kampagne einfach von der Bildfläche verschwinden zu sein. Wir dürfen jetzt nicht so verfahren, erst, alend lange Strategiediskussionen zu führen, dann was Praktisches zu machen, sondern gleichermaßen Strategie und Praxis verbessern.

B. Was können die nächsten Aufgaben sein?

- die Untersuchung der Straßengruppen

Alle Straßengruppen haben erst in einigen Häusern Erfahrungen gemacht in Bezug auf Zustand, sozialer Struktur und andere Probleme der Mieter außer Miete. Die Untersuchung kann nie abgeschlossen sein. Von Kampagne zu Kampagne werden die Erfahrungen und Informationen verbessert.

"Wozu nützt die Untersuchung? Einerseits, um die "Linke" auffindig zu machen, die Schichte, die Gruppen, und Individuen mit dem stärksten Kampfgeist, und jene, die die stärksten Widersprüche erleben; und um die Feinde, die Meister, die Schinder, die Ausbeuter, die Streikbrecher, Gerichtsvollzieher, die Agenten des Feindes zu isolieren. Andererseits um sie öffentlich anzugreifen und eine klare Trennungslinie zwischen Freunden und Feinden ziehen zu können. Die Untersuchung hat keinen Zweck, wenn ihre Resultate innerhalb einer begrenzten Gruppe bleiben. Systematisch müssen die Unterdrückungsverhältnisse aufgezeigt werden, in denen die Proletarier leben und die Mittel, mit denen ihre Ausbeutung vollzogen wird, hin bis zum einzelfall.

Systematisch muß der Klassenfeind denunziert werden, von den Unternehmern bis zur Regierung, bis hinab zur ganzen Schar ihrer Knechte und Parasiten, Meister, Abteilungsleiter, Vertrauensleute, Streikbrecher, Hausbesitzer, Händler, Firmen, Schuldirektoren, Professoren, Lehrer, Bürgermeister und Gemeinderäte (Berufspolitiker), Parteifunktionäre, Gewerkschaftler, Betriebsleiter, hin bis zu den einzelnen Individuen, die die Wohnviertel und Häuser der Proletarier bevölkern."
(Lotta Continua, Nehmen wir uns die Stadt)

- "legele" Kampagne gegen Wiese, Zachgar, bez. SPD

Die Mieterkampagne kann ihrem Wesen nach wie die Untersuchung nie echt abgeschlossen sein. Sie erreicht zwar ihren Höhepunkt

dadurch, daß alle Mieter zu einem Zeitpunkt gezwungen sind, mehr zu zahlen und daß dadurch die Wohnung nicht als individuelles, sondern als politisches Gesamtproblem ins Bewußtsein rücken kann. (Die Resonanz bei den Hausbesuchen war am stärksten, als tatsächlich überall der Mieterhöhungsbescheid eingetroffen war !)

Aber die schlechten Wohnungen werden durch die Mieterhöhung nicht besser, und wir müssen als Gruppe fähig werden, diese "legale" Kampagne um Reparaturen und Mietwinderung permanent führen zu können. Es ist z.B. passiert, daß an den Ständen etc. mehrmals Leute zu irgendwelchen Rechtssachen Fragen hatten, und wir ihnen an Ort und Stelle nichts konkretes sagen konnten! Nachbar verliert sich dann der Kontakt!

Wir sollten alle mit einem Rechtsanwalt einen Krus machen, sodaß wir es alle lernen, sowohl Auskünfte zu geben als auch an Ort und Stelle ein Schreiben an die Hausverwaltung o.ä. aufzusetzen. Vielleicht machen wir Flugblätter, wo eine kurze politische Analyse der Wohnunsicherheit drauf ist und Musterformulare oder Schreiben, wo die Mieter nur noch die konkreten Sachen reinschreiben brauchen. Das ist natürlich nicht die Alternative zu den Hausbesuchen, das soll diejenigen erreichen, die nicht durch Hausbesuche erreicht werden.

- Das politische Stadtklima

Wie schaffen wir es, von der Miets als einem Hauptproblem im Stadtteil zu allen anderen Problemen zu kommen. Wir sind einmal nicht bewußt als (zukünftige) Arbeiter, Erzieher, Lehrer, Techniker, etc. nach Kreuzberg gekommen, sondern als politische Menschen, die allgemeine Probleme aufgreifen (Wohnung, Kinder), die mit der eigenen Berufsperspektive nur mittelbar etwas zu tun haben. In der Diskussion haben wir festgestellt, daß es unser Ziel sein muß, die Widersprüche in unserem Berufsfeld aufzudecken, öffentlich zu machen und politische Gruppen zu bilden.

- Wir haben schon öfters diskutiert, mehr Leben in und um unseren Laden bzw. Gruppe zu bringen.

"Die Zentren dürfen nicht nur dazu da sein, um zu diskutieren und Versammlungen abzuhalten, sondern um praktisch etwas zu tun. Von der Organisation von Gegeninformationen mit Flugblättern, Arbeiterzeitungen, Wandzeitungen und Schülern, bis zu anderen kulturellen Aktivitäten (Bücher, Zeitungen, Vorführungen, Diskussionen)..." (Lotta Continues).

- Sanierungsanalyse

Der materialistische Zusammenhang von Grundbesitz, Slumbildung, Sanierungspolitik des Senats, Bauindustrie und Spekulanten. Dabei sollen Zahlenmaterial und komplizierte Zusammenhänge einfach und übersichtlich dargestellt werden.
Verbesserte Mietrechtsbroschüre.

- Zeitung

Obwohl die Berufsverbände seit Jahren ein Aussageverweigerungsrecht für Sozialarbeiter fordern, blieben diese Bemühungen bisher ohne Erfolg.

Das Vorgehen der Bürokratie gegen die Jugendlichen des Georg von Rauch-Hauses hat bei vielen Sozialarbeitern, Studenten und Sozialpädagogen zu der Erkenntnis geführt, daß ein Aussageverweigerungsrecht keinesfalls nur unter berufsständischen Aspekten zu sehen ist, sondern als eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine adäquate Arbeit im sozialpädagogischen Bereich.

Die Genehmigung des Bezirksamtes Kreuzberg für drei Sozialarbeiter zur Aussage gegen die Interessen der Jugendlichen des Georg von Rauch-Hauses führte zu einer Unterschriftensammlung mehrerer hundert Sozialpädagogen, die die sofortige Rücknahme der Aussagegenehmigung vom Bezirksamt Kreuzberg und ein gesetzlich normiertes Aussageverweigerungsrecht für Sozialpädagogen fordern.

Aus dieser Kenntnis heraus muß es die Aufgabe aller, die sich für die Interessen ihrer Klienten einsetzen wollen, sein, eine Kampagne für das Aussageverweigerungsrecht von Sozialpädagogen nicht nur zu unterstützen, sondern aktiv an deren Durchführung teilzunehmen.

Entsprechend ihrem Selbstverständnis und ihren organisatorischen Möglichkeiten muß diese Aktion wesentlich von den Gewerkschaften - in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen - getragen werden.

Der Arbeitskreis Kritischer Sozialarbeiter (AKS) bereitet eine neue Ausgabe seiner Zeitung "SPK" vor, die sich mit dem Problem der gegenwärtigen gesetzlichen Regelungen der Aussageverpflichtung für Sozialpädagogen und deren Folgen für sie und die Klienten befaßt.

Wir halten es für unerlässlich, auch die Möglichkeiten einer öffentlichen Informationsveranstaltung zu nutzen, um die Kampagne für ein Aussageverweigerungsrecht auch dadurch voranzutreiben.

Wir fordern Sie auf, diese Veranstaltung gemeinsam mit uns und eventuell weiteren interessierten Gruppen vorzubereiten und durchzuführen.

Wir erwarten Ihre Antwort bis zum 19.6. und bitten Sie, unsere Aufforderung zur Zusammenarbeit Ihren Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen.

AKS Berlin

Zum Selbstverständnis unserer Gruppe

Bisher verstanden wir uns als Initiativgruppe, die an einem politischen Problem (hier Mieterhöhung) ansetzt und eine Untersuchungserbeit beginnt, um den Stadtteil kennenzulernen.

Dabei ging es uns bisher im wesentlichen um 2 Fragen:

1. Welches Bewußtsein haben die Kreuzberger über ihre allgemeine Lage und wie beurteilen sie das konkret von uns angesprochene Problem der Mieterhöhung (Mobilisierungsbereitschaft)
2. Wie ist die soziale Struktur des Stadtteils, bzw. der unmittelbaren Umgebung um den Ledeb. Dresdener Str.?

Wir versuchten eine Bewegung unter den Mietern in Gang zu bringen, und vertraten die idealistische Position, daß sich die Mieter naturwüchsig, quasi von selbst organisieren und den Kampf aufnehmen würden. Das politische Ziel war kurzfristig auf den Mieterstreik gerichtet und das organisatorische Mittel für die Durchführung des Streiks war die Selbstorganisation. Wir waren uns aber auch nicht über den politischen Inhalt einer Selbstorganisation klar und wußten auch nicht unsere Stellung dazu genauer zu bestimmen als daß wir an die Bevölkerung appellieren.

Wir konnten nicht mehr sein als eine Initiativgruppe, weil wir weder das Wohnungsproblem politisch eingeschätzt noch die möglichen Folgen unserer Initiativen in organisatorischer Hinsicht geklärt hatten.

Die Weiterentwicklung unserer Initiativfunktion für eine politische Bewegung im Stadtteil hin zu einer politischen und organisatorischen Kern für eine aufzubauende Stadtteilorganisation setzt die Beantwortung folgender Fragen voraus:

1. Welche politischen Probleme existieren im Stadtteil - Verhältnis zum Produktionssektor ?
2. Wie gelingt uns die Erarbeitung einer notwendigen politischen Stellungnahmen zu den verschiedenen Problemen
 - a) allgemein als Ausdruck kapitalistischer Produktions- und Reproduktionsverhältnisse
 - b) im Hinblick auf die Versuche von Bezirksamt, Senat, bürgerliche Parteien und Massenmedien und anderen Teilen des Staatsapparates, die Widersprüche und auftretenden Konflikte innerhalb der Bevölkerung zu verschleiern und
 - c) im Hinblick auf unsere politischen und organisatorischen Schritte und Aktionsformen (Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppen, Parteien, Bündnisse mit Berufsgruppen)

Zu 1

Im Wohnbereich der Bevölkerung in den Stadtteilen tauchen alle sozialen Probleme auf, die außerhalb des Produktionssektors liegen und mit der Wiederherstellung der Werte Arbeitskraft, der Erziehung der Kinder, ihrer Schul- und Berufsausbildung, dem Verhältnis der Bevölkerung zu verschiedenen Abteilungen der Bezirksamts- und Senatsbürokratie zusammenhängen.

Aus diesem gesamten Reproduktionsbereich haben wir nur ein Teil-

problem aufgegriffen und unseren ersten Erfahrungen gesammelt. Die Ausweitung unserer Arbeit auf neue Bereiche wird eine wichtige nächste Aufgabe unserer Gruppe sein.

Folgende Bereiche sehen wir als wichtig an:

- Schule: Funktion und Aufgabe der Grund- u. Hauptschulen gegenüber Arbeiterkindern: welche Konflikte kennen wir zwischen Lehrern und Schülern - Schülern unter sich (Konkurrenz, Spaltung, Isolierung), Lehrern und Eltern (Elternversammlungen, Einzelgespräche)? Schulerbeitszirkel wo?
- Erziehung:
 - a) öffentliche: Situation der staatlichen Kites, Mobilität der Kreuzberger Kindergärtnerinnen + Streikbewegung und Forderungen 1969 - 72, Kite-Gebühren und Kampf dagegen 72
 - Heime in Kreuzberg, warum Heimerziehung, welche Kinder und Familien betroffen, welche Folgen
 - b) private: Kinderläden, Eltern-Kinder-Gruppen, Bethanien, Bürgerinitiativen
- Gesundheitsversorgung: Welche Krankenhäuser - Private und staatliche, Gesundheitsfürsorge - Säuglingsfürsorge - TBC - Schulgesundheitsfürsorge - Vorsorgeuntersuchungen - Krankheitsstatistiken und Krankheiten bei Kindern, Gesundheitsgesetzgebung Funktion des Gesundheitswesens
- Wohnen: Mieten, Zustand der Häuser, Reparaturen, Sanierung, Modernisierung durch Einbau von Bädern und Innentoiletten. Hausbesitz - Senat oder Privat, Obdachlosigkeit, Mieterschutz, Mieterorganisationen Mietpreisstelle, Wohngeld
- Jugend: Freizeitbewegungen, Jugendorganisationen, Kirche, Staat, Verbände, Parteien, Zirkel Freizeit-Lokale, Diskotheken, Sport - Rauch-Haus - Jugendzentrum staatliche Jugendfreizeitmaßnahmen (Serien-Zeltlager)
- Kommunale Verwaltung (Bezirksamt-Senat) Dieser Bereich umfasst nicht nur die Planungen und Entscheidungen der Staatsbürokratie für alle o.g. Bereiche. Dort werden vor allem die Interessen eines Teils des Staatsapparates sichtbar, die auf die Integration der mobilsten Teile der Bevölkerung und ihre gesamte Niederhaltung und Kontrolle gerichtet sind. Weiterhin ist die öffentliche Verwaltung selbst unmittelbares Ziel politischer Aktionen von Berufsgruppen zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und Unterstützung des Kampfes im Stadtteil.

Die o.g. politischen Bereiche umfassen den wesentlichsten Teil der sozialen Lage der Arbeiterbevölkerung. Damit ist aber noch nichts über die konkreten Interessen und Bedürfnisse der Arbeiterfamilien diesen einzelnen Problemen gegenüber ausgesagt. Es wird für uns darauf ankommen, herauszufinden, wo die Familie die Konflikte selbst erleben u. welche Vorstellungen sie über eine Veränderung ihrer Lage haben und entwickeln können, wenn wir Initiativen ergreifen u. mit ihnen zusammen Forderungen aufstellen.

Die Kampfbereitschaft der Kreuzberger wird erst dann sichtbar werden, wenn es ihre eigenen Interessen sind, die in ihre politischen Aktivitäten einfließen. Sie werden nur die Aktionen und

Kreuzberg gehört uns

INFORMATION DER STRASSENGRUPPE:

Die Straßengruppen des Mieterausschusses aus der Adalbertstraße, die sich im Laden Dresdnerstr. 1188 treffen, haben in den letzten 5 Wochen folgende Straßen besucht:

Sebastianstr., Dresdnerstr., Legiendamm, Leuschnerdamm, Luckauerstr., Adalbertstr., Waldemarstr., Naunynstr. und die Oranienstr.

Wir haben mehrfach die Mieter in den Häusern besucht, Flugblätter verteilt und an 2 Wochenenden Informationsstände am Heinrichplatz und am Kottbusser Tor aufgestellt. Für den 16. Dez. haben alle Straßengruppen eine große Demonstration gegen die Mieterhöhung vorbereitet, zu der etwa 2 000 Kreuzberger und Jugendliche aus anderen Stadtteilen Berlins gekommen sind.

Die Mieter sind empört über die Miethöhung

Bei unseren Hausbesuchen haben wir bisher nur etwa ein Viertel aller Mieter erreichen können, weil nicht immer alle zu Hause waren und es lange dauert, bis man mit allen gesprochen hat.

Vor dem 15.12., dem Stichtag für das Eintreffen der Mieterhöhung, war die Stimmung fast überall: die Mieterhöhung kann uns nicht treffen, in unserem Haus ist schon so lange nichts mehr gemacht worden, wir teilen uns das Außenklo mit mehreren Mietern, wir haben kein Warmwasser, unsere Wohnung ist in solch schlechtem Zustand, daß hier gar nicht mehr erhöht werden darf.

Jetzt, wo die Mieterhöhung in alle Häuser geschickt worden ist, auch in die vom Senat, sind sich alle einig und haben uns gesagt: diese Mieterhöhung ist eine Unverschämtheit, man müßte dem Hausbesitzer den W_isch zurückschicken und dazu schreiben - wir zahlen nicht!

Nur gemeinsam können wir was erreichen

Wir konnten bei unseren Besuchen feststellen: die Rentner trifft es am meisten. Die letzte Rentnenerhöhung ist nun wieder futsch und 10,- oder 15,- DM Miete mehr reißen ein großes Loch in die Kasse. Aber die meisten Rentner fühlen sich schwach und glauben nicht mehr daran, daß man etwas dagegen unternehmen kann. Viele junge Familien dagegen glauben, diese Mieterhöhung noch tragen zu können. Sie wissen, daß die Mieten in den Neubaugewohnungen noch viel höher sind und ihnen einen noch größeren Teil des Lohnes raubt.

Kampagnenunterstützen durch die sie sich tendentiell von täglichen Belastungen entlastet sehen u. eine unmittelbare Veränderung ihrer Probleme und Schwierigkeiten erkennen.

Wir haben nur so viel über die Kreuzberger durch die Mietkampagne herausbekommen, daß wir eine allgemeine Unzufriedenheit über die ein oder andere Frage bei ihnen feststellen konnten. Nichts eindeutiges ist über politisches Bewußtsein, schon gar nichts über die Erkenntnis politischer u. ökonomischer Zusammenhänge ausgesprochen. Die Veränderung dieses unspezifischen Unbehagens über ihre Lage zu einem bewußten politischen Handeln ist nicht ohne tägliche Kleinerarbeit (Sammeln von Informationen, direkte Kontakte mit Familien in denen die Konflikte am schärfsten auftreten, Kontakte zu anderen Gruppen und einzelnen Genossen sowie Sympathisanten in den Verwaltungen, Schulen und Kindergärten, Freizeithäuser, Bäder usw.), nicht ohne ein ständige theoretische Auseinandersetzung um die richtige Politik, d.h. einheitliches u. zielstrebiges Vorgehen, nicht ohne politische und organisatorische Verbindlichkeit aller Genossen und unserer Gruppe möglich.

Zu 2 a)

Die theoretische Auseinandersetzung über die politische Bedeutung der o.g. politischen Bereiche wurde von uns bisher nicht geleistet. Wir haben keine strategischen Bestimmungen unseres Kampfes vornehmen können, weil wir uns über den politischen Gegner, die Wichtigkeit der Forderungen und Forderungen und die organisatorischen Konsequenzen aus unseren Sorgen nicht klar waren.

Die Frage der Agitation und Propaganda ist hier direkt mit einbezogen, denn wir können nicht mehr ohne Klarheit über unsere Schritte Artikel schreiben oder Wandzeitungen im Laden produzieren oder Forderungen an die Wände der Häuser oder unser Ladenfenster malen, wenn wir eine theoretische Grundlage nicht haben.

Zu 2 b) Die Frage der Rolle der SPD u. Jusos gegenüber den Arbeitern als wichtiger Faktor des kapitalistischen Staates zur Agitation von Masseninitiativen und Bindung an eine Reformpolitik muß von uns berücksichtigt werden. Wie verhält sich die SPD/Jusos in Kreuzberg, welche Bezirksverordneten wohnen im Stadtteil und arbeiten in welche Gebieten. Wie ist ihre Politik. Wie reagiert die Staatsbürokratie auf soziale Konflikte, Unruhen und Widerstand aus der Bevölkerung? Wie sind Widersprüche zwischen den verschiedenen Fraktionen des Staatsapparates (rechte - linke SPD, liberale FDP, CDU, Polizeiapparat) für unseren Kampf zu nutzen (siehe Rauchs, Jugendzentrum) Bethanien)

Zu 2 c) Frage der Kontakte zu anderen Gruppen und Organisationen muß geklärt werden. Notwendig sind verbindliche Zusammenarbeit mit Gruppen, die auf gleichen Gebieten wie wir Erfahrungen haben. Frage der Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Berufsgruppen, wie Sozialarbeitern, Lehrern, Kindergärten, Krankenschwestern, Ärzten Erziehern, Jugendpflegern.

Unser Verhältnis zur Bevölkerung

Es herrschte bei uns während der Kampagne als neue Leute durch die Agitation zu uns in den Läden kamen, große Unsicherheit über unser Verhältnis zu ihnen. Wir sehen darin 2 Probleme:

1. Wir konnten keine verbindliche Stellungnahme zu unserer politischen Linie und Zielsetzung abgeben.
2. Wir wußten nichts über die organisatorischen Strukturen, in denen die Zusammenarbeit mit ihnen so möglich ist, daß sie den Stand

Kreuzberg gehört uns

INFORMATION DER STRASSENGRUPPEN

Die Straßengruppen des Mieterausschusses aus der Adalbertstraße, die sich im Laden Dresdnerstraße 118 treffen, haben in den letzten 5 Wochen folgende Straßen besucht: Sebastianstr., Dresdnerstr., Legiendamm, Leuschnerdamm, Adalbertstr., Waldemarstr., Naunynstr. und die Oranienstraße, Luckauerstraße.

Wir haben mehrfach die Mieter in den Häusern besucht, Flugblätter in die Briefkästen gesteckt und an zwei Wochenenden Informationsstände am Heinrichplatz und am Kottbusser Tor aufgestellt.

Für den 16. Dezember haben alle Straßengruppen eine große Demonstration gegen die Mieterhöhung vorbereitet, zu der etwa 2 000 Kreuzberger und Jugendliche aus anderen Stadtteilen Berlins gekommen sind.

Die Berliner Presse konnte nicht umhin, von dieser Demonstration gegen die Mieterhöhung von Senat und Hausbesitzer zu berichten, da die Demonstration die echte Empörung der Bevölkerung gegen Mietwucher ausdrückte.

Was haben wir erfahren

Alle Mieter sind eindeutig gegen die Mieterhöhung.

Fast alle Häuser sind in schlechtem Zustand.

In der Adalbertstr. 14 z.B. ist seit 6 Jahren keine Reparatur mehr gemacht worden. Die Fenster schließen schlecht. Die Wohnungen haben ganz dünne hellhörige Zwischenwände. Fragt man die Hausbesitzerin nach Reparaturen gibt sie verwirrende Antworten wie: "Streichen Sie doch die Fenster, wenn sie nicht schließen."

Ähnliches haben uns die Mieter über fast jedes Haus in allen Straßen erzählt.

Für diese schlechten Wohnungen sollen die Mieter volle 15 % mehr Miete zahlen.

Aber in einigen Häusern sind die Mieter bereit, die Mieterhöhung zu verweigern. Das gilt für ein Haus in der Adalbertstr., in der Luckauerstr. und vier Häuser in der Oranienstr. Alle anderen Mieter, die verweigern wollen sind noch vereinzelt in ihren Häusern.

Auch wenn wir noch wenige sind, werfen wir die Flinte nicht ins Korn! Wir machen weiter!!

Wie sieht das aus

In den Häusern, in denen evtl. verweigert wird, werden die Mieter Hausversammlungen durchführen. Das ist der erste Schritt zum gemeinsamen Handeln!

Wir informieren weiter, wir treffen uns jeden Mittwoch 19 Uhr im Laden Dresdenerstr. 118.

Straßengruppe Dresdener Str.
(Mieterausschuß Kreuzberg)

stig in die Gruppe integriert werden.

Die einzig mögliche Zusammenarbeit entwickelte sich in bestehenden Streßgruppen, weil dort Genossen gebraucht wurden. Entweder sie arbeiteten praktisch mit oder sie beteiligten sich an der Auswertungsdiskussion. Eine politische Auseinandersetzung erfolgte in der praktischen Arbeit bei Hausbesuchen usw. kaum, ebenso wie die anderen Genossen, die länger dabei waren auch nur individuell miteinander diskutierten.

Trotzdem verlief die Integration der neuen Leute relativ reibungslos, weil keine Arbeiter zu uns stießen sondern nur studentische Genossen oder Genossen aus nichtproleterischen Berufen.

Zur Frage der Zusammenarbeit mit Arbeitern

Hier haben wir die größten Schwierigkeiten. Entscheidend ist die unterschiedliche Klassenlage, die sich an verschiedenen Faktoren ausdrückt.

1. Unsere Wohnverhältnisse unterscheiden sich prinzipiell von denen der Arbeiter
 - wir wohnen meistens in Wohngemeinschaften
 - wir haben bessere räumliche Verhältnisse, können uns besser zurückziehen und kurzfristig isolieren und abschleiten.
 - wir haben mehr Kontakte nach außen und innen, mehr Freunde und einen größeren Bekanntenkreis (persönlich, politisch, beruflich)
 - wir haben in der Wohnung offene Kommunikationsstrukturen
2. Unsere Arbeitsverhältnisse sind anders
 - wir sind weniger physisch und psychisch durch die Arbeit kaputt
 - wir verdienen besser
 - wir können leichter ohne Folgen von der Arbeit oder Uni fehlen (Krankschreiben, Urlaub, Sonderurlaub)
3. Erziehung
 - wir haben meist keine Kinder
 - unsere Kinder werden kollektiv erzogen oder versorgt (EKG, KL)
 - unsere Kinder haben eigene Zimmer und mehr Selbständigkeit

Die Arbeiterfamilien wohnen wesentlich beengter, mit mehreren Kindern, in einer Kleinfamilie, in festgelegten und zweckbestimmten Verhaltensstrukturen (geregelter Tagesablauf, Essen auf die Minute genau, Möbel an gleichen Platz, Hausarbeit, Erziehung und Versorgung des Ehepartners durch die Frau), wenig Urlaub, Freizeit des Mannes in Kneipen allein, keine Kontakte in der Woche, wenig zu Wochenende, stärkeres Risiko des Arbeitsplatzverlustes bei politischer Betätigung oder Krankheit oder kurzfristigem Fehlen, kaum Reisen usw.

Unsere Forderungen an die Kreuzberger Arbeiter und ihre Familien:

- schließt euch zusammen
- organisiert euch
- arbeitet mit
- kommt zu Versammlungen
- übernehmt Aufgaben
- kommt zu Demonstrationen

können von ihnen nicht erfüllt werden, weil sie sich nach unseren Vorstellungen und politischen Praktiken richten sollen, von denen wir annehmen können, daß sie nicht mit denen der Arbeiter identisch

sind und von ihnen andere Arbeits- und Kampfformen gewählt werden. Darüber können wir uns aber nur mit ihnen gemeinsam klar werden.

Wir werden also die Lebensverhältnisse der Arbeiterfamilien in unserer Arbeit berücksichtigen müssen. Die politische Aktivierung vollzieht sich als Prozeß an dessen Anfang evtl. eine Unterschrift, die Teilnahme an einer Versammlung, ein Besuch im Laden oder die Gesprächsbereitschaft an der Haustür oder in der Wohnung steht. Erst im Verlauf mehrerer Wochen und Monate wird sich bei einigen die Bereitschaft entwickeln, an regelmäßigen Terminen teilzunehmen. Am Anfang steht die punktuelle Beteiligung an den aktuellen Problemen, die Bereitschaft zeitlich begrenzt und sporadisch an Kämpfen teilzunehmen.

Bei uns müssen wir uns über unsere eigenen Barrieren gegenüber proletarischen Familienverhältnissen klar werden. Die Beengtheit und autoritäre Atmosphäre in Arbeiterfamilien erdrückt uns vielfach, weil wir es anders machen oder anders wollen. Dabei übersehen wir, daß es sich um historisch gewachsene und von den Klassenbedingungen geprägte Familienverhältnisse handelt, die wir erst einmal zu akzeptieren haben, weil wir sie individuell nicht verändern bzw. die Familien nicht aus ihren proletarischen Lebenszusammenhängen herausbrechen können.

Wir dürfen nicht nur von ihnen fordern zu uns in den Laden oder zu Diskussionen zu kommen wir müssen auch zu ihnen in die Wohnungen gehen, um an Ort und Stelle ihres täglichen Lebens ihre Probleme kennenzulernen und mit ihnen über ihre Schwierigkeiten reden und politischen Meinungen aufnehmen. Wir sollten nicht nur politische Kontakte zu ihnen haben und mit ihnen Termine wahrnehmen, wir sollten auch mit ihnen zusammen einen Teil der Freizeit verbringen ohne uns die Gefahr einer Verproleterisierung unseres Verhaltens herunterzuspielen.

Deshalb meinen wir, daß es nicht der Zeitfaktor ist, den die Arbeiter wirklich meinen, wenn sie aus Zeitgründen nicht mitarbeiten können, sondern unsere Forderungen, die nicht ihren Klassenbedingungen entsprechen.

Zur Frage der Organisation

Bisher waren wir bis zum Beginn der Auswertungsphase ein lockerer Zusammenschluß von Individuen, die nur durch den Willen zum gemeinsamen Kampf ~~zusammen~~ im Stadtteil miteinander verbunden waren.

Die Organisationsform entspricht aber immer dem Stand der Kämpfe als objektive Bedingung unserer Politik und ist eine Widerspiegelung unserer subjektiven Schwierigkeiten eine politische Linie zu bestimmen und unser Verhältnis zu den Massen zu definieren. Beides schwächte unsere Kampfbereitschaft.

Die Weiterentwicklung unserer Gruppe muß eine weitgehend verbindlich arbeitende Gruppe sein zwangsläufig, weil wir während der Kampagne immer wieder unsere Schwächen erkannten u. unsere Fehler sahen. Unsere Fehleinschätzungen über die Kampfbereitschaft der Mieter (Mietverweigerung) u. euphorischen Berichte über die breite Mobilisierung (aus mehreren Häusern werden Mieter an den Mietversammlungen teilnehmen) führten schließlich zu der einheitlichen Forderung der Gruppe, die Fehler unserer Kampagne einzuschätzen und die Perspektive für unsere Weiterarbeit zu bestimmen.

- Bündnispolitik

Im Stadtteil leben die verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse der Angestellten, der Beamten und anderer Berufsgruppen, Kleinhändler, u.s.

Die Stadtteilorganisation wird keine reine Arbeiterorganisation werden können, ebenso wie wir nicht nur Studenten oder Angestellte organisieren.

Außerdem sind eine Reihe von Genossen nach Kreuzberg gezogen, um entweder hier politisch zu arbeiten oder weil sie bereits in Kreuzberg arbeiten und nunmehr auch ihre politische Aktivität auf Kreuzberg konzentrieren wollen.

Die Vielschichtigkeit des Stadtteils sowohl was seine soziale Struktur als auch sein politisches Spektrum anbetrifft erfordert eine Reihe von politischen und organisatorischen Kontakten und Konsequenzen zu anderen politischen Gruppen. Daraus werden nach Klärung der jeweils zu lösenden Aufgabe und Klärung der Richtung unseres Kampfes Bündnisse eingegangen. Dadurch stärken wir nicht nur die meist schwachen Kräfte der kleinen Gruppen und Organisationen wir arbeiten damit auch tendenziell auf eine Vereinheitlichung der Organisation hin und stärken die Kampfkraft.

Wir werden herausfinden müssen, wo Genossen in Kreuzberg arbeiten, die unseren Kampf unterstützen können, weil sie über Informationen aus der kommunalen Verwaltung (Bezirksamt Kreuzberg, Schulen usw.) verfügen, mit welchen Berufsgruppen Bündnisse eingegangen werden können.

Offene Fragen, die wir nur als Probleme genannt haben:

1. Politisch:

- wahrscheinlich müssen wir das Gebiet unserer Agitation ausweiten - wohin?
- Sanierungsgebiete in unserem bisherigen Agitationsgebiet ist bereits jetzt starkes Ausländergebiet und wird sich vermutlich weiter zum Ghetto entwickeln
- das gleiche Gebiet ist vermutlich stark von Rentnern bewohnt.
- Welche Straßenzüge bestehen länger als 10 Jahre, so daß die Bevölkerung eine langfristige Wohnperspektive hat?
- Sind in diesen Gebieten Modernisierungsforderungen möglich?
- Entwicklung zum Ghetto bedeutet Isolierung eines gesamten Stadtgebietes vom übrigen Stadtteil - Darin enthalten ist die Problematik der Isolierung der deutschen von der ausländischen Bevölkerung. - Entfremdung
- Ausdehnung unserer Arbeit auf die Neubaugelände (Hinter Westertorplatz).

2. Organisatorisch

- Verhältnis von Plenum im Laden zu den Initiativgruppen (politische Schwerpunkte)
- Schaffung neuer Stützpunkte im Stadtteil (Laden in bevölkerungsdichter Straße), Jugendfreizeitheimen

3. Bündnispolitisch und agitatorisch

- Zeitung - wenn, mit welchem Ziel
- Kontakte zu Zirkeln
- Kontakte zu Jusos

Sträßengruppe Oranien/Neunynstr

Kreuzberg gehört uns

INFORMATION DER STRASSENGRUPPEN

Die Straßengruppen des Mieterausschusses aus der Adalbertstraße, die sich im Laden Dresdnerstraße 118 treffen, haben in den letzten 5 Wochen folgende Straßen besucht: Sebastianstr., Dresdnerstr., Legiendamm, Leuschnerdamm, Adalbertstr., Waldemarstr., Naunynstr. und die Oranienstraße, Luckauerstraße.

Wir haben mehrfach die Mieter in den Häusern besucht, Flugblätter in die Briefkästen gesteckt und an zwei Wochenenden Informationsstände am Heinrichplatz und am Kottbusser Tor aufgestellt.

Für den 16. Dezember haben alle Straßengruppen eine große Demonstration gegen die Mieterhöhung vorbereitet, zu der etwa 2 000 Kreuzberger und Jugendliche aus anderen Stadtteilen Berlins gekommen sind.

Die Berliner Presse konnte nicht umhin, von dieser Demonstration gegen die Mieterhöhung von Senat und Hausbesitzer zu berichten, da die Demonstration die echte Empörung der Bevölkerung gegen Mietwucher ausdrückte.

Was haben wir erfahren

Alle Mieter sind eindeutig gegen die Mieterhöhung.

Fast alle Häuser sind in schlechtem Zustand.

In der Adalbertstr. 14 z.B. ist seit 6 Jahren keine Reparatur mehr gemacht worden. Die Fenster schließen schlecht.

Die Wohnungen haben ganz dünne hellhörige Zwischenwände.

Fragt man die Hausbesitzerin nach Reparaturen gibt sie verwirrende Antworten wie: "Streichen Sie doch die Fenster, wenn sie nicht schließen."

Ähnliches haben uns die Mieter über fast jedes Haus in allen Straßen erzählt.

Für diese schlechten Wohnungen sollen die Mieter volle 15 % mehr Miete zahlen.

Aber in einigen Häusern sind die Mieter bereit, die Mieterhöhung zu verweigern. Das gilt für ein Haus in der Adalbertstr., in der Luckauerstr. und vier Häuser in der Oranienstr. Alle anderen Mieter, die verweigern wollen sind noch vereinzelt in ihren Häusern.

Auch wenn wir noch wenige sind, werfen wir die Flinte nicht ins Korn! Wir machen weiter!!

Wie sieht das aus

In den Häusern, in denen evtl. verweigert wird, werden die Mieter Hausversammlungen durchführen. Das ist der erste Schritt zum gemeinsamen Handeln!

Wir informieren weiter, wir treffen uns jeden Mittwoch 19 Uhr im Laden Dresdenerstr. 118.

Straßengruppe Dresdener Str.
(Mieterausschuß Kreuzberg)

Die Angaben über die festen Zusagen, mitzumachen und zur Versammlung zu kommen habe ich gemacht, weil

- sie über das bewußtsein der Leute etwas aussagen (denn selbst wenn sie dann doch nicht erschienen sind, haben sie mit ihrer Zusage zumindest ein bewußtsein über die Notwendigkeit gezeigt)
- sie aussagen, wo wir unmittelbar weiterarbeiten können
- weil sie etwas aussagen über die möglichkeiten von Aktionen in Kreuzberg zur Mieterfrage (in der Vergangenheit und in der Zukunft).

Wir besuchten vor der ersten Mieterversammlung am 30.12.1972 :

- 177 : Besitzer: Pohl (Juden, Erben)
Verwalter: Otto von Werne
Zustand: kein Hinterhaus. Reparaturen werden von nur noch von den Mietern auf eigene Kosten gemacht. Sehr vergammelt.
Bewohner: 8 Mietparteien, alle deutsch.
1 feste Zusage.
- 178 : Besitzer: Neumann
Verwalter: Pankow
Zustand: relativ in Ordnung, Bewohner sind mit Reparaturbereitschaft zufrieden. Hinterhaus.
Bewohner: Vorderhaus: 5, alle deutsch
Hinterhaus: 13, alle deutsch
6 feste Zusagen, wollten verweigern. Sprangen dann geschlossen wieder ab. Grund: Reparaturen würden ja ordnungsgemäß ausgeführt.
- 179 : Besitzer: ?
Verwaltung: Rechtsanwalt Trapper
Zustand: kein Hinterhaus. Mittelmäßig.
Bewohner: 9, - 8 deutsch + 1 jugoslawisch
5 feste Zusagen, 1 davon fetter Stützpunkt, der auch auf zweite Versammlung drängte.
- 180 : Zustand: sehr alt und vergammelt, viele Wohnungen schon nicht mehr bewohnt.
Bewohner: 5, - 3 türkisch + 2 deutsch
1 Türkin feste Zusage.
- 181 : Verwaltung: GSG, früher Bachger
~~Wohnverhältnisse~~
Zustand: sehr alt, wird nichts mehr gemacht. Hinterhaus.
Bewohner: 9 im Vorderhaus, 6 deutsch + 3 türkisch
5 im Hinterhaus, 2 deutsch + 3 türkisch
2 feste Zusagen. Die Türken sagten, sie würden es sowieso unter sich ausmachen, keine Erhöhung zu zahlen.
- 182 : Zustand: total vergammelt.
Bewohner: 1 deutsch, sonst Türken. hatten (noch?) keine Erhöhung bekommen.

17) Männer wohnen ca. 2 Mien pro Kopf. Das soziale Umfeld wird vom Sozialamt unterstützt.

185 : privater Besitzer, der selbst im Haus wohnt. Guter Zustand, keine Bereitschaft der Bewohner.

186 : Verwaltung : GSG
Zustand: ganz gut, es wird repariert.
Bewohner: ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~. Keine Zusagen.

188 : Verwaltung : GSG
Zustand : vergammelt. 3 Hinterhöfe.
Bewohner: ungefähr insgesamt 50 Mietparteien, darunter auch Wohngemeinschaften. viele Ausländer. Alle Parteien sind noch längst nicht besucht. Von den besuchten war die Mehrzahl positiv und unterschrieb zur Verweigerung.

Krachisnen sind dann zur Mieterversammlung aus den besuchten Häusern nur 1 Partei (1 Wohngemeinschaft).

Im Januar haben wir nochmals verstärkt Häuser besucht, diesmal mit der Perspektive einer zweiten Mieterversammlung, auf der aber nicht nur über Verweigerung, sondern über "Mietprobleme allgemein" gesprochen werden sollte. Die besuchten Leute bekamen den Brief in einem eigens an sie adressierten Umschlag zugeschickt. Außerdem wurde der Brief in den Häusern von vor Weihnachten (s.o.) und in den Häusern 188 - 204- 2a - 5 - 12 (die nicht mehr besucht waren) eingeworfen.

197 : Besitzer: GSG
Zustand : kein Hinterhaus. Schlechter Zustand.
Bewohner: vorwiegend alte Leute, die sich untereinander gut kennen und schon sehr lange im Haus wohnen. Die meisten sprachen (unverbindlich) positiv darauf an und wollten zur Versammlung kommen. Keine Ausländer.

198 : Besitzer : GSG
Zustand : Hinterhaus. Im Hinterhaus ist Dach undicht, sonst wird einigermaßen was gemacht.
Bewohner : viele Ausländer, die von den (meist alten) Deutschen schlecht angesehen werden. 4 Parteien, die etwas tun wollen. Insgesamt mindestens 12.

199 : Besitzer : GSG
Zustand: kein Hinterhaus. Schlechter Zustand.
Bewohner: alles Deutsche, bis auf einen Meger (Student). Es wohnen ziemlich viel Leute da, weil die Wohnungen auf der einen Seite alle an jeweils 3 verschiedene Mietparteien vermietet sind. Wenig alte Leute. Im Haus kennen sich 3 - 4 Parteien sehr gut untereinander. Insgesamt positiver Anklang, ein potentieller "Stützpunkt".

200 : Verwalter : F. Püschel (unten im Haus sind seine Sprechstunden angeschlagen)
Zustand: Hinterhaus steht leer. Durchschnittlich schlecht.
Bewohner: alle deutsch. Ein einziger zeigte Interesse.

Kreuzberg gehört uns

INFORMATION DER STRASSENGRUPPEN

Die Straßengruppen des Mieterausschusses aus der Adalbertstraße, die sich im Laden Dresdnerstraße 118 treffen, haben in den letzten 5 Wochen folgende Straßen besucht: Sebastianstr., Dresdnerstr., Legiendamm, Leuschnerdamm, Adalbertstr., Waldemarstr., Naunynstr. und die Oranienstraße, Luckauerstraße.

Wir haben mehrfach die Mieter in den Häusern besucht, Flugblätter in die Briefkästen gesteckt und an zwei Wochenenden Informationsstände am Heinrichplatz und am Kottbusser Tor aufgestellt.

Für den 16. Dezember haben alle Straßengruppen eine große Demonstration gegen die Mieterhöhung vorbereitet, zu der etwa 2 000 Kreuzberger und Jugendliche aus anderen Stadtteilen Berlins gekommen sind.

Die Berliner Presse konnte nicht umhin, von dieser Demonstration gegen die Mieterhöhung von Senat und Hausbesitzer zu berichten, da die Demonstration die echte Empörung der Bevölkerung gegen Mietwucher ausdrückte.

Was haben wir erfahren

Alle Mieter sind eindeutig gegen die Mieterhöhung.

Fast alle Häuser sind in schlechtem Zustand.

In der Adalbertstr. in der B. ist seit 6 Jahren keine Reparatur mehr gemacht worden. Die Fenster schließen schlecht.

Die Wohnungen haben ganz dünne heilhörige Zwischenwände.

Fragt man die Hausbesitzerin nach Reparaturen gibt sie verwirrende Antworten wie: "Streichen Sie doch die Fenster, wenn sie nicht schließen."

Ähnliches haben uns die Mieter über fast jedes Haus in allen Straßen erzählt.

Für diese schlechten Wohnungen sollen die Mieter volle 15 % mehr Miete zahlen.

Aber in einigen Häusern sind die Mieter bereit, die Mieterhöhung zu verweigern. Das gilt für ein Haus in der Adalbertstr., in der Luckauerstr. und vier Häuser in der Oranienstr. Alle anderen Mieter, die verweigern wollen sind noch vereinzelt in ihren Häusern.

Auch wenn wir noch wenige sind, werfen wir die Flinte nicht ins Korn! Wir machen weiter!!

Wie sieht das aus

In den Häusern, in denen evtl. verweigert wird, werden die Mieter Hausversammlungen durchführen. Das ist der erste Schritt zum gemeinsamen Handeln!

Wir informieren weiter, wir treffen uns jeden Mittwoch 19 Uhr im Laden Dresdenerstr. 118.

Straßengruppe Dresdener Str.
(Mieterausschuß Kreuzberg)

- 202 : Eigentümer: GGG
 Zustand: sehr verkommen. kein Hinterhaus.
 Bewohner: 5 deutsche Mietparteien, sonst alle Türken.
 Deutsche und Türken stehen sich feindlich gegenüber (von der Seite der Deutschen aus gesehen). -- Die Hauswartsfrau zeigte uns ihre Wohnung: der Zustand ist dermaßen schlimm und verlottert, daß man ihn a) veröffentlichen und b) auf gesetzlichen Weg sofort verändern könnte. Sie erzählte von zusätzlichen Schicksen der Verwaltung.
- 203 : Eigentümer: GGG
 Zustand: Hinterhaus (nur Türken). Sehr verrottet, war seit jeher als Abrißhaus deklariert.
 Bewohner: im Vorderhaus auch ca. 50% Türken. bis auf einen alle angepaßt (äußerten keine Empörung über die Erhöhung). -- Hinterhaus nicht besucht.
- 204 : Grundstücks- Erben Gemeinschaft Eo. Krüger
 In diesem Haus gibt es keine Erhöhung: der Verwalter hat im Haus eine Versammlung gemacht - bis dahin erhebliche Unruhe und vereinzelter Protest - und erklärt, in Anbetracht der Lage (keine Reparaturen mehr und baldiger Abriss) und weil er keinen Ansturm auf sein Büro wolle (!) gäbe es keine Erhöhung.
 Zustand: verrottet.
- 4 B Eigentümer: Senst
 Bewohner: nur eine (Unterschrift von Stand) besucht. Sagte, im Haus seien mehrere Leute sehr aufgebracht.
 Zustand: relativ gut aber wichtige Reparaturen werden nicht gemacht.
- 5 : Eigentümer: Käthe Wilt
 Zustand: Kalk Hinterhaus, ziemlich gut. Wird aber nichts mehr repariert.
 Verwaltung: Der Verwalter (Name?) soll sehr tyrannisch sein, droht mit Kündigung, setzt diese auch durch (Türken im Hinterhaus sollen gekündigt werden).
 Bewohner: 2 Parteien vom Stand) wurden besucht. Sie sind Geschwister, Frau hat sehr weise Erfahrungen mit Benutzungssozialfürsorge gemacht. Ihr Bruder ist S&W, Staudt und Schweißer. Sonst alles alte Leute, die die beiden scheel ansehen. beide würden gern was tun, halten es aber in ihrer Haus wegen der anderen Bewohner kaum für möglich.
- 7 : Eigentümer: A. Stah
 Zustand: mittelmäßig
 Bewohner: fast nur Deutsche. Niemand agitierbar.
- 12 : Eigentümer: A. Freyberg
 Zustand: kein Hinterhaus. Sehr gut erhalten.
 Bewohner: alle Leute etc. Bis einer war im Protest interessiert.
- 17 : Eigentümer: Heinz Schmidt, wohnt selbst im Haus
 Zustand: vergammeltes Hinterhaus und Seitenflügel.
 Bewohner: alle deutsch. im Vorderhaus ein Streikbereiter, der auch um sich aus im Haus Mobilisierung versuchte, aber nichts erreichen konnte. im Vorderhaus ebenfalls ein aktiv interessierter.

Kreuzberg gehört UNS

INFORMATION DER STRASSENGRUPPEN

Die Straßengruppen des Mieterausschusses aus der Adalbertstraße, die sich im Laden Dresdenerstraße 118 treffen, haben in den letzten 5 Wochen folgende Straßen besucht: Sebastianstr., Dresdenerstr., Legiendamm, Leuschnerdamm, Adalbertstr., Waldemarstr., Naunynstr. und die Oranienstraße, Luckauerstraße.

Wir haben mehrfach die Mieter in den Häusern besucht, Flugblätter in die Briefkästen gesteckt und an zwei Wochenenden Informationsstände am Heinrichplatz und am Kottbusser Tor aufgestellt.

Für den 16. Dezember haben alle Straßengruppen eine große Demonstration gegen die Mieterhöhung vorbereitet, zu der etwa 2 000 Kreuzberger und Jugendliche aus anderen Stadtteilen Berlins gekommen sind.

Die Berliner Presse konnte nicht umhin, von dieser Demonstration gegen die Mieterhöhung von Senat und Hausbesitzer zu berichten, da die Demonstration die echte Empörung der Bevölkerung gegen Mietwucher ausdrückte.

Was haben wir erfahren

Alle Mieter sind eindartig gegen die Mieterhöhung.

Fast alle Häuser sind in schlechtem Zustand.

In der Adalbertstr. 14 z.B. ist seit 6 Jahren keine Reparatur mehr gemacht worden. Die Fenster schließen schlecht. Die Wohnungen haben ganz dünne hellhörige Zwischenwände. Fragt man die Hausbesitzerin nach Reparaturen gibt sie verwirrende Antworten wie: "Streichen Sie doch die Fenster, wenn sie nicht schließen."

Ähnliches haben uns die Mieter über fast jedes Haus in allen Straßen erzählt.

Für diese schlechten Wohnungen sollen die Mieter volle 15 % mehr Miete zahlen.

Aber in einigen Häusern sind die Mieter bereit, die Mieterhöhung zu verweigern. Das gilt für ein Haus in der Adalbertstr., in der Luckauerstr. und vier Häuser in der Oranienstr. Alle anderen Mieter, die verweigern wollen sind noch vereinzelt in ihren Häusern.

Auch wenn wir noch wenige sind, werfen wir die Flinte nicht ins Korn! Wir machen weiter!!

Wie sieht das aus

In den Häusern, in denen evtl. verweigert wird, werden die Mieter Hausversammlungen durchführen. Das ist der erste Schritt zum gemeinsamen Handeln!

Wir informieren weiter, wir treffen uns jeden Mittwoch 19 Uhr im Laden Dresdenerstr. 118.

Straßengruppe Dresdener Str.
(Mieterausschuß Kreuzberg)

14 : Eigentümern : G. Meischer

Verwaltung : G. Sept.

Zustand : sehr verfallen, keinerlei Reparaturen.

Bewohner: 10 deutsch + 4 türkisch. Ca. 40 der Bewohner

aufgebracht über den Zustand des Hauses.

auf eine Toilette gehen (da unten ein Büro,
das mitbenutzt) 47 Leute

Die GSG kauft seit ein paar Jahren die Häuser zwischen Heinrichplatz und Skalitzerstraße, zunächst auf der rechten Seite.

Auf der Mieterversammlung erschien keiner der neu besuchten Leute.

Kreuzberg gehört uns

INFORMATION DER STRASSENGRUPPEN

Die Straßengruppen des Mieterausschusses aus der Adalbertstraße, die sich im Laden Dresdnerstraße 118 treffen, haben in den letzten 5 Wochen folgende Straßen besucht: Sebastianstr., Dresdnerstr., Legiendamm, Leuschnerdamm, Adalbertstr., Waldemarstr., Naunynstr. und die Oranienstraße, Luckauerstraße.

Wir haben mehrfach die Mieter in den Häusern besucht, Flugblätter in die Briefkästen gesteckt und an zwei Wochenenden Informationsstände am Heinrichplatz und am Kottbusser Tor aufgestellt.

Für den 16. Dezember haben alle Straßengruppen eine große Demonstration gegen die Mieterhöhung vorbereitet, zu der etwa 2 000 Kreuzberger und Jugendliche aus anderen Stadtteilen Berlins gekommen sind.

Die Berliner Presse konnte nicht umhin, von dieser Demonstration gegen die Mieterhöhung von Senat und Hausbesitzer zu berichten, da die Demonstration die echte Empörung der Bevölkerung gegen Mietwucher ausdrückte.

Was haben wir erfahren

Alle Mieter sind eindeutig gegen die Mieterhöhung.

Fast alle Häuser sind in schlechtem Zustand.

In der Adalbertstr. 14 z.B. ist seit 6 Jahren keine Reparatur mehr gemacht worden. Die Fenster schließen schlecht. Die Wohnungen haben ganz dünne hellhörige Zwischenwände. Fragt man die Hausbesitzerin nach Reparaturen gibt sie verwirrende Antworten wie: "Streichen Sie doch die Fenster, wenn sie nicht schließen."

Ähnliches haben uns die Mieter über fast jedes Haus in allen Straßen erzählt.

Für diese schlechten Wohnungen sollen die Mieter volle 15 % mehr Miete zahlen.

Aber in einigen Häusern sind die Mieter bereit, die Mieterhöhung zu verweigern. Das gilt für ein Haus in der Adalbertstr., in der Luckauerstr. und vier Häuser in der Oranienstr. Alle anderen Mieter, die verweigern wollen sind noch verstreut in ihren Häusern.

Auch wenn wir noch wenige sind, werfen wir die Flinte nicht ins Korn! Wir machen weiter!!

Wie sieht das aus

In den Häusern, in denen evtl. verweigert wird, werden die Mieter Hausversammlungen durchführen. Das ist der erste Schritt zum gemeinsamen Handeln!

Wir informieren weiter, wir treffen uns jeden Mittwoch 19 Uhr im Laden Dresdenerstr. 118.

Straßengruppe Dresdener Str.
(Mieterausschuß Kreuzberg)

LINIE UND DURCHSETZUNG

Ausgangssituation: Ende Oktober (s. Protokoll v. 25.10.) wurde beschlossen, die Wiese-Kampagne wieder aufzugreifen. Diese konkrete Arbeit im Stadtteil sollte durch die Verbindung von Untersuchung und Aktion eine Basis in der Bevölkerung schaffen. Eine Kampagne gegen die Mieterhöhung durchzuführen wurde von der Gruppe zu diesem Zeitpunkt nicht direkt beabsichtigt, dazu sei die Gruppe zu klein und zu wenig verankert. Das Problem der Mieterhöhung sollte mit in die Wiese-Kampagne einbezogen werden.

Diese Einschätzung wurde infrage gestellt durch die Ereignisse in Zusammenhang mit dem Auftreten der Jusos.

Beginn der Juso-Kampagne, Stadtbücherei Adalbertstr.: Die Jusos hatten Anfang November eine Kampagne gestartet, (20 000 Flugblätter im ganzen Bezirk) die auf legalen Wege eine Ausnahme für Wohnhäuser erreichen sollte, die innerhalb der nächsten zwei Jahre abgerissen werden sollten. Massenhafte Unterschriften sollten ihrem Antrag zur Gesetzesänderung beim Senat das Gewicht einer Volksabstimmung verleihen. Die Jusos hatten zunächst den relativen Erfolg, daß ca. 50 Mieter zur Versammlung kamen; fast soviel wie linke Jugendliche. Wir führen den Erfolg der Jusos darauf zurück, daß die Jusos als legale Gruppierung mit der SPD im Rücken in der Bevölkerung die Hoffnung weckten, daß sie mit ihren organisatorischen und sonstigen Mitteln etwas für sie erreichen könnten, ohne daß jeder Einzelne sich individuell engagieren müßte. Die auf nur wenige Sanierungsbauteile beschränkte Forderung der Jusos hatte aber nicht der Bewegung in der Bevölkerung entsprochen. Diese war gegen die Mieterhöhung ansich gerichtet. Da ein derartiges Kampfziel über den legalen Bereich hinaus ging konnten die Jusos nicht mehr mitmachen und die verschiedenen linken Gruppen und Organisationen nahmen die Bewegung auf (16.11.72)

Mieterausschuß und Straßengruppen: Während der folgenden Versammlungen in der Adalbertstraße wurde die Linie für den Mietstreik ausgearbeitet: Bestreikung der 15% Erhöhung ausgeführt von einer breiten Schicht der Bevölkerung, massenhafte Solidarisierung als Mittel der Durchsetzung. Organisatorische und agitatorische Form der Durchsetzung: Mieterausschuß und Stassengruppen, Flugblätter, Stände, Versammlungen über Mieterausschuß, Straßen- und Häuserversammlungen, Hausbesuche, Demonstration ect.

Unsere Gruppe hatte diese Linie deshalb übernommen, weil sie legitimiert schien, durch die Bewegung in der Bevölkerung und weil die

Die vornehmlich einsetzende Arbeit der Straßengruppen hatte zum Ziel, generell die Bereitschaft der Bewohner festzustellen, diesen Streik durchzuführen und sie zu konkreten eigenen Aktionen zu veranlassen (Mieterversammlung Adalbertstr., Demo 17.12.). Unser politisches Ziel war dabei, die Mieter zu eigenem Handeln und zur Selbstorganisation in ihren Häusern und Wohnungsblöcken anzuregen. Dabei wurde unser Optimismus noch aufrecht erhalten durch den Vorgefundenen Unmut und die Empörung über die Mieterhöhung. Als aber mehr und mehr deutlich wurde, daß von Seiten der Mieter keine praktischen Schritte erfolgten, bröckelte er langsam ab. Wir mußten sehen, daß die Leute weder zu sich selbst noch zu uns das Vertrauen aufbringen konnten, eine derartige illegale Aktion durchzuführen, die eine direkte Bedrohung ihrer Existenz (mögliche Kündigung der Wohnung) mit sich bringt.

Von da an versuchten wir die Erwartungen ~~an~~ an die Mieter zu reduzieren, nicht mehr Aufforderung zu großen Versammlungen und Demonstrationen mit der Vorstellung des Massenstreiks, sondern wir versuchten in den wenigen Häusern, die positive Reaktion zeigten, die Hausgemeinschaften zu solidarisieren über den Streik (Häuservers. Oranienstr. 30.12.72). Da dieser Versuch beim ersten Mal nur wenig Erfolg hatte, wurde noch einmal ein zweiter Versuch gemacht, mit besseren äußeren Bedingungen, intensiver Vorbereitung, gezielt auf die Oranienstr..

Während dieser Zeit war bereits die Hoffnung auf den Mietstreik ziemlich gesunken und die Agitation wurde dahingehend geändert, Reparaturforderungen durch die Hausgemeinschaften anzuregen, die Gespräche wurden locker geführt, mehr mit der Absicht generell die Situation der Bewohner und ihre Einstellung zu untersuchen, als Material für die langfristige Stadtteilnahme der Gruppe.

Der 2. Versuch hatte zwar wertvolle Nebeneffekte (juristische Kurschulung für unsere Sympatisanten) er hatte aber nicht bewirkt, was beabsichtigt war, nämlich von uns im Rahmen der Mieterkampagne angesprochene Mieter- zu einer aktiven Teilnahme zu bewegen.

Zusammenfassung:

Unsere Linie und die daraus folgenden praktischen Schritte während der Mieterkampagne, waren nicht aufgebaut auf unserer eigenen Einschätzung der Bereitschaft der Bevölkerung und unserer Kräfte, sondern

Ohne einen eigenen klaren politischen Standpunkt erarbeitet zusammen ordneten wir und den Beschlüssen der Mieterversammlung Adalbertstr. unter. Wir übersahen dabei zunächst, daß die beteiligten politischen Gruppen verschiedene politische Ziele verfolgten. Die Erfahrung während der konkreten Arbeit in den Staraßen zwang uns dazu, unsere eigenen Vorstellungen von der Selbstorganisation der Massen zu verändern und den realistischen Bedingungen anzupassen. Dadurch verlor die Kampagne an inhaltlicher Substanz. Das ursprüngliche Ziel Mieterhöhungsverweigerung mußte schrittweise aufgegeben werden, weil das politische Ziel der Gruppe und deren organisatorische Durchsetzung nicht übereinstimmte mit der Bereitschaft der Bevölkerung danach zu handeln. Das Vertrauen in die eigene Stärke durch gemeinsames Handeln konnte in der Bevölkerung nicht erweckt werden, ebensowenig konnten wir uns als Gruppe fester verankern. Positiv an der Kampagne ist, daß wir mit der Untersuchungsarbeit etwas vorangekommen sind und daß es ganz dringend notwendig wurde (wieder einmal) die Frage nach unserem politischen Selbstverständnis zu klären.

AGITATIONSFORMEN

Flugblätter: breite Form, wenig effektiv

Stände: hat sich als sehr wichtiges Agitationsmittel herausgestellt, locker, unverbindlich, die Leute blieben gern stehen, sie sind auf freiwilliger Basis ansprechbar.

Unterschriftenliste: hat nur Sinn, wenn es auf die Unterschrift direkt ankommt, wenn die Zahl entscheidend ist. Wenn es darauf ankommt wer unterschreibt sind die Barrieren und die Angst zu groß daß die Listen mißbraucht werden, daß daraus für einzelne ein Strick gedreht wird, sehr sparsam zu verwenden

Briefe: d.h. Flugblätter bzw. in Kouverts mit Namen und Absender zugeklebt. = sehr effektiv, wird 100 %ig gelesen und ernstgenommen, geht aber nur, wenn der Angeschriebene bereits mit uns in Zusammenhang steht (Hausbesuch oder Versammlung oder Unterschrift)

Hausbesuche: sehr individualistisch, Mieter exponiert sich nicht, daher kann er Verhalten zeigen, für das er sich nicht verantworten muß, das an der Wohnungstür gezeigte Verhalten täuscht sehr, die offene oder öffentliche Umsetzung des Verhaltens kann danach nicht eingeschätzt werden. Es ist leichter zu widersprechen, auch uns

bei Hausbesuchen bekommt. Die Verbindung von Hausbesuch zu öffentlichem Auftreten hat nicht ein einziges Mal geklappt. Zur Erstellung eines Meinungsbildes (direktes Handeln aus geklammert) sind Hausbesuche sehr geeignet.

Demonstration: Für die Bevölkerung nicht das richtige Agitationsmittel, sie fühlen sich als nicht betroffen, weder von der Aufforderung mitzugehen, noch von der Aussage.

Hausversammlung: optimales Mittel, schwierig zu schaffen, höchstens noch im eigenen Haus

große Versammlung: gelingt nur, wenn der Veranstalter ein Begriff ist, sonst kommt keiner.

1. Statistische Angaben:

Naunynstr. hat vorwiegend Unterschriften gesammelt, keine Untersuchungsergebnisse gemacht.

Luckauerstr. hat in erster Linie Stützpunkte gesucht. Wo wohnen die Leute, wo wir wieder hingehen können? Wer der Leute geht weiter durchs Haus? Wie ist das Verhältnis der Leute im Haus untereinander?

Sonst können wir keine weiteren Angaben machen über Familiengröße, Arbeit, spezieller Zustand der Wohnungen, Zusammenhang von Widerstandsbereitschaft und Zustand des Hauses?

2. Allgemeine Einschätzung a der Hausbesuche, b der Mieterversammlung

Die HQ-Hausbesuche haben fast immer Überwindung gekostet, Grund da für war die Reaktion der Leute: Gleichgültigkeit, Resignation und unser Unvermögen sie anzuhören, ihnen erfolgsversprechende, zu realisierende Alternativen zu bieten. Die Resignation der Leute hängt beruht auf der Erfahrung, daß ähnliche Kampagnen bisher immer erfolglos verlaufen sind, die anderen Mieter genauso resigniert sind und ja doch nicht mitmachen.

Für einen Teil der Mieter hat eine Mieterhöhung von 5-30 DM gemessen an den Mieten im MV und Neubauten überhaupt nur eine so geringe Bedeutung, daß sie nicht zur Aktivität bereit waren. Außerdem wußten sie oft nicht, was sie uns einzuschätzen hatten, aus welchem Grund wir überhaupt bei ihnen vor der Tür stehen (das zeigte sich in Äußerungen wie: "Wenn es ihnen hilft, unterorschreibe ich auch.") und waren von daher verunsichert und abweisend.

b. der Mieterversammlung

Resignation und meistlich Angst vor Nachbarn H haben wohl zu der geringen Teilnahme an der Mieterversammlung geführt.

3. Konsequenzen für unsere praktische Weiterarbeit

D.h. wir müßten unter anderem andere Agitationsformen anwenden. Dazu kamen folgende Vorschläge: a.) Unverbindlichere größere Treffen, nicht auf spezielle Häuser bezogen, sondern auf größere Gebiete da Angst vor Nachbarn zu groß.

-In Form von Festen mit Musik und Tanz

-In Form von Informationsveranstaltungen mit Film, Disseris oder Theater zum Mieterproblem

Andere Agitationsformen? Alle überlegen!

b.) Eine andere Möglichkeit der Fortführung unserer praktischen Arbeit ist das kollektive Ausschöpfen von legalen Möglichkeiten bei Häusern in besonders schlechtem Zustand. D.h. wir müßten wo Hausbesuche machen, um dabei herauszubekommen, wo solche Häuser sind und wo sich mehrere Leute zusammen finden würden, um ihre Wohninteressen kollektiv durchzusetzen. Das wäre zunächst kein politischer Kampf, da er sich nur auf die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten beziehen würde, aber er wäre insofern sinnvoll, als die Leute dadurch die sehr wichtige Erfahrung machen würden, daß kollektives Handeln zum Erfolg führt. Unsere Aufgabe wäre es dann, diese Erfahrung weiter zu treiben und das Aufkommen einer Sozialstaatsillusion zu verhindern.

c.) Müßen wir jetzt endlich die Zeitung machen, damit die Leute merken, daß nicht schon wieder eine Kampagne erfolglos in die Sande verlaufen ist, sondern daß die Arbeit weiter geht und daß es spezielle, sie angehende Gründe für das teilweise Scheitern der Kampagne gibt.

Inhalte der Zeitung: Beschreibung und Analyse der Kampagne, Hinweise auf Weiterarbeit.

Den Leuten muß klar werden, daß es an ihnen liegt, ob eine solche Kampagne erfolgreich verläuft oder nicht.

4. Weitere Fragen, die unbedingt zu klären sind.

a. Selbstverständnis

Mit welchem Interesse machen wir Stadtteilarbeit?
Wie vermitteln wir unser Interesse den Leuten?

b. Organisationsfrage

Weterarbeit wie bisher im Plenum und Straßengruppen, die alle Themenbereiche behandeln, und dann Vorschläge und Thesen ins Plenum einbringen
Neuzuzukommende werden gleich auch in die Straßengruppen integriert
-Keine Auffanggruppe

c. Sanierungsproblem

-Wirtschaftliche Hintergründe der Flächenanierung
-Zusammenhang der Sanierung und Unterdrückung der Bevölkerung
-Perspektive der Leute im Stadtteil
Wofür treten wir ein:Renovierung (schon zu spät? Häuser schon zu verfallen?)
Literatur zum Sanierungsproblem:Sanierung für wen?
Weitere Vorschläge der ehemaligen Sanierungsgruppe.
Falls es zu viel gibt, muß doch arbeitsteilig gearbeitet werden.
Einzelne Arbeitsgruppen arbeiten spezielles Papier durch und bringen es dann ins Plenum ein

Um genauere Informationen über Perspektive der Leute in Kreuzberg, ihre Probleme überhaupt zu erhalten, sollte Kontakt zu R& Betriebsgruppen aufgenommen werden, da auch in Betrieb über solche paar Probleme gesprochen wird.

T i n a

4

Mieterversammlung
am Samstag, 20.1.73 in Laden

auf der Versammlung waren insgesamt 70 Leute, davon 71 Mieter,
die auf unsere Einladung erschienen waren.

Das Ganze war weniger eine "Mieterversammlung", sondern ein
Beitrag von den Anwesenden an Rechtsanwalt Loch:
diese Informationen kamen raus:

in Berlin gilt bis jetzt noch der schwarze Kreis, d.h. Mieter-
schutz und Mietpreisbindung. Der Hausbesitzer darf die Miete nur
erhöhen, wenn

a) er wertverbessernde Reparaturen oder Umbauten vornimmt.

Das sind z.B.: Einbau eines Badezimmers, gemeinschaftliche Fernseh-
antenne, Einbau eines Aufzugs. Selbst die Verbesserung einer
überlasteten Steigleitung gilt als wertverbessernd. Begründung:
Mehrbelastung der elektrischen Leitungen bedeutet eine Erhöhung
des Lebensstandards!

Die Kosten darf der Hausbesitzer auf die Miete umlegen. 14% pro
Jahr, so daß er nach 7 - 8 Jahren die Kosten zurückerwirtschaftet
hat und sein Profit beginnt.

b) die Mieterhöhung gesetzlich beschlossen (zugestanden) wird,
wie jetzt bei den 15%. Die gesetzliche Mieterhöhung soll das
Risiko des Hausbesitzers aufwiegen. (Wenn die Erhöhung der
laufenden Kosten wird, dann schon auf die Mieten aufgeschla-
gen. Mit der Erhöhung der laufenden Kosten können die 15% also
nicht begründet werden!) Die Hausbesitzer haustern also nicht
nicht nur die Mieten ein, sondern werden dabei auch noch vom
Staat geschützt.

Die 15% sind von der Grundmiete 1959 zu berechnen. Für Sanierung
shäuser keine besondere Regelung.

Möglichkeiten der Mieter, sich gegen die Hausbesitzer zu wehren:
nach dem Gesetz kann ein Mieter sich gegen die zwei oben genannten
Formen der Mieterhöhung direkt nicht wehren. Er kann aber

a) eine Mietminderung beantragen

b) entscheidende Mängel selbst reparieren lassen und die Kosten
dafür von der Miete abziehen.

Der Hausbesitzer ist nämlich verpflichtet, sein Haus so in Ordnung
zu halten, daß es

- den Auflagen der Bauaufsichtsbehörde entspricht

- die Behaltbarkeit nicht beeinträchtigt wird.

zur Mietminderung :

es gibt ein gesetz zur mietminderung. nach dem krieg wurden listen mit schäden an und in häusern aufgestellt, die zur beantragung einer mietminderung berechtigen. prozentuale beeinträchtigung der bewohnbarkeit → prozentuale minderung. diese listen gelten noch jetzt.

im preissatz für mieten (beim bezirksamt, abteilung wohnungswesen) kann man die gesetzliche höhe seiner miete ausrechnen lassen. sie sind dort von orts wegen zu einer auskunft verpflichtet, auuert aber etwa ein 5/4 jahr. die grundlagen der miete können vom vermietet angefordert werden.

man muß die minderung per einschreiben ankündigen und befristen. werden die schäden, die die bewohnbarkeit ausserordentlich beeinträchtigen, vom hausesitzer behoben, ist die minderung nicht mehr rechtskräftig. minderung gilt erst ab dem übernächsten monat nach ^{Ankündigung} ankündigung. wenn die bauaufsichtsbehörde im haus etwas zu beanstanden hat, muß die behörde dafür sorgen, daß die mängel aufgehoben werden. sie wird erst den hausesitzer mahnen, wenn der nichts tut, kann sie selbst (auf kosten des eigentümers) die handwerker kommen lassen.

zu reparaturen auf kosten des vermieteters :

per einschreiben den hausbesitzer zur beseitigung der schäden auffordern ; ihm dazu eine frist setzen und ankündigen, man werde nach ablauf der frist eigenmächtig reparieren lassen und die kosten von der übernächsten monatsmiete abziehen.

man kann jeweils bis zur hälfte der monatsmiete abziehen, bei höheren kosten muß man also auf mehrere monate verteilen.

zu diesem vorgehen berechtigen mehr schäden als im zu einer mietminderung.

gibt es in einem haus schäden, die nicht nur einzelne wohnungen betreffen, kann man das abziehen von der miete auf alle mieten im haus umlegen. der hausesitzer ist z.b. verpflichtet, das treppenhaus sauber zu halten. wird das nicht erledigt (oder ist z.b. auch niemand da, der die kleinen reparaturen macht), können die mieter jemanden dazu anstellen und von den mietabstreichungen bezahlen.

gemeinsame briefe an den hausbesitzer

können die mieter schreiben, wenn sie - im fall einer minderung - ausgekriegt haben, dass die miete pro qm im ganzen haus zu hoch ist oder wenn allgemeine (alle betreffende) schäden da sind.

bei den sachen in vereinzelt wohnungen können die anderen mieter zur unterstützung mit unterschreiben.

in fest allen mietverträgen stehen ungesetzliche klauseln, die verpflichten, eine minderung zu besorgen oder ähnliches !! davon braucht man sich nicht einschüchtern zu lassen. gültig ist das allgemeine mietrecht !

was passiert, wenn man nun einfach die 15% verweigert ?

wenn man es ohne ankündigung und begründung tut, bekommt man sofort einen zahlungsbefehl und muß später noch zusätzlich die prozesskosten bezahlen.

der hausbesitzer ist in jedem fall - egal, ob man miete bezahlt oder nicht - verpflichtet, schäden, die die bewohnbarkeit beeinflussen, zu beheben. man kann also die schäden im haus und die 15% mieternhöhung beim praktischen vorgehen gegen den hausbesitzer nicht unter einem hut bringen ! die 15% sind vielleicht ein anlass mehr für die ~~leute~~ leute, zumindest das ihnen gesetzliche zuständigkeit zu forcieren. auch in der agitation sind sie mit den schäden in zusammenhang zu bringen.

der im praktischen kampf sind das zwei verschiedene paar schuh ! : der kampf gegen die schlimmsten schäden ist legal und kann deshalb nur in einem beschränkten rahmen geführt werden !

der kampf gegen die mieternhöhung ist illegal, er geht gegen entwöhnung, das privateigentum an grund und boden erhaltende gesetze !

gewerberäume : kein schwarzer kreis und kein mieterschutz. mieten jederzeit und beliebig erhöhbar. etage oder laden wird zum gewerberaum, wenn bauliche ausstattung "gewertemäßig" ist. dafür gibt bestimmte kriterien. teilgewerblich: mindestens 1/3 offiziell als wohnraum vermietet. bei gewerberäumen, die schon sehr lange bewohnt werden, aber immer noch als gewerberaum vermietet (d.h. zu hohen preisen), kann man versuchen, ob man nachweisen kann, daß die sache schon zu einer wohnung geworden ist. man muß von ort wegen den gewerberaum als wohnung festlegen lassen. zuständig ist das amt für mietpreisbindung.

KREUZBERGER MIETER WEHREN SICH GEGEN MIETERHÖHUNG !

Ab 1. 1. 73 sollen wir 15% mehr Miete bezahlen für unsere Altbauwohnungen. Das Gesetz zur Mieterhöhung wurde vom Abgeordnetenhaus und seinem SPD-Senat einstimmig gefaßt. Begründung: Die Reparaturkosten seien gestiegen und deshalb sei die Mieterhöhung berechtigt. Aber wir alle wissen, daß die Reparaturen, die die Hausbesitzer machen lassen, mehr als spärlich sind und die Mieter meist noch dafür bezahlen müssen. Was haben sie denn von unserer bisherigen Miete für Reparaturen verwendet?

Nein! Um Reparaturen gehts denen gar nicht.

Was uns erwartet ist eine Mieterhöhung, die nur in die Taschen der Hausbesitzer geht. Betroffen sind hauptsächlich Rentner, Arbeiterfamilien (besonders kinderreiche) und Ausländer.

In den letzten Wochen wurden deshalb 2 Mieterversammlungen in die Stadtbücherei in der Adalbertstraße einberufen. Über hundert Mieter waren jeweils da. Man hatte es satt nur über Mieterhöhungen zu murren, aber nichts dagegen zu tun.

Die erste Versammlung war von den Jusos einberufen. Diese hatten aber nichts gegen die Mieterhöhung, mit Ausnahme in den Sanierungsgebieten, und wollten den Senat bitten, Reparaturen an den Häusern vornehmen zu lassen. Wir Mieter waren anderer Meinung: **WEG MIT DER MIETERHÖHUNG! REPARATUREN VON DER JETZIGEN MIETE!** Nun meinte der Juso-sprecher: "Wir können hier nicht alles durchgehen lassen", und seither waren die Jusos nicht mehr zu sehen. Daraufhin nahmen die Mieter die Sache selbst in die Hand.

Was wurde nun geplant?

1. Unsere vordringliche Aufgabe ist schlicht, daß wir mehr werden. Über hundert Mieter auf der zweiten Versammlung sind schon eine ganze Menge, reichen aber noch lange nicht aus. Deshalb haben sich 10 Straßengruppen gebildet, die mit diesem Aufruf in die Häuser gehn und alle Mieter auffordern mit Hand anzulegen, um den Mietwucher zurückzuschlagen. Weiter werden in der nächsten Zeit von den Straßengruppen Informationsstände aufgebaut werden, um möglichst alle Bewohner Kreuzbergs zu erreichen. Die Straßengruppen werden auch in ihren Straßen kleine Veranstaltungen machen.

2. In einem solchen Kampf, wie gegen den Mietwucher, kommen wir ohne Rechtsberatung nicht aus. Wer von uns kennt sich denn aus

in dem Gesetzesdschungel? Rechtsanwälte können uns wertvolle Hilfe geben. Folgende Sprechstunde steht allen zur Verfügung:

Donnerstags, 36 Kohlfurterstraße 2, 17 - 19 Uhr

3. Wir werden unsere bisherige Miete auf ein gemeinsames Konto bezahlen (notarielle Verwaltung), also keine Mieterhöhung.

Wir bezahlen die normale Miete und keiner kann kommen und sagen, wir seien zahlungsunwillig und uns mit diesem "Argument" auf die Straße setzen.

Unsere Miete wird dann von dem gemeinsamen Konto an die Hausbegeh. (Ob sofort, oder erst nachdem die Mieterhöhung zurückgenommen ist, darüber beraten wir noch.)

Ein gemeinsames Konto brauchen wir deshalb, damit jeder von uns weiß, wieviele mitmachen, damit jeder sich selbst überzeugen kann, daß er nicht allein die Mieterhöhung verweigert!

Wie kann man mitarbeiten?

Jeder von uns kann Hausbesuche machen, zumindest seine Nachbarschaft aufsuchen. Es würde ist keiner von der Arbeit, als daß er nicht abends noch 1 - 2 Stunden in die Häuser gehen könnte, um die Nachbarn ebenfalls zu überzeugen, gegen den Mietwucher anzugehen.

Vor allem unsere Rentner haben hier Gelegenheit sich einzusetzen! Sie können nämlich auch tagsüber losmarschieren.

Daß an den Informationsständen jeder stehen kann, ist auch klar.

Wer wüßte nicht Bescheid über die Wohnungssituation in Kreuzberg?

Um den Widerstand gegen die 15% ige Mieterhöhung zu verstärken, wird jeder gebraucht!

UNSERE NÄCHSTE VERSAMMLUNG FINDET STATT AM SONNABEND, DEN 9. 12., STADTBÜCHEREI IN DER ADALBERTSTRASSE (U-BAHN, KOTTB. TOR) 16 UHR

Im folgenden die Kontaktadressen einzelner Straßengruppen, an die sich ebenfalls jeder wenden kann:

Kohlfurterstraße 2, Montags 19 Uhr, 6916860 // 6187837
Eisenbahnstraße 16, Montags u. Donnerstags 19 Uhr (Parterre rechts)
"Kokseck", Wrangelstr./Skalitzerstr., Mi 17 Uhr
Dresdenerstr. 118 (Leden) Mi 19 Uhr, 6184538
Bauernstübchen, Yorkstr./Großbeerenstr. Mo 19 Uhr

Impressum: Ausschuß der Mieterversammlung, Dresdenerstr. 118, telefonisch erreichbar unter 618 83 78 (Keck)

Der Mieterausschuss Kreuzberg informiert: **WEG MIT DER MIETERNOHUNG!**

Im letzten Jahr hat der Senat tief in unsere Taschen gegriffen: BEWAG, GASAG, Post, Telefon und BVG-Tarife wurden erhöht. Zum 1. Januar sollen die ADK Beiträge erhöht werden. AB 1.1.73 DÜRFEN DIE HAUSBESITZER DIE ALTBAUMIETEN UM 15% ERHÖHEN! Dann auf Betreiben der Hausbesitzer hat der Bonner Bundestag mit Billigung der westberliner Abgeordneten ein Gesetz dazu erlassen. Der SPD-Senat, selbst einer der größten Hausbesitzer Westberlins, begründet diese Mieterhöhung mit den ständig steigenden Reparaturkosten.

Ein Mieter aus der Adalbertstraße berichtete demgegenüber:

"Bei uns im Haus ist schon seit 15 Jahren nichts mehr gemacht worden, die alten Steigleitungen reichen nicht mehr aus, die Wasserrohre sind verkalkt und brechen bei jedem Frosteinbruch, das Treppenhaus ist völlig verrottet und die Fenster sind undicht.

So sieht es in den Nachbarhäusern auch überall aus. Ich sehe überhaupt nicht ein, wofür ich mehr Miete zahlen soll!"

So wie in Kreuzberg sieht es in den meisten Altbauten in Wedding, Moabit, Neukölln, Schöneberg und Spandau aus. Da wird einem klar: Der Senat steht auf Seiten der Hausbesitzer und wirtschaftet noch in seine eigene Tasche.

Dagegen wehren sich die Kreuzberger Mieter!

Bisher haben schon drei Mieterversammlungen in der Stadtbibliothek in der Adalbertstraße stattgefunden. Dort wurden Straßengruppen gebildet, die Hausbesuche gemacht haben. Viele Kreuzberger Mieter haben durch ihre Unterschrift bestätigt, daß sie nicht gewillt sind, die Mieterhöhung hinzunehmen.

Viele Kreuzberger haben uns aber auch gefragt:

Was kann man gegen die Mieterhöhung tun?

Dazu haben wir auf der Mieterversammlung gesagt:

Wenn wir versuchen, uns einzeln zu wehren, dann werden wir nichts erreichen, außer daß wir auf die Straße fliegen. Wenn es aber viele sind, die gemeinsam die Mieterhöhung nicht zahlen, sind die Hausbesitzer und ihr Senat machtlos! Die können es sich nicht erlauben, z.B. zwei bis dreitausend Familien auf die Straße zu setzen.

Eine weitere häufig gestellte Frage ist:

Werden meine Nachbarn mitmachen?

Ich wäre ja bereit, aber die anderen Mieter im Hause nicht!"

Dazu sagen wir:

Die Tatsache, daß es gelungen ist, in so kurzer Zeit Straßengruppen zu bilden, die in die Häuser gehen, daß es gelungen ist, Mieterversammlungen durchzuführen, zu denen 200 bis 300 Mieter gekommen sind, zeigt doch, daß eine große Bereitschaft vorhanden ist, gemeinsam gegen die Mieterhöhung zu kämpfen.



Ab sofort werden die Straßengruppen mit einer Unterschriftensammlung beginnen, womit die Mieter ihre Absicht erklären, die geforderte Mieterhöhung nicht zu zahlen, die alte Miete aber regelmäßig zu überweisen. Diese Listen kann jeder einsehen, und kann so sehen, ob seine Nachbarn schon mitmachen und wieviele Kreuzberger Bürger schon dabei sind.

WAS PASSIERT WENN WIR WEITER DIE ALTE MIETE ZAHLEN UND UNS WEIGERN DIE ERHÖHUNG DAZU ZUZAHLEN?

Zunächst passiert überhaupt nichts! Nach dem geltenden Mieterschutzgesetz kann ein Mieter erst rausgeschmissen werden, wenn der Mietrückstand mehr als eine volle Monatsmiete beträgt. Das wurde auf der letzten Mieterversammlung von einem Rechtsanwalt dargelegt. Wir behalten also nicht die ganze Miete ein, sondern nur die 15% Erhöhung.

Das bedeutet: Wir können zunächst einmal ein halbes Jahr lang die alte Miete weiter zahlen, ohne auf die Straße zu fliegen. Das Eine aber muß uns klar sein: Dieses Gesetz wird uns auf die Dauer nicht schützen. Nur wenn wir die breite Solidarität der Mieter in ganz Westberlin herstellen, nur wenn wir uns gemeinsam fest zusammenschließen, dann wird es uns gelingen den Hausbesitzern und ihrem Senat die Stirn zu bieten!

Das Maß ist voll!

Am kommenden Sonnabend, den 16.12., wird demonstriert! Wir treffen uns um 14 Uhr am Kottbuser Tor/Ecke Reichenbergerstraße und ziehen zum Hermannplatz. Dort findet eine Protestkundgebung statt mit vielen Informationsständen aus den Stadtteilen, mit Straßentheater und Film!

**WEG MIT DER MIETERHÖHUNG
AM 1.1.1973!**

KEINEN PFENNIG MEHR ALS BISHER!

**ORGANISIERT EUCH IN
MIETERAUSSCHUSS KREUZBERG!**

ACHTUNG



SPEKULANTEN
AN DER
ARBEIT

Wie Sie wissen, steht Ihr Haus auf dem Freimachungsprogramm der Sanierungsplaner vom Senat. Viele betroffene Mieter denken jetzt:

Nichts wie raus und eine neue Wohnung suchen, ehe der Bulldozer vor der Tür steht!

Dadurch handeln sie sich aber meistens eine Wohnung ein, die mindestens doppelt so teuer wie die alte ist und oftmals in Buckow, Rudow oder anderen Stadtrandgebieten liegt. Damit räumen sie das Feld für "gemeinnützige", sprich gewinnstüchtige Wohnungsunternehmen. Diese wollen die Mieter vertreiben und selbst gut erhaltene Häuser abreißen, um aus dem Wohngebiet Kreuzberg einen Rummelplatz für geldgierige Spekulanten, Geschäftsleute und Hausbesitzer zu machen.

WOLLEN WIR UNS DAS GEFALLEN LASSEN ?

WOLLEN SIE NICHT LIEBER IN IHRER ALTEN KREUZBERGER WOHNUNG BLEIBEN, WENN DIESE MODERNISIERT WIRD (BAD, ZENTRALHEIZUNG, MODERNE KÜCHE, NEUE FENSTER UND TÜREN) ?

Das kann man aber nur gegen den Widerstand der Senatsplaner und Wohnungsunternehmen erreichen. Und das ist möglich:

Schon die Angst vor einer drohenden Haussetzung brachte das Bezirksamt Kreuzberg zu dem Beschluß, die Häuser Segitzdamm 54, 56 und 58, die sehr gut erhalten sind, aber schon leerstehen, zu renovieren.

So eine Modernisierung ist billiger und geht schneller als Abriß und Neubau. Allein die 150 000 DM, die es kostet, ein Haus mit 20 Wohnungen in ein Ruinengrundstück zu verwandeln, reichen für eine Modernisierung fast schon aus.

Mieter, die gegen die Zerstörung guter und billiger Wohnungen und gegen ihre Vertreibung in die Stadtrandgebiete eintreten, und die für die Modernisierung ihrer alten Wohnungen kämpfen wollen, werden von der Stadtteilgruppe Kreuzberg unterstützt.

In den nächsten Tagen kommen wir vorbei, um mit Ihnen über diese Dinge zu sprechen.

Sie können uns auch besuchen:
Jeden Donnerstag 17 - 19 Uhr im Laden
in der Kohlfurter Str. 2 (Mieterberatung)

K STADTTEILGRUPPE
KREUZBERG
Kottbusser Damm 76
Kohlfurter Str. 2
691 68 60



Ein Fest für uns alle!

mit Malstand, Sackhüpfen, Rollerrennen,
Seilspringen, Bier, Brause, Musik, Filme,
Informationen über Kindergruppen,
Jugendzentren, Mietfragen und vieles
Andere



Am 1. Mai ab 14⁰⁰ im
Park zwischen Erkelenz-
damm und Segitzdamm
(am Oranienplatz)

verantwortlich: Neue Kreuzberger Kindergruppe
Till Eulenspiegel Kette
Stadtteilgruppe Kohlfurterstr.

LEUTE, LASST EUCH NICHT BETRÜGEN, DIE GSW VERSUCHT'S MIT LÜGEN!

Anfang März bekamen viele Mieter im Sanierungsblock Admiralstr., Kohlfurter Str. und Kottbusser Str. ein Schreiben der GSW, in dem die Räumung der Häuser angekündigt wird. Deutsche und ausländische Mieter erhielten Schreiben mit unterschiedlichem Inhalt. Aber in einem Punkt sind sie gleich:

SIE ZEIGEN DIE ABSICHT DER GSW, DIE MIETER IRREZUFÜHREN UND SIE UNTER DRUCK ZU SETZEN!

1 Jeder Mieter einer Altbauwohnung, auch im Sanierungsgebiet, hat in Berlin uneingeschränkten Mieterschutz. Das heißt: Kein Hausbesitzer kann ihm kündigen.

WAS MACHT DIE GSW DARAUS?

Den ausländischen Mietern kündigt sie zum 30. Juni 1974!

2 Die Sanierungsgesellschaften sind gesetzlich verpflichtet, jedem Mieter Ersatzwohnraum nachzuweisen, der in Miethöhe, Größe und Lage den Bedürfnissen des Mieters entspricht.

WAS MACHT DIE GSW AUS DIESEM RECHT?

Den ausländischen Mietern sagt sie, sie sollten sich selber eine Wohnung suchen.

3 Jeder Mieter hat einen Anspruch auf Erstattung der Umzugskosten und auf Entschädigung für die Gegenstände, die er in die neue Wohnung nicht mitnehmen kann.

DIE GSW MACHT ES SICH BILLIGER:

Den ausländischen Mietern werden diese Rechte verschwiegen.

4 Keine Sanierungsgesellschaft kann selber Mietverträge in Sanierungshäusern aufheben. Das kann nur das Bezirksamt. Dabei muß bis zum Auszugstermin mindestens eine Frist von 6 Monaten eingehalten werden und angemessener Ersatzwohnraum nachgewiesen sein.

WAS BEHAUPTET DIE GSW?

Obwohl sie nicht in der Lage ist, die Mietverhältnisse aufzuheben, tut sie so, als ob ihre Schreiben an die deutschen und ausländischen Mieter wirksame Entmietungsschreiben seien. Die GSW versucht, die Mieter zu

täuschen, damit sie aus Angst davor auf der Straße zu sitzen, freiwillig ausziehen, ohne ihre Rechte in Anspruch zu nehmen.

Die GSW ist nicht irgendein beliebiger Hauseigentümer. Sie gehört zu 96 % dem Senat. Wenn die GSW also

- die Mieter im Sanierungsgebiet Kreuzberg bewußt irreführt,
- die ausländischen Mieter wieder einmal als Menschen zweiter Klasse behandelt,
- den Mietern die Folgen einer Sanierung aufbürdet, die allein den Bauunternehmern, Wohnungskonzernen und Banken nutzt,

so ist auch daran zu 96 % die SPD beteiligt.



Laßt Euch nicht einzeln in der GSW-Baracke auf dem Wassertorplatz das Fell über die Ohren ziehen! Schließt Euch zusammen, wie es schon Mieter in der Wrangelstraße, Besselstraße und Admiralstraße mit Erfolg getan haben. Laßt Euch nicht einschüchtern, informiert Euch gegenseitig!

KOMMT ZUR MIETERBERATUNG DER STADTTEILGRUPPE KREUZBERG, DAMIT BESONDERS ÜBLE MACHENSCHAFTEN DER GSW BEKANNT WERDEN!



MIETERBERATUNG
jeden Donnerstag 17-19
Uhr, Laden Kohlfurter
Straße 2

DİKKAT ! ALDANMAYIN !

GSW SİZLERİ DOLANDIRIYOR !

Mart ayı başında, İskân bölgesinde Admiralstr., Kohlfurter Str., ve Kottbusser Str. deki evlerde oturan birçok kiracılar GSW kuruluşu yani (İmar ve İskân kooperatifi) tarafından evleri boşaltmalarını bildiren birer yazı almışlardır. Alman ve yabancı uyruklu kiracılara gelen bu yazıların muhteviyatı birbirinden çok farklıdır. Sadece GSW'nin kiracıları şaşkına çevirip aldatmak ve baskı altına almak amacını gösteren nokta her iki tarafa gelen mektuplarda aynıdır.

I Berlin'de, ahşap evlerde ve iskan bölgelerindeki evlerde oturan her kiracının kısıtlanmamış bir kiracılık hakkı vardır. Bu demektir ki: Hiç bir ev sahibi kiracıyı dışarı atamaz. Bu kanuna rağmen GSW ne yapıyor? Yabancı uyruklu kiracılara 30. Temmuz 1974 tarihinde evlerini boşaltmalarını emrediyor!

II İmar ve İskân kooperatifleri her kiracıya, kira yüksekliği, yeri ve büyüklüğü bakımından kiracının imkanlarına uygun olan bir ev göstermeye kanunen mecburdur. GSW ne yapıyor? Yabancı uyruklu kiracıların ev bulmada kendi başlarının çaresine bakmalarını bildiriyor.

III Her kiracının, taşınma masrafları ve taşınacağı eve götürüp de kullanılmıyacağı eşyalar için zarar talep etmeye hakları vardır. GSW bu işi ucuza çıkarmak istiyor ve yabancı uyruklu kiracılara bu haktan hiç bir şekilde bahsetmiyor.

IV Hiçbir İmar ve İskân kooperatifi kira kontratını bozamaz. Bu bölge müdürlüğünün işidir. Bu da ancak bildirilecek çıkış gününden en az 6 ay önce kiracıya haber verilirse ve ayrıca yedek mesken gösterilirse mümkündür.

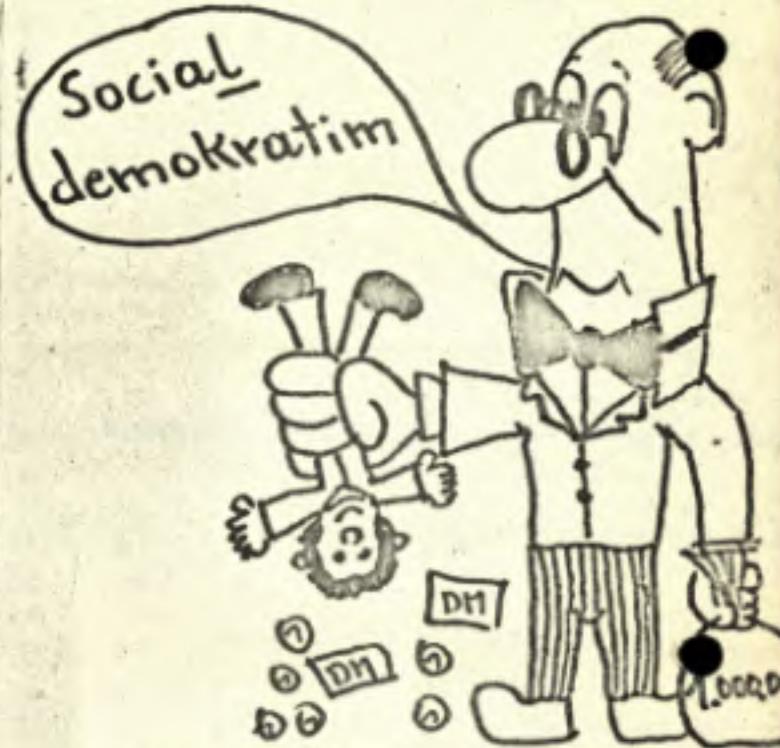
GSW ne diyor?
GSW kontrat bozmaya hakkı olmadığı halde Alman ve yabancı uyruklulara gönderdiği yazılar, sanki 6 ay önce yollaması lazım gelen yazı imiş gibi göstererek, kiracıları aldatmaya çalışıyor ki sokakta kalmak korkusundan haklarından vazgeçsinler diye.

GSW kuruluşu bildiğimiz gibi bir ev sahibi değildir. Yüzde 96 sı Senatoya aittir.

Öyleyse:

- Eger Kreuzber'deki iskan mahallelerinde kiracılar aldatılırsa,
- Yabancı uyruklu kiracılara ikinci sınıf insan muamelesi yapılırsa,
- Sadece inşaat firmalarının, mesken şirketlerinin ve bankaların fayda sağladığı bu iskan işinin bütün zorlukları kiracılara çektilirirse.

Yüzde 96 SPD bu durumdan mesuldür.



Wassertorplatz'daki GSW barakalarında sizi sömürmelerine razı olmayın. Wrangelstr., Besselstr. ve Admiralstr. deki kiracıların yaptığı gibi, bir evde oturan bütün komşular biraraya gelin, bildiklerinizden komşularınızı haberdar edin, yılmayın. Bölge - kiracı - toplantılarına gelin ki daha bilinmeyen diğer bulanık işler de meydana çıksın.



Kiracılar toplantısı
Perşembe günü saat
17.00 ile 19.00
arasında
Kohlfurter Str. 2
no'lu dukkanda.

AN ALLE MITTEN DES HAUSES

KIRACILARIMA

1974 sollen wir

vertrieben werden!

1974 de Biz evlerimiz den
çikmaz zorundayiz

çünkü yıkilacatir!

In Kreuzberg sollen 16.000 billige
Wohnungen zerstört werden. Dafür
werden Warenhäuser, Fabriken, Auto-
bahnen und 7.250 teure Neubau-
wohnungen gebaut. So planen
es der SPD-Senat und reiche
Unternehmer.

Kreuzbergede 16.000 -ev olmak
zorundadir. Bunun yerine Kaufhaus,
Fabrika, Autobahn ve 7250 yeni
pahalı evler yapılacak. SPD-
Senatosu ve zengin Fabrika-
törler bunu böyle
istiyorlar.



Das bedeutet:

Entweder werden wir in teure Neu-
bauwohnungen am Stadtrand vertrie-
ben
oder alle halbe Jahr von einem
Abrißhaus ins andere.

Wir wollen das nicht!

Wir wollen, daß die Häuser stehen-
bleiben und renoviert werden; oder
daß wir eine gute, billige Wohnung
auf lange Zeit in der Innenstadt
bekommen.

Allein schaffen wir das nicht. Des-
halb müssen wir uns zusammenschlie-
ßen.

Wir treffen uns amUhr,

Demektirki:

Evler yıkıldıktan sonra mecburen
biz isimizden uzak yerlerde
olan yeni evlerde kalmalıyız
ve yabutta her 6 ayda bir ev
değişmeliyiz.

Biz eglerim viki l-
monistasiyoruz!

Tamir edilmesini veyahutta isi-
mine yakin ve devamlı kalabilme-
me için iyi ve ucuz bir ev
istiyoruz 'ki devamlı kalabilo-
lim.

Bunu biz yalnız yapamayız için
mechur beraberce kararlaptarmalı-
yiz.

Bulusma günü saat....

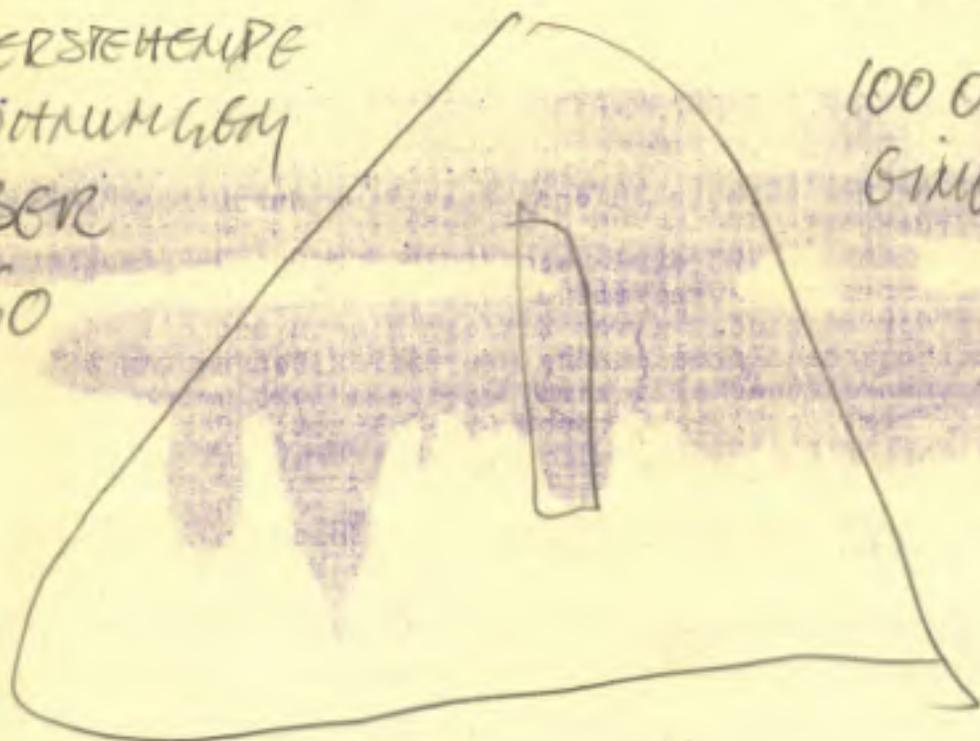
WAR SUCHT
GILT WOHNUMMUNG ?
ACHTUNG!

SPEKULANTEN
AM DER ARBEIT

SAMIERUNG =
ZERSTÖRUNG BILLIGER
WOHNUNGEN

LEERSTEHENDE
WOHNUNGEN
ÜBER
60

100 000 - SUCHTEN
GILT WOHNUNG ●





KREUZBERGER FAMILIEN BESETZTEN HÄUSER

Diese besterhaltensten Häuser in herrlicher Wohnlage stehen seit 1970/71 fast leer.

Während diese Häuser vergammeln, streiten sich Wohngesellschaften und die Gelehrten des Senats, wie sie am meisten Geld aus dieser Geschichte machen können.

Indessen leben tausende von Kreuzberger Familien in menschenunwürdigen Wohnverhältnissen, z.B. vier Personen leben auf 16 M², ohne eigene Toilette, geschweige denn Bad, in sogenannten Obdachlosen-Asylen.

Diese Situation können wir nicht länger ertragen: Seit einigen Jahren bekommen wir statt schöne Wohnungen von der SPD nur schöne Versprechungen:

"Es ist darauf zu achten, daß Abrisshäuser, die unvermeidlich über längere Zeit leer oder auch nur teilweise leer stehen, nach den vorhandenen Möglichkeiten einer sinnvollen sozialen Nutzung zugänglich gemacht werden. Bei einer solchen sozialen Nutzung sollten nur die wirklich entstehenden Bewirtschaftungskosten (Wassergeld, Müllabfuhr etc.) als Miete angesetzt werden."

(Aus dem Kommunalpolitischen Programm der SPD Kreuzberg)

Papier ist geduldig, getan wird jedoch nichts!!!

Weil der Senat uns nicht hilft, helfen wir uns jetzt selbst!
Wir haben heute, Sonnabend den 30. Juni 1973 um 12 Uhr die Häuser am Segitzdamm Nr. 54, 56, 58 b e s e t z t !!

Unterstützt uns, kommt zu den Häusern, wir brauchen Essen, Möbel, Geld u.s.w.

RUNDSCHREIBEN AN DIE MITGLIEDER FOLGENDER GRUPPEN:

KINDERGRUPPEN: florian
pippin
eulenspiegel-
-kette
kreuzberg-nord
neue kreuzb.
kindergr.
skalitzerstr.
reichenberger
ekg 13

BETRIFFT : BETHANIEN-
kampagne
aufforderung zum regel-
mäßigen, verbindlichen
TREFFEN

stadtteilgruppe kohlfurtherstr.
dresdenerstr.
georg-von-rauch haus.
jugendzentrum

Am letzten freitag sind vertreter von nur 3 gruppen erschienen. Es ist unmöglich so eine kampagne zu führen!

Wir fordern deswegen alle oben aufgeführten gruppen auf, mind. 1 oder 2 vertreter zu einem regelmäßigen treffen zu schicken.

Als nächsten treff haben wir erst einmal kommenden FREITAG 18 uhr im georg - von - rauch haus festgelegt.

Ob dieser termin weiter beibehalten wird, kann dann besprochen werden.

(wenn ihr jedoch nicht an der kampagne teilnehmen wollt oder könnt, gebt wenigstens bescheid und erläutert eure gründe)

LEUTE! NICHT LOOFT WENN NICHT ALLE VERBINDLICH MITMACHEN
-dann kriegen die künstler und die ämter sicherlich die räume.

VORSCHLAG FÜR KOMMENDEN FREITAG: 1) erarbeitung eines gegenplanes zum senatsplan

2) planung der kampagne -gemeinsame aktionen

BISHER GENANNT FORDERUNGEN:

1. kleinstheime
2. öffentliche bäder
3. " küche
4. aule für theater, versammlungen, filmveranst.
5. südflügel für die kindergruppen
6. türkenbibliothek
7. abenteuerspielplatz.

*nur gemeinsam
sind wir stark!*

Rauch-Haus / Jugendzentrum
Mietgruppe
Neukreuzberger Kindergr.
Dresdenerstr.

Kreuzberg gehört uns

INFORMATION DER STRASSENGRUPPEN

Die Straßengruppen des Mieterausschusses aus der Adalbertstraße, die sich im Laden Dresdnerstraße 118 treffen, haben in den letzten 5 Wochen folgende Straßen besucht: Sebastianstr., Dresdnerstr., Legiendamm, Leuschnerdamm, Adalbertstr., Waldemarstr., Naunynstr. und die Oranienstraße, Luckauerstraße.

Wir haben mehrfach die Mieter in den Häusern besucht, Flugblätter in die Briefkästen gesteckt und an zwei Wochenenden Informationsstände am Heinrichplatz und am Kottbusser Tor aufgestellt.

Für den 16. Dezember haben alle Straßengruppen eine große Demonstration gegen die Mieterhöhung vorbereitet, zu der etwa 2 000 Kreuzberger und Jugendliche aus anderen Stadtteilen Berlins gekommen sind.

Die Berliner Presse konnte nicht umhin, von dieser Demonstration gegen die Mieterhöhung von Senat und Hausbesitzer zu berichten, da die Demonstration die echte Empörung der Bevölkerung gegen Mietwucher ausdrückte.

Was haben wir erfahren

Alle Mieter sind eindeutig gegen die Mieterhöhung.

Fast alle Häuser sind in schlechtem Zustand.

In der Adalbertstr. 14 z.B. ist seit 6 Jahren keine Reparatur mehr gemacht worden. Die Fenster schließen schlecht. Die Wohnungen haben ganz dünne hellhörige Zwischenwände. Fragt man die Hausbesitzerin nach Reparaturen gibt sie verwirrende Antworten wie: "Streichen Sie doch die Fenster, wenn sie nicht schließen."

Ähnliches haben uns die Mieter über fast jedes Haus in allen Straßen erzählt.

Für diese schlechten Wohnungen sollen die Mieter volle 15 % mehr Miete zahlen.

Aber in einigen Häusern sind die Mieter bereit, die Mieterhöhung zu verweigern. Das gilt für ein Haus in der Adalbertstr., in der Luckauerstr. und vier Häuser in der Oranienstr. Alle anderen Mieter, die verweigern wollen sind noch vereinzelt in ihren Häusern.

Auch wenn wir noch wenige sind, werfen wir die Flinte nicht ins Korn! Wir machen weiter!!

Wie sieht das aus

In den Häusern, in denen evtl. verweigert wird, werden die Mieter Hausversammlungen durchführen. Das ist der erste Schritt zum gemeinsamen Handeln!

Wir informieren weiter, wir treffen uns jeden Mittwoch 19 Uhr im Laden Dresdnerstr. 118.

Straßengruppe Dresdner Str.
(Mieterausschuß Kreuzberg)

Kreuzberg gehört UNS

INFORMATION DER STRASSENGRUPPEN

Die Straßengruppen des Mieterausschusses aus der Adalbertstraße, die sich im Laden Dresdnerstraße 118 treffen, haben in den letzten 5 Wochen folgende Straßen besucht: Sebastianstr., Dresdnerstr., Legiendamm, Leuschnerdamm, Adalbertstr., Waldemarstr., Naunynstr. und die Oranienstraße, Luckauerstraße.

Wir haben mehrfach die Mieter in den Häusern besucht, Flugblätter in die Briefkästen gesteckt und an zwei Wochenenden Informationsstände am Heinrichplatz und am Kottbusser Tor aufgestellt.

Für den 16. Dezember haben alle Straßengruppen eine große Demonstration gegen die Mieterhöhung vorbereitet, zu der etwa 2 000 Kreuzberger und Jugendliche aus anderen Stadtteilen Berlins gekommen sind.

Die Berliner Presse konnte nicht umhin, von dieser Demonstration gegen die Mieterhöhung von Senat und Hausbesitzer zu berichten, da die Demonstration die echte Empörung der Bevölkerung gegen Mietwucher ausdrückte.

Was haben wir erfahren

Alle Mieter sind eindeutig gegen die Mieterhöhung. Fast alle Häuser sind in schlechtem Zustand. In der Adalbertstr. 14 z.B. ist seit 6 Jahren keine Reparatur mehr gemacht worden. Die Fenster schließen schlecht. Die Wohnungen haben ganz dünne hellhörige Zwischenwände. Fragt man die Hausbesitzerin nach Reparaturen gibt sie verwirrende Antworten wie: "Streichen Sie doch die Fenster, wenn sie nicht schließen."

Ähnliches haben uns die Mieter über fast jedes Haus in allen Straßen erzählt.

Für diese schlechten Wohnungen sollen die Mieter volle 15 % mehr Miete zahlen.

Aber in einigen Häusern sind die Mieter bereit, die Mieterhöhung zu verweigern. Das gilt für ein Haus in der Adalbertstr., in der Luckauerstr. und vier Häuser in der Oranienstr. Alle anderen Mieter, die verweigern wollen sind noch vereinzelt in ihren Häusern.

Auch wenn wir noch wenige sind, werfen wir die Flinte nicht ins Korn! Wir machen weiter!!

Wie sieht das aus

In den Häusern, in denen evtl. verweigert wird, werden die Mieter Hausversammlungen durchführen. Das ist der erste Schritt zum gemeinsamen Handeln!

Wir informieren weiter, wir treffen uns jeden Mittwoch 19 Uhr im Laden Dresdenerstr. 118.

Straßengruppe Dresdener Str.
(Mieterausschuß Kreuzberg)

Hausversammlung der Mieter Oranienstr.

Durch persönliche Gespräche in den einzelnen Häusern ist uns klar geworden, daß sehr viele Mieter nicht bereit sind, die Mieterhöhung zum 1. Januar 1973 zu bezahlen.

Uns ist aber auch klar geworden, daß wir als Einzelne nichts dagegen tun können.

Wir müssen uns zusammentun und gemeinsam beraten, wie wir genau die Verweigerung der Mieterhöhung durchführen können.

Deshalb fordern wir alle Mieter auf, die die Mieterhöhung nicht zahlen wollen, am Samstag, den 30.12.72 um 16 Uhr in die "Gute Laune", Ecke Oranienstr./ Adalbertstr. zu kommen (Versammlungsraum).

Straßengruppe Oranienstraße
Laden Dresdnerstr. 118
(Mieterausschuß Kreuzberg)

Für die Straßengruppe:

P. Mai

Bericht Oranienstraße

Ergebnis: Weiter intensiv Hausbesuche wo wir noch nicht waren nochmal eine Versammlung für die ganze Oranienstr.

Warum nochmal eine HausSTversammlung?

1. Zeitpunkt, Ort waren ungünstig (Feiertage, Grippe, Besuch, verreist, Kneipe ungewohnt) die Organisation hatte Mängel (zu kurzfristig angesagt, die "Gute Laune" kannte niemand, selbst Leute, die schon seit 10 Jahren hier wohnten kannten sie nicht, die Beschreibung war schlecht.
2. Die Begründung für die Ablehnung des Mieterhöhungsstreiks der Leute, die schon einmal zugesagt hatten, jetzt aber die Mieterhöhung bezahlen wollen:
 - I. "Die Sache ist zu kommunistisch, die kommen gleich mit den roten Fahnen an, da mach ich nicht mit, auch wenn ich die Sache an sich für gut halte"
 - II. "In unserem Haus wird alles soweit gemacht, wir haben keine direkten Mängel, wir können uns hier nicht beklagen, sogar das Treppenhaus ist vor kurzem noch renoviert worden."
(= Privathaus)
 - *x III. "Die Leute sind sich ja nicht einig , das ist zu gefährlich"
Diese Begründungen treffen nicht auf alle Häuser und Mieter zu.
3. Es gibt Mieter, die von sich aus verweigern wollen, aber nicht wissen wie es laufen soll, viele haben sich entschuldigt, daß sie nicht zur Versammlung kommen konnten (siehe punkt 1.)
4. Ein Haus 179 besteht auf einer Straßenversammlung fordert von uns entsprechende Vorarbeit und juristische Beratung auch andere Mieter die noch vereinzelt sind wollen Versammlung
5. massive Erpressung durch Bedrohung mit Rausschmiß wird von den Verwaltungen ganz konkret angewandt. Verwaltungen sind genauestens informiert über den Verlauf der Kampagne, die Mietverweigerer dürfen nicht vereinzelt sein.
6. Im Januar haben fast alle noch die alte Miete bezahlt, weil die "usrechnung noch nicht fertig war.

Wie muß die ^{Straßen} ~~Massen~~versammlung vorbereitet werden.

1. nicht in einer Kneipe, ~~xxxxxxxxxxxxxxxx~~, höchstens in Kneipe, die Jeder kennt und die auch warm ist. Eventuell in Laden = Vorschlag von einem Mieter in 179, mit einer Tasse Tee oder so
2. Zeitpunkt muß 1 Woche vorher bekanntgegeben werden, der Ort muß haargenau beschrieben sein
3. Die Gruppe muß sich und ihre Ziele ^{insgesamt} darstellen, weil das nun meist bewußtere Leute sind, die da kommen.

4. Ein Rechtsanwalt muß da sein
5. Es müssen noch Mehr Mieter dazugewonnen werden, Hausbesuche!!!
Die ganze Oranienstr. muß besucht werden besonders die Häuser der Gewerbe-Siedlungsgesellschaft. (Verstärkung)
6. Es wäre gut, wenn das Haus in Charlottenburg 1 Delegierten zur Versammlung schicken würde
7. Wir müssen genau bescheid wissen über die Aktionen des Mieterbundes, und der Mieterschutzabteilung beim Bezirksamt
8. Wir müssen genaue Vorschläge haben für die 3 Gruppen:
 1. ganz vereinzelt
 2. mehrere im Haus
 3. die Mehrzahl im Haus
9. rechtliche Situation muß klar sein: Mängelhäuser, Nachzahlungsforderungen, evtl. per Zahlungsbefehl, Mietminderung, Wohngeld, Gewerberäume, Sozialwohnungen, Abrißwohnungen. wieviele Monate Rückstand für Kündigung? ist verschieden, je nachdem wie lange die Mieter schon im Haus wohnen.

Zentrum

Die Mieterhöhung

Entstehung des Gesetzes, Weiterführung in den nächsten Jahren, Zusammenhang; Hausbesitzer/Gesetzgeber, Weißer Kreis, Sanierungsgeschäfte, Lohnkämpfe, allgemeine Teuerung.

Zustand der Häuser insgesamt

seit 1900 bezugsfertig, als Mietskasernen für die schlesischen Arbeiter gebaut, bis heute kaum Renovierungen vorgenommen, 80% der Wohnungen haben keine eigene Toilette oder Bad, mehr als 80% Kohleöfen. speziell in den letzten 10 - 20 Jahren totale Sperr für Reparaturen wegen Abriss. Hierbei Unterschied Privathäuser / große Gesellschaften. Trend: Aufkauf durch die Gesellsch.

Welche Leute wohnen hier

sozial schwache: Fam. mit vielen Kindern, Rentner, Gastarbeiter, junge Fam. mit etwas gesicherterem Einkommen ziehen so schnell wie möglich in die sehr teuren Neubauviertel.

Welche Ängste haben die Leute, welchen Drohungen sind sie ausgesetzt?

auf die Straße fliegen, teure Neubauwohnungen, oder Asyl, Altenheim, Abschiebung in das Heimatland, Verlust der Arbeitsstelle.

Womit werden die Leute gekauft.

Scheinverbesserungen, relative Befriedigung bei aufkeimender Unruhe wobei möglichst bereits sichtbare Fronten gespalten werden. Reparaturen bei einzelnen Wohnungen, einzelnen Häusern. gegen Stillhaltepflicht.

Zusammenhang

Was ist dagegen zu tun?

1. Der rein legale Weg, erst mal ausschöpfen, welche Sachen können ganz legal erreicht werden wobei betont werden muß, daß man ~~sich~~ selbst das, was einem von Recht wegen zusteht, erkämpfen muß.
2. Auf welcher Seite steht das Recht?, was machen, wenn man per Gesetz ausgesaugt wird? wir müssen uns klar werden was wir wollen, was ist uns zuviel, wo machen wir nicht mehr mit, da dürfen wir uns auch nicht von Gesetzen abhalten lassen, auf der anderen Seite werden die Gesetze auch nach Bedarf gebrochen,

Initiativen

Mieterschutz vom Senat, Widersprüchlichkeit, nach dem Gesetzeserlaß (Fernsehen Rundfunk) Mieterbund: Rolle, Stärke, Wieweit können diese kommen.

Mieterinitiativen

Wo liegt ihre Stärke, warum sind sie noch so klein und schwach: Vereinzelung der Mieter im Wohngebiet, kein Vertrauen unter den Nachbarn, Mißtrauen gegenüber Organisationen, Jugendlichen, Parteien

Unsere Mieterarbeit

Was ist bisher gelaufen, was soll konkret gemacht werden, welche Möglichkeiten der Verweigerung schlagen wir vor, je nach Voraussetzung in den einzelnen Häusern: Einzelner, mehrere Mietparteien, die Mehrzahl der Mietparteien, Weiterführung über die Mieterhöhung hinaus, legaler Rahmen der Mieter ausschöpfen: Kautions, Abstand, Reparaturen, Kinder-Jugendprobleme (Räume), ~~Zwangsk~~ Kündigungen Sanierungsproblematik ect.

Beispiele von anderen Mieterinitiativen, Erfolge,

Mieterinitiative Manteuffel/Wrangelfstraße

In Sanierungsgebiet Manteuffel/Wrangelfstr. treffen sich seit einiger Zeit einige Altmietler. Der "Arbeitskreis Bau/Wohnen/Sanierung der Jungsozialisten in der SPD Kreuzberg" stößt zu ihnen, um gemeinsam mit ihnen die Frage zu diskutieren, wie sich eine Mieterinitiative organisiert.

Der erste Schritt ihrer Arbeit beginnt damit, eine FRAGEBOGENAKTION unter den Betroffenen durchzuführen, um ein klares Bild von deren Bedürfnisse zu erhalten.

Um jeden der Mieter von dem Ergebnis dieser Fragebogenaktion zu unterrichten, kommt man auf die Idee, eine MIETERZEITUNG ZU machen.

Am 15. Januar 1971 will man eine erste VOLLVERSAMMLUNG ALLER MIETER machen. Jeder soll die Möglichkeit haben, sich über die Sanierungsplanung zu informieren und darüber zu sprechen, welche Maßnahmen zur Durchsetzung der eigenen Interessen ergriffen werden können.

Die Fragen und Forderungen müssen natürlich auch an den Sanierungsträger GSW, an den Senat, und an das Bezirksamt hergetragen werden. Da man der Ansicht ist, daß sich diese Bürokraten nicht freiwillig der Diskussion stellen, will man sie durch eine gemeinsame RESOLUTION und durch Herstellung der ÖFFENTLICHKEIT mittels Fersehen und Presse dazu zwingen.

Ziel der Kampagne ist hauptsächlich zu erreichen, daß die Mieter in ihrer alten Wohngegend zu wohnen bleiben können. Dafür haben sich bei der Fragebogenaktion 82% der 101 Mietparteien ausgesprochen. Im Gegensatz zu anderen Sanierungsgebieten können bei diesem Projekt ohne Schwierigkeiten die Bedürfnisse der Mieter, in ihrem "Dreh" wohnen zu bleiben, berücksichtigt werden, da hier nicht im Kahlschlag, sondern in Teilstücken saniert wird; d.h. man will erreichen, in einem unmittelbar in der Nähe erbauten Neubau zu ziehen sobald dieser bezugsfertig ist und nicht nach Lichtenrade oder ins Märkische Viertel verpflanzt zu werden. Gründe dafür sind Freundschaften und alte Bekanntschaften in unmittelbarer Nähe, nahe gelegener Arbeitsplatz, Vermeidung des Schulwechsels bei den Kindern und ähnliches mehr.

Für die Mieter ergibt sich eine erhebliche Schwierigkeit, in den Neubau gegenüber einzuziehen, denn die GSW stellt in Aussicht, daß die Neubauten eventuell über Mieterdarlehen finanziert werden sollen, d.h. der Mieter zahlt der Wohnungsgesellschaft 5000 Mark, die zu jährlich 5% in 20 Jahren getilgt werden sollen. Der Mieter bekommt also jährlich 250 Mark zurück. Da der Mieter der Gesellschaft das Geld wieder geben muß, ist es unter den genannten Bedingungen für ihn so gut wie verloren. Eine Forderung auf der Mieterversammlung wird daher sein: KEINE FINANZIERUNG ÜBER MIETERDARLEHEN IN KREUZBERGER SANIERUNGSGEBIETEN!

Auf der ersten Mieterversammlung am 15. Jan. 71. wird hauptsächlich über Sanierungsplanung informiert. Fernsehen und Presse sind eingeladen und erschienen. Aus jedem der 8 betroffenen Häuser wird ein Vertrauensmieter gewählt. Die Aufgabe der Vertrauensmieter besteht darin, die nächsten Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit den Jusos vorzubereiten und die Mieter bei Vorgesprächen mit dem Sanierungsträger zu vertreten. Eine Resolution, in der die Vertreter der GSW und des Bezirksamtes aufgefordert werden, auf der nächsten Versammlung am 29. 1. 71. zu erscheinen und IMM Rede und Antwort zu stehen, wird einstimmig verabschiedet.

Am 20. 1. treffen sich die Vertrauensleute und 2 Jusos mit den Vertretern der GSW im JSA-Haus. Die Direktoren der GSW haben es vor-

gesogen, nicht zu erscheinen. Die Resolution wird übergeben und nachdrücklich das Erscheinen von Herrn Kramer als Direktor der GSW gefordert.

Am 29.1. erscheinen der Stadtrat für Bauwesen, Baubüro, und drei Vertreter der GSW auf der zweiten Mieterversammlung, die verantwortlichen Direktoren der GSW erscheinen nicht und schicken ihre Marionetten. Die Mieter verlangen Vorverträge von der GSW, die ohne genaue Begründung abgelohnt werden. Daraufhin beauftragen sie ihren Mieterausschuß durch eine Resolution, mit der GSW-Direktion direkt zu verhandeln.

Am 8. Febr. geht der Mieterausschuß in die Kochstr. zur GSW. Er erringt die Zusage der GSW, daß 66 Wohnungen des Neubaus ausschließlich mit Abrissmietern belegt werden. Außerdem wird erreicht, daß die GSW zusammen mit dem Mieterausschuß eine Vermerkliste für die Vorhandenen 66 Wohnungen aufstellt.

Gleichzeitig legt der Mieterausschuß der GSW einen Vorvertrag vor, wie ihn die GSW ein halbes Jahr vor dem Einzug in Neubauten mit den zukünftigen Mietern abschließt. Die Mieter wollen diesen Vertrag allerdings 2 Jahre vorher haben, um sicher zu sein, daß sie nicht vertreiben werden. Bisher hatte die GSW immer behauptet, überhaupt Vorverträge abzuschließen. Fritsdam weigert sich die GSW, die geforderten Vorverträge abzuschließen.

Der Mieterausschuß wendet sich an den Senat, weil er mit der GSW nicht weiterkommt. Am 13.2.71. kommt der Regierende Bürgermeister zu einer Wahlveranstaltung in die Markthalle in der Eisenbahnstr. Der Mieterausschuß überreicht ihm eine Resolution, in der er aufgefordert wird, auf die GSW einzuwirken, um den Abschluß der Vorverträge zu sichern. Denn die GSW ist im Besitz des Landes Berlin und der Senat kann bestimmen, was sie zu tun hat. Schütz versprach meine Unterstützung.

Durch den geplanten Autobahnbau (Manteuffelstr. soll Zubringer zur Südtangente werden) wird der Beginn des Neubaus dauernd verzögert. Die Mieterinitiative will sich auch dagegen weiter zur Wehr setzen.

(Alle Informationen sind den erschienenen Mieterzeitungen entnommen. Die Stellung der Jusos bleibt darin recht verschwommen und müßte in der Diskussion geklärt werden. Das ginge besonders gut, wenn Leute nicht nur aus dem Lager der Jusos sich daran beteiligen würden, nicht sonderlich z.B. aus dem Pilatean oder betroffenen Arbeiter selber. Aber soll man die letzteren deswegen an die PI schleppen?)

Praxis der Jungsozialisten im NKZ - Neues Kreuzberger Zentrum

Das NKZ ist ein Spekulationsobjekt, das am Kottbuser Tor im Sanierungsgebiet von Kreuzberg entstehen soll und das in der Art des Europazentrums vor allem aus Geschäftsetagen und Appartements zusammengesetzt ist.

Die Art der Finanzierung:

Ein Westberliner Spekulant, Günter Schmitt, gründet eine KG, in der westdeutsche Großverdiener Kommanditisten sind und das Geld für den Bau aufbringen. Durch das Berlin-Hilfe-Gesetz bekamen die Kommanditisten sogar 15% mehr Steuerrückzahlung als sie investierten. Es brauchte nur ein Drittel des Kapitals als Eigenkapital aufgebracht zu werden, die beiden anderen Drittel wurden von der Wohnungsbaukreditanstalt in Form von Hypotheken gewährt.

Die Art der Entmietung:

Die jüngeren Leute wurden mit guten Ersatzwohnungen versehen, während die Rentner und Gastarbeiter aufgefordert wurden, sich selbst eine Ersatzwohnung zu beschaffen. Einige Mieter bekamen Vormietscheine für das NKZ, was aber einlöslich ist, da die qm-Miete im NKZ 3-4mal so hoch ist wie in Kreuzberger Altbauten. Die angebotenen Wohnungen lagen ebenfalls in Altbauhäusern. Waren einige Wohnungen in einem Haus gerumt, so wurden von Abrisskommandos die Fenster in den leeren Wohnungen rausgerissen, die Leitungen zerstört, die Haustüren unverschießbar gemacht, so daß in den noch bewohnten Wohnungen Witterungsschäden entstanden und die Mieter in der Unsicherheit vor Pennern und Einbrechern lebten.

Die Auswirkung der Planung auf den Stadtteil:

Die Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften wurden durch die Spekulanten aus dem Rennen geworfen, weil sie die Grundstücke nur zu den von der Wohnungsbaukreditanstalt festgelegten Richtwerten aufkaufen konnten, während die Spekulanten das Mehrfache dieser Richtwerte zahlten. Dadurch war die Gefahr gegeben, daß in ganz Kreuzberg die Grundstückspreise so hoch steigen würden, daß die gemeinnützigen Sanierungsgesellschaften nicht mehr sanieren können würden. Deshalb arbeitete die GSW, die im Fall Manteuffel/Wrangelstraße als Gegner der Jusos aufgetreten war, in diesem Fall mit ihnen zusammen.

Die Behörden und das Spekulationsobjekt:

Der Bezirksbürgermeister von Kreuzberg, Abendroth, hat in dem Prospekt, in dem Schmitt um Kommanditisten warb, das Vorwort geschrieben. Der Bausenator von Westberlin, Schwedler, gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Wohnungsbaukreditanstalt, hatte sich dem Projekt gegenüber positiv geäußert.

Die Möglichkeiten von Senat und Bezirksamt einzuwirken, waren:

- Einige der Grundstücke befanden sich in den Händen von Land Berlin. Schmitt schlug dem Senat einen Grundstückstausch vor.
- Die Planung der Spekulanten entsprach nicht dem gültigen Bebauungsplan. Damit gebaut werden konnte, mußte erst ein neuer Bebauungsplan der Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung verabschiedet werden.
- Da die Richtwerte beim Grundstückskauf um mehr als 20% überschritten worden waren, war die Wohnungsbaukreditanstalt nicht verpflichtet, die 2. Hypothek zu übernehmen, durch die etwa ein Drittel des Gesamtkapitals aufgebracht werden sollte.

In diesen Punkten waren die Spekulanten auf die staatlichen Behörden angewiesen. Insofern war der Kampf, den die Jusos im NKZ führten, nicht nur ein Kampf gegen das Privatkapital, sondern auch ein Kampf gegen staatliche Instanzen:

Die Aktivitäten der Jusos:

Die Arbeit der Jusos im NKZ dauerte etwa ein halbes Jahr an. Mitte März 1961 fand die erste Mieterversammlung der Jusos statt, auf der sie über die Planung aufklärten und die "BILD"-Propaganda ("NKZ: Alles was das Herz des Mieters begehrt!") aus der Welt schafften. Die zweite Mieterversammlung war Mitte April. Der Direktor der GSW war anwesend und klärte die Mieter über das Mieterschutzgesetz auf. Außerdem waren Mieter aus der Manteuffel/Wrangelstraße gekommen, die eine militante Stimmung gegen die anwesenden Senatsvertreter erzeugten. Auf diesen Mieterversammlungen war fast die Hälfte aller Mieter anwesend. Das Ziel der Jusos war, die Mieter dazu zu bewegen, nicht auszuweichen. Die Spekulanten hatten aufgrund des Mieterschutzgesetzes keine rechtliche Grundlage, die

Mieter zwangsuräumen.

Während der folgenden zwei Monate ruhten die Aktivitäten der Jusos.

Anfang Juli gab der ~~Ma~~stadtrat von Kreuzberg seinen Parteigenossen kurzfristig die Nachricht daß auf der nächsten BVV der neue Bebauungsplan auf der Tagesordnung stünde. Der Kreisvorstand der Kreuzberger SPD hatte sich schon auf den neuen Bebauungsplan, der auf die NKZ-Planung abgestimmt war, entschieden, als die Jusos ihre Agitation unter den SPD-Bezirksverordneten begannen. Diese dabin zu bekommen, daß sie den Bebauungsplan ablehnen würden, war vom Standpunkt der Jusos unrealistisch, so daß sie für Aufschiebung des Planes eintraten. Sie argumentierten gegenüber den Bezirksverordneten damit, daß man erst den Plan für das Bebauungsgebiet südlich des Kottbuser Torcs abwarten müsse, bevor man eine Entscheidung treffen könne. Das Vorhaben der Jusos gelang, wobei ihnen noch zugute kam, daß die Bezirksverordneten sich von ihren Parteispitzen überrumpelt fühlten.

Anfang August ließen die Spekulanten in einem der ~~Kommunalkassen~~ Häuser die leerstehenden Wohnungen zerstören, um auf diese Art auch die noch benutzten Wohnungen unbewohnbar zu machen. Die Jusos machten die Fenster wieder provisorisch dicht und erwirkten eine einstweilige Verfügung, daß die Spekulanten die Wohnungen wieder wetterfest machen müßten.

Anfang September fand die dritte Mieterversammlung der Jusos statt, die aber nur einen internen Effekt, ein persönliches Erfolgserlebnis für die Jusos haben sollte.

Danach stellten die Jusos ihre Aktivitäten im NKZ ein. Die Mieter zogen aus, einzelne verbarrikadierten sich bis zuletzt in ihren Wohnungen. Der Bebauungsplan wurde Ende des Jahres angenommen und seit kurzem wird gebaut.

BASISARBEIT und STRATEGIE der JUSOS

Aus: J. Egert, M. Meisner, W. Kemper, G. Wartenberg: Basisarbeit - Theorie und Praxis
abgedruckt in re-re-re aktuell 1499

2) Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie
(außerordentlicher Bundeskongress der Jusos in Hannover, Dezember 1971)

"Eine Politik" von der Basis her" mit der Bevölkerung - eine solche Politik wendet sich gegen die in ihren Strukturen verkrusteten Institutionen und Parteiapparate. Sie richtet sich gegen sie, verharrt jedoch nicht nur in der bloßen Konfrontation. Wir wissen, daß nicht alle Amtsträger in den Institutionen und Parteien von sich aus und von Anfang an allen Innovationsbestrebungen u. prozessen abweisend gegenüberstehen. Häufig haben die vermeintlichen oder tatsächlichen Probleme des politischen und gesellschaftlichen Alltags ihren politischen Erinnerung- u. Denkhorizont lediglich verstellt und sie unfähig gemacht, perspektivische Alternativen zu diesem Alltag zu entwickeln. Gegen diese private Verkümmern gibt es in den Institutionen noch nicht einmal technokratische Korrektive: Planungsdaten, Planungstechniken und Planungsgremien fehlen oft.

Aus einem zweiten Grund bedeutet eine Politik "von unten her" keine vollkommene Konfrontation zu den Institutionen. In den meisten Bürokratien und Parlamenten befinden sich Funktionsträger, die von der Veränderung unseres Gesellschafts-systems überzeugt sind. Meist sind sie in den jeweiligen Apparaten abgeblockt und häufig sind sie voneinander isoliert. Sie können erst dann effektive Arbeit leisten, wenn sie Unterstützung von unten durch diejenigen erfahren, für die sie zu arbeiten bereit sind: durch die in ihren "echten und Freiheiten eingeschränkten Bürger. Eine basisorientierte politische Praxis, die an den unmittelbaren Bedürfnissen der Bevölkerung ansetzt, kann in beiden Bereichen, an Basis und im Apparat, organisierte Kraft gewinnen. Auch von hierher ergibt sich die Notwendigkeit zur Verbindung beider Bereiche und zur Mitarbeit in den Institutionen, so der SPD und den Gewerkschaften." (1)

Obwohl die Jusos die "in ihren Strukturen verkrusteten Institutionen und Parteiapparate" als Übel erkannt haben, glauben sie, daß sich systemüberwindende Basisarbeit nicht in einer vollkommenen Konfrontation zu diesen Institutionen befinden muß.

So tragen sie einen Kampf gegen diese Institutionen aus, wobei sie teilweise mit ihren Funktionsträgern zusammenarbeiten und nach erfolgreichem Abschluss der Aktion die aktivierten Bürger in diese Institutionen integrieren wollen. Die Arbeit in und für die SPD - als "Interessenorganisation der Mehrheit der Lohnabhängigen" (2) - wird deshalb für wichtig gehalten, weil die Jusos glauben, daß die Partei, wenn sie durch eine massenhaft antikapitalistische Mobilisierung bedeutende Wählermassen hinter sich weiß, dann handlungsfähig wird gegenüber dem Kapital für eine Politik antikapitalistischer Struktur-reformen.

Auch die Mobilisierung der Arbeiter für die Gewerkschaften wird als Mittel dafür gesehen, diesen "durch den Druck betrieblicher Kämpfe von unten die Handlungsfreiheit wiederzugeben, alternative Konzepte zur staatlichen "Lohnpolitik zu entwickeln."

Die Konfliktstrategie der Jusos sieht folgendermaßen aus:

- 1) Konfliktauswahl. Die Jusos greifen einen latent vorhandenen Konflikt auf. Dabei bieten sich Konflikte an, die zwischen den Bedürfnissen der Bürger und ihrer ungelösten Befriedigung durch staatliche Exekutive entstehen z.B. in Wohnbereich, bei der Stadtplanung, im primären, sekundären und tertiären Bildungsbereich und bei den Sozialerichtungen.
- 2) Insofern Mitbestimmung. Über das vorhandene und die benachbarten Konfliktfelder sowie über die Konfliktbeteiligten müssen detaillierte Informationen beschafft und aufbereitet werden.
- 3) Mobilisierung. Die zunächst nur passiv in der Mangel-situation sich befindende

denden Bürger werden zuerst über den Konflikt selbst informiert. Ihre Rolle und ihr mögliches Verhalten im Konflikt wird aufgezeigt. Die betroffenen Bürger werden im und am Konflikt mobilisiert.

4) Aktionen. Es wird versucht, die betroffenen Bürger zu solidarischen Aktionen zu führen, die von ihnen selbst getragen werden und die ein wichtiges Moment ihrer Selbstorganisation darstellen können. (1)

Die Jungsozialisten erkennen auch, daß Initiativen an der Basis, wenn sie nicht reformerisch bleiben sollen, Ziele verfolgen müssen, die die Grenze der im System angelegten Befriedigungsmöglichkeiten überschreiten.

Das Ziel, das hinter dieser Konfliktstrategie steht, verbunden mit einer Anleitung zur Selbstorganisation, entlarvt die Basisarbeit der Jusos als Partei-
aufnahmeverfahren.

IN den "Thesen zu polit. Ökonomie..." stellen die Jusos ihr Konzept folgendermaßen dar:

"Die Jungsozialisten verfolgen eine Strategie, die das Ziel hat, eine wachsende Gegenmacht des Lohnabhängigen zu organisieren, um eine Aufhebung der Verfügungsgewalt der Kapitaleigner über die Produktionsmittel zu erreichen.... Erkläpft werden müssen Mitbestimmungspositionen im Sinne einer Kontrolle der Betriebs- und Unternehmensentscheidungen. Ebenso notwendig ist die Mobilisierung für Ziele wie Durchsetzung einer differenzierten Globalsteuerung der Wirtschaft in Richtung auf eine demokratisch kontrollierte Wirtschaftsplanung, über eine Kontrolle der Investitionen ~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~ und eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien sowie des Banken- und Kreditwesens, um den Übergang zum Sozialismus einzuleiten."

Die Arbeitergegenmacht aber formiert sich nicht nur durch Aufdecken und Erkennen der Widersprüche im Produktionsbereich, sondern auch durch deren Erfahrung im Reproduktionsbereich. Diese Widersprüche zwischen

- den Interessen der Kapitalverwertung einerseits (Hohe Mieten, Bildung nur mit dem Ziel hoher Arbeitsleistung, für den Verbraucher unwirtschaftliche Konsumgüter) und
- Den kollektiven Bedürfnissen der Betroffenen andererseits (niedrige Mieten, Bildung mit dem Ziel der Selbstverwirklichung des Menschen) Kommunikation statt Konsumfetischismus) sind der Ansatzpunkt für die Doppelstrategie in der Kommunalpolitik.

Die Doppelstrategie sieht folgendermaßen aus:

- 1) Punktuelle Selbstorganisation von fallweise Betroffenen zu initiieren und deren Effektivität und Kontinuität zu gewährleisten.
- 2) Durch den so entstehenden Druck die Partei und die Institutionen zu zwingen, die Bevölkerungsinteressen wirksam zu vertreten und durchzusetzen.

"Im Rahmen der Doppelstrategie können Aktionen notwendig werden, die sich auch gegen Vertreter der Partei wenden, sie müssen sich aber vor allem gegen die Institutionen richten, die die objektiven Interessen der Kapitaleite vertreten!"

Zusammenfassende Thesen - Stellungnahme und Kritik

- 1) Aus den Strategievorstellungen und der Praxis der Jusos geht hervor, daß sie antikapitalistische Zielvorstellungen haben.
- 2) Auf der einen Seite erkennen die Jusos richtig, daß das Sein das Bewußtsein prägt, d.h. daß der Einzelne in der Institution von den dort herrschenden Handlungs- und Denkweisen geprägt wird und nicht mehr seine eigenen Vorstellungen durchsetzen kann. Auf der anderen Seite treten sie trotzdem den Marsch durch die Institutionen an.
- 3) Über diesen Weg wollen die Jusos eine Veränderung der kap. Gesellschaftsordnung erreichen durch die Verstaatlichung der Produktionsmittel.
- 4) Nicht das Proletariat soll die Macht übernehmen, sondern die SPD und die Gewerkschaften sollen mit Hilfe des Proletariats gestärkt werden, die Macht

übernehmen und zur wirklichen Interessenvertretung der Arbeiter werden.

§) Selbst wenn die Strategie der Jusos Erfolg haben würde, wäre das Ergebnis ein Sozialismus in der Form, wie er in der DDR herrscht.

GSW

GEMEINNÜTZIGE SIEDLUNGS- UND WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFT BERLIN MBH

SAMMELRUFNR. *2593-1

Postanschrift: GSW - 1 Berlin 81 - Kochstraße 22/23

Herrn/Frau


1 Berlin 36
Admiralstraße 37

Stadterneuerung
Beratungsstelle siehe Anhang
Berlin ~~36, Kottbuser Straße 23~~
Telefon: ~~619 35 86~~

Sprechzeiten:

montags 16.30 - 19.00 Uhr
mittwochs 14.00 - 16.00 Uhr
freitags 10.00 - 12.00 Uhr

Bearbeiter

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Durchwahlnummer

1 Berlin 81, Kochstraße 22/23

2111 Zu/Ka

Berlin 25 9359

5. März 1974

Betreff

WHG 9259/6
Stadterneuerung Kreuzberg - Block 86, 87, 88
Grundstücke Berlin 36, Kohlfurter Str. 9-21, Admiral-
straße 35-37, Kottbuser Str. 5-7, Reichenberger Str. 20, 21
Umsetzung der Mieter

Sehr geehrter Mieter!

Die vorgenannten Grundstücke haben wir im Rahmen der Stadterneuerung Kreuzberg erworben, um sie nach Freimachung und Abriß der Gebäude neu zu bebauen. Die Freimachung des von Ihnen bewohnten Grundstücks ist für 1974 vorgesehen. Wir haben die notwendigen Schritte für die Durchführung der Stadterneuerungsmaßnahmen mit den zuständigen Senatsdienststellen abgestimmt. Im Laufe der nächsten Monate werden wir Ihnen Ersatzwohnraum nachweisen, soweit Sie nicht selbst in der Lage sind, sich neuen Wohnraum zu beschaffen.

Aus gegebenem Anlaß weisen wir darauf hin, daß zwischen Untermietern und uns kein Vertragsverhältnis besteht und demzufolge von Untermietern kein Anspruch auf Ersatzwohnraum gegen uns geltend gemacht werden kann.

Im Hause Berlin 36, Kottbuser Straße 23, Vorderhaus I rechts, haben wir eine Beratungsstelle eingerichtet. Wir bitten Sie, sich mit allen Fragen, die Sie im Zusammenhang mit der Aufgabe Ihrer Wohnung haben, während der oben angegebenen Sprechzeiten an unsere Beratungsstelle zu wenden. Außerhalb der Sprechzeiten können Sie unsere Herren Zumholz/Tiburtius in unserem Bürohaus unter der Telefonnummer 2593/359 erreichen.

Zur Feststellung des Wohnungsbedarfs ist es zunächst erforderlich, daß Sie den anliegenden Fragebogen für die Beschaffung von Ersatzwohnraum ausgefüllt in unserer Beratungsstelle Kottbuser Straße 23 abgeben.

- 2 -

GSW - 1 - 12.73 - Pa - Best-Nr. 1/22

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Senatsdirektor Dr. Klaus Schroeder

Geschäftsführer: Senatorin a. D. Walter Heubach, Ltd. Baudirektor a. D. Josef König, Ing. Bernhard Schulmann (stellv.)

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Sitz: Berlin - Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg - Handelsregister Abt. B Nr.: 82 HRB 438

Für den Bezug einer im sozialen Wohnungsbau errichteten Wohnung ist die Vorlage eines Wohnberechtigungsscheines erforderlich. Der Wohnberechtigungsschein wird auf Antrag vom Landesamt für Wohnungswesen in Berlin 30, Potsdamer Straße Nr. 192, erteilt. Wenn Sie noch nicht im Besitz eines Wohnberechtigungsscheines sind, bitten wir Sie, den anliegenden Antrag auf Erteilung eines Wohnberechtigungsscheines unter Beifügung der erforderlichen Unterlagen umgehend in unserer Beratungsstelle Kottbusser Straße 23 ausgefüllt abzugeben. Wir werden diesen Antrag mit einem entsprechenden Vermerk darüber, daß Sie Räumungsbetroffener im Sinne des Städtebauförderungsgesetzes sind, an das Landesamt für Wohnungswesen weiterleiten. Der Wohnberechtigungsschein wird Ihnen von dort zugestellt.

Da wir heute noch nicht absehen können, ob Sie mit einer Altbauwohnung oder einer Sozialwohnung versorgt werden, die Entscheidung über die Wohnungsvergabe im allgemeinen aber kurzfristig erfolgen muß, bitten wir Sie in Ihrem eigenen Interesse, den Antrag auf Erteilung eines Wohnberechtigungsscheines unverzüglich an uns zurückzugeben. Unabhängig hiervon wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie sich auch selbst um Ersatzwohnraum bemühen würden.

Für den Fall, daß Sie bereits einen Wohnberechtigungsschein besitzen, bitten wir Sie, uns diesen Schein zur Verfügung zu stellen, damit wir beim Landesamt für Wohnungswesen eine Änderung der Berechtigungsgruppe veranlassen können.

Die durch Ihren Umzug entstehenden Kosten werden von uns übernommen. Wir empfehlen Ihnen, sich mit folgenden Firmen in Verbindung zu setzen:

1. Manfred Thomas Telefon: 614 30 08

1 Berlin 36
Fraenkelufer 40

2. Wolfgang Zurhose Telefon: 614 54 19

1 Berlin 36
Dresdener Straße 10

Diese Firmen sind von uns für die Durchführung der Umzüge vorgesehen. Sollten Sie keine der angegebenen Firmen in Anspruch nehmen wollen, müssen Sie uns vor Vergabe des Umzugsauftrages an eine andere Möbelspedition einen verbindlichen Kostenvoranschlag zur Genehmigung vorlegen. Wenn uns kein Kostenvoranschlag zur Genehmigung eingereicht worden ist, müssen wir die Erstattung der Umzugskosten, die Ihnen durch die Inanspruchnahme einer anderen Firma entstanden sind, ablehnen.

LEUTE, LASST EUCH NICHT BETRÜGEN, DIE GSW VERSUCHT'S MIT LÜGEN!

Anfang März bekamen viele Mieter im Sanierungsblock Admiralstr., Kohlfurter Str. und Kottbusser Str. ein Schreiben der GSW, in dem die Räumung der Häuser angekündigt wird. Deutsche und ausländische Mieter erhielten Schreiben mit unterschiedlichem Inhalt. Aber in einem Punkt sind sie gleich:

SIE ZEIGEN DIE ABSICHT DER GSW, DIE MIETER IRREZUFÜHREN UND SIE UNTER DRUCK ZU SETZEN!

1 Jeder Mieter einer Altbauwohnung, auch im Sanierungsgebiet, hat in Berlin uneingeschränkten Mieterschutz. Das heißt: Kein Hausbesitzer kann ihm kündigen.

WAS MACHT DIE GSW DARAUS?

Den ausländischen Mietern kündigt sie zum 30. Juni 1974!

2 Die Sanierungsgesellschaften sind gesetzlich verpflichtet, jedem Mieter Ersatzwohnraum nachzuweisen, der in Miethöhe, Größe und Lage den Bedürfnissen des Mieters entspricht.

WAS MACHT DIE GSW AUS DIESEM RECHT?

Den ausländischen Mietern sagt sie, sie sollten sich selber eine Wohnung suchen.

3 Jeder Mieter hat einen Anspruch auf Erstattung der Umzugskosten und auf Entschädigung für die Gegenstände, die er in die neue Wohnung nicht mitnehmen kann.

DIE GSW MACHT ES SICH BILLIGER:

Den ausländischen Mietern werden diese Rechte verschwiegen.

4 Keine Sanierungsgesellschaft kann selber Mietverträge in Sanierungshäusern aufheben. Das kann nur das Bezirksamt. Dabei muß bis zum Auszugstermin mindestens eine Frist von 6 Monaten eingehalten werden und angemessener Ersatzwohnraum nachgewiesen sein.

WAS BEHAUPTET DIE GSW?

Obwohl sie nicht in der Lage ist, die Mietverhältnisse aufzuheben, tut sie so, als ob ihre Schreiben an die deutschen und ausländischen Mieter wirksame Entmietungsschreiben seien. Die GSW versucht, die Mieter zu

täuschen, damit sie aus Angst davor, auf der Straße zu sitzen, freiwillig ausziehen, ohne ihre Rechte in Anspruch zu nehmen.

Die GSW ist nicht irgendein beliebiger Hauseigentümer. Sie gehört zu 96 % dem Senat. Wenn die GSW also

- die Mieter im Sanierungsgebiet Kreuzberg bewußt irreführt,
- die ausländischen Mieter wieder einmal als Menschen zweiter Klasse behandelt,
- den Mietern die Folgen einer Sanierung aufbürdet, die allein den Bauunternehmern, Wohnungskonzernen und Banken nutzt,

so ist auch daran zu 96 % die SPD beteiligt.



Laßt Euch nicht einzeln in der GSW-Baracke auf dem Wassertorplatz das Fell über die Ohren ziehen! Schließt Euch zusammen, wie es schon Mieter in der Wrangelstraße, Besselstraße und Admiralstraße mit Erfolg getan haben! Laßt Euch nicht einschüchtern, informiert Euch gegenseitig!

KOMMT ZUR MIETERBERATUNG DER STADTTEILGRUPPE KREUZBERG, DAMIT BESONDERS ÜBLE MACHENSCHAFTEN DER GSW BEKANNT WERDEN!



MIETERBERATUNG
jeden Donnerstag 17-19
Uhr, Laden Kohlfurter
Straße 2

DIKKAT ! ALDANMAYIN !

GSW SIZLERİ DOLANDIRIYOR !

Mart ayı başında, İskân bölgesinde Admiralstr., Kohlfurter Str., ve Kottbusser Str. deki evlerde oturan birçok kiracılar GSW kuruluşu yani (İmar ve İskân kooperatifi) tarafından evleri boşaltmalarını bildiren birer yazı almışlardır. Alman ve yabancı uyruklu kiracılara gelen bu yazıların muhteviyatı birbirinden çok farklıdır. Sadece GSW'nin kiracıları başına çevirip aldatmak ve baskı altına almak amacını gösteren nokta her iki tarafa gelen mektuplarda aynıdır.

I Berlin'de, ahşap evlerde ve iskan bölgelerindeki evlerde oturan her kiracının kısıtlanmamış bir kiracılık hakkı vardır. Bu demektir ki: Hiç bir ev sahibi kiracıyı dışarı atamaz. Bu kanuna rağmen GSW ne yapıyor? Yabancı uyruklu kiracılara 30. Temmuz 1974 tarihinde evlerini boşaltmalarını emrediyor!

II İmar ve İskan kooperatifleri her kiracıya, kira yükseliği, yeri ve büyüklüğü bakımından kiracının imkanlarına uygun olan bir ev göstermeye kanunen mecburdur. GSW ne yapıyor? Yabancı uyruklu kiracıların ev bulmada kendi başlarının çaresine bakmalarını bildiriyor.

III Her kiracının, taşınma masrafları ve taşınacağı eve götürüp de kullanamayacağı eşyalar için zarar talep etmeye hakları vardır. GSW bu işi ucuza çıkarmak istiyor ve yabancı uyruklu kiracılara bu haktan hiç bir şekilde bahsetmiyor.

IV Hiçbir İmar ve İskan kooperatifi kira kontratını bozamaz. Bu bölge müdürlüğünün işidir. Bu da ancak bildirilecek çıkış gününden en az 6 ay önce kiracıya haber verilirse ve ayrıca yedek mesken gösterilirse mümkündür.

GSW ne diyor?

GSW kontrat bozmaya hakkı olmadığı halde Alman ve yabancı uyruklulara gönderdiği yazılar, sanki 6 ay önce yollaması lazım gelen yazı imiş gibi göstererek, kiracıları aldatmaya çalışıyor ki sokakta kalmak korkusundan haklarından vazgeçsinler diye.

GSW kuruluşu bildiğimiz gibi bir ev sahibi değildir. Yüzde 96 sı Senatoya aittir.

Öyleyse:

- Eger Kreuzber'deki iskan mahallelerinde kiracılar aldatılırsa,
- Yabancı uyruklu kiracılara ikinci sınıf insan muamelesi yapılırsa,
- Sadece inşaat firmalarının, mesken şirketlerinin ve bankaların fayda sağladığı bu iskan işinin bütün zorlukları kiracılara çektilirse.

Yüzde 96 SPD bu durumdan mesuldür.



Wassertorplatz'daki GSW barakalarının da sizi sömürmelerine razı olmayın. Wrangelstr., Besselstr. ve Admiralstr. deki kiracıların yaptığı gibi, bir evde oturan bütün komşular biraraya gelin, bildiklerinizden komşularınızı haberdar edin, yılmayın. Bölge - kiracı - toplantılarına gelin ki daha bilinmeyen diğer bulanık işler de meydana çıksın.



Kiracılar toplantısı
Perşembe günü saat
17.00 ile 19.00
arasında
Kohlfurter Str. 2
no'lu dukkanda.

Kampf dem SPD-Senat, der die Mieterhöhung beschlossen hat!

"Die Sanierung in Kreuzberg muß sich an den Interessen der Kreuzberger Bevölkerung orientieren -

Eine Zug- uß Zug- Sanierung muß durchgeführt werden, weil Umfragen ergeben haben, daß die überwiegende Mehrheit der Kreuzberger Bevölkerung aus den Sanierungsgebieten im Bezirk wohnen bleiben will -

Sofern die Wohnungen nicht rechtzeitig fertiggestellt werden können, muß beim Sentaor für Bau- und Wohnungswesen die zeitliche Hinausschiebung der Freimachungsprogramme erreicht werden..."

Das schreibt die Kreuzberger SPD in ihrem kommunalpolitischen Programm, das sie in ihrer Propagandawoche verteilt hat. Sie tut so, als könnte sie jedem Kreuzberger, der hier bleiben möchte, eine billige, soziale Wohnung hier geben und die Sanierungsprogramme darauf abstimmen.

DIE SANIERUNGSPOLITIK, WIE WIR SIE TÄGLICH ERLEBEN, IST GEGEN DIE INTERESSEN DER ARBEITERFAMILIEN GERICHTET!

Wie sieht es im Haus Adalbertstraße 97 aus?

Dies ist das Haus, das der Senat im letzten Monat, zur Sicherstellung des NKZ-Baus, an Schmidt verkauft hat. Den Mietern wurde im letzten Jahr angekündigt, daß dieses Haus in diesem Jahr geräumt werden müßte.

Aber: bis heute haben die Mieter noch keine offizielle Nachricht, wann das Haus geräumt werden soll - obwohl die Bagger schon fast vor der Tür stehen.
bis heute werden die Mieter durch Gerüchte verängstigt.
Es heißt inoffiziell, daß im Juni geräumt würde.

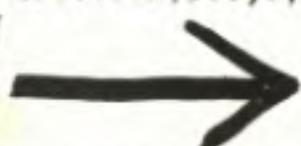
DAS HEIßT, INNERHALB VON VIER WOCHEN MÜSSTEN ALLE RAUS!

Und: viele Mieter wissen nicht, wohin sie ziehen sollen. Sie haben im letzten Jahr einen Zettel des Bezirksamtes ausgefüllt und sich für eine billige Sozialwohnung in Kreuzberg angemeldet. Seitdem keine Nachricht!

Das sind die wahren 'Umsetzungspraktiken'! Allzuvielen Mieter gehen unter diesen Bedingungen den Weg vom Abrißhaus ins Obdachlosenasyll und ins Altenasyll. Das sind die Folgen der Angst, der Unsicherheit, des Drucks. Vielen Mietern in Kreuzberg geht es so, wie den Mietern in der Adalbertstrasse!

Am Mittwoch, 30.5., 20 Uhr, spricht Hans Baldruschat
(Bezirksstadtrat)

Heute!



Stadtbücherei, Adalbertstrasse 2
über Sanierung

Stellen wir ihn zur Rede - fragen wir ihn - nehmen wir die SPD beim Wort!

Nach den bisherigen Informationen werden bis Ende 74 folgende Häuser freigemacht:

Adalberstr.: 96, 97, 99,
Admiralstr.: 35, 36, 37,
Kohlfurterstr.: 9, 11, 15, 19, 21, 45, 46,
Kottbuser Str.: 5, 6, 7, 12/18, 13/22, 21-24, 27,
Mariannenstr.: 51-53,
Mariannenplatz: 6a, 7, 8,
Moritzstr. 2, 5,
Naunynstr.: 8-11a,
Oranienstr.: 16a
Prinzessinenstr.: 8, 9, 10,
Reichensbergerstr.: 16 - 19, 178,
Ritterstr. 109 - 111,
Waldemarstr.: 86, 88, 90, 94, 96,

Wir fragen: Welche Häuser werden noch abgerissen?

Wann werden sie abgerissen?

Wie kommen wir alle zu einer neuen Wohnung?

Wie kommen wir alle zu einer neuen und billigen Wohnung?

Wie kommen wir alle zu einer neuen und billigen Wohnung in Kreuzberg?

Wir fordern:

- Mehr Lohn, weniger Miete!

- Weg mit jeder Mieterhöhung!

- Weg mit dem Weißen Kreis!

**- Für jeden Abriß-
mieter eine billige Wohnung in Kreuzb.**

Stadtteilgruppe Kreuzberg
Dresdnerstr. 118
Kohlfurter Str. 2 (Mieter-
beratung, Do 17 - 19 Uhr)

An die zuständigen Verwaltungen bei Senat und Bezirksamt Kreuzberg
An die Fraktionen des Abgeordnetenhauses von Berlin und der BVV Kreuzberg
An die Presse und weitere interessierte Gruppen und Personen

O F F E N E R B R I E F

9.4.1974

Anfang März haben die Mieter des Hauses Admiralstr. 37 (sowie der Häuser Admiralstr. 35 und 36, sowie Kottbusser Str. 5-7, Reichenberger Str. 20 und 21, Kohlfurter Str. 9-21) ein Schreiben der GSW erhalten, in dem auf die bevorstehende Freimachung der Häuser hingewiesen wird.

Deutsche und ausländische Mieter haben dabei unterschiedliche Schreiben bekommen, die sich wesentlich in folgenden Punkten unterscheiden:

- 1) Auszugstermin: Den deutschen Mietern wird kein genauer Auszugstermin gesetzt. Die GSW erhofft sich vielmehr, daß die deutschen Mieter freiwillig ausziehen.
Den ausländischen Mietern wird dagegen zum 30. Juni 1974 gekündigt.
- 2) Ersatzwohnung: Den deutschen Mietern wird angekündigt, daß ihnen von der GSW Ersatzwohnungen gestellt werden (Im Laufe der nächsten Monate werden wir Ihnen Ersatzwohnraum nachweisen...). In dem Schreiben an die ausländischen Mieter heißt es dagegen nur, daß die GSW bei der Suche nach einer Ersatzwohnung behilflich sein will (Soweit Sie nicht selbst in der Lage sind, sich neuen Wohnraum zu beschaffen, werden wir uns bemühen, Ihnen dabei zu helfen...).
- 3) Übernahme der Kosten für Umzug und Neuanschaffung durch die GSW: Den deutschen Mietern wird mitgeteilt, daß die GSW zwei Firmen beauftragt hat, die den Umzug auf Kosten der GSW durchführen. Außerdem wird für unvermeidbare Neuanschaffungen in der neuen Wohnung ein Zuschuß zwischen DM 330,- und DM 800,- gezahlt, zusätzlich die Kosten für Telefonanschluß und Fernsehantenne.
In den Schreiben an die ausländischen Mietern steht von alledem kein Wort.

Die Unterschiede zwischen den beiden Schreiben zeigen ein klares Ziel:

Die GSW will die Unkenntnis der ausländischen Mieter über ihre Rechte ausnutzen, um die Sanierung schnell und kostensparend durchzuführen. Mit der Kündigung, die eindeutig rechtswidrig ist, werden die Ausländer massiv unter Druck gesetzt. Ihre ohnehin schon großen Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche werden zudem noch dadurch gesteigert, daß ihnen kein Ersatzwohnraum zugesichert wird. Wenn sie dann doch eine Ersatzwohnung bekommen, soll ihnen das als besondere Vergünstigung erscheinen, obwohl sie darauf einen ganz klaren Rechtsanspruch haben.

Die Unterschiede zwischen den beiden Schreiben lassen sich also nicht aus Übersetzungsschwierigkeiten erklären, wie Herr Breuer von der GSW auf Anfrage behauptete, sondern sind wesentlicher Bestandteil der rechtswidrigen Sanierungspraxis.

Ordnungsgemäß hätten die deutschen genauso wie die ausländischen Mieter auf folgende Rechte hingewiesen werden müssen:

- 1) In Berlin gilt für sämtliche Altbauwohnungen der uneingeschränkte Mieterschutz, d.h. keinem Mieter kann gekündigt werden. Wenn ein Vermieter trotzdem dem Mieter kündigt, ist diese Kündigung unwirksam. Das Mietverhältnis kann nur vom Gericht aufgehoben werden, und nur in besonderen Fällen: erhebliche Belästigung, Mietrückstand, Eigenbedarf des Vermieters.
Auch wenn Mietverträge wie das meist der Fall ist, auf ein Jahr befristet sind, hat man denselben uneingeschränkten Mieterschutz,

- die Befristung ist unwirksam.
- 2) In Sanierungsgebieten gilt der Mieterschutz genauso: Ein Mietverhältnis kann nur dadurch aufgelöst werden, daß der Mieter freiwillig auszieht. Wenn man nicht freiwillig auszieht, kann das Mietverhältnis aber nur frühestens nach sechs Monaten aufgehoben werden, nachdem ein formelles Entmietungsschreiben eingetroffen ist.
Die Anfang März von der GSW verschickten Schreiben sind keine solchen Entmietungsschreiben.
 - 3) Jeder Mieter im Sanierungsgebiet hat ein Recht auf "angemessenen Ersatzwohnraum". "Angemessen" heißt, daß Miethöhe, Lage und Größe der Wohnung den Verhältnissen des Mieters entsprechen müssen.
Bevor man keinen angemessenen Ersatzwohnraum nachgewiesen bekommen hat, braucht kein Mieter auszuziehen.
 - 4) Jeder Mieter hat einen Anspruch auf Erstattung der Umzugskosten und einen Anspruch auf Entschädigung für die Gegenstände, die er in die neue Wohnung nicht mitnehmen kann (z.B. Gardinen, Teppiche, Einbauten, nicht mehr verwendbare Küchengeräte usw.)
Mindestens kann der Mieter die Pauschalbeträge verlangen, die im Schreiben an die deutschen Mieter genannt wurden (Zwischen DM 330,- für eine 1-Zimmer-Wohnung und 800,- für eine 4-Zimmer-Wohnung).

Diese Rechte der Mieter aus dem Mieterschutzgesetz und dem Städtebauförderungsgesetz sind der GSW und den zuständigen Behörden wohlbekannt. Die Schreiben der GSW stellen also eine bewußte Irreführung der deutschen und der ausländischen Mieter dar.

Wir fordern die Verantwortlichen beim Senator für Bau- und Wohnungswesen von Berlin und bei den Bezirksämtern auf, die notwendigen Schritte gegen die GSW zu unternehmen.

Wir fordern, daß deutsche und ausländische Mieter in gleicher Weise klar und eindeutig informiert werden.

Wir sind nicht bereit, die Folgen einer Sanierung zu tragen, die wir so nicht gewollt haben: herabgewirtschaftete Altbauten, enge und zu teure Neubauwohnungen, hohe Mieten in den zu aufwendig renovierten Altbauwohnungen.

Der Offene Brief wurde ^{bisher} von 14 Mietern des Hauses Admiralstr. 37 (Kreuzberg, Bezirk 36) unterzeichnet. Die Namen der Unterzeichner sind im Hause bekannt. Für Anfragen und Informationen haben wir eine Sprechstunde eingerichtet, und zwar bis auf weiteres jeden Freitag von 17 bis 19 Uhr im Vorderhaus, 1. Stock links bei Festinori/Risler, Telefon 614 15 66.

Im Auftrag der Hausversammlung vom 24.3.1974

M. Risler

Neden Kiralar gene arttırılıyor ?

Batıberlin Senatosu ve Milletvekili Meclisindeki tüm diğer partiler (SPD, CDU, FDP) 1. Temmuz. 1974 tarihinden itibaren geçerli olmak şartıyla kiraları yüzde 8 oranında arttırdılar. Kira artışlarına, ev sahiplerinin evlerin restore edilmesi ve tamir edilmesi için yaptıkları masraflar bahane olarak gösteriliyor. Ama ev sahiplerinin, evlerin oturulabilecek hale getirilmesi için hiçbir şey yapmadıklarını sağır sultan bile duydu.

Öyleyse, kira artışları da ne demek oluyor?

Ev sahipleri bu yolla, karlarına kar katıyor. Kreuzberg bölgesinde yıkılması ön görülen evlerin yarısından fazlası Senatoya ait, Schöneberg semtindeki bu tip evlerin yüzde 90'ını sendikaların hissedarı oldukları Neue Heimat adlı şirkete ait.



Stadtteilgruppe Kreuzberg
Katholischer Str. 2 nahe Luisenpark
Kiryalar toplantısı: Her hafta 9 saat
saat 17.00 ile 19.00 arasında

Mieterversammlung im Sanierungsbereich
Schönberg - H. Kaiser Demokratenstr. 16

Rote Hilfe Westberlin
Stephanstr. 60 Tel. 395 80 83

Tüm bu olanları sineye mi çekeceğiz ?

- Yabancıların çoğu fahiş kira ödemek zorunda bırakılıyorlar. Yabancıların tereddütlü olmaları ve meseleyi bilmemelerini ev sahipleri en edebince kullanmayı ve yabancıları sömürmeyi sanat sanıyorlar. Oturduğu evin kirasının ne kadar olduğunu hesaplaması her kiracının kahuni hakkıdır. Bunun için Belediyelerde özel yerler vardır. Kira, evin konfor durumuna göre, metre kare başına en fazla 2 veya 3 DM arasında olmalıdır. Belediyelerdeki bu özel yerlerde görevli olanlar, yabancıları başka yerlere göndererek başlarından savmak istediklerinden, en iyi yol; ya almanca bilen biriyle veya aynı evde oturan bir almanla ilgili daire gitmektir.
- Birçok yabancı işçi, o tip virana evlerde oturmaya zorlanıyorlar ki, bu tip evleri kâraya vermek kanunca yasaktır. Çoğu evlerde yakarın olanakları, Karalifer veya bir ocak olsun dahi yok. Bazılarında yüz- numaralar bile ortaklaşa. Evlerin durumu böyle olunca ev sahibi, kanuna göre evi daha düşük bir fiyatla kiraya verebilir, daha doğrusu vermek zorundadır. Hal böyle olunca, kiracı yükeek olan kiraya indirmek hakkına sahiptir. İlişikteki mektup taslağında, kiraları indirmek için ev sahibine nasıl bir yazı yazılmasının gerekli olduğu belirtilmiştir.



- Ama bununla da, evin viranaleği ortadan kalsın olmayar, Kiracının kanuni haklarından biri de, ev sahibinden, evin viranaleğini ortadan kaldırmasını talep etmesidir. Eger ev sahibi bu talebi yerine getirmezse, o zaman kiracı tanınmış kendisi yapar ve masrafları kirandan düşer. Bu da kiracının kanuni haklarından biridir.

Bu uşların tam olarak nasıl yapılacağını aşağıda adresi verilen Danışma Yerlerinden öğrenebilirsiniz.

Kanuni haklarınız elbette ki, Almanya'da da iptenildiği gibi değildir. Kanun ev sahiplerinden yanadır, ama az da olsa sizin de haklarınız vardır. Yabancı kiracıların da belli kanuni hakları vardır. Buna rağmen ev sahipleri onların haklarını görmezlikten geliyorlar. Yabancı işçiler arasında kimileri, kendilerini kendi yurttaşlarından tecrit ederek, almancılara uymaya çalışarak, beladan kurtulacaklarını sanıyorlarsa da, büyük bir yanlışlığa düşüyorlar.

Frankfurt'ta kiracıların yaptıkları direniş hareketleri, ve Berlinda bazı kiracıların birlikte yaptıkları mücadele (Örneğin, Arndstr. Ecke Mostizstr. Kreuzberg'te) göstermiştir ki kiracılar birleşip, direnişlere geçerse mücadeleleri başarıya ulaşabiliyor.

Türk olsun, Alman olsun başka ülkelerden olsun, tüm kiracıların birliktir yapacakları direniş başarının garantisidir. Yüzde 15 oranındaki son kira artışları ve bundan önceki yüzde 3 oranındaki kira artışlarına karşı girişilen direniş hareketleri göstermiştir ki, kiracılar BİRLİKTE direnirlerse başarıya ulaşacakları onurlu olacaktır.

(Kreuzberg'te; Kohlfurter Str., Tempelhofer Ufer'de, Tempelherrnstr. ve Schöneberg'te Dennowitzstr., Steinmetzstr., Blumentalstr., Neukölln'de Reuterstr. deki direniş hareketleri bunu bir kez daha kanıtlamıştır.)

TÜRKLER, ALMANLAR ve DİĞER YABANCI KIRACILAR, ANCAK REP BERABER GÜÇLÜ BİR CEPHE OLUŞTURDUĞUNUZ TAKDİRDE BAŞARIYA ULAŞABİLİRSİNİZ.

TEK BAŞINA BİR TÜRKÜN (Yabancı) MÜCADELESİ KALIR!

BİRKAÇ TÜRKÜN MÜCADELESİ XXXXXXXXXXXX DAHA GÜÇLÜ OLUR!

BİRÇOK TÜRK (Yabancı) VE BİRÇOK ALMAN KIRACISI DAHA DA GÜÇLÜ BİR DİRENİŞ CEPHESİ OLUŞTURURLAR!

TÜRK, ALMAN ve DİĞER YABANCI KIRACILAR BİRLEŞEREK FAHİŞ KİRALARA KARŞI MÜCADELE EDİN!

**BUGÜN PARANA GÖZ KOYAN, YARIN CANINA GÖZ KOYACAKTIR!
SENİ BİR ESİR GİBİ KULLANMAYA ÇALIŞACAKTIR!**

SUS-PUS EDİP ÇIKARILMAK, KÖLELEĞİ VE HAYVANCA MUAMELE GÖRMEYİ KABUL ETMEKTİR!

Danışma: Admiraletr.37
Ön cephede Birinci kat
sol Terafta (Festineri,
Risler)
cuma saat 17 - 19.00

AÇIK MEKTUP

Mart ayı başında, Admiraletr.35-36-37, Kottbuserstr.5-7, Reichenbergerstr.20 ve 21, Kohlfurterstr. 9-21 de oturan kiracılara GSW(İmar ve İskan Kooperatifi) tarafından evleri boşaltmalarını bildiren bir yazı gönderilmiştir. Alman ve yabancı uyruklu kiracılara gelen bu yazıların muhteviyatı birbirinden farklıdır. Bu farklar şunlardır.

1. Çıkış mülhleti: GSW Alman kiracılara belli bir çıkış mülhleti vermiştir, kendi istikleri ile çıkacaklarını tahmin ettiğinden taşına tarâhini serbest bırakmıştır.
2. Yedek mesken: (Yani yıkılacak evlerde oturan kiracılara GSW tarafından gösterilen evler)
Alman kiracılara GSW (Belecek aylar içinde sizlere taşınabileceğiniz yedek mesken göstereceğiz...) diye bildirmiştir. Yabancı uyruklu kiracılara gönderilen yazıda ise GSW, Almanlara yaşadığı gibi ev bulma vasfında bulunmayıp, sadece: (...Sizlerin kendi başınıza ev bulmanız mümkün olmadığı takdirde, yardım etmeye çalışacağız...) demiştir.
3. Taşınma ve sair masrafları:ALAMA Alman kiracılara gelen yazıda eşyalarının GSW hesabına iki firma tarafından taşınacağı ve gösterilen evdeki lüzumlu eksiklerin yapılması için 330,- DM ile 800,- DM arasında GSW nin ilâve yardım yapacağı bildirilmiştir. Ayrıca telefon hattı ve televizyon anteni için yapılacak masrafları karşılayacağı açıklanmıştır. Yabancı uyruklulara gönderilen yazılarda ise bunlardan hiç bahsedilmemiştir.

Alman ve yabancı uyruklu kiracılara gönderilen bu yazılar arasındaki büyük fark GSW nin güttüğü gayayı apaçık ortaya koyuyor. Şöyle ki: GSW-yabancı uyruklu kiracıların sahip oldukları hakların neler olduğunu bilmemelerinden fayda lanarak, vermek zorunda olduğu kanunî mülhlet ve masraflardan kurtulup bu evleri çabuk ve ucuz çıkarmak arzusu ile kendi lehine, yabancı uyruklular aleyhine çalışmaktadır.

Belirli bir tarihte çıkmalarını şart koşan bu tebligat ve taşınabilecekleri bir ev gösterilmemesi sonucu, ev bulmada zaten büyük zorluklarla karşılaşan bu kişilerin durumlarını daha da güçleştirmiştir. Sayet GSW bunlara yedek mesken göstermek zorun de kalsa bile, zaten kanunen hakları olan bu evleri, onlara sanki bir lütuf gibî verecektir.

Her iki tarafa yazılan bu mektupların rasındaki büyük fark OSW den Herr Breuer'in şikayetine cevapten iddia ettiği gibi tercüme edilmiş değil, bilakis şehir imar ve iskan işlerinin kanuna uygun tatbik edilmesinden öleri gelmektedir. Aşağıdaki bakların Alman ve yabancı uyruklu kiracılara, usulen bildirilmesi gerektirir.

1) Berlin'de eski evlerde oturanlar için sınırlanmış, bir "kiracıyı koruma kanunu" geçerlidir. Yani hiç bir kiracı dışarı atılamaz. Bir ev sahibi ile kiracı arasındaki anlaşma, ancak mühim sebeplerle, mesela: Husur kağırma, kirayı vermemek veya geçiktirmek, yahut ev sahibinin zararı, şahsi ihtiyacı gibi hallerde mahkeme kararı ile kaldırılabilir. Fine aynı kanuna bir senelik kontratlar da geçerli sayılır.

2) Yıkılacak eski evlerin olduğu bölgelerde "kiracı koruma kanunu" aynı şekilde geçerlidir. Bir ev sahibi ile kiracı arasındaki anlaşma, ancak kiracı istegiyle evden çıkarsa bozulur. Eğer kiracı istegiyle çıkarsa her iki taraf arasındaki anlaşma "en erken", ev sahibi tarafından "kiracılık-hakkının kaldırıldığı" resmi yazının gönderilmesinden altı ay sonra teslimat olur. Mart ayı başında OSW nin gönderdiği yazılar böyle resmî yazılar değildir.

3) Yıkılma bölge lerinde oturan her kiracı uygun bir yedek mesken hakkına sahiptir. Uygun demekle şu kastediliyor. Verilen evin kirası yeri ve büyüklüğü kiracının durumuna uygun olması gerekir. Her bir kiracı kendi durumuna uygun bir ev gösterilmeden eski evinden çıkmak zorunda değildir.

4) Her kiracının eşya ve masrafları ve t eşya ve masraflarına götürüp de kullanılmayacağı eşyalar için perde, halı, monte edilmiş mutfak dolapları veya aletleri, zarar talep etmeye hakkı vardır. Hiç olmazsa OSW nin Alman kiracılara vereceği meblağı, yani (1 odalı ev için 330,- DM - 4 odalı ev için 800,- DM) isteyebilir.

Kiracıyı koruma ve şehir planlama kanununa göre kiracının sahip olduğuna haklardan OSW ve ona bağlı makamların pek ala haberleri vardır. OSW nin birerere gönderdiği yazılar Alman ve yabancı kiracıları aldatmaktan başka bir şey değildir.

Berlin İskan Müdürlüğündeki ve bölge müdürlüklerindeki mesuliyetlilerden OSW ye karşı gereğinin yapılmasını talep ediyor - Alman ve yabancı kiracılara eşit bir şekilde sarif açıklama bekliyoruz.

Bizler aramızda bilginine yazılan bu iskan işlerinin sonuçlarını (değeri düşük eski evler, yüksek kirali çar yeni evler, lüacmasız masraflarla tamir edilip fiyatları yükseltilip bize sunulan evler) taşımaya hazır değiliz ve karşıyız.

ŞİNİDİYE KADAR HIÇ KİMSE DERDİMİZİ SORMADI

Bugünlerde Berlin Senato'sunun hazırladığı olduğu bir soru listesini ve BEWÖGE nin "Ev İstimalâki" sorunu üzerine yazmış olduğu bir mektubu Posta Kutusunda göreceğiz. Evlerden dışarı atılmaması karara bağlandığı halde, adeta nerde oturabileceğimizi kendimiz saptayabilmemiştir gibi soru soruluyor. Bu soru kağıdının amacı açıktır: bizim kapı dışarı edilmemizi kabul etmemizi isteniyor, öyle ki kirasına hiçbir zaman ödeyemeyeceğiz. z yeni evler yıkılan eski evlerin yerine yapılsın. Bizler için başka bir yol yok. Çoğumuz bir başka istimalak evine taşınmaya zorlanıyor.

Öyleyse neden bu soru kağıdını doldurulm ki? Hem BEWÖGE karına kar katacak, hemde kiracılar kendileri böyle istediler de, ondan yaptık diyebilirsiniz diye Evlerin yıkılması, evlerden kapı dışarı edilme, fahiş kiralarla yeni evlere taşınmaya zorlanma. BU OYUNA ARTIK BİR SON VERELİM. BİZE YURTURMAYA ÇALISTIRILARI SORU KAĞIDINI(Fragebogen) ÇÖP TENEKESİNE ATALIM.

BERLIN

Stadterneuer
(Şehir Yenileme)
Yeni ev için aile bütçesini

Lütfen bu soru cetvelinden her soru için bir cevap doldurunuz.

Üstteki bu isim/diğer

5 0 2 4

BEWÖGE Fragebogen'lar için boşu boşuna kağıt harcamış, onun yerine bizi haklarınıza dair aydınlatırsaydı, herhalde daha iyi olurdu.

- I Berlin'de, ahşap evlerde ve iskan bölgelerindeki evlerde oturan her kiracının kısıtlanmamış kiracılık hakkı vardır. Bu demektir ki: Hiç bir ev sahibi kiracıyı dışarı atamaz.
- II İmar ve iskan kooperatifleri her kiracıya, kira miktarı, yeri ve büyüklüğü bakımından kiracının iskanlarına uygun bir ev göstermeye kanunen mecburdur.
- III Her kiracının, taşınma masrafları ve taşınacağı eve götürüp de kullanamayacağı eşyalar için zarar talep etme hakkı vardır.
- IV Evden çıkarma tarihinden en az 6 ay önce kiracıya haber verilirse ve ayrıca yetek mesken gösterilirse şükündür.

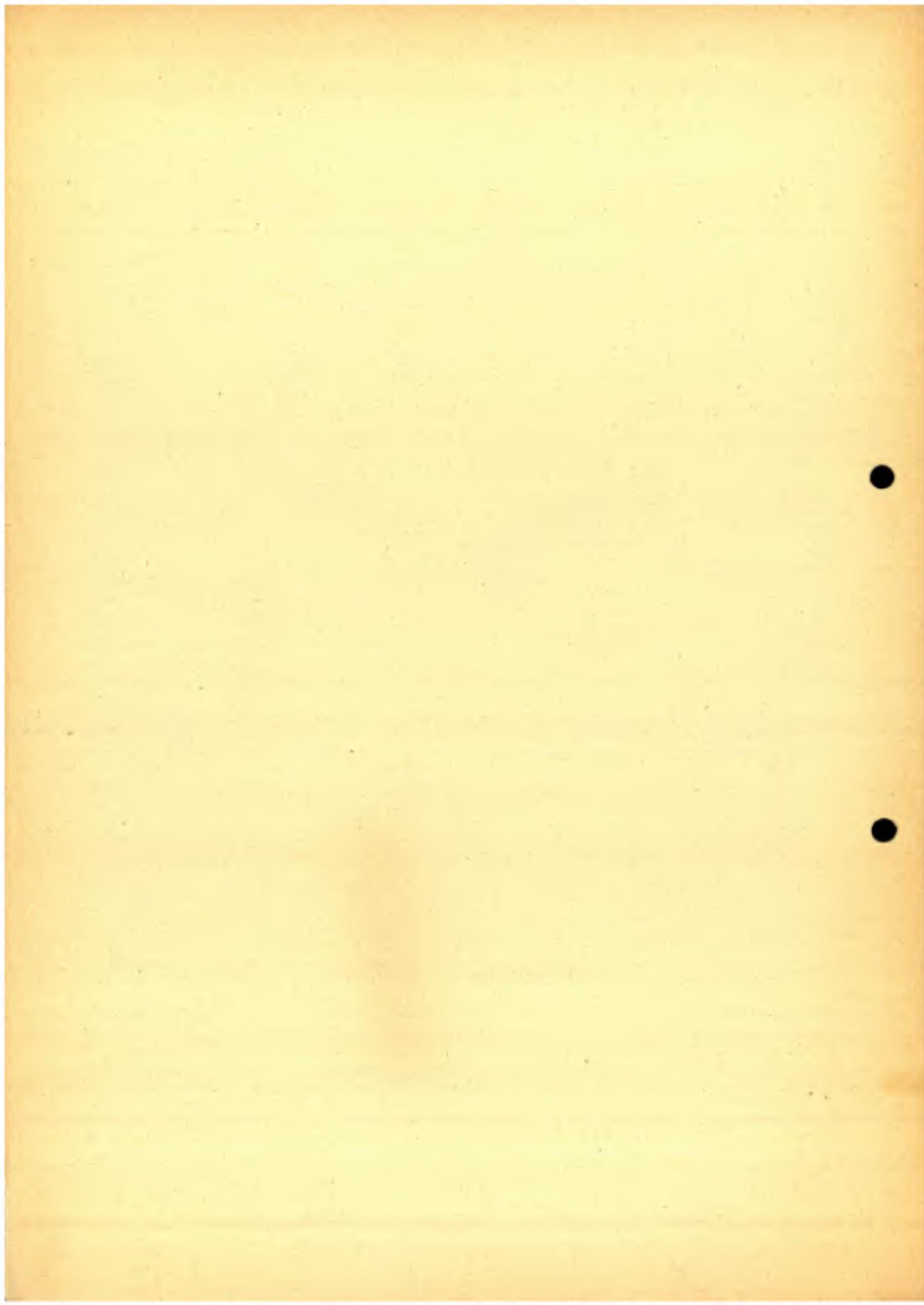
Fragebogen'i doldursakta, doldurmasakta, bunlar bizim haklarımızdır ve haklarımızdan vaz geçeseyiz. Bu yolda başarıya ulaşmak için, BEWÖGE danışma bürosuna teker teker gidip "Marko paşaya" dert anlatır duruma düşmeyelim, tamamen tersine her blokun tüm kiracıları birlikte gitselidirler. Ve böylece istediklerimizi kabul ettiririz!

Stadtteilgruppe Kreuzberg

KIRACILAR İÇİN DANIŞMA

Her Perşembe 17.00 ile 19.00 arası

Adres: 1 Berlin 36, Kohlfurtherstr. 2
(U-Bahn Kottbusser Tor



In alle Eltern
in der
Admiral- und
Kohlfurter Straße !



in den letzten Wochen sind schon wieder Kinder in der Admiralstrasse angefahren worden. noch sind die Unfälle nicht tödlich verlaufen, aber jeden Tag kann es dazu kommen.

WARUM PASSIEREN GERADE HIER SO VIEL UNFÄLLE ?

In der Admiralstrasse und ihrer Umgebung wohnen viele Familien auf engem Raum, so dass die Kinder gezwungen sind, auf der Strasse zu spielen. Bis auf den stark verschmutzten und viel zu kleinen Buddel- und Fussballplatz Ecke Kohlfurter/Admiralstrasse gibt es einfach keine Möglichkeiten für unsere Kinder, sich auszutoben.

Die meisten Eltern müssen tagüber arbeiten und haben deshalb wenig Zeit, sich mit ihren Kindern zu beschäftigen, z.B. zum Spielen in den Höcklerpark zu gehen. Viele Erwachsene schimpfen auf die Kinder und meinen, sie sollten doch besser aufpassen. Wer selbst Kinder hat, weiss, wie schnell Kinder zum Spielen auf die Strasse laufen, ohne an die Autos zu denken. Und die Autos fahren hier meistens ziemlich schnell, weil sie am Kottbuser Tor noch schnell bei Grün über die Ampel wollen.

Weil die Autofahrer die Kinder aber oft zu spät sehen, müsste zumindest ein Schild mit 30 km/h aufgestellt werden.

DAMIT HABEN DIE KINDER ABER IMMER NOCH KEINEN PLATZ ZUM SPIELEN!

Wir finden, dass das Grundstück neben der Schule in der Kohlfurterstrasse ein guter Spielplatz werden könnte. Dazu müsste natürlich die Mauer abgerissen und der stinkende Müll weggeräumt werden; was ja eigentlich auch jetzt schon notwendig wäre!

WIR FORDERN DAHER:

Einen beleuchteten
Kinderspielplatz in der Kohlfurter Straße

weiter Kaiser, nächste Tagesschrift so. nach Karte besetzung
(194) in Laden für Admiral 37 (wegen Leidenplatz u.a.).
dann So. 16 h in Harnelide 11 (Anzahlkür) wegen
Neuen Laden.

Shonen brief
Audna,

KREUZBERG-DIE SANIERUNG IST ARBEITERFEINDLICH.

Der Erfolg von eine Kinderpoliklinik im Bethanien statt
"Künstlerzentrum hat das Thema Sanierung von Kreuzberg
zum Ausgangspunkt dieser Veranstaltung gemacht. Gerade
in der Beziehung zur Sanierung erhält das "Künstlerzentrum,
in den Händen des Senats als Anreizmittel für Investoren,
Spekulant, Hausbesitzer und letztlich für gehobene Mieter-
schichten, Konsumenten und Publikum eine besondere Stel-
lung. Doch zunächst soll hier auf die Problematik ~~die~~
~~gewissermaßen~~ der Sanierung allgemein und dann, insbesondere,
auf Kreuzberg bezogen eingegangen werden, um so den Zu-
sammenhang zum "Künstlerzentrum zu erklären.

1.0 SANIERUNG: heisst --- "gesunde Lebensverhältnisse schaffen"
(lat.)

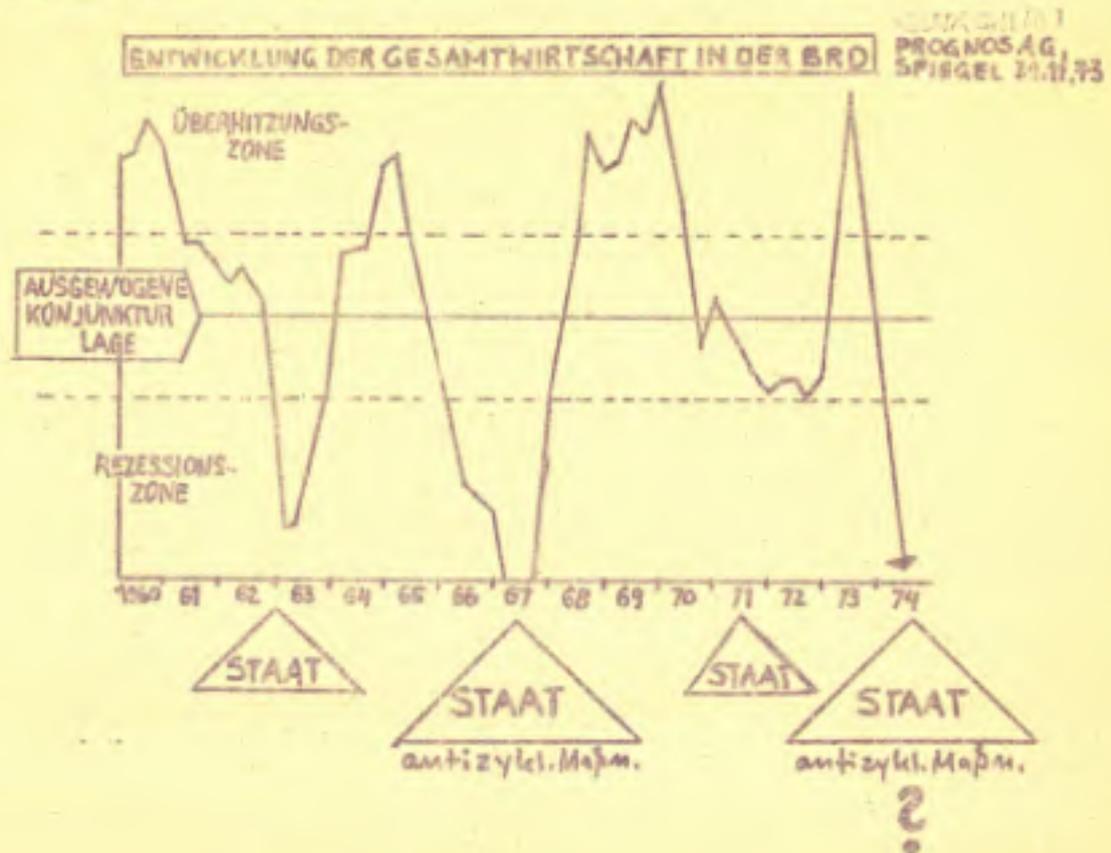
betriebswirtsch. --- "die wirtschaftliche Lebens-
fähigkeit eines Unternehmers bzw. Unternehmens
wieder herstellen." Duden-Fremdwörterbuch,

1.1 Letztere Deutung ist zu beziehen auf die Stadt-Sanierung,
auf die Sanierung in Kreuzberg, denn sie entspricht der Re-
alität in der kapitalistischen Produktionsweise. Bei Kon-
junkturkrisen, die nach K.Marx in aufeinanderfolgenden zykl.
Phasen (10 Jahre) sich stets wieder erzeugen, kommt der
Bauwirtschaft, als Instrument des Krisen^{aus}maßes, eine wesent-
liche Bedeutung zu.

Gerät die Wirtschaft in eine Konjunkturkrise, Talschle,
Rezessionszone wie die bürgerlichen Ökonomen dazu sagen,
so hat der Staat, als Instrument und Interessenvertreter des
Kapitals und der Monopole, die Aufgabe Maßnahmen zu ent-
wickeln um die Wirtschaft wieder anzukurbeln und anzurei-
zen. Diese Maßnahmen sind "antizyklische - oder Konjunk-
tursteuerungs-Maßnahmen. Z.B.: Investitionshilfen, Stabili-
täts-G, Gesetz zur mittelfristigen Finanzplanung, regionale

Aktionsprogramme, konzentrierte Aktion usw.

Für die Werktätigen bedeutet das: Lohnraub, Arbeits-
hetze, Preistreiberei, Entlassungen, Kurzarbeit, poli-
tische Unterdrückung.



1.2 WESEN DES STAATES

In diesem vom Staat garantierten Katalog der antizyklischen Maßnahmen nimmt die Bauwirtschaft als Schlüsselwirtschaft eine wichtige Rolle ein. Der Staat als größter Auftraggeber bedient sich ihrer als Konjunktursteuerungs-Instrument. Er muß also einerseits eine krisenfreie Auftragslage bzw. Produktions-, Wachstumssteigerung und andererseits gegebenenfalls konjunkturwirksame Drosselung vornehmen. Der "Lücke-Plan", der "Weiße Kreis" und das "Städtebauförderungs-Gesetz" sind Konjunktursteuerungs-Maßnahmen in der Bauwirtschaft.

1.2.1 Obwohl in der BRD ein Fehlbedarf von 800 000 Wohnungen zu verzeichnen war, sind mit dem "Lücke-Plan" ⁺ 3% Wohnungsdefizit künstlich erzeugt worden, d.h. durch die Wohnungs-

† Lücke war Wohnungsbauminister (CDU) von 1957-65;
der Lücke-Plan, zur Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft am
1.8.1960 in Kraft

verknappung um 3% konnte die Nachfrage künstlich immer größer gehalten werden als das Angebot, wodurch auch die Wohnungpreise hochschnellen konnten und die Bauwirtschaft wieder kurzfristig angereizt wurde. 1967 näherte sich in fast in allen bundesdeutschen ^{Groß} Städten der künstlich erzeugte Wohnungsmangelbedarf der 3% Defizitgrenze an.

1.2.2
Weißer
Kreis

Durch den "weißen Kreis" konnte die Mietpreisbindung aufgehoben ^{werden} wodurch die Bauwirtschaft ebenfalls einen Investitionsanreiz erhalten hat. Dazu im "Kreuzberger Echo" Juni 1969: "Der Bundesgesetzgeber hat den Abbau der staatlichen Wohnraumvergabe, sowie den Fortfall des Mieterschutzes und der Mietpreisbindung um des liberalen Spieles von Angebot und Nachfrage willen beschlossen." Entstehen nun aus übersteigerten Mitforderung an den Wohnungsmieter soziale Härten, so steht nach dem Mieterschutzgesetzentwurf der SPD-Regierung vom 3.11.70 das Recht auf Seiten des Vermieters: ^{Bsp. *)} "Eine Kündigung zum Zwecke der Erhöhung des Mietzinses" gilt als gerechtfertigt, wenn der Eigentümer "eine marktgerechte Verzinsung des Eigenkapitals sicherstellen, eine Steigerung von Kapital- und Bewirtschaftungskosten... ausgleichen will." Das ist die Realität auch wenn im "Kreuzberger Echo" Juni 1969 steht: "Eine Angst vor dem "weißen Kreis" und "Vermieter sowie Mieter" werden sich gegenseitig respektieren... "Die Vermieter werden sehr schnell"... "einsehen, daß übersteuerte Mieten nicht marktgerecht sind..."

Nachdem beide Maßnahmen ^{des Lücke Plan und des Weißen Kreis,} plan/friestig keinen Erfolg zeigten, mußte für die Unternehmer des Baugewerbes ein neuer

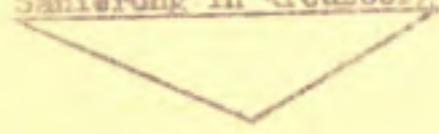
1.2.3
Städte-
bau-
förderungs-
Gesetz

Markt gefunden werden. Der Staat hat die Lösung mit Hilfe der Neuen Heimat gefunden. Durch Zerstörung alter, aber deshalb nicht unbrauchbarer Wohnsubstanz ~~xxxxxxx~~ und durch Neubebauung konnten die Profite wieder gesichert werden. Das noch fehlende Gesetz, das nun Flächen-sanierung ermöglichte, wurde in Form des Städtebauförderungs ^{*) müß noch überprüft werden in welcher Form diese B. durch in den herrsch. Mietzins G}

ausgegebenen...

Gesetzes 1971 (StBauF-G) geschaffen. Dieses Gesetz wurde als Sozial-Gesetz an¹gesehen, als das Gesetz, mit dem kranke Städte wieder gesund gemacht werden. Im Gegenteil - hiermit werden die sozialpolitischen Widersprüche fundam²entiert, d.h. nicht für die Masse der lohnabhängigen unterprivilegierten Mieter wird geplant, zerstört und gebaut, sondern gegen sie und für die Konjunktur, die Industrie und die Unternehmer, für die Rentabilität ~~der~~ Investitionen. Als Begründung für das StBauF-G: "Um 1970 sinkt das Wohnbauvolumen um die Hälfte. Diese Schrumpfung einer Wirtschaftszweige (Schlüsselindustrie) hat erhebliche Ausstrahlung auf andere Wirtschaftszweige und führt zu schwerwiegenden negativen Auswirkungen für die gesamte Volkswirtschaft." Sanierung für wen, S.221.

Sanierung in Kreuzberg



2.0 SANIERUNG - KREUZBERG (Stadterneuerung)

2.1 Zu einem Sanierungsgebiet wird ein Stadtteil nicht deshalb erklärt weil die menschenunwürdigen Wohnverhältnisse dazu zwingen, sondern weil der Bauwirtschaft ein neuer Markt erschlossen werden muß. "Die Bauwirtschaft braucht ein Intensivprogramm" so der Tagesesp. vom 13.12.75. Durch Zerstörung alter Wohnsubstanz und Wiederaufbau für einkommenstärkere Mieterschichten wird dieser Markt künstlich erzeugt gegen das Interesse der "Betroffenen", gegen das Interesse der Werktätigen Bevölkerung.

2.2 Wirtschaftliche Voraussetzung

Kreuzberg wird nicht deshalb saniert weil die politischen -, die Kapital-Fraktionen, die Haus- und Grundbesitzer und die Unternehmer plötzlich ein Herz für die Kreuzberger Bevölkerung entdeckt haben, oder weil Kreuzberg aus humanen und sozialen Aspekten verbesserungsbedürftig ist, sondern Kreuzberg wird saniert aus Gründen der Konjunktursteuerung, aus Gründen der besseren Kapitalverwertung und aus Rentabilitätsgründen. Der Staat äußert hier unverhohlen, daß es darum geht, der Bauwirtschaft Kapazitätsauslastung durch Sanierungs- und Infrastrukturmaßnahmen zu garantieren und Sanierung als antizyklisches Konjunktursteuerungsinstrument zu verwenden. Zitat: "Sowohl die Wohnungs- und Städtebaupolitik als auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik (sind) primär an einer bedarfsgerechten, von kurzfristigen Schwankungen möglichst freien Entwicklung der Bauinvestitionen interessiert. Auch der Bauwirtschaft ist an einer möglichst steti-

ren Entwicklung gelegen. Die Bundesregierung ist deswegen bemüht, die zu erwartende Abschwächung im Wohnungsbau (mangels materieller Anreize für die Unternehmer) durch städtebauliche Sanierungs- und Infrastrukturmaßnahmen abzufangen." (Bundesrat-Drucksache 1/70 Bonn 1970 S.26).

Auch in W-Berlin zeigte sich 1963 gegenüber 1960 eine Abschwächung im Wohnungsbau.

1960	wurden	23 300	Wohnungen	gebaut
1963	wurden	17 500	Wohnungen	gebaut

Die Umsatzsteigerung der Hochbauindustrie hinterher. Durch Staatsmaßnahmen wurde die Bauwirtschaft wieder angekurbelt, indem für die Unternehmer und Investoren profit- und renditeversprechende Anreize geschaffen wurden. Das "Berlinhilfe-Gesetz" sowie Steuer- und Kreditvorteile, die Steigerung der Baupreise und der Neubaumieten, die vorsussichtliche Einführung des "Weißen Kreises" 1976 und vorallem des BERLINER SANIERUNGS PROGRAMM garantieren der Bauindustrie und den Spekulanten starke Umsatzsteigerung und hohe Profite. In den letzten ~~zwei~~^{dem} Jahren von 1963 (=100%) bis 1972 sind die Umsätze der Bauwirtschaft enorm gewachsen. Sie sind um 485 % gestiegen während die Beschäftigtenzahl konstant geblieben, letztlich sogar gesunken ist. Dies bedeutet eine erhebliche Steigerung der jährlichen Pro-Kopfleistung der Werk-tätigen. (Berlin information der Berliner Bank)

Die Zahl der jährlich~~x~~ gebauten Neubauwohnungen pendelte sich von 17 500 Wohnungen 1963 auf 19 100 Woh-ungen ein.

Der Umsatz mit der Wohnungsbau stieg

von 403,911 Millionen DM 1965
auf 698,808 Millionen DM 1967
auf 2 328,000 Millionen DM 1972

Die Berliner Bauwirtschaft hat sich auf Kosten der Verk-
tätigen gesund gemacht. Der Staat und der SPD-Senat
schafften mit dem BERLINER SANIERUNGS PROGRAMM die Grund-
lage hierzu. Und er schaffte damit auch die Grundlage zur
Vernichtung ganzer Stadtgebiete, die fast ausschließlich
traditionelle Arbeiterviertel sind. Kreuzberg verspricht
durch Spekulation auf Grund seiner Zentrumsrolle und dem
guten Anschluß an das öffentliche Verkehrsnetz einen hohen
Wohn- und Bodenwert. Altbauten entsprechen jedoch nach
dem Rentabilitätsgesetz nicht den Bedürfnissen der Kapital-
verwertung und werden daher durch Neubauten ersetzt.
Der Senat spricht deshalb nicht mehr von SANIERUNG son-
dern von STADTUMWERTUNG. (Hierauf müßte in Bezug auf Mo-
dernisierung des Altbaus -neue Tendenz- gesondert ein-
gegangen werden).

2.3 Die Sanierung Kreuzberg ist Arbeiterfeindlich.

	Vorhandene Flächen		Geplante Flächen	
	in ha	in %	in ha	in %
Wohnen	45,47	42,1	56,38	54,0
Gewerbe (Fusion)	20,00	18,6	17,96	16,9
Kerngebiet	-	-	4,22	3,9
Standorte	3,48	3,2	8,69	8,0
öffentl. Grünfl.	4,34	4,0	2,06	1,9
Straßenland	25,18	24,0	37,89	35,3
ungenutzte Fl.	5,81	5,4	-	-
provisorisch genutzte Fl.	2,92	2,7	-	-
Summe	107,20	100,0	107,20	100,0

Kreuzberger Echo, November 1970

Diese vorerwähnten Zahlen zeigen, wie stark die Reduzierung der Flächenanteile für Wohnen, Gewerbe, für Grünzonen usw. Dafür haben die Flächen für die Straßenbenutzung und die Standorte (Post, HTAG usw.) beträchtlich zugenommen und die Kerngebietenutzung, d.h. vorwiegende Nutzung für Handelsbetriebe, Kaufhäuser, zentrale Einrichtungen der Wirtschaft und Verwaltung, sind völlig neu mit 4,22 ha (3,9%) hinzugekommen.

Für die Bewohner bedeutet das im Sanierungsgebiet Kreuzberg Süd (SKS) im Bereich zwischen Gitchiner-, Skalitzer-, Mariannenstraße, Landwehrkanal und Böcklerpark, wo ca. 6000 Kreuzberger davon 1300 ausländische Kollegen leben, daß 3 200 alte Wohnungen abgerissen werden aber nur noch 2 700 Wohnungen neu gebaut werden. Es entsteht also ein Fehlbetrag von 500 Wohnungen. (Kreuzberger Echo März 1972). "Eine Repräsentativuntersuchung ... ergab, daß 26% innerhalb des Bezirks umgezogen, 8% verzogen in andere Innenstadtbezirke ..." und 66% der Sanierungsbetroffenen zogen an die Stadtrandgebiete (Kreuzberger Echo, November 1970).

Σ 37000 MW
16000 WE
21000 MW

Für die Werktätigen bedeutet die Reduzierung und damit Konzentrierung der Gewerbeflächen, daß die Wege zwischen Wohn- und Arbeitsstätten wesentlich länger werden, daß die Arbeitshetze durch die Konzentrierung und Rationalisierung der Betriebe erheblich verstärkt wird. (Sanier.fürwen) S. 38 ff

Für die Erholungsuchenden wird es weniger Grünflächen geben.

Um zu erreichen daß der solidarische Zusammenhalt der Kreuzberger Bevölkerung aufgerieben und gespalten wird

4

und daß die Kreuzberger Bevölkerung möglichst freiwillig und widerstandslos abwandert, trocknet der SPD-Senat den Bezirk schrittweise aus. Das geschieht indem die gewachsene Versorgung, durch Schließung öffentlicher Einrichtungen, durch Verschlechterung der medizinischen Versorgung, durch die Schließung des "Bethanien-Krankenhauses" usw, zerstört wird.

Die Sanierung Kreuzberg ist in ihrem ganzen Charakter arbeiterfeindlich. Zentrumsnahe Arbeiterviertel werden zerschlagen ohne Rücksicht auf die im Stadtteil gewachsenen sozialen Bindungen. Der Senat bezeichnet diese Maßnahmen "Verbesserung der Sozialstruktur" was gleichbedeutend ist mit sozialer Auslese (-Selektion).

2.4

WOHN-UND SOZIALSTRUKTUR

Der Bezirksbürgermeister Abendroth nennt diese Verbesserung der Sozialstruktur "Frisches Blut muß auch nach Kreuzberg. Davon leben Gewerbe und Handel der Stadt,..." (Kreuzberg, Leistung, Planung und Bilanz 1967-1970)

Im 7. Bericht über die Stadterneuerung in Berlin, Okt. 1970, heißt es dazu: "Im Gegensatz zur Gleichartigkeit der Altersstruktur ist die Sozialstruktur (Erwerbstätige nach Stellung im Beruf) im Sanierungsgebiet (SK) erheblich anders als die Berlins. Der Unterschied liegt vor allen Dingen in dem wesentlich höheren Arbeiteranteil bzw. niedrigeren Prozentsatz von Besamten und Angestellten."

Damit ist die Begründung erbracht, mit der es möglich ist die Einkommenschwachen gegenüber den Einkommenstarken aus dem alten Wohngebiet zu vertreiben um so ungestört nach Abbruch der alten Wohnungen den profitreichen Neuba zu beginnen. für die gehobenen Einkommenschichten (soziale Selektion).

2.5 ORDNUNGSPAKTORN

Die "Verbesserte Sozialstruktur" zieht noch ein anderes Übel nach sich, nämlich die Ansiedlung von ORDNUNGSPAKTORN. D.h., der Senat hat ein Besetzungsrecht für einen Teil der Wohnungen in den Neubauvierteln für Polizei, Behörden und Beamten womit der Kontroll- und Disziplinierungsapparat gleich frei Haus mitgeliefert wird. Die Zerschlagung des solidarischen Zusammenhalts in den traditionsreichen Arbeitervierteln ist damit perfekt geplant. Damit nun der kalkulierte Erfolg nicht ausbleibt und damit die Unternehmer, Bauträger, Spekulanten und letztlich die zahlungskräftigen Mieter und Konsumenten nicht ausbleiben, müssen Anreize, müssen Attraktionen geschaffen werden, z.B. Neues Kreuzberger Zentrum, Künstler Zentrum.

216

DAS KÜNSTLERZENTRUM ALS IMAGE-FAKTOR in der arbeiterfeindlichen Sanierungspolitik des SPD-Senats

Neben dem Spekulationsobjekt das "Neue Kreuzberger Zentrum" (NKZ) soll das K geplante und mit 3,5 Millionen DM vom Senat finanzierte KÜNSTLERZENTRUM eine bedeutende Rolle als Anziehungskraft für die Bourgeoisie und den einkommenstarken Mittelstand spielen. Folgende Zitate verdeutlichen den Image-Charakter des Künstlerzentrums:

1) Die JUSOS ... "gehen davon aus, daß im Hauptgebäude der Bevölkerung ein Angebot an sozialen und kulturellen Tiri richtungen gemacht wird. Dabei muß auch bedacht werden, daß sich die Struktur des Bezirks im kommenden Jahrzehnt infolge Sanierungsmaßnahmen stark verändern wird..."

Kreuzberger Echo, Nov. 1970

2) "Künstlerwerkstätten, Studios, Ausstellungsräume" sollen in das Bethanienhaus kommen, denn "...die geschichtlich belegbare enge Verbundenheit von Künstlern mit dem Arbeiterbezirk Kreuzberg muß auch für die Zukunft gefördert

werden. Dazu könnte Bethanien einen vorzüglichen Kommunikationsraum bieten. Daß Unabsehore von hohem Rang eine eigene Ausbildungsstätte benötigen, gilt sicher nicht nur für Leipzig oder "ien." "selbstverständlich gilt es trotzdem, ... das Wichtige und Realistische gegenüber dem weniger Dringlichen vorzuziehen." (Das Bezirksamt sagt es selbst ... deshalb fordern wir die Polyklinik ins Bethanien.)

Kreuzberger Echo, März 1972

3) "Künstlerlokale ... man findet sie heute vorwiegend bei uns im Bezirk Kreuzberg, und sie geben hier ... der würzigen Berliner Luft noch zusätzlich ein wenig Montmartre-Atmosphäre."

Kreuzberger Echo, März 1969

4) "Das Haus am Mariannenplatz dient in allen seinen Teilen und Einrichtungen nur dem Menschen. Jede Krankheit, sei ^{es} die Krankheit der Jugend, der Arbeit, das Altere, die Krankheit der Einsamkeit und der Angst, kann nicht nur mit den Mitteln des Mediziners geheilt werden.... Zur Arbeit gehört die Freiheit und der sinnvolle Feierabend. Die Betrachtung und die Einführung in die unermeßlich reiche und unendlich weite Welt der Kunst ist ein guter Weg von den eigenen Nöten weg zu anderen Menschen zu finden.".....

"... der Bezirk Kreuzberg, der gerade in den Jahren nach 1945 das Künstlerviertel von Berlin geworden ist, hat nun endlich ein Volkshaus bekommen: das Haus am Mariannenplatz. Hoffentlich wird es in wenigen Jahren so berühmt sein wie das älteste Denkmal Berlins, ... das Kreuzberg-Denkmal im Viktoriapark. Und hoffentlich werden in Kürze die Berlin-Besucher schon am Flughafen Tempelhof wissen, daß man Berlin nicht gesehen hat, wenn man nicht im Haus am Mariannenplatz gewesen ist."

Kreuzb.Echo, Dez. 73; Kunstamt Kreuzb. Elise Tilse

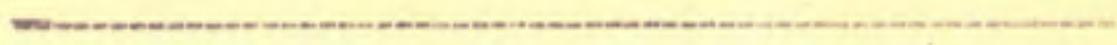
5) "Als vor drei Jahren das Künstlerzentrum beschlossen wurde, geschah das gewiß nicht im luftleeren Raum. Und wenn der größere Teil heute begreift, daß nur einige wenige agile Geschäftskünstler ihren Nutzen daraus ziehen, so ist es nur gut, erneut die Diskussion um dieses Spektakulum zu entfachen. Das Kampfkomitee Bethanien jedenfalls - und mit ihm viele hier ansässige Künstler - haben für unseren Bezirk andere Prioritäten, als ein solches Zentrum erkannt. Darum solidarisiert Euch mit der Kreuzberger Bevölkerung und kämpft für eine Kinder-Poliklinik in unseren Bezirk!"

Kreuzberger Neue Zeitung (Kreuzb. Autoren Selbsthilfe) Horst Runkel

2.6.1 Warum wir gegen das Künstler-Zentrum im Bethanienhaus sind?

- Die Sanierungspolitik des SPD-Senats ist arbeiterfeindlich (soziale Selektion, S.9).
- Das Künstler-Zentrum dient dem SPD-Senat um die arbeiterfeindliche Sanierungspolitik zu verschleiern, um kapitalstarke Unternehmer und - Einkommenschichten nach Kreuzberg zu ziehen.
- Wir sind nicht kunstfeindlich - wir sind gegen Kunst die dieser Politik dient.
- Kreuzberg ist ein medizinisches Notstandsgebiet Das Bethanien-Haus "erfüllt alle baulichen Voraussetzungen zur Aufnahme einer Poliklinik,..." "Ein Mangel an ärztlichem Personal wäre ..im Kreuzberger Bethanien keineswegs zu befürchten." (Spiegel Nr.52/1973)

DESHALB SIND WIR GEGEN DAS KÜNSTLER-ZENTRUM --
 UNTERSTÜTZT DIE FORDERUNG "KINDERPOLIKLINIK INS BETHANIEN"
 KÄMPFT MIT UNS FÜR DIE "KINDERPOLIKLINIK INS BETHANIEN"



Lit.:

Das Grundeigentum, 1.4.1968, Nr.7;
 Stadterneuerung in Berlin, Doppel-Nr.25/26,24.6.1968
 der "Berliner Bauwelt"
 "Sanierung für wen?" 2.Auflage
 "Sanierung in Kreuzberg", Stadtteilgruppe - Kohlfurter Str.2
 Nov.1973 Mieterberatung Do. 17-19.00
 "Neues von der Profitsanierung (NKZ)", Rote Fahne Nr.73, 13.12.72
 Berlin Information, der Berliner Bank, "Status, Leistungen,
 Präferenzen"
 "Stadterneuerung Berlin", 6., 7., 8. und 9. Bericht des Präsi-
 denten des Abgeordnetenhauses; der 10. Bericht ist für die
 Bearbeitung der "Sanierung-Kreuzberg" wichtig, ist jedoch
 hier noch nicht mit bearbeitet worden.
 "Bundesrat-Drucksache" 1/70 Bonn, 1970 ;
 Städtebauförderungs-Gesetz; Mieterschutz-Gesetz;
 "Kreuzberger Echo", März -, Juni 1969; November 1970;
 März 1972; Dezember 1973;
 "Kreuzberger Neue Zeitung" (Kreuzberger AutorenSelbsthilfe)
 1. Jahrgang Nr.10/1973 Horst Runkel, Berlin 61, Mückernstr.79
 "Sieg der Knüppel" Spiegel Nr.52/Dez.1973
 Bauhandbuch 3 n.4, Senat f. Bauen u. Wohnen, Berliner Sanierung

Wochenendseminar der Gruppen des Plenums im
Tommy-Weißbecker-Haus
Bethanien 23./24.3.1974

- Stichwortprotokoll -

Sonnabend, 23.3.1974

Anwesend: Bethanien AG, Tommy-Weißbecker-Haus, Stadtteilgruppe Kreuzberg (Mietergruppe, Jugendgruppe), Medizinergruppe, Hausgemeinschaft Waldemarstr., Stadtteilgruppe Neukölln, Mietergruppe Schöneberg, Rote Hilfe Westberlin, GUM-Initiative Wedding, aus Hamburg: Bürgerinitiative Ottensen

1. Plenum: Vorstellung der Gruppen

- 1) Bethanien AG: Loser Zusammenschluß von Kinder- und Jugendgruppen (Eltern-Kind-Gruppen und Sonderprojekte) seit ca. 3 Jahren, Zusammenhalt wechselnd je nach den anstehenden Problemen.

Praktische Probleme gegenwärtig:

- Renovierung von Altbau und Hauptgebäude nicht nach Vorstellungen des Bezirksamt, sondern nach Bedürfnissen der Kindergruppen
- Konflikte zwischen Kinderarbeit und vom Bezirksamt geplanten Künstlerzentrum/Sozialamt. Gerade ist im Nordflügel eine Holzwand aufgebaut worden, um die Kinder auszusperrern (diese Holzwand hat das Wochenendseminar nicht überstanden)
- Medizinische Versorgung in Bethanien für Kinder der AG

Allgemeine Frage: Wo kann die Arbeit über reine Kinderarbeit hinausgehen? Wie müßte eine gemeinsame Strategie der Kindergruppen aussehen?

- 2) Tommy-Weißbecker-Haus, S.S.B. e.V.

Konflikte im TWH und in anderen Wohngruppen über Arbeitssuche, Teilnahme an Gruppentreffen etc. und einzelne Fälle, in denen Jugendliche mit erfundenen Geschichten die Wohngruppen untereinander ausgespielt haben, machen es erforderlich, daß in allen Wohnkollektiven gleiche Positionen erarbeitet werden und in gleicher Weise reagiert wird, wenn die Jugendlichen sich weigern, zur Schule oder zur Arbeit zu gehen. Auf einem Seminar des S.S.B. wurde daher beschlossen:

- Aufnahmestopp, damit sich die Gruppen etwas stabilisieren
- in 14 Tagen muß sich jeder entschließen, ob er zur Schule oder zur Arbeit geht. Sonst Rauschmiß. Das Bild vom "armen Treiber", bei dem alles entschuldigt werden muß, ist falsch. Die Jugendlichen im TWH haben von ihrer Wohnsituation her viel mehr Rückhalt als andere Jugendliche

Ansonsten soll im TWH parterre ein Jugendtreff (Teestube und so) eingerichtet werden. Außerdem kommen die Wohngruppen verstärkt in Kontakt mit Eltern. Das TWH braucht deshalb die Erfahrungen anderer Gruppen, vor allem Schülergruppen. Gegenwärtig wird mit Senat und Bezirksamt über Wohnungen verhandelt für Jugendkollektive, die aus dem TWH ausziehen wollen. Bei diesen Verhandlungen werden obdachlose Familien und Jugendliche gegeneinander ausgespielt.

- 3) SKS - Jugendgruppe

Nach langer rein theoretischer Arbeit begann praktische Arbeit zusammen mit Sigo Stade in einem Jugendwohnkollektiv Oranienstr. 36. Bald jedoch Konflikte mit Stade über Fragen der Solidarität mit der Trebe-Bambule und der Taktik gegenüber dem Bezirksamt. Trotz-

dem Beginn der Arbeit mit Fäten und Projektgruppen. Dann wurde die Jugendgruppe jedoch von Stade ausgesperrt. Danach Umorientierung der Arbeit auf ein Jugendwohnkollektiv, das sich in der Admiralstr. gebildet hat. Nachdem 5 Jugendliche mehr als einen Monat in einer Wohngemeinschaft in einem Zimmer gehaust haben und das Bezirksamt (Beck) sein Versprechen, ihnen die Wohnung über der Stiege zu geben, gebrochen hat (statt dessen zog eine obdachlose Familie ein), wurde eine leerstehende Wohnung im zur Sanierung anstehenden Haus Admiralstr. 37 besetzt. Jetzt waren Bezirksamt und Grundstücksamt (Funck) auf einmal sehr schnell in der Lage, Wohnungen anzubieten (Reichenberger Str. 20). Gegenwärtig Diskussionen zusammen mit der Neuen Kreuzberger Kindergruppe über Weiterführung der Arbeit in der Oranienstr. 36. Weiter aber das Problem Stade, der nicht nur über die formal stärkere Position verfügt, sondern auch z.Zt. noch bessere Kontakte zu den Jugendlichen hat.

4) SKS - Mietergruppe

Die Gruppe hat ein Papier zur Darstellung ihrer bisherigen Arbeit vorgelegt. Z.Zt. ist die Gruppe ziemlich zusammengeschmolzen, der erwartete Konflikt im Sanierungsgebiet ist ausgeblieben, weil die Befriedigungsstrategie der SPL Erfolg gehabt hat. Gegenwärtig: Mieterberatung, Unterstützung von Mieterinitiativen (z.B. Forster Str. 8). Jetzt sollen möglichst viele "angeworben" werden, damit die Arbeit im Stadtteil auf neuer Grundlage (s. Vorschläge im Papier) weitergeführt werden kann. Zusammenfassend: keine Flugblattkampagnen mehr, sondern direkten Kontakt zu Mietern suchen, Mieter unterstützen, die in ihrem eigenen Haus Kontakte haben, Türkenarbeit mit allgemeiner Mieterarbeit verbinden. Zur Vorbereitung haben schon zwei Schulungen über Situation ausländischer Arbeiter stattgefunden.

Problematiken:

- c - Zusammenhang von Mieterarbeit mit der Arbeit anderer Gruppen
- langfristig: Zusammenhang von Mieter- und Betriebsarbeit
- Ausländerarbeit im Sanierungsgebiet

5) Mietergruppe Schöneberg

Mit Teilerfolg in 3 Häusern wurde zu Beginn der Arbeit eine rückwirkende Mieterhöhung als Problem aufgegriffen. Kontinuierlich Informationen über Neue Heimat, Sanierung etc. am Stand.

Im Februar Mieterversammlung mit 200 Leuten, die sich noch ein zweites Mal getroffen haben und von Bezirksamt und Senat Informationen über Sanierung gefordert haben. Brief mit über 300 Unterschriften abgeschickt.

Praktische Probleme:

- in nächster Zeit soll ein Laden eingerichtet werden
- an türkische Mieter ist die Gruppe trotz Flugblätter auf Türkisch bisher nicht herangekommen

Bei den deutschen Mietern fehlen fast völlig die Mieter zwischen 30 und 50 Jahren

6) Stadtteilgruppe Neukölln

Seit ca. 3 Jahren Mieter/Stadtteilarbeit mit Laden, Flugblättern, Mieterberatung, Mieterversammlungen, Fest im Stadtteil. Mieterarbeit mangels konkreter Ergebnisse seit 3/4 Jahren eingestellt, der Großteil der Gruppe macht Jugendarbeit (Lehrlinge), die sich regelmäßig in einer Wohngemeinschaft treffen. Gegenwärtig Untersuchungsarbeit und Theorie des Reproduktionsbereiches. Auseinandersetzung mit Reformismus.

7) GUM-Initiative Wedding

Will mit den Erfahrungen der Mieterarbeit in Charlottenburg (Mieterverein, Auseinandersetzung mit Jusos, SEW, KPD) eine Sanierungsgruppe

Vinetaplatz aufbauen, hauptsächlich mit Architekten und Planern.
Versuche, Kontakte zum Bezirksamt auszunutzen.

8) Ref. Hilfe Westberlin

Knastarbeit ziemlich eingegangen, weil immer mehr ohne Bezug zu den Genossen in den Knastgruppen.
Stadtteilarbeit angefangen im Anschluß an Mietrechtbroschüre. Jetzt ständige Beratung, Stände, Flugblätter mit Rechtsinformationen.
Alle 14 Tage Rotes Volksskino im SZ.
Ansonsten Bürodienst (Verteileraufgaben) und Unterstützung einzelner Initiativen mit Finanzen und Material (Putte, Schillerpromenade, Arbeiterwohnheim Goerzallee).

9) Medizinergruppe

Aus Bewußtsein der Gettosituation an der Uni Idee der Stadtteilarbeit. Im letzten Jahr ständiger Stand am Chamissoplatz mit Informationen über Abtreibung, Kinderkrankheiten etc. Fragebogenaktion, um Kontakt zu bekommen und Arbeit besser bestimmen zu können. Mehrere Ausgaben des "Gesundheitsblattes".

Versuch, zusammen mit Frauen aus der Umgebung einen Kinderladen zu organisieren, ist gescheitert. Probleme der Gruppe, zur KPD-Bethanienkampagne Stellung zu nehmen. In diesem Jahr nur einzelne Unterstützungsarbeiten (Befragungen im Obdachlosenasyll, Zusammenarbeit mit Betriebsgruppe Schering wegen Hormonpräparate).

Probleme:

- was können wir als Studenten im Stadtteil tun ?
- wie sieht es mit dem Konzept der Selbstorganisation aus ?

10) Wohngemeinschaft Waldemarstr.

Versuch zur Orientierung nach außen (Abenteuerspielplatz) hat nicht geklappt. Erhoffen sich Anregungen vom Seminar

11) Hamburg-Ottensen

Konfliktsstoff: Bau einer Autobahn durch den Stadtteil, Stadtsanierung, Ausspielen von Deutschen gegen Ausländer
Schwerpunkt der Arbeit jetzt: Sanierung. Bisher Hausbesuche und Stände. Ziel: ein Haus finden, in dem exemplarisch gegen die Vertreibung gekämpft wird, und diesen Konflikt veröffentlichen. Voraussetzung: persönlicher Kontakt zu Mietern in diesem Haus

Im Anschluß an diese Selbstdarstellung wurde diskutiert, welche Themen in den zu bildenden Untergruppen behandelt werden sollen. Genannt wurden

- Entwicklung einer Strategie der Stadtteilarbeit über bornierten speziellen Arbeitsbereich bzw. Heinzelmännchentätigkeit hinaus, Frage der Verbindung aller Lebensbereiche, Zusammenhang von Stadtteil und Betrieb

- Kontakt zur Bevölkerung: Integration in die Gruppen, Selbstorganisation, Kommunikationszentrum ?
- Zur Zusammensetzung der Stadtteilgruppen: ist Zusammenhang mit Berufsperspektive und/oder "Qualifikation" erforderlich ? Was können Studenten im Stadtteil tun ?
- Gemeinsame Verhandlungsstrategie gegenüber Senat/Bezirksamt
- Stadtteilzentrum (Volkshaus)
- Inhaltliche Bestimmung der Jugendarbeit
- Ausländerarbeit und Stadtteilarbeit
- Sanierungsproblematik
- Zusammenarbeit der Gruppen im Stadtteil

Im Ergebnis bilden sich 4 Gruppen: 1. Zusammenarbeit über Bethanien; 2. Mieter-/Sanierungsarbeit; 3. Ausländerarbeit; 4. Theorie und Strategie der Stadtteilarbeit.

2. Plenum: Berichte der Untergruppen/Diskussion

1) Untergruppe Mieter

Diskussionsgebiete: Mieterberatung, Stadtteilladen, Organisation, Vereinzelung im Wohnbereich

Mieterarbeit kann an verschiedenen Konflikten ansetzen, bei denen unterschiedlich viele Mieter betroffen sind:

Wohnungssituation (einzelne Mieter), Situation im Haus, z.B. bewußtes Herabwirtschaften oder Mieterhöhung wegen Wertverbesserung (alle Mieter des Hauses), Mieter derselben Wohnungsbaugesellschaft und Sanierungsmieter, alle Altbau- bzw. Neubaummieter bei Mieterhöhungen, allgemeine Mehrbelastungszuschläge etc.

Mieterarbeit, die an diesen möglichen Konflikten ansetzt, wird stets diskontinuierlich sein. Wenn sich Mieter anhand eines dieser Konflikte zusammenschließen, wird mit Überwindung dieses Konflikts der Zusammenhang wegfallen. Die Mietergruppen müssen sich darauf einstellen. Sie können nicht - wie früher - erwarten, daß sich die Mieter als Mieter auf längere Zeit organisieren. Sie können auch nicht erwarten, daß Mieter als Mieter Interesse haben, langfristig in einer Stadtteilgruppe mitzuarbeiten.

Wenn die Mieterarbeit von dieser diskontinuierlichen Arbeit weggewillt, wenn sie kontinuierliche politische Zusammenhänge unter der Bevölkerung initiieren will, muß sie von dem isolierten Konflikt wegkommen, andere Lebensbereiche mit einbeziehen. Der konkrete Mietkonflikt ist dann nur ein Ausgangspunkt. Nur dann auch können sich die Genossen in den Mietergruppen selbst als Person und nicht nur als "Helfer" in die Arbeit einbringen.

Derzeit sind die Stadtteilgruppen, soweit sie Mieterarbeit machen, kaum in der Lage, neben dem Mietkonflikt andere aufzugreifen zu können. Konkret möglich ist jedoch der Versuch, über den Mietkonflikt persönliche Kontakte mit und unter den Mietern herzustellen, die den konkreten Anlaß überdauern. Mittel dazu sind durchaus auch Kaffeeklatsch und Skatrunde.

Daneben kann der Zusammenhang zu anderen Lebensbereichen derzeit nur durch Zusammenarbeit mit anderen, bisher ebenso spezialisierten Gruppen hergestellt werden.

Erforderlich dafür, daß wir wenigstens in der Lage sind, die konkreten Mietkonflikte aufzugreifen, ist eine entsprechende Qualifikation der Genossen für Mieterberatung, Information über Sanierung und Mieterhöhungsvorhaben etc.

Gerade angesichts der notwendig diskontinuierlichen "reinen" Mieterarbeit müssen wir uns davor hüten, uns aus ihr große sichtbare Erfolge zu versprechen. Wir können auch "Selbstorganisation" nicht so verstehen, daß nach einem Flugblatt und einem Hausbesuch sich die Mieter spontan zusammenschließen.

Weitere Themen, die nicht mehr diskutiert werden konnten:

- Stadtteilzentrum
- Einrichtung einer zentralen Informationsstelle in Berlin über Sanierung, Mieterhöhung usw.
- Kaufen-Kampagne gegen Wuchermieten unter dem Vorwand von Wertverbesserungen

2) Untergruppe Bethanien-Zusammenarbeit

Zusammenarbeit mit Medizinern: Die Bethanien AG will einen Sanitätsraum für die Kinder einrichten. Es werden Mediziner-Genossen gebraucht, die dann voll mitarbeiten und diesen Sanitätsraum führen. Über diese Untersuchungsstelle für Kinder ist auch leicht Kontakt zu den Eltern herzustellen. Ein Ambulatorium auch für Eltern scheitert am Ärzterecht. Aber die Mediziner-genossen könnten als Kontaktstelle für Ärzte im Stadtteil arbeiten.

Zusammenarbeit mit Mietergruppe: Auch hier könnten Genossen der Mietergruppe an der Arbeit der Bethanien AG teilnehmen. Dort werden oft Probleme aus dem Wohnbereich angesprochen, die die Bethanien AG nicht auf-

greifen kann. Einzelne Eltern haben sogar schon Mieterinitiativen angefangen, ohne daß die Mietergruppe je davon erfahren hat. Allgemein wird festgestellt, daß die Gruppen in Kreuzberg ziemlich naturwüchsig entstanden sind und daß dies auch ein Grund für ihre Isolierung ist. Zu diskutieren wäre die Möglichkeit, ähnlich gezielt wie beim Muki in Zehlendorf/Krone eine Arbeit zusammen mit Betriebsgruppen aufzubauen. z.B. bestünde die Möglichkeit, Schülerläden zusammen mit den Betriebsgruppen aufzubauen für Arbeiter, die - wenn sie auch in verschiedenen Betrieben arbeiten - in Kreuzberg wohnen. Kurzfristig muß ein doppelseitiger Informationsfluß zwischen den Gruppen im Stadtteil eingerichtet werden. Möglichkeit, daß jeweils Genossen aus der einen Gruppe zum Treffen der anderen Gruppe gehen. Die Mietergruppe muß wissen, was für Kinder die Bethanien AG aufnimmt, die Bethanien AG muß wissen, wann und wie Mieterberatung etc. gemacht wird.

3) Untergruppe Ausländerarbeit

Ansätze, über die sich was entwickeln ließe, wurden zwar andiskutiert, aber noch nicht geklärt. Zu nennen sind:

- Untersuchungsgruppe, die genauer die Voraussetzungen für Mieter-, Kinder und Jugendarbeit mit Ausländern klärt
- Möglicherweise kann in der Waldemarstr. ein Türkentreff (eine Art Knipse) aufgemacht werden, um dort Kontakte mit Türken herzustellen
- Auf dem Maifest könnte man versuchen, gezielt mit Türken zusammenzukommen. z.B. ließe sich eine Malaktion zusammen mit türkischen Kindern machen
- Mittelfristig könnte man versuchen, Türkengruppen in Kitas und Jugendzentrum zu bilden und dort mitzuarbeiten (z.B. Böcklerpark)

Es besteht die Gefahr, daß die Genossen vor der Ausländerarbeit wegen der unbekanntenen Schwierigkeiten von vornherein resignieren. Es ist schon deshalb notwendig, Ausländerarbeit zusammen mit ausländischen Genossen zu beginnen und nicht was neues aufzumachen, sondern in die bestehenden Strukturen unter den Türken hineinzugehen.

4) Untergruppe Strategie der Stadtteilarbeit

Die Untergruppe kritisiert, wie das Seminar abläuft. Ad hoc kann die Strategie der Stadtteilarbeit und die noch immer fehlende Theorie des Reproduktionsbereiches, die den Lebenszusammenhang herstellen müßte und nicht Einzelbereiche isoliert betrachten dürfte, nicht diskutiert werden. Erforderlich ist ein ständiger Ausschuß, der grundsätzliche Diskussionen führt. Mögliches Diskussionsmedium: Info.

Zu Beginn wird diese Kritik diskutiert. Die meisten Genossen sind der Ansicht, daß die Praxis lang genug gewesen ist und genügend Erfahrungen gebracht hat, um daraus lernen und daran weiterdiskutieren zu können. Es besteht nicht die Notwendigkeit einer totalen theoretischen Neubestimmung. Die theoretisch gefundene Notwendigkeit, nicht Einzelbereiche aufzugreifen, sondern den Lebenszusammenhang herzustellen, hat sich in der praktischen Arbeit längst gezeigt. Gerade dies Seminar soll die längst fälligen Konsequenzen ziehen und überlegen, wie die konkrete Arbeit der Gruppen verbunden werden kann, damit langfristig und konkret an der Basis weitergearbeitet werden kann. Trotz großer theoretischer Einsichten haben wir in der bisherigen praktischen Arbeit nicht einmal die politischen Zusammenhänge eingelöst, die z.B. die Eltern der Kinder in der Bethanien AG schon sehen. Theorie besetzt Bestimmung der Position und der weiteren Strategie, wenn man mit seiner Arbeit an Grenzen stößt - wie in Kreuzberg bei der isolierten Arbeit in Teilbereichen - oder wenn man sieht, daß der Staat die linken Initiativen eingemeinden will.

Auf die Frage, wie man aus der Verstrickung in Detailfragen in einzelnen spezialisierten Bereichen herauskommen kann und den Zusammenhang

herstellen kann, wurden vorläufig in der Diskussion folgende Antworten gegeben:

- Mann kann nur an konkreten Konflikten mit den Leuten anfangen, die konkret da sind. Um kontinuierliche Arbeit zu machen, müssen wir aber versuchen, dann auch den gesamten Bereich in Angriff zu nehmen. Dafür müssen wir auch für uns die Zusammenhänge herstellen, Verbindungen unter den Leuten aufbauen, Kontakte herstellen.
- Erste Voraussetzung dafür ist eine stärkere Zusammenarbeit der Gruppen, konkret in der Art, wie es in der Untergruppe Bethanien diskutiert wurde
- Wir müssen unseren Effektivitätsanspruch kritisieren. Wir dürfen nicht ungefragt vom "Scheitern" der Arbeit sprechen, wenn vielleicht gar nicht die Arbeit gescheitert ist, sondern wenn wir den Anspruch gehabt haben, daß aus ~~xxxx~~ erstmal notwendigen diskontinuierlichen Konflikten gleich eine kontinuierliche politische Praxis, möglichst noch eine politische Organisation folgt. Nur dann können wir verhindern, daß wir aus Frust aufhören oder uns auf einen neuen Einzelbereich werfen, statt zu versuchen, über den in Angriff genommenen Einzelbereich hinauszukommen, ihn in den größeren Zusammenhang einzubeziehen.
- Im Betrieb haben selbst Mißerfolge das Ergebnis, daß die Teilnehmer daraus lernen und diese Erfahrungen in den nächsten Konflikt einbringen. Im Stadtteil haben wir es aber immer mit unterschiedlichen Leuten zu tun, weil jede Gruppe ihren speziellen Bevölkerungsteil hat, in dem sie arbeitet. Wir müssen uns auf denselben Bevölkerungsteil konzentrieren, damit die vielen Erfahrungen in den Einzelbereichen in anderen Bereichen genutzt werden können.
Es bleibt dann immer noch das Problem, daß gerade in einem Sanierungsgebiet eine langfristige Politisierung dadurch unterbrochen wird, daß die Bevölkerung vertrieben wird.

3. Teil: Fête, fiel mangels Vorbereitung und angesichts der TU-Fête der Neuen Schule aus.

Samstag, 24.3.1974

Allgemeine Schläffheit. Anwesend nach langem Warten auch nur Mietergruppe u d Jugendgruppe der Stadtteilgruppe Kreuzberg, Bethanien AG, Stadtteilgruppe Neukölln, Medizinergruppe, WG Waldemarstr.

Erster Diskussionspunkt: Kann überhaupt noch sinnvoll im Sanierungsgebiet Kreuzberg gearbeitet werden?

Die Frage stellt sich vor allem für die Mietergruppen. Die Kindergruppen sind von dem Problem nicht so betroffen, denn den Eltern wird, soweit ihr Haus abgerissen wird, eine Wohnung in Kreuzberg zugewiesen, sodaß sie weiterhin ihre Kinder zu den Gruppen bringen. Ähnlich ist allerdings auch für die Jugendgruppen die Frage nach der Zielgruppe: soll sich die Arbeit auf Randgruppen (Treber, Obdachlose) oder auf die Arbeiterjugendlichen aus den Neubaugebieten konzentrieren?

Die Frage wird nicht geklärt. Es ist jedoch so, daß die Gruppen, nachdem sie angefangen haben, keine völlige Wahlfreiheit mehr haben. Abstrakt kann aber festgestellt werden, daß objektive Bedingungen (gleichschlechte Wohnbedingungen, gleiche Bedrohung durch Vertreibung und künftige hohe Mieten, sichtbare Rolle des Staates als Vertreter der Kapitalisteninteressen) für den Schwerpunkt Sanierungsgebiet sprechen, subjektive Bedingungen (kaputte Typen, Gettosituation, viele Rentner, Vorurteile gegenüber den vielen Ausländern) dagegen.

Im Sanierungsgebiet müssen die Gruppen jedenfalls verstärkt die Rolle des Staates in ihre Arbeit einbeziehen, nicht nur bei der Durchführung der Sanierung, sondern auch in Bezug auf Sozialhilfe, Wohngeld, Obdachlosigkeit. Die Bevölkerung ist hier verstärkt auf den Staat angewiesen, Zusammenhänge zwischen Miete und Lohn wird Sozialhilfeempfängern nicht persönlich bewußt.

In Neubaugebieten besteht das Problem der Isolierung, die schon von der Wohnsituation her vorbereitet wird. Außerdem wird die Bevölkerung dort nach der Sanierung bewußt gemischt. Fraglich ist, ob hier Wohnprobleme im Vordergrund stehen. Allerdings besteht in Neubaugebieten offensichtlich der Zusammenhang hohe Mieten = Notwendigkeit der Mitarbeit der Frau = Probleme mit Versorgung der Kinder und Jugendlichen die wieder der Staat sicherzustellen hat.

Zweiter Diskussionspunkt: Ist es nicht ein grundsätzlicher Fehler von Stadtteilarbeit, isoliert von der Bevölkerung was aufzumachen und es ihr anzubieten, anstatt in Schulen, Kitas usw. hineinzugehen? Sozialamt, Schule, Kitas sind Dienstleistungsbetriebe. Eigentlich ist nicht einzusehen, warum Betriebsstrategien nur für Industrieunternehmen entwickelt werden. Auf dem Gebiet der Dienstleistungsbetriebe gibt es erst ganz wenige Ansätze. Z.B. soll Mitte Mai ein Treffen mit progressiven Lehrern und Kindergärtnerinnen in Kreuzberg stattfinden. Die bisherige Stadtteilarbeit hat sich in erster Linie auf Angebote gestützt (Mieter-, Jugendladen, Bethanien). Es besteht die Gefahr, daß auf diese Weise nur eine für die Bevölkerung billigere Konsumalternative entsteht.

Dagegen spricht aber, daß es nicht grundsätzlich um die Alternative zwischen Arbeit in den Institutionen oder unabhängige Arbeit geht. Beide Möglichkeiten müssen sich messen lassen an dem Ziel, intakte und andauernde politische und persönliche Kontaktnetze im Stadtteil herzustellen. Angebote, die linke Gruppen der Bevölkerung machen, stehen immer dann am wenigsten in Gefahr, nur konsumiert zu werden, wenn das, was eingerichtet wird, den eigenen Bedürfnissen der Genossen entspricht.

Außer den schon am Sonnabend genannten Punkten brachte die Diskussion am Sonntag nicht viel neues Konkretes ein. Diskutiert wurde noch über ein Stadtteilzentrum, jedoch gingen die Meinungen so weit auseinander, daß dies Thema noch einmal und dann vorbereitet diskutiert werden soll.

Alle Gruppen sind aufgefordert, bis zum nächsten Treff im

Tommy-Weißbecker-Haus, 7.4.1974, 17 h

über weitere konkrete Formen der Zusammenarbeit zu diskutieren. Rainer und Jov wollen die Argumente pro und contra zum Stadtteilzentrum zusammenstellen. Außerdem soll das Interesse festgestellt werden, in absehbarer Zeit noch ein solches Wochenendseminar (evt. anders vorbereitet und strukturiert) durchzuführen.

Es stehen noch zwei konkrete Sachen an:

1. Aufräumaktion auf dem Gelände von Bethanien an den letzten beiden Wochenenden vor dem 1. Mai
2. Maifest (oder wohl besser: mehrere Mai-Straßenfeste) am 1. Mai

Anhang Kontaktadressen der auf dem Wochenendseminar vertretenen Gruppen

Gruppe	ADRESSE	Treffen
Mietergruppe SKS	Laden 1-36, Kohlfurter Str. 2 Tel. 614 15 66	Mieterberatung jeden Donnerstag, 17-19 h, Laden Treffen: Mittwoch, 19 h, Laden
Jugendgruppe SKS	"	jeden Mittwoch und Freitag, Ort telepho- nisch erfragen
Medizinergruppe	WG 1-62, Martin-Luther Str. 127 IV Tel. 7825565	Jeden Montag 20 h Martin-Luther-Str.
Bethanien AG	Keller vom Feierabend- haus, Knut Bisom außerdem: Waldemarstr. 81	Feierabendhaus jeden Montag 20 h
Elternkingsgruppen im Feierabendhaus (demnächst: Kinderta- gesstätte-Elterninitiative)	Waldemarstr. 81	jeden Dienstag 21 h
Tommy-Weißbecker-Haus	Wilhelmstr. 9 2519083	jeden Mittwoch 20 h
Initiativgruppe West- berliner Jugendzentren	"	jeden Montag 19.30 h nach Rotationsprinzip
Stadtteilgruppe Neukölln	U-44, Urbanstr. 67 Tel. 6922631	jeden Dienstag 20 h im "Focus", Donaustr.
Häftlingskollektiv	Nansenstr. 23 außerdem: über RH, Stephanstr. 60	
Rote Hilfe	1-21, Stephanstr. 60 395 80 83	Mo-Fr 17-19 h Mieterberatung Do
Mietergruppe Schöneberg	1/0 Gull, 1-30, Dennewitzstr. 10	
Stadtteilgruppe Charlotten- burg	1-19, Seelingstr. 57 (Laden)	Mieterberatung Fr 17-19 h

Fragebogen zum
Standort für ein Stadtteilzentrum in Kreuzberg

I. Selbständige Arbeit

Berliner Statistik

Graubach über Institutionen und Behörden

Stadterneuerungsbericht

Zeitungsausschnitte, links Blättchen etc.

Sprachberichte und -pläne (z.B. KiTa-Bericht, Familienberatung usw.)

II. Ansehen

Blocke, Kommunikationsplätze, Zustand der Häuser usw., Betriebe

Institutionen (Schulen, Kitas, Altenheime, Beratungstellen etc.)

III. Erfahrungen von Genossen

Genossen in Institutionen (Lehrer, Sozialarbeiter, Ärzte)

Im Stadtteil arbeitende Gruppen mit Projekten

Im Betrieb arbeitende Genossen

IV. Wonach ist bei I - III zu fragen ?

1. Konflikte, die viele gleichmäßig betreffen
2. Kleine, aber intensiv/militant/erfolgreich ablaufende Konflikte
3. Zusammenhang zwischen Nachbarn
4. Verhältnis der Nationalitäten; gibt es multinationale Erfahrungen ? Welche Auseinandersetzungen gibt es ?
5. Klassen-, Schichtzugehörigkeit, z.B. Arbeiter, Facharbeiter, Angestellte, Rentner, Sozialhilfeempfänger
6. Vorhandene Kollektive Bedürfnisse, Versorgung, Infrastruktur
7. Situation in Betrieben, auch den kleineren. Kommen Arbeiter aus Kreuzberg oder anderen Stadtteilen ?

V. Besondere Möglichkeiten

Erörterungsveranstaltungen in Sanierungsgebieten

Wahlveranstaltungen

nichts besonderes: Kneipen

Die Gruppen sollten dazu Stellung nehmen, ob sie das große Plenum sinnvoll finden und was sie davon erwarten.

Mediziner: Da alle keine allzu große Praxis haben könnte man sich auf dem Plenum über seine Schwierigkeiten unterhalten. Daraus können sich Möglichkeiten der Koordination ergeben.

Kohlfuter: Die abstrakte Notwendigkeit eines Stadtteilplenums wurde von der Jugendgruppe eingesehen. In der Praxis sieht das aber anders aus. Bei speziellen Sachen ist es klar, daß man zusammen sich ab-sprechen muß. Praktisch bleibt es jedem einzelnen aus der Gruppe überlassen auf das regelmäßige Plenum zu gehen oder nicht.

Der Laden für Jugendliche in der Oranienstr. 36 ist Mo, Mi, Fr, und Sa ab 14.30 Uhr offen. Was es da für Gruppen geben soll ist noch nicht ganz klar. Sigo läßt sich nicht mehr da sehen, verwal-tet alles ok. Er macht aber Schwierigkeiten bei dem Wohnprojekt vor einigen Jugendlichen. Er will sie unter seine Fuchtel haben und leant Betreuer aus der Stadtteilgruppe ab.

Mietergr. Kohlfurter: Sie haben sich in der Sanierung festgerannt. Seit April 75 fühlen sie sich als Fachidioten. Alles läuft etwas ~~stieflos~~ wie los. Ein Hauptkonflikt nämlich das bei Freimachungen die Kreuz-berger in die Randgebiete gesetzt werden steht nicht mehr an. Die meisten bekommen im selben Bezirk eine Neubauwohnung. Das ist die Folge aus der Änderung der Sanierungstaktik. Die Ausländer werden jetzt von einem Sanierungshaus ins andere gesteckt. Die ganze Geschichte wird wieder bestens verschleiert. Unklar ist, wie die Gruppe weiter machen soll. Neubauprobleme speziell angehen, mit den Leuten umziehen oder sie Ausländer beschränken, was aber eine Spaltung bedeuten würde? Die Gruppe hat das Gefühl, daß sie im Bezirksamt wesentlich ~~unklarer~~ bekannter als bei den Leuten im Stadtteil. Für das Bezirksamt sind sie das Frühwarnsystem, und das ist als ein Mißerfolg der Arbeit anzusehen.

Häftlingskollektiv: Die Stadtteilgruppen wurden aufgefordert auch die Flugblätter zum Prozessbeginn zu verteilen. Da die Gruppe gerade mit Leuten vom Weißbecker Haus Informationsveranstaltungen in den Ausenheimen machen, fanden sie es duftete, wenn sie auch andere Räume dafür von den anderen Gruppen bekommen könnten, und noch andere Tips in der Richtung.

Weißbecker Haus: Immer noch bei den Vertragsverhandlungen, plant ein ~~zweites~~ zweites Häftlingskollektiv

Profe-Bambule: Nach allem den Sachen wie die Hetzkampagne in der Presse und die Weigerung jegliche Unterstützung zu leisten, war klar, daß die Gruppe alleine keine Druckmittel gegen den Senat hat. Bei den anderen Jugendgruppen und Sonderprojekten wird jetzt auch mehr Druck ausgeübt. Diese Gruppen müssen einen Weg finden zusammen auf den Senat Druck auszuüben. Ein Vorschlag von dem Plenum war, ein öffentliches Hearing ~~abzuhalten~~ als dieses Thema zu machen, Soetwas wäre besser und wirkungsvoller als ein Teach-in. Was man außer Ständen und der Io Plenum-Unterstützung der Eltern der Ki- gruppen noch machen kann soll am 18.2. im Feierabendhaus bei der AG bequatscht werden.

Initiativgruppe der Jugendzentren und Wohnkoll.: Die Gruppe findet es schade daß keiner auf den Brief an die Stadtteilgruppen geantwortet hat. In dieser Initiative sind die Gruppe und Freizeitheime die die Perspektive Selbstverwaltung haben. Sie sollen durch die "Neuen alten" Bestimmungen von Reichel mehr kontrolliert werden, außerdem müssen sie unterstützt zu werden schon eine Praxis nachweisen und garantieren, daß sie sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen. Sie können ~~jetzt~~ jederzeit überprüft werden.

Am Plenum überhaupt: Die Jugendgruppen machen die meiste konkrete Arbeit, die anderen wie Mietergr. und die Mediziner werden oft nur als Spezialisten zu irgendwelchen Sachen herangezogen, was ihnen stinkt. Bei den Mediziner ergab sich daraus, daß sie ein Kila-Projekt angefangen haben, was sie aber nicht befriedigt, und sie wollen mit allen darüber sprechen. Einige wollten darüber aber nicht sprechen und so viel das Thema erst einmal unter den Tisch, Es würde der Vorschlag gemacht sich mal ausführlicher und mit mehr Zeit über diese Sachen zu unterhalten. Einige meinten auf einem Wochendseminar könnte man sich mit

einzelnen und mit mehreren Gruppen ausführlicher und besser unterhalten.
Es war nicht klar in welchem Abstand das Stadtteilplenum wieder stattfinden sollte. Man einigte sich auf in 3 Wochen den

3 MÄRZ um 17 UHR in Weißbecker Haus

Jo und Wille wollten sich bis dahin um Räume für das Wochenende gekümmert haben. Gruppen die dazu Lust und Zeit haben können bis dahin auch ein Diskussionspapier einbringen für das Wochenende.



DER
FRÜHLING

'74

IM
AHETTO

'K

UNIDOS PARA TRIUNFAR
TOGETHER WE OVERCOME

QUEREMOS
CASAS
DECENTES
WE WANT
HOMES
NOT
SLUMS

LIBERTY
UNITY



Dieses Papier wurde als Beitrag zur Diskussion um die Perspektive der STADTTEILGRUPPE-KOHLFURTERSTR. (Mietergruppe) eingebracht.

Die evtl. Verwirklichung des Vorschlages, den dieses Papier enthält, kann aber sowieso nicht auf diese Gruppe beschränkt bleiben, sondern sollte in konkreten Aktionen u.a. eine lustbetonte Integration der Kreuzberger Gruppen fördern (insbesondere derjenigen, die mit Ausländern zutun haben).

Deshalb wird auch dieses Papier zugeschickt, obwohl es sich nicht auf die Zustimmung der gesamten Stadtteilgruppe-Kohlfurterstr. stützen kann.

Aus dem Umstand, daß auch bestehenden falschen Auffassungen zum "Ausländer-Problem" in Kreuzberg begegnet werden sollte, erklärt sich auch, wieso die Begründung des Vorschlages etwas umfangreich geraten ist.

Wir könnten auf dem geplanten Wochenend-Treff u.a. auch über diesen Vorschlag sprechen.

VORBEREITUNG

Im Nov. '73 wurde in einem Papier(1) der Vorschlag gemacht, **L a n g f r i e t i g** die politische Arbeit im Stadtteil in den Zusammenhang mit der Situation im Betrieb zu stellen - als zwei Erscheinungsarten eines Problems. Dieses Papier bietet sich nach wie vor zur Diskussion um die Perspektive der Arbeit im Reproduktionsbereich an. Hinzugefügt werden sollte noch, daß die dort anvisierte Zielgruppe (Beschäftigte eines Großbetriebs die im K wohnen) sowohl Altbau- wie Neubausmieter, als auch Ausländer und Deutsche umfaßt und untersucht werden sollte, ob der Betriebszusammenhang ein Gegengewicht gegen die Trennung dieser Mietergruppen darstellt.

Der im vorliegenden Papier enthaltene Vorschlag, dessen Verwirklichung **m i t t e l f r i e t i g** bereits im Frühjahr/Sommer '74 angegangen werden könnte, zielt dagegen nach wie vor auf die Gruppe der Mieter hin, die immer schon im Zentrum der Bemühungen um Stadtteilarbeit standen, derjenigen, die am schärfsten von der Sanierung betroffen sind. Allerdings steht die ök. und pol. Entwicklung, und die damit zusammenhängende Veränderung der Sanierungsweise in einer Wechselbeziehung zu einem Wandel der Gruppe der Sanierungsgefährdeten.

ZWEI GRENZLÄUFIGE PROZESSE: "SANIERUNG"-GHETTOBILDUNG

Zur Zeit beträgt der Anteil der legal im Sanierungsgebiet lebenden Ausländer ca. 40% der Bevölkerung(2). Wenn man die Illegalen dazu zählt, ergibt sich schätzungsgemäß ein Anteil von bis zu 50%. Ca. 80% der Ausländer sind Türken. Das Gebiet in dem wir arbeiten (wollen) ist also nicht nur Sanierungsgebiet, sondern auch Türkenghetto.

Andererseits meint der Senat dazu, daß "Türken zur Ballung(3) neigen", und die "größeres Beharrungsvermögen"(4) als die Deutschen im Sanierungsgebiet haben. Andererseits erkennt er "die besten Altbauwohnungen stehen an anderer Stelle nun einmal nicht ausreichend zur Verfügung"(4). Sein Problembewußtsein äußert sich in der Blüte: "Eine zumutbare Lösung der Wohnraumversorgung dieses Personenkreises leidet also nicht unter Sanierungsdurchführung, sondern die Sanierungs-

durchführung ist mit einer ungelösten Ausländerproblematik(4). Er ist der Meinung, daß ein Ghetto was schlechtes und gefährliches sei und möchte es am liebsten auslöschen und den Boden per Sanierung einer höheren Verwertung zuführen. Sein Dilemma aber ist, daß er damit nicht gleich die Ausländer auch auslöschen will, denn das sind billige Arbeitskräfte, deren Wert im Interesse der Industriekapitale auch niedrig bleiben muß und dazu brauchen sie billige Wohnungen. WIR KÖNNEN DAVON AUSGEHEN, DASS DIESER WIDERSPRUCH DAS WICHTIGSTE HINDERNIS DER SANIERUNG IN KÖLN DARF. LLT.

Wie kommt es zur Ghettobildung?

Allgemein ist Ghettobildung ein Phänomen, das in der kapitalistischen Stadtentwicklung seit mindestens dem vorigen Jahrhundert bekannt ist(5):

Zusammendrängen von armen und verschiedenen volkshemigen Gruppen in gewissen Stadtteilen, die sich meist in konzentrischen Zonen um den Stadtkern bilden. Bestimmte wird diese Entwicklung durch das Verhältnis von Bodenrente zur Zahlungsfähigkeit und durch die Entfernung zum Arbeitsplatz. Im Stadtkern, wo die Bodenrente am höchsten ist, protzt das Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum. In den diesen umgebenden konzentrischen Zonen - auf Boden mit immer noch hoher Rendite! - waren paradoxerweise die Armen gezwungen zu leben, weil dort die Produktionsstätten waren. Sie mußten in deren Nähe bleiben, da sie sehr wenig Geld für Transport zur Verfügung hatten. Der einzige Weg, sich der hohen Rendite anzupassen bestand natürlich darin, sich auf einer sehr kleinen Fläche zusammenzudrängen. Dieselben Gebiete sind durch einen großen Anteil von Häusern charakterisiert, die man verfallen läßt, um den Vermögenssteuern zu entgehen. Ein weiteres Paradox ist, daß die Gebiete mit der größten Überbelegung auch die Gebiete mit der größten Anzahl leerstehender Häuser sind. Der Wert liegt eben im Grundstück und die daraufstehenden Häuser sind den Besitzern im Grunde lästig. Das Grundstück wird als 'reif' zur Neubebauung mit kommerzieller Nutzung betrachtet, durch die es ansehnliche Profite zu ernten gibt.(6)

Es hat viele Darstellungen und Modelle zum Ghetto-Problem gegeben, von 'wohlwollender Vernachlässigung' zur Stadt-erneuerung, von der Mietsubvention bis zum öffentlichen 'sozialen' Wohnungsbau. Aber alle schieben das Problem nur umher, weil die kapitalistischen Bedingungen für die Ghattobildung nicht angetastet wurden.

In Berlin ist die Situation insofern 'klassisch', als es kein Hinterland hat und die Produktion und damit die Arbeitskräfte nicht beliebig aus der Stadt herausverlagern kann, wie z.B. westdeutsche Großstädte.

SITUATION DER DEUTSCHEN UND DER AUSLÄNDISCHEN SANIERUNGS- BETROFFENEN IN K

DIE DEUTSCHEN

Bis Ende '73 mußte man davon ausgehen, daß nur 45 bis 25% der Sanierungsbetroffenen im Gebiet eine Neubauwohnung kriegen können(7). Wenn wir dem gegenüberstellen, daß Anfang '74 ca. 60% der Sanierungsbetroffenen Ausländer sind von denen KEINER nur 3-4% eine Miete im 'soz.' Wohnungsbau bezahlen können(3), dann bleiben eben nur noch ca. 40% deutsche Mieter übrig, die unterzubringen sind.

Da ein Teil davon von sich aus anderswo hinzieht, und wie man hört die Zahl der Wohneinheiten gegenüber den ursprünglichen Plänen erhöht werden soll, braucht uns nicht zu wundern, daß jetzt immer mehr Deutsche, die im Stadtteil bleiben wollen, hier eine Neubauwohnung bekommen.

Wahrscheinlich sind die sie ganz am Anfang auch bereit, mehr für Miete abzuzweigen, um sich angesichts des Ghettos vor dem Absteigen in der Klassengesellschaft zu bewahren.

DIE AUSLÄNDER

Wie sieht nun die Zukunft der Arbeiteremigranten in K aus? Unter der Voraussetzung, daß der Bonner Anwerbestop bald wieder aufgehoben wird, geht der Senat von einer weiteren "nicht steuerbaren Konzentration der ausländischen Arbeitnehmer in bestimmten Bezirken"(8) aus. "Außerstenfalls müßte

Von einer Möglichkeit der strengeren Handhabung der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis Gebrauch gemacht werden" (8).

Iber ihn "scheint eine derartige Regelung aus wirtschaftlichen Gründen wenig sinnvoll. In vielen Fällen müßten bewährte eingearbeitete Kräfte mit hoher Produktivität (!) gegen den Willen der Unternehmen in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden" (8).

Zusugesperrten für bestimmte Gebiete hält er auch nicht für sinnvoll, da das eine weitere Form von Illegalität und damit Unkontrollierbarkeit schaffe. (9)

Als einzige Interventionsmöglichkeit nutzt er z.Zt. die Häuser, die seinen Sanierungsträgern gehören. Er hat sie seit März '73 angewiesen, nicht mehr an neuzuziehende ausländische Arbeiter zu vermieten. Dies reicht ihm aber nicht aus, um die Ghettobildung einzudämmen, die

a) "Möglichkeiten einer Radikalisierung von Ausländern und Deutschen bei wirtschaftlichen Depressionen... und hieraus resultierenden Gefahren für die Erhaltung der freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie der allgemeinen Sicherheit und Ordnung in exponierten Berlin" (3) mit sich bringt.

b) die gewünschten Investitionen des privaten Kapitals im Sanierungsgebiet immer weniger attraktiv macht.

Um die Zahl solcher Wohnungen, "die für infrastrukturelle Maßnahmen gebraucht werden" ^{zu erhöhen}, will er jährlich 1000 Altbauwohnungen (zu je 10 000 DM bei 60qm) außerhalb K-3 und Weddinge aufkaufen und an Ausländer vermieten. Auf diese Weise will er deren Streuung bewirken. Wenn es dazu kommen sollte, werden diese aber durch 6000 bis 7000 jährlich einwandernde ausl. Arbeiter benötigt werden. (8,4)

ES IST ALSO ANZUNEHMEN, DASS DIE HEUTE IN K LEBENDEN UND NOCH ZUZIEHENDEN AUSLÄNDER IM ZUG DER SANIERUNG AUF IMMER WIGEREM MAßE ZUSAHMENGEBALLT WERDEN, DIE GHETTOBILDUNG SICH VERSCHÄRFT UND DIE SANIERUNG IMMER MEHR BLOCKIERT.

In hohem Maße abhängig sein wird diese Entwicklung allerdings ~~von~~ davon:

a) INWIEWEIT DIESE ETNIZISCHEN MINDERHEITEN, IN DER HAUPTSACHE ALSO DIE TÜRKEN, EINER SOZIOKULTURELLEN IDENTITÄT UND KLASSENBEWUSSTSEIN MIT IHRER SITUATION I. GHETTO VERBINDEN

b) DIE LINKE DIESES KONFLIKTFELD ALS IHR ARBEITSFELD ERKENNT

Die Krise 1966/67 hat gezeigt, daß die 'Gastarbeiter' nicht länger ein jederzeit abstoßbarer Arbeitsmarktpuffer sind. Trotz eines einheimischen Arbeitslosenheeres von damals 700000 behielten 1 Mio. Ausländer ihre Arbeitsplätze. Dies sind vom Gesichtspunkt der klassenkämpferischen und streikstrategischen Relevanz an den empfindlichsten Punkten des Systems am zahlreichsten vertreten. Die ausl. Arbeiter sind insofern Teil der wichtigsten Zielgruppe der Arbeiterbewegung, der eigentlichen proletarischen Basis der un- und angelernten Arbeiter.

Die meisten TÜRKEN planen ursprünglich nicht langfristig oder für immer in der BRD in "Klein-Amerika" zu bleiben. Ihre meist kleinbürgerliche Herkunft ist vor allem in den ersten Jahren hier mit einer kleinbürgerlichen Zukunftsperspektive verbunden. Diese verhindert z.T. die Auseinandersetzung mit dem 'momentanen' Lohnarbeiterstatus, da er als vorübergehend betrachtet wird. Die sozialen Härten der Gegenwart werden durch Zukunftspläne verdrängt und entschädigt.

Aber je länger sie hier bleiben, desto vager sind ihre Rückkehrpläne. Hatten sie anfangs auf ein bestimmtes Sparziel hingearbeitet, den Bau eines Häuschens, den Kauf einesackers, Taxis oder die Gründung einer Touristenpension, so schiebt sich im Laufe der Jahre die Rückkehrfrist immer weiterhinaus, weil entweder alle Ersparnisse durch den Lebensunterhalt der zurückgebliebenen Familie aufgezehrt werden oder das vom Mund abgesparte Haus oder Taxi sich als Fehlinvestition herausstellen, und so die erhoffte Sicherung einer "selbstständigen" Existenz im Heimatland ein Traum bleibt.

In der ersten Zeit ihrer Anwesenheit hier, so sieht es auch der Senat, steht für sie "der soziale Aufstieg gegenüber ihrem Status in der Türkei im Vordergrund und läßt sie den Abstand zum Standard der deutschen Bevölkerung hinnehmen. Es muß jedoch bezweifelt werden, daß dies bei zu-

nehaender Verweildauer in Deutschland und Entfremdung von Heimatland auch künftig der Maßstab für die Bewertung der eigenen Situation bleiben wird"(3). Dieser LATENT SCHIZOPHRENEN SITUATION, der große Bedeutung auch für den Stadtteil zukommt, sieht der Senat sowohl mit Befürchtungen vor einem sich entwickelnden Klassenbewusstsein entgegen, als auch mit Hoffnung auf Anpassungsbestrebungen. Daß diese XEX Zweischneidigkeit der Erwartung begründet ist, zeigt eine Berliner Umfrage von 1972: (12)

- 17% der 1622 befragten Türken wollten in einem Stadtbezirk wohnen, wo überwiegend Landsleute leben
- 43% dort, wo überwiegend Deutsche wohnen
- 40% sollen danach keine besonderen Wünsche haben

Zwar bleibt Bedürfnisforschung über Umfragen solange eine Farce, wie Bedürfnisse sich nicht politisch, d.h. mit der Chance der praktischen Machtausübung manifestieren können; zwar muß man davon ausgehen, daß es sich bei denjenigen, die geantwortet haben um Türken handelte, die durch ihren Kontakt zu offiziellen Ausländerbetreuungsorganisationen in höherem Maße angepasst sind als der Durchschnitt. Trotzdem aber ist diese Ergebnis insofern aufschlussreich, als es ausdrückt, daß der Wunsch nach besseren Wohnverhältnissen im Widerspruch zu stehen scheint zur kulturellen und sozialen Identität mit den Landsleuten.

WEIL VIELE TÜRKEN IHRE UNTERJOCHEUNG UNTER DAS KAPITAL DURCH DIE EMIGRATION SELBST, DURCH DIE WOHLNAGE, DURCH DIE SCHULPROBLEME IHRER KINDER, STÄRKER EMPFINDEN ALS DIEJENIGEN AM ARBEITSPLATZ, IST ES NOTWENDIG, DIE AGITATION AUF DIE GANZE LEBENS SITUATION ZU BEZIEHEN UND NICHT NUR AUF DIE FABRIK. UM EIN WEITERS AUS EINANDER DIVIDIEREN DER BEIDEN BEWUSSTSEINSLAGEN (auf das der Senat kalkuliert) IN EIN SICH ENTWICKELNDES KLASSENBEWUSSTSEIN ZU WERDEN, MUSS U.A. EIN GEGENGEWICHT GEGEN DEN RAUB DER KULTURELLEN IDENTITÄT GESCHAFFEN WERDEN!

Die Einstellung der Kreuzberger Stadtteilgruppen gegenüber den Türken ist gekennzeichnet als die der Neigung zur Kapitulation vor einem riesigen Problem. Insofern geht es ihnen ähnlich wie dem Senat heute. Wenn dem Senat in den sechziger Jahren das 'Blockknacken' durch einströmende Türken noch ein willkommenes Mittel zur Spaltung der Mieter war, denen er gleich die der Erscheinung nach Schuldigen für den allgemeinen Verfall des Viertels freihand lieferte, dann bereiten ihm heute die Türken in K, wie schon dargestellt, ernste Sorgen (wenn auch denen, deren Interesse er vertritt, viel Mehrwert).

Immer schon Sorgen haben sie aber den Stadtteilgruppen gemacht:

- Spaltung der Mieter und als Folge Reduzierung der Bereitschaft zu solidarischen Verhalten
- Sprachbarriere
- Fremdheit, die sich als Entfremdung von eigenen Bedürfnissen ausdrückte
- angenommene Kurzfristigkeit ihrer Anwesenheit hier
- Befürchtung des großen Angst vor pol. Repression besteht

Andererseits bemerkte man aber auch mit Sympathie:

- kollektivere Lebensformen

Psychisch stabilere Erscheinung der Kinder

- z.T. erstaunliche 'apolitisiertheit'
- Rithusiasmus und Spontaneität
- Kompensation der Sprachschwierigkeiten bei Hausbesuchen durch große Freundlichkeit

Wir glaubten in der Mieterarbeit immer, die Türken einfach wie alle andern Mieter ansprechen zu können. Und im Endeffekt liess man sie links liegen, woran auch das meist mechanische Übersetzen von gekirzten Flugblättern nicht viel änderte.

Die reale Spaltung vom größten Teil der Deutschen, die eben nicht nur in der Produktion, sondern auch im Wohnbereich besteht und u.a. in der unterschiedlichen Behandlung der Sanierungsbetroffenen durch den Senat ihren Ausdruck findet,

bedeutet, dass objektiv nicht alle Forderungen der Turken in gleichem Mass Forderungen der Deutschen sind oder zumindest nicht als solche empfunden werden. Die politische Arbeit kann in dieser Situation nicht von einer flüchtigen Einheit ausshen. Das bedeutet, dass Polarisierung gegenüber einem Teil der Deutschen unvermeidlich ist. Es bedeutet aber auch, dass intensiv über die gemeinsame Grundlage aller Arbeiter agitiert werden muss, um Polarisierung nicht zur Isolation und damit zur Verschärfung der Spaltung werden zu lassen.

ZUR SITUATION DER STADTHEILGRUPPE (ietergruppe)

Über unsern Frust und die Heisbarkeit brauch ja hier nicht mehr viel gesagt zu werden. Die Flucht in abgesicherte "Vorträge" und auch dieses lange Papier ist auch eine Folge davon, dass wir kaum noch in der Lage sind einander richtig zuzuhören. Diese Situation macht es notwendig, uns in Zukunft lustvollere, weil kollektivere, Agitationsformen einfallen zu lassen- die allerdings die Klarheit des pol. Zieles nicht ersetzen können.

Im Folgenden soll deshalb- auf der Grundlage des bisher Gesagten- ein Vorschlag in Richtung auf Initiierung kollektiver, sinnlich konkreter Aktionen entwickelt werden. Dieser Vorschlag nimmt nicht für sich in Anspruch auf umfassende Ausländerarbeit hinauszulaufen, sondern versteht sich eher als bescheidene Initiative, die aber auch uns Spass machen kann. Schließlich gibt es ja sowas wie Frühlingsegefühle, und das traditionelle Karneval auf dem Mariannenplatz, das mit dieser Initiative auf die Strassen ausgedehnt werden könnte, ist auch nicht mehr fern!

VORSCHLAG ZUR INITIIERUNG BILDNERISCHER AKTIONEN

Wir könnten Aktionen initiieren, in denen an den riesigen kalten Giebelwänden in den Strassen Wandbemalungen durch Ausländergruppen kollektiv entstehen, möglichst natürlich zusammen mit Deutschen. Das wichtigste Ziel dabei ist, die Ausbildung einer ethnischen und kulturellen Identität

politischer Minderheiten- als Voraussetzung für pol.
Handlungsfähigkeit im Ansatz zu unterstützen.

Der Prozess der öffentlichen Bemalung könnte als zusätzliches
Mittel der Identifikation wichtig werden, wenn sich dort
der Protest gegenüber den herrschenden Zuständen vermittelt
ausdrückt, im Umweg über Zitate aus der eigenen ethnischen
Geschichte und über projektierte Wunschbilder.

Der beschlossene Zustand der gebauten Umwelt im Ghetto spie-
gelt die gesellschaftlichen Zustände nicht nur wieder, sondern
herrscht auch täglich auf die Bewohner ein. Die hinzugefügten
Bemalungen richten sich dem Wesen nach gegen die mit dieser
Umwelt aufgebauten Verhältnisse, insbesondere wenn sie
typische Probleme der Ghettobewohner aufgreifen.

BEISPIEL 1

Derartige Aktionen hat es z.B. in den Ghettos von San Fran-
cisco (Mission) und Chicago zu Hunderten in den letzten
Jahren gegeben, oft im Zusammenhang mit militanten Kämpfen
von Sanierungsbedrohten gegen ihre Unterdrückung (13).
Sie sind durch Schwarze, Mexikaner, Puertorikaner, Chinesen
aber auch Weiße entstanden.

Manchmal hat sich auch ein Teil der Bewohner gegen die Dar-
stellungen gewehrt - Anpasser, die Befürchteten, durch die
kritischen Darstellungen in ihrer Rolle als sich wohlver-
naltende Minderheit unglaubwürdig zu werden. (14)

Bezogen auf Kreuzberg kann es natürlich auch zu Auseinan-
dersetzungen kommen, aber es ist kaum anzunehmen, daß diese
den Charakter von Isolation und Spaltung haben werden, son-
dern eher das Gegenteil.

BEISPIEL 2

Dies hat ein Projekt einer PH-Studentengruppe zum gemeinsamen
Kunstunterricht mit sonst getrennt unterrichteten deutschen
und türkischen Kindern an der Grundschule in der Kohlfurterstr.
gezeigt. Es wollte damit zeigen, daß es möglich ist, die
totale Isolation der ausländischen Kinder aufzuheben, die
Vorurteile nur verstärkt.

Das Projekt setzte am gemeinsamen Kunstunterricht an, weil
der gemeinsamen gegenständlichen Tätigkeit Sprachbarrieren
kein so großes Hindernis sind, und über das gemeinsame Erleb-
nisse Spaltung unter ihnen man hoffte mit der Zeit abbauen
zu können. Nachdem es am Anfang auch große Probleme gegeben hat
sind die Kinder später besonders darauf abgefahren, die Schul-
türen selbst anzumalen- die Schule wenigstens äußerlich
sichtbar zu verändern, als erste und symbolische Inbesitznahme
der Schule durch die Schüler! (15)

Hausbegehung im Sanierungsgebiet

Vorbereitung durch Flugblatt: Forderung nach Modernisierung gut erhaltener Häuser, politische (Hausbesetzung) und finanziell-technische Möglichkeiten (Aufstellung der Modernisierungsmaßnahmen, Kostenrechnung) der Durchsetzung dieser Forderung.

Das Flugblatt ist abgestellt auf Häuser, die noch gut instand sind und in der ausschließlich oder überwiegend deutsche Mieter wohnen ~~in diesem Stadtteil in Kreuzberg~~

Ziel der Hausbegehung

1. Interesse der Bewohner an Sanierung feststellen, das sich evtl. auch aus der Reaktion auf das Flugblatt ablesen läßt.
2. Informationen sammeln (s. unten den Fragenkatalog)
3. kontinuierlichen, auch persönlichen Kontakt vorbereiten: Ankündigen, daß man häufiger kommen wird, wo man zu erreichen ist etc.
4. In Gesprächen, soweit noch nicht bekannt, Informationen über Stand der Sanierung geben (s. unten). Dazu gehören auch Berichte über Widerstandsformen, deren Ablauf und Ergebnis.
5. Bereitschaft zu solidarischem Widerstand gegen die Vertreibung in die Randgebiete erfragen. Dabei auch aktive Beteiligung an Förderung der Kampfbereitschaft: Information über Zusammenhang von rechtlichen und politischen Verteidigungsformen, der Bedeutung der Mietersolidarität, der Möglichkeiten von Organisation je nach dem Stand der Widerstandsbereitschaft (Mieter eines Hauses oder eines Blockes, Kontaktaufnahme zu Stadtteilgruppe und/oder eigene Mieterorganisation in Mieterräte, Mieterversammlungen etc.)
6. Mieter herausfinden, die bereit und in der Lage sind, den "Stadtteilgruppen-Delegierten" für das Haus überflüssig zu machen, weil sie selbst die Information und Agitation übernehmen und den Kontakt zu anderen Häusern entweder über die Stadtteilgruppe (Mieterberatung, später vielleicht Mieterrats-Versammlungen) oder auch direkt.
7. Möglichkeiten diskutieren, die Beschränkung auf die Sanierungsproblematik und das Sanierungsgebiet zu überwinden. Ansatzpunkte: Mieterhöhung-Preissteigerung-Inflation; Vertreibung in die Randgebiete-Verschlechterung der Situation am Arbeitsplatz; Verantwortung des SPD-Senats für Sanierung-Kampf gegen Staatsapparat und Reformismus, der auf Kosten der Arbeiter geht.

Fragenkatalog

Name, Straße, Nr., Stock, Größe der Wohnung, Anzahl der Bewohner, Hauseigentümer, Hausverwaltung, Sanierungsträger
Ausstattung, Mietpreis, Mieterhöhungen, Reparaturen
Konflikte mit Vermieter, Solidarität unter Mietern
Freimachungsbenachrichtigung, Aufhebung des Mietverhältnisses, Angebot von Ersatzwohnraum, Beratung durch Sanierungsträger

Welche Vorstellungen bestehen in bezug auf Sanierung (Informationsstand, Illusion, die eigene Wohnsituation durch Sanierung zu verbessern, Wunsch, in Kreuzberg zu bleiben, Renovierungsmöglichkeit)

Soziale Situation: Berufstätigkeit, Arbeitsplatz, Kindergarten/Schule, Gesundheit, Einkaufsmöglichkeit, staatliche Unterstützung
Kontakt zu Nachbarn/Ausländern, Bekannte in Stadtrandgebieten, wie lange schon in Kreuzberg

Wie, glauben Sie, können Sie ihre Wünsche und Vorstellungen durchsetzen?

Informationen über Stand der Sanierung

Konkret: Freimachungsprogramme für das Haus, Modernisierungsfähigkeit, Umsetzungsmöglichkeiten, geplante Nutzung nach Abriß

Allgemein:

1. Stand der Sanierung:

verzögerung: Nicht genug Ersatzwohnraum, nicht genug Geld, "Kahlschlagsanierung" Gefahr für soziales Image der SPD, ausserdem nicht in kurzer Zeit durchführbar, Vergrößerung der Obdachlosenasyale noch nicht begonnen

Neuester Stand: Statt Kahlschlag- Blocksanierung, damit vorhandenes Geld schnell angelegt werden kann. Größere Möglichkeiten, Renovierung durchzusetzen (statt Abriß und Neubau)

2. Sanierungsziel:

Ausbau Kreuzbergs als Geschäftszentrum wegen seiner günstigen Lage (Citynähe, U-Bahnen, geplante Autobahnen). Kerngebiet: Kottbusser Tor, Kottbusser Str.

Gewerbe: entlang den geplanten Autobahnen.

Sonst: größtenteils Wohnungen, aber freifinanziert oder "sozialer" Wohnungsbau (hauptsächlich 2-Zimmer, s. NKZ)

Bebauung eines Teils des Böcklerparks

Künstler nach Bethanien, Boutiquenviertel am Mariannenplatz

Verringerung der Wohnungen um ca. 50 %; Verteuerung der übrig gebliebenen Wohnungen (Soz. Wohnungsbau: 4,30 DM pro qm), "bessere Leute" in die größeren und teureren Wohnungen, Arbeiter, vor allem Familien, und Rentner in die Neubaugebiete am Stadtrand oder ins Obdachlosenasyal (geplanter Ausbau des Legiendamm 30 zu "Sozialem Zentrum").

3. Ablauf: Erklärung zum Sanierungsgebiet = Verklumpung (die Hausbesitzer tun gar nichts mehr), Gattobildung (Türken, die sich nicht auskennen und mit Wuchermieten ausgenommen werden können)

Ausspielen von Türken gegen Deutsche, um bei Deutschen "Bereitschaft" zum Ausziehen zu fördern.

Wohnungen bleiben leer stehen: weitere Verwahrlosung des Hauses, noch größere Wohnprobleme in Berlin (100.000 Wohnungssuchende)

Soziale Einrichtungen (Bethanien-Krankenhaus, Schulen etc.) werden geschlossen: Mieter im Sanierungsgebiet werden "ausgehungert" Diffamierung von Mietern, die sich zur Wehr setzen, Betrug der Mieter, die an die Sanierung glauben.

Direkte Angriffe gegen Mieter, die sich wehren: Schlägerbanden im NKZ, Verleumdungs- und Schadensersatzklagen gegen Mieter in Forsterstr. 8 (Wuchermieten, Verwahrlosung)

Mieteraktionen gegen Sanierung auf ihre Kosten:

1. Kampf um Bethanien (z.T. erfolgreich, s. Rauchhaus, Kindergruppen jetzt: Kinderpoliklinik)

2. Manteuffel/Wrangelstr.: Erfolgreich, Mieter bekamen Neubauwohnungen gegenüber

3. Beusselstr: Mieter sind heute noch drin, niemand redet mehr von Abriß

4. NKZ: Vertrauen auf SPD (Jusos) schlecht belohnt: Vertreibung der alten Mieter, nur Zugeständnis von Schmidt, 90 % Sozialwohnungen zu bauen

5. Segitzdamm: Gut erhaltene Häuser sollen jetzt modernisiert werden (drohende Hausbesetzung)

6. Kohlfurter 39, Luckauer 6, Forsterstr 8, Grimmstr. 30: Kampf gegen überhöhte Mieten und Herabwirtschaftung

Daraus folgt: Es gibt Möglichkeiten, erfolgreich zu kämpfen gegen

a) Herabwirtschaftung der Häuser (öffentliche Arbeit, selbst reparieren und auf die Miete anrechnen, Mietminderung)

b) Zerstörung gut erhaltener Wohnungen: Modernisierungsforderung an Senat, Verweigerung der Mitarbeit an allen Sanierungsvorbereitungen, gemeinsame Auszugsweigerung (nur z.T. juristisch gesichert durch "Recht auf angemessenen Ersatzwohnraum), Selbstschutz gegen Schlägertrupps, Kontakte zwischen Türken u. Deutschen, Besetzung leerstehender Wohnungen/Häuser

c) gegen Vertreibung in die Randgebiete

Sich schriftliche Zusagen auf gute Ersatzwohnungen in Kreuzberg geben lassen (wenn sich die SPD-Bürokratie mit ihrer sozialen Ader - Sozialplan - brüstet), Auszugsweigerung aller Mieter, bis ihnen allen gute Wohnungen dort zugewiesen sind, wo sie auch hinwollen (teilweise: Recht auf angemessenen Ersatzwohnraum)

Mieterberatung jeden Do, 17-19 h, Laden Kohlfurter Str. 2:
nicht nur konkrete Unterstützung bei Geltendmachung von Rechten etc., sondern auch Sammelstelle für Informationen aus Sanierungsgebiet, vorläufige Koordinierungsstelle für erstmalig getrennt verlaufende Mieterkämpfe.

Übrige Betroffene durch a) Information über unsere Situation
und b) Information über Mieterrechte (vgl. Türken Flugblatt)

Terese
Stephan

6932374

6937196
Manda

AG 3: Auswertung und Vorbereitung von Hausbesuchen

Waldemarstr. 54, 56, 66, 68, X
(~~88, 94, 102 - leer~~) besucht = 11 Häuser
82, 85, 87, 89, 91, 97

58, 60, 70, 72, 74, 92, 96, 98 fehlen = 8 Häuser

Muskauffstr. 31, 33, 34, 36, 40 (Ecke Manteuff) besucht = 5
30, 35, 38 fehlen = 3

Manteuffelstr. 27, 28, 30 besucht = 3

Adalbertstr. 21 besucht = 1

Mariannenpl. 14, 15, 17, Mar. str. 1, Naunynstr. 18, 19 fehlen = 6

Insgesamt besucht: 20 Häuser

17 Häuser nicht besucht (keine Berichte)

4 Häuser an KPD (Mar. pl. 4, 6; Mar. str. 2, 3)

1. Das Ziel der Hausbesuche ist, daß die Betroffenen im Sanierungsgebiet ihre Rechte wahrnehmen und schließlich in einer Selbstorganisation gegen irgendwelche Integrationsversuche durch Erörterungsveranstaltungen sich wehren können.
2. Diese Aktivitäten sind nur durch einen kontinuierlichen Kontakt zu erreichen. Die Erfahrungen im SKS haben gezeigt, daß durch kurzfristige (Flugblattaktionen eine spontane Aktivität zu erreichen ist, die sofort wieder abschläft. Aus den bisherigen Hausbesuchen kann keine Einschätzung über die genaue Wirkung abgeleitet werden, weil a) nur die Hälfte der betroffenen Mieter angesprochen wurde und b) sich dieses auf einen einmaligen Besuch beschränkte.
3. These: Die Aktivitäten der Betroffenen werden in diesem Gebiet nicht zur notwendigen Selbstorganisation führen. Begründung: Situation der Ausländer und ansonsten alte Leute.
Das Ziel muß dahin geändert werden, daß ein bewusstes Eintreten für ihre Mieterrechte auf den Erörterungsveranstaltungen (als nächstem fixen Termin) als Erfolg angesehen wird.
4. Das notwendige Vorgehen ist der ständige Kontakt zu den

Vorfahrtspersonen im Bauwesen

Leierkastenmann

Adalbertstr.

- Nr. 21
Freimachung 1976, Gutachten Abriss, Zustand der Bausubstanz
Keine aussergewöhnlichen Mängel, Aussentoiletten, Hinterhaus
ehemaliges Restaurant.
Mieter: 42- davon 50 % Ausländer- 4 türkische Familien.
Die Beziehungen der Mieter untereinander gut- auch zwischen
Deutschen und Türken.
Besitzer Bewoge- Pa. Wiese- keiner der Mieter wusste von
dem Freimachungsprogramm 1976. Alle Mieter angetroffen?
6 Mietparteien angesprochen- Türken noch nicht.
Besuch nach dem Rainer, bereits vorher die Zeitung verteilt
hatte.
Türken im Haus nicht besucht, da kein Übersetzer
Deutsche Mieter in Haltung zwischen aufgeschlossen und
resigniert. 2 Besuche erfolgt von Rainer- am 4. 2. und 12. 2.
Rainer hat über die einzelnen Mieter auch noch mehr Information
eben aufgeschrieben- was die einzelnen so gesagt haben- und
was sie beruflich machen.-
Brief an Bewoge und Senat wird abgeschickt- außerdem:
Bericht von 16/18/19 fehlen noch
außerdem fehlt: 67- 84

Valdemarstr.

- Nr. 83
Mit zwei Ausnahmen nur türkische Familien, 2 Besuche mit
Übersetzer aus gleichem Haus. Alle Mieter gesprochen.
Türken sehr aufgeschlossen. Keine Informationen über Frei-
machungsprogramm 1975. Hausbesitzer Wiese. Hinterhaus nur
noch teilweise bewohnt. Podesttoiletten. Repariert wird schon
lange nicht mehr. Verträge mit Stempeln versehen; Mieter
versichten auf Ersatzwohnraum. Haus wird abgerissen, Neubau
nicht bezahlbar- Brief wird von denen zurückgeschickt,

- Nr. 85
Nur zwei türkische Familien, zwei türkische Untermieter.
Rest deutsche Familien-oder Einzelpersonen. Kontakt zu anderen
sehr guter Zustand des Treppenhauses. Eigentümer BEwoge-
Hinterhaus: Fabrikgehäude- kein Wohnraum
Von deutschen nur 1 und
2 Stock besucht. Kaum Interesse. (Gerhard)
1 Besuch bei deutschen- Türken 3mal

87

Überwiegend Türken, diese stark an Informationen interessiert
ein Bauarbeiter kam auch hierher- türkischer Junge hat mit
Übersetzer Wiese Bewoge/ Auch hier Stempel kein Türkischer
Mieter hat Ersatzwohnraum, große Angst vor Polizei/ einen
türkischen Mieter über Mieterschutzgesetz aufgeklärt- Sanier-
ung und Freimachungsprogramm wird mit Verordnung über
Zuzugsprve verwechselt.
5 deutsche Mieter.

89

Türkische Mieter besucht, Zeitungen verteilt an aber nur
wenige erreicht. Brief verteilt. Mittwochsversammlung nicht
angekündigt. Kaum Informationen. Deutsche Mieter bisher nicht
besucht. Mit einer Familie am Samstag während des Info-
Sandes gesprochen. Hausbesitzer Bewoge.

2- bericht über Hausbesuche Waldemarstr.

Hausbesitzer: Privatbesitz Waldemarstr. 89

1 Besuch d. deutschen, Vorderhaus 5 Deutsch Fam. Hinten Türken, 1 Auszug nach 1-61- 1 ZiW-220, --2x Tür zu-Kommunist

Waldemarstr. 91

bisher nur Zeitungen in Briefkästen gesteckt- 1 Hinterhaus und susktslicher Gewerberaum. Bisher kein Mietergespräch. Besitzer Bewoge (letstes Haus vom Loch) Nach den Briefkästen Deutsche und Türken abends verschlossen.

97

Erstes Haus nach dem Loch. unten bereits verblecht. Freimachung 75.

1x besucht - Haus ist verschlossen- Gespräch mit Frau- die niemanden reinlässt.

83 Übersetzer 1. Stock Wasi oder so ähnlich

zusatz 91

nicht so viele Türken ungefähr 1/3, im Haus wohnt ein Türke, der uns sogleich bewirbt hat, ist Fleischer hat Laden in der Oranienstr. 179 haben seitungen für Laden mitgegeben, kommt am Samstag/ langer Samstag II Stock muß im Juni raus / Hausbesitzer Bewoge- Deutsche nicht angesprochen- Freimachungsprogramm erklärt- Fleischer behauptet, sein Mietvertrag wird um ein Jahr verlängert

97 bisher nicht begangen

gegenüberliegende Seite

leerstehend 88, 94 102

in 96 wohnen noch eine türliche Familie und ein deutscher Arbeiter- wollen so schnell wie möglich raus- holen sich seit 1 1/2 Wochen von uns oder von der Pumpe am Mariannenplatz weil Fa Wiese Wasser abestellt hat- am Tage nach dem Besuch bei der Bewoge die Sekretärin von Kännecke von Methoden der Fa Wiese unterrichtet- deutscher Arbeiter hat dort mehrmals angerufen- ja ja wir machen das- (Finck) auch der Händler Naunynstr. Ecke Waldemarstr. berichtet von Gasabstell. Wasser und Strom- deutscher Besitzer- hat jetzt neuen Laden- er ist bloß angestellt.

90

Hinterhäuser leer, Besitzer Bewoge, Vorderhaus 3 Mietparteien angetroffen 2 Omas machen wegen Dunkelheit nicht auf, nur deutsche Mieter machen auf. 1 Mieter weiss nicht wies weitergeht. Der andere : Tochter vom Hausbesitzer von 89 will in Kreuzberg bleiben will aber nicht in modernisierte Wohnung zurück, weil sich die Wohnung dann verkleinert will nicht zweimal umziehen- Anspruch auf Mieterschutz bekannt 104 Altenwohnheim Neubau bleibt stehen Aus 108 kommt jemand aber hier liegt kein Bericht- Haus über Edeka Laden

Waldemarstr. gegenüber Bethanien liegt nur von Haus 68 bericht.

fehlen 14 HHuserberichte

Außerdem fehlt Waldemarstr. - Adalbertstr- und Leuschnedamm.

68

Seit einem Jahr gehört das Haus der Bewoge- Vorderhaus 8 Mieter davon 3 ausländische nur ein Ehepaar befragt Zeitung verteilt Längere Unterhaltung wollen wohnen bleiben Türken nicht befragt.

Walde 66 zufällig von Freimachung erfahren alte Frau will als einzige bleiben

Walde 54/56 seien erst in Sieben Jahren betroffen.

Hausbesuche Muskauerstr. 31

hinterhaus nur türken, alle informiert über auszug 1976; verwalter wiese nimmt keine reparaturen am haus mehr vor, zb lichtleitung defekt; klo auf halber treppe für 4 wohnungen.

hauswart ist türke, hat arbeitsvertrag, in dem steht, daß die wohnungsnutzung mit der auflösung des arbeitsverhältnisses auch nicht mehr gestattet wird.

wohnsituation: ca 100,-dm für 1-zi-wohnung, in der zb 6-köpfige familie wohnt. wunsch nach größerer und gleichzeitig billiger wohnung.

im vorderhaus 2-3 deutsche.

insgesamt große verständigungsschwierigkeiten mit den türken, gleichzeitig die klare formulierung, daß die situation der türken ihnen keinen spielraum für politische aktivitäten läßt, weil die ausweisungsfahr sehr groß ist.

Muskauerstr. 40

erste besuche mit zeitungverteiler und hinweis auf schreiben an die bewoge wegen weiterer informationen.

verhältnis türken:deutsche etwa 1:1,

mit den türken große verständigungsschwierigkeiten, trotzdem sehr aufgeschlossen gegenüber der zeitung, dem bewoge-brief und bereitschaft, am mittwoch in die walde zu kommen.

wir wurden auch zum tee eingeladen, wo weitere probleme, zb arbeitslosigkeit, besprochen wurden. die türken sind schon einmal aus der naunynstr. umgesetzt worden. sie wissen über den abristermin von 1976 bescheid, haben aber noch keine genaueren informationen oder andere wohnungen.

deutsche mieter, alte kreuzberger, die schon 50 jahre dort wohnen. eije mieterin hat wunsch nach altenheim, andere will nicht aus ihrer wohnung und auch nicht aus kreuzberg; "wenn die bewoge was von mir will, soll die an mich rentreten, ich will ja nicht raus!"

das haus ist insgesamt noch recht gut erhalten, wurde ca 1972 aufgekauft; deutsche mieter stellen fest, daß von den türken höherer mieten verlangt werden als von ihnen; alle mieter waren bereit, an die bewoge zuzuschreiben, das haus ist schon von dem mietervertreter danbacher mal angeschrieben worden.

3

Manteuffelstr. 28

Bewohner überwiegend Türken Deutsche nicht zuhause angetroffen

kein Hinterhaus Verwalter Wiese

Manteuffelstr. 30

4 Wohnungen mit Türken, 1 eine alte Frau soll in Neubau- eine Hauswart
familie gibt keine auskunft Angest? ein Student Tu Mathe offizieller

Mietervertreterin BVV Bezirksamt seit 3/4 Jahr ()

Manteuffelstr 27

8 deutsche Familien 11 türkische BEWOGG Freimachung 1976 Senatsfragebog
gen Mit Türken nicht geredet, (kein Übersetzer.

bei deutschen nur wenig Bereitschaft zur Modernisierung.

Aussicht auf Wohnung in der Prinzenstr. Information Modernisierung

ist billiger als Neubau auch im Mietpreis mit Achselzucken aufgenommen

nicht mit Nachfragen-

1 mal besucht.

Manteuffelstr: 30/26/25 keine berichte

Muskauer str. Block 97

Muskauer Str. 36

38 Mietparteien/ 26 Türken 9 deutsche 3 nicht mehr vermietet.

Bevoege AGSerer Eindruck ziemlich verwahrlost. Wohnungen innen angeblich
ziemlich o. k.

Zeitungen mit ankündigendem Flugblatt durchgesteckt. Besuch am Dienst.

Allen war bekannt, daß Abrisshaus. Gedanke an Widerstand oder Drin-

bleiben nicht. Keine Verstärkung mit türkischen Mietern. Hinweis

auf türkisches Flugblatt. Tenor wird abgerissen- sind auf der Suche

nach einer neuen Wohnung- 5 deutsche angetroffen- Wir wollen so schnell

wie möglich raus warum - türken türken nichts als türken.

Muskauer 33

nur eine Oma angetroffen. Eigentümer ?

34 eine WG kein Bericht?

40 und 35 nicht begangen

36 keine Interesse, kein Widerstand-

mit Türken keinen Kontakt

fehlen 30/31/32/35/37/38/39/40

1

Protokoll der Diskussion vom 24.2.75

Sehr ausführlich gegliederte PD liegt vor. Das hatte auch konkrete Nachteile, weil es so nicht möglich war, sich auf die einzelnen Punkte richtig vorzubereiten.

Diskussionsvorschlag: Nach der Gliederung vorgehen und sich in den jeweiligen Punkten auf die Papiere beziehen.

V: die fehlende politische Einschätzung des Hauptfeindes hat es mit sich gebracht, daß wir immer in voller Konfrontation zur KPD gestanden sind und nicht differenzieren konnten.

P: Nur eine SPD Parole wäre abstrakt gewesen, deshalb haben wir versucht, einen angreifbaren Feind darzustellen wie die Hausbesitzer etc.

P: er meint die durchgehende politische Parole in der Gruppe wäre gewesen: Hauptsache es läuft etwas. Deshalb sind die Parolen durcheinandergeraten.

M: SPD Parole war abstrakt politisch richtig aber konkret nicht durchführbar.

G: Es wäre richtig gewesen, die SPD Parole nicht in den Vordergrund zu stellen, aber mit aufzustellen.

P: KPD und wir haben uns auseinanderdividiert. Beide haben nicht den Zusammenhang von politischem und ökonom. bzw. Kampf gesehen. Die KPD wollte am Schluß überhaupt keinen ^{ökonomischen} Kampf mehr machen, und wir haben jede politische Parole abgeschlagen. Man könne aber jahrelang gegen schwache Steigerleitungen kämpfen, was aber politisches Ziel wirkungslos bleibt.

M: Es fehle in der Kampagne das Aufzeigen des Zusammenhangs von Hausbesitzer und Senat. Das ist deshalb eine konkrete Aufgabe, weil die Juden in Kreuzberg sehr aktiv sind und der SPD Reformismus subjektiv in der Kreuzberger Bevölkerung verankert ist.

V: Folgen einer abstrakten SPD-Feind-Kampagne für den praktischen Tageskampf wären nicht unmittelbar zu sehen. Wir müssen aber dennoch eine langfristige Perspektive der Propaganda haben.

O: Im Mietererrat sagten XY, Hauptfeind der Leute sei die Angst und das widersprach der KPD Meinung und deshalb sei die SPD Parole abgelehnt worden. Er hätte dies unterstützt, weil es wichtig für eine Kampagne sei, etwas Machbares durchzusetzen.

M: Hauptfeind auf dieser subjektiven Ebene ist nicht die Angst, sondern die SPD-Bindung der Leute. Dies muß in die Agitation einfließen.

P: Politischer Hauptfeind und Tageshauptfeind müssen unterschieden werden

R: Es war falsch, den SPD Senat unter Tisch fallen zu lassen, wir hätten den Zusammhang herstellen müssen.

Cl: Die SPD Parole kommt von den Mietern, wenn es um eine direkte Aktion geht quasi von selber (siehe auch Haus) wenn es um eine konkrete Erfahrung geht. Erst dann können wir die pol. Parole konkret einbringen.

Ma: Man soll die SPD Parole aufnehmen, aber konkret inhaltlich füllen.

F: Er ist gegen den Automatismus von Cl, weil es falsch ist, daß aus ökonomischen Kämpfen von selber die politische Stoßrichtung bewußt wird. Dagegen müssen wir als Initiative von vornherein Zusammenhänge aufzeigen.

E: KPD hätte auch von vornherein die "richtige Parole", hat aber deswegen keine bessere Mass.arbeit gemacht. Wir sollten uns mehr Gedanken darüber machen, wie wir an die subjektiven Probleme der Massen rankommen. Eine Linie in Bezug auf den Hauptfeind SPD hätte schon praktische Auswirkung gehabt sowohl auf die Propaganda (Parolen) als auch auf die Hausagitation etc..

V: Die Frage ob vorherige theoretische Einschätzung der SPD Auswirkung gehabt hätte liesse sich positiv festmachen an den möglichen Aussagen über unsere Gruppe und ihr Ziel, daß wir nämlich keine Eintagsfliege sind, sondern eine langfristige Perspektive haben.

Folgende Aussagen lassen sich aus dem ersten Teil der Diskussion, wo es um die Politische Stoßrichtung ging, festmachen:

- Wir sind in die Kampagne ohne überlegte Linie eingegangen
- Wir haben zu stark die ökonomische Seite betont und zu wenig die politische in die Propaganda und Agitation aufgenommen.
- Man kann politischen und ökonomischen Kampf nicht trennen. Die langfristige polit. Stoßrichtung muß in konkreter Aktion vermittelt werden.

E: Wir sind schlecht an die Leute ran gekommen. Bei BMW würden sie große Arbeiterfeste machen, wo alle hinkommen, deutsche und Ausländer. Wir sind eine sterile Gruppe. Wichtig sei es, im eigenen Haus eine Beziehung zu schaffen, sonst läuft man selber abstrakt herum. Natürlich ist aber ein Unterschied von Hausagitation und Propaganda.

Co: Schwierigkeit bei den Hausbesuchen etc. ist Ausdruck der diffusen Gruppensituation, nicht ob einer kumpelhaft auftreten kann o. er nicht.

R: Das, was E. erzählt ist nicht die politische Alternative, sondern Teil der polit. Diskussion.

A: Diskussionstil ist Scheiße, da Alternative Konfrontationen aufgebaut werden und nicht eingegangen wird auf positive Punkte des Vorredners, um diese dann weiterzuentwickeln.

Vorlesen des Organisationspapiers: "Unser Verhältnis zur Bevölkerung".

R: Wir müssen uns den Leuten von dem Ort, wo wir stehen, vermitteln. Sonst haben wir ja wenig materielle ^gemittanzkeit (Miete). Aber es darf nicht sein, daß wir nur die Lehrer sind, die die Kinder erziehen, sondern politische Menschen, die generell kämpfen.

E: Kritisiert die Unfähigkeit der Gruppe, längeren Kontakt zu den alten Mietern zu halten. Als ^gGrund gibt er an, daß wir persönlich wenig drauf hätten, mehr in Kneipen gehen sollten o.ä. (Auf die Frage, ob das allein schon politisch sei, meint er: Ich als politischer Mensch bin in Kneipen natürlich politisch.)

E: Kritisiert, daß immer nur 1. Leute reden und die andere, z.B. zur 1. Frage, nichts gesagt hätten.

R: Allgemein die Frage ist, nicht nur Schulkampf oder Arbeiterkampf so machen sondern wie ist der Kampf in den verschiedenen Bereichen politisch als ein Kampf gegen einen Gegner von einer Bewegungsgruppe zu verbinden.

2. 2. 2. 1.

Der Unterschied von Propaganda und Hausbesuch gab es auch deshalb, weil wir Mühe hatten, mit den Leuten überhaupt ins ^gGespräch zu kommen und zu waren, wenn sie überhaupt etwas sagten. Hauptsache sie hörten uns an und akzeptierten uns. Man kann nicht immer selber die ^gGespräche politisch bestimmen.

R: Es ist klar, daß wir kreuz und quer geschwankt haben, und daß wir den Leuten nicht einmal richtige juristische Informationen gegeben haben. Deshalb muß ein Typ her, der wenig Ahnung hat.

Co: Falsche Juristerei ist nicht Ursache falscher Forderungen sondern Ausdruck politischen Mangels.

M: Seltsamer, daß wir für uns selber kaum den Anspruch des Mieterkampfes reifiziert haben. Das ist ein weiterer Punkt im ganzen Identifikationsprobleme.

E: Fordert die Diskussion um die Agitationsformen

R: Die inhaltliche Diskussion muß vor der formalen Konsequenz kommen. In der Praxis muß es Einheit sein, in der inhaltlichen Diskussion muß man es trennen.

Die Aussagen zum 2. Teil der Diskussion: subjektive ^germittlung

- Das Fehlen einer politischen Linie hat individuelles Vorgehen bei Aktion, Agitation und Propaganda hervorgerufen.
- Der Bevölkerung war es nicht klar, von welcher Position her wir den Mieterkampf führen wollten. Deshalb waren wir u.a. nicht in der Lage Leute aus der Bevölkerung in die Gruppe zu integrieren.

F: Ausgangspunkt der Diskussion um den Gruppencharakter kann der Zwittercharakter der Gruppe sein, wie er sich an dem des Mittwoch-Termins zeigte, als "normale" Mieter und Initiativgruppe durcheinanderkamen. Durch die Klärung des Zwitterverhältnisses kommen wir zur Klärung anderer Organisationsformen und unserer eigenen Organisationsform.

Co: Fehlende Linie und "Keinen Kontakt haben" bedingt sich und ist nicht zu trennen (Kenne und eieiei)

Cl: meint, in der Diskussion sollte der Schwerpunkt auf den Kontakt gelegt werden.

V: Eben das bringt uns nicht weiter, weil bloße Kontaktsuche individualistisch ist, wie die Hausbesuche gezeigt haben, wenn das Ziel der Kontakte nicht klar ist.

Ma: Machen wir uns klar: Kein Arbeiter der organisiert worden ist, würde so eine Diskussion wie heute mitmachen. Das heißt aber nicht so eine Diskussion sei überflüssig. Zum politischen Bewußtsein gehört auch systematische inhaltliche Diskussion.

Co: Arbeiter sind hauptsächlich in der Fabrik organisiert. Wir werden in unseren Bereichen aktiv und organisieren uns da. Da das alles aber keine getrennten Kämpfe sein können, müssen sie politisch vereinheitlicht und organisiert werden. Die kommunistische Organisation wird im Stadtteil Arbeiter und andere zusammen organisieren. In Aktionen in Schule, Amt etc. wo wir auch organisiert sind, werden Arbeiter punktuell teilnehmen, soweit es ihre Interessen betrifft.

H: Die Arbeiterklasse muß in allem die Führung innehaben. Die Fabrik ist der Hauptwiderspruch, der Reproduktionsbereich der Nebenwiderspruch. Wir müssen uns überlegen, ob wir eine Mietermassenorganisation aufbauen wollen oder in die bestehenden hineingehen.

Co: Es ist notwendig, daß wir eine Gruppe sind, die nicht an die Höhen und Tiefen des Klassenkampfes angewiesen ist. Massenorganisationen bilden sich jeweils an den speziellen Inhalten und haben kurzfristigen Charakter.

Mo: Notwendigkeit einer Möglichkeit für Arbeiter oder überhaupt diese Leute, die in die Gruppe kommen, ihre Bedürfnisse zu artikulieren und zu diskutieren. Andere Formen als Straßengruppen möglich?

Ma: Die Arbeit in der Stadtteilgruppe bestimmt sich nach politischen Schwerpunkten, wo er als Genosse, nicht ausschließlich als Sozialarbeiter teilnimmt. Als Genosse teilt er den Reproduktionsbereich und das politische Ziel mit dem Proletariat. Als Sozialarbeiter im Amt hat er noch eine spezielle Kampfebene.

F: Die organisatorische und politische Verbindung von Produktions- und Reproduktionsbereich kann nur eine Partei langfristig herstellen. Unsere

Gruppe muß sich überlegen, ob sie eine Mietermassenorganisation aufbauen will, oder ob sie Teil einer in allen Bereichen arbeitenden rev. Organisation sein will.

M: Ohne politischen Kampfkontakt mit dem proletarischen Kampf in Stadtteil bez. insgesamt ist der Kampf im Amt unzulänglicher Berufskampf.

M: Jetzt ist es nicht notwendig, eine Parteinitiative zu machen, sondern proletarische Gruppen aufzubauen.

F: Man kann keine Sammelbewegung machen wie es M. sagt: Einige "arbeitende Gruppen" treffen sich, machen Plenums etc., Frau M. hätte z.B. straffe Anforderungen, was den Diskussionsstil und die Disziplin der Gruppe anbetrifft. Schwankender Charakter der Gruppe sei auch in Verbindung zu bringen mit fehlender politischer Führung, z.B. jetzt in der Bethanien Sache.

H: Ganz egal, ob man es will oder nicht, in der Gruppe gibt es Führer, auch wenn unausgewiesen. Dies nicht anzunehmen wäre Illusion. Es müssen einige gegenüber der Gruppe die Verantwortung tragen.

Mo: Problem dabei ist, daß man einen wählt, der dann Einfluß hat, ganz egal welchen Blech er quatscht. Aber es stimmt daß eine organisierte Verantwortlichkeit entstehen muß.

F: Die Gruppe hat nur vorübergehenden Charakter. Längerfristiger Prozess in der Gruppe muß sein, daß sie allmählich die Parteifrage politisch entscheidet, und daß sich Leute treffen, die jetzt schon solche Diskussionen anfangen und in die Gruppe tragen können.

V: Gruppe ist jetzt im historischen Kontext des unterentwickelten Klassenkampfes die richtige Form, das müssen wir in die Perspektive einplanen. Also ein bewußter Zirkel, der sich bewußt von den bestehenden Parteien abgrenzen hat.

Die Aussagen zum 3. Teil der Diskussion: eigene politische Berufsperspektive und politische Stadtteilorganisation (Initiativgruppe-Massenorganisation)

- Unsere politische Kampfperspektive liegt einerseits im konkreten Berufsfeld wie Schule, Kranken aus, Arzt, Kinder, Jugendheime etc., weil dort auch unsere materielle Reproduktion stattfindet.
- Andererseits ist der politische Kampf im Stadtteil, gegen den gemeinsamen Feind nur von einer alle Bereiche umfassenden "Stadtgruppe" zu führen, in der die Interessen der Arbeiter führend sind.
- Arbeiter sind hauptsächlich in Betriebsgruppen organisiert
- Eine politische "Stadtgruppe", die Betrieb und Stadtteil umfaßt ist notwendig, die nicht an die Höhen und Tiefen des "Klassenkampfes" gebunden ist.

Weitere Diskussion: Protokoll soll in Straßengruppen diskutiert werden
Dazu sollen noch konkrete Aussagen zu folgenden Problemen gemacht werden:
a) konkrete Weiterarbeit b) Organisatorische Seite c) Kampf in den Bereichen

Vorschlag zur Diskussion mit anderen Gruppen:

ENTWURFEN - IN DIE NEUE SENATS-PROPAGANDA - IN DER NEUEN BETHANION -
BESCHLUSSEN !

- Seit Mitte Februar steht fest, was zukünftig aus Bethanion werden soll.
 - Eine Etage des Südflügels ist für die Arbeit der Eltern-Kind-Gruppe in Bethanion mit ihren jetzt schon 250 Kindern vorgesehen.
 - Der größte Teil der Räume soll zu einem "Künstlerhaus Bethanion" ausgebaut werden.
- Zur Erstellung und Einrichtung von 25 Ateliers für national und international geförderte Künstler sollen 3 MIO bereitgestellt werden. 700 000 DM allein sollen die jährlichen Unterhaltskosten für die den Künstlern zur Verfügung stehende Druckerei betragen. (Handelsblatt vom 21.2.73)
- Ein weiterer großer Teil der Räume soll mit städtischen Ämtern großzügig besetzt werden.

In der lokalen und überregionalen Presse werden die Senatspläne als ein "mutiger und beispielhafter Entschluß" bezeichnet. Das "Künstlerhaus Bethanion" wird als ein **Brückenkopf der Kultur im 'Arbeiterbezirk' Kreuzberg** hochgejubelt, von dem die **"wichtigen Impulse"** einer Verbindung von Künstlern, Arbeitern und sozialen Randgruppen ausgehen könnten.

" Im Arbeiterbezirk Kreuzberg begegnen sich häufig Proleten und Intellektuelle, Berufskünstler und musisch interessierte Volkshochschüler, Einheimische und türkische Gastarbeiter, Jugendliche und Alte, Prominente und Außenseiter der Gesellschaft". (Handelsblatt 21.2.73)

Alle diese verschiedenen Interessen repräsentierenden Gruppen sind laut Senat durch den neuen Plan zu einer idealen Verbindung zusammengeführt worden.

Welche Absichten des SPD-Senats stecken aber hinter dieser "idealen" Projekt? Warum holt er renommierte Künstler nach Bethanion und finanziert sie mit Millionen, nachdem Bethanion jahrelang leerstand und die Kreuzberger jahrelang Bethanion für ihre Bedürfnisse, die der Alten und der Kinder und Jugendlichen, gefordert haben?

KEIN BOHÈME & ZENTRUM IN KREUZBERG ALS ANKLAGE FÜR SPARKURS!

Es ist offensichtlich, daß der Senat große Schwierigkeiten mit der Sanierung Kreuzbergs hat. Es ist eben nicht einfach, Tausende von Kreuzbergern auf die Straße zu setzen, wenn es eigentlich nicht genügend Wohnungen und nicht genügend billige Wohnraum gibt! Das heute das K&Z gebaut wird, war nur möglich, mit großzügiger finanzieller Unterstützung des Senats und Sichinwegsetzen über bestehende

Bobauungspläne. Der Senat hätte alles unternommen, damit das NKZ gebaut werden kann trotz der Proteste in der Öffentlichkeit und der breiten Kampagne vor ca 5 Jahren gegen den Spekulanten Schmidt. Denn das Kottbuser Tor und der Kottbuser Damm soll ein "besseres" Einkaufszentrum werden und verlangt nach sich gut verzinsenden privaten Investitionen.

Aber in Kreuzberg gibt es bereits fertiggestellte Apartmentwohnungen mit KU-Damm-Mietniveau, die leerstehen und nicht vermietet werden können. Die privaten Investitionen im Kreuzberger Sanierungsgebiet stagnieren zur Zeit. Der Senat ist plötzlich gezwungen, möglichst viele Häuser durch die eigenen Finanzierungsgesellschaften aufzukaufen und den Wohnungsbau weitgehend alleine voranzutreiben.

Kreuzberg ist für private Geldgeber nicht attraktiv genug. Nach wie vor macht Kreuzberg Schlagzeilen als Arbeiterviertel, permanenter Unruheherd, zuletzt durch die einer breiten Öffentlichkeit bekannt gewordenen Konflikte um das Georgv. Ruch-Haus.

Mit den neuesten Plänen für Bethanien glaubt der Senat zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen:
1. Durch den Ausbau eines "Künstlerhaus Bethanien" und dem damit verbundenen Aufbau eines kulturellen Programms mit Ausstellungen, Seminaren, Schriftstellerlesungen und Konzerten wird Kreuzberg neue Attraktivität für breite bürgerliche Kreise gewinnen. Erste private Nachfolgeinvestitionen wie Boutiquen-Lokale und die Entwicklung einer Künstler-Subkultur würden bald einen Markt für teure Wohnungen und Geschäfte entstehen lassen, der verstärkte private Investitionen heranziehen würde. Der "Arme-Leute-Geruch" in Kreuzberg würde verschwinden, etc.. Kreuzberg, oder zumindest ein großer Teil vom Kottbuser Tor bis zum Mariannplatz, würde so zu einem attraktiven, citynahen Wohn- und Geschäftsviertel für "junge, dynamische Bürger" mit mittlerem bis hohem Einkommen. Das allgemeine Miet- und Bodenpreisniveau würde steigen und die private Sanierung verstärkt vorangetrieben.
Alles in allem wäre das Ergebnis aber eine beschleunigte Verschlechterung der Wohnungssituation für Arbeiterfamilien, Rentner und die Arbeiterjugend, die bisher in Kreuzberg wohnen. Das Funktionieren eines "Künstlerhauses Bethanien" und die Nähe zu renommierten Künstlern und ihren Wohnungen müssten die Arbeiterfamilien über den Verlust der Räume in Bethanien hinaus mit der Verschlechterung des Wohnungsangebotes und mit der Erhöhung des allgemeinen Mietniveaus teuer bezahlen.

2. Dadurch, daß der Senat zwar den Künstlern den größten Teil, aber nicht alles gibt, sondern Ämter und auch eine Reservat für Eltern-Kind-Gruppen einrichtet, schafft er sich ein Alibi für den "sozialen Charakter" seiner Pläne. Niemand soll sagen können, Bethanien diene nicht den Bedürfnissen der Kreuzberger Bevölkerung und der Senat würde die berechtigten Forderungen der Eltern nach Räumen für Kinderarbeit nicht erfüllen. Eine Etage und ein Keller im Südflügel dient als Alibi der SPD für ihr Bemühen, die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung in Kreuzberg mit sozialen Einrichtungen zu beseitigen! Aber 4 000 Kinder stehen noch immer auf den Wartelisten der Kreuzberger Kindertagesstätten!

Im gleichen Zug soll den wachsenden Forderungen der bestehenden und ständig neu entstehender Gruppen ein Ende bereitet werden. Schon jetzt verweist der Senat alle Gruppen auf diese eine zügewiesene Etage mit der Aufforderung, sich untereinander zu einigen. Er hofft, auf diese Weise die Gruppen gegeneinander aufzubringen, ihre Stärke zu zerstören. Und nach aussen hin demonstriert er Wohlwältigkeit und politisches Entgegenkommen auch extremen Gruppen gegenüber.

Ein Vollstopfen der übrigen Räume mit städtischen Ämtern soll den gewinnbringenden Charakter noch verstärken. Aber es ist klar:

die jetzt geplante Bethanienanierung ist ~~wirklich~~ als Strategie des Senats gegen die Interessen der Kreuzberger ~~Arbeiter~~ Arbeiterfamilien, gegen ihren Kampf um ihre Rechte und die Realisierung ihrer notwendigsten Bedürfnisse!

DER KAMPF UM BETHANIE MÜSS AUSGEWEITET WERDEN!

Die bestehenden Gruppen, die ihre Ansprüche an Bethanien-Räumen angemeldet haben, dürfen sich nicht auf die Strategie des Senats einlassen und damit zu einem Reformprojekt des Senats werden. Wir müssen an dieser Stelle eine intensive Aufklärungskampagne über die arbeiterfeindlichen Sanierungspläne des Senats in der Kreuzberger Bevölkerung beginnen.

Wir müssen uns an Jugendliche, Familien und Rentner wenden und ihre bereits organisierten Gruppen auffordern, ihre Forderungen an Bethanien zu entwickeln und zu stellen, mit uns gemeinsam.

Nur wenn es uns gelingt, eine breite Mobilisierung der Kreuzberger Arbeiter gegen die Senatspläne und für die Formulierung ihrer eigenen Interessen und Bedürfnisse an Bethanien zu erreichen, dann können auch die bereits bestehenden Bethaniengruppe damit rechnen, nicht in einem bürgerlichen Renommierprojekt untergebuttert zu werden, dann können wir vielleicht

verhindern, daß ein "Künstlerhaus Bethanien" seine arbeiterfeindliche Funktion erfüllt und dann werden auch die neuen Eltern-Kind-Gruppen die Räume bekommen, die sie notwendig brauchen.

ERKAUFEN SICH DEN GANZEN SÜDFLÜGEL IN BETHANIE FÜR DIE ELTERN-KIND-GRUPPEN!
GANZ BETHANIE FÜR DIE KREUZBERGER ARBEITERFAMILIEN, KINDER, JUGENDLICHE UND ALTE !

KAMPF DEN ARBEITERFEINDLICHEN BAULEISTUNGSPLÄNEN DES SPD-SENATS MIT BETHANIE !
KEINE BOHEME-ZENTRUM IN KREUZBERG ALS ANREIZ FÜR BAU - SPEKULANTEN !

KAMPF GEGEN DIE VERSCHLECHTERUNG DER LEBENSBEDINGUNGEN DER ARBEITERFAMILIEN
FÜR MENSCHENWÜRDIGE, BILLIGE WOHNUNGEN UND AUFWARTUNG DER SOZIALEN FOLGE -
GEMEINSCHAFTEN !

Z. geordnung vom 12.2.73

1. Kritik und Klärung der Linie, die wir in der Kampagne gegen die 15% als Gruppe hatten
(gegen wen? mit wem? wo? für? wie?)
 - a) weshalb kämpften wir gegen die Hausbesitzertypen und nicht gegen den SPD Senat? Was ist richtig? schließt sich beides aus?
 - b) weshalb haben wir nur die deutschen und nicht die ausländischen Arbeiter angesprochen? Mit was hätte der Kampf geführt werden müssen?
 - c) weshalb unterscheiden sich unsere Parolen und Agitationsziele in der Propaganda (Zeitung, Flugblätter) erheblich von den Zielen und Perspektiven bei der konkreten Ausagitation? (Streik, Hausbesetzung, Reparatur)
 - d) Waren unsere Aktionsformen die richtigen? Haben wir alle Mittel des Kampfes ausgeschöpft? Warum haben wir keine große Aktionseinheit zustande gebracht? (KPD, Jusos, Mieterbund)
2. Welche Rolle spielt die Frage der Dialektik von politischen und ökonomischen Kampf in der Frage der richtigen Linie?
 - a) Was sind ökonomische Forderungen? Was sind politische Forderungen? Welche hatten wir jeweils?
 - b) Was ist daran legale bez. illegaler Kampf?
 - c) Welcher Fehler steckt in der Trennung von politischen Forderungen einerseits und ökonomischen Forderungen andererseits? weshalb ist es notwendig sie in ein gegenseitiges Verhältnis zu bringen?
 - d) Was bedeutet diese Dialektik für die Durchführung unserer Kampagne, für die Bekämpfung des Hauptfeindes, für die Agitation der Massen, für die Organisation und Schaffung von Aktionseinheiten?
3. Welche Organisationsformen ergeben sich aus dieser Klärung?
 - A) Was sind Organisationen wie Gewerkschaften im Betrieb, der Mieterbund im Stadtteil etc.? Welche Ziele verfolgen sie, welche Kampfperspektiven haben sie? Wer ist in ihnen weshalb organisiert?
 - b) Was sind Organisationen wie SPD und KPD, welche Ziele verfolgen sie, welche Perspektiven haben sie, wer ist in ihnen weshalb organisiert?
 - c) Was unterscheidet die kommunistischen Parteien von der SPD?
 - d) Ist für den rev. Kampf der Arbeiter eine kommunistische Partei notwendig?
 - e) Welche position hat die ganze Gruppe oder der Einzelne zu der Parteifrage, zum jetzigen Stand der Klassenkämpfe? Welche Erfahrungen sind da?
4. Welches Selbstverständnis hat die Gruppe in diesem Zusammenhang?
 - a) Ist die Gruppe eine Initiative im Stadtteil, will sie Beziehungen zu anderen Bereichen herstellen - will sie die proletarischen Massen in die Revolution führen? Bewegt sie sich leuchtend Richtung auf eine Partei?
 - b) Ist die Gruppe eine Sammlung von Individuen, die bestimmte eigene Interessen vertreten, also Teile der Massen die sich zu einem speziellen Zweck zusammengeschlossen haben, also eine Art Mass-Organisation?
 - c) Was bedeutet die organisatorische Form unserer Gruppe, wie sie heute ist, für die Stoßrichtung des Kampfes, für die Organisation der Massen, für die Durchsetzung revolutionärer Ziele?
 - d) Wie kommen wir aus unserem Zwittercharakter heraus? weshalb ist das langfristig notwendig?
5. Welche Konsequenzen hat die Gruppe aus der Klärung dieser Frage zu ziehen?
 - a) Wie kommt die Gruppe zu einer rev. Linie im Stadtteil?
 - b) Wie nimmt sie die Notwendigkeit der Dialektik von politischen und ökonomischen Kampf auf?
 - c) Wie will sie die Parteifrage angehen?
 - d) Wie verändert sie sich als Gruppe?
 - e) Wie macht sie ander Mieterfrage weiter?
 - f) Wie entstehen politische Gruppen in allen Bereichen der repro.-Ebene?
 - g) Welche weiteren Aktivitäten nimmt sie auf?

Erziehung und Soziales. Protokoll vom 5.5.73

Es wurde berichtet das die Jugendgruppe im Kohlfurter Laden die Schülerladenbewegung neu entfachen will. Die Frage, wie sie sich das genau vorstellen, welche Perspektive bez. konkrete Perspektive dahintersteckt, muß erst in einer Diskussion mit den Kohlfurtern geklärt werden!

Wir stellten nochmals fest, daß es für die politische Arbeit als Lehrer, Sozialarbeiter prinzipiell drei Ebenen gibt, die ineinander übergreifen:

1. die tägliche Arbeit im Beruf (Sozialempfänger, Schüler, Eltern etc.)
2. die gewerkschaftliche Arbeit (ÖTV, GEW - Oppositionsgruppen)
3. Als politischer Mensch existiert man nicht nur im Beruf, sondern "wühlt" überall da, wo die Zustände zum Himmel schreien. Um das nicht nur sporadisch, sondern längerfristig zielgerichtet tun zu können, muß man sich perspektivisch parteilich organisieren wollen, um in den beiden vorherigen Bereichen auch einen Standpunkt vertreten und durchsetzen zu können.

In der folgenden Diskussion gab es einige Mißverständnisse, weil die drei Ebenen eine "Totalstrategie" darstellen, deren Konsequenzen intensives Arbeiten heißen würde. Deshalb wurde die Gefahr eines "Studierzirkels" angesprochen, falls die notwendige theoretische Arbeit für diesen Bereich Überhand über die "Praxis" nehmen würde.

Es stellte sich jedoch in der Diskussion heraus, daß der scheinbare Widerspruch, in diesem Fall zwischen "praktischem" Schularbeitszirkel und theoretischer Untersuchung (unter anderem) des Erziehungssektors, ein Widerspruch ist, der aus der unterschiedlichen Position von schon im Beruf tätigen und Studierenden ist. Den Berufstätigen stellen sich die drei Ebenen der politischen Arbeit konkret und zwingend jeden Tag, dem Studierenden kaum.

Intensive Schularbeitszirkel können vom Zeitaufwand her in der Regel nur von Studenten o.ä. gemacht werden. Die Frage ist aber nicht, ob Schülerladenarbeit, theoret. Arbeit oder gewerk.-oppositionelle Arbeit je als ausschließende Alternativen sind, sondern wie es gelingt diese Ebenen durch die Massenergie zu verzahnen.

Für uns als kleine Gruppe wäre es unsinnig, vom Punkt Null anzufangen. Es gibt eine Anzahl von tätigen Gruppen im Erziehungssektor, die sowohl Analysen dieses Bereichs als auch (Teil-) Strategien gemacht haben (KSV, SLB, GUM, AJLE etc...)

Wir haben es als notwendig befunden dieses Material zu studieren und zu diskutieren, um Kritik bez. positive Abgrenzung entwickeln zu können.

PROTOKOLL vom 3.12.73

PLENUM der STADTTEILGRUPPEN zur MIETERHÖHUNG 1.7.1974

anwesend: SG Kreuzberg, SG Neukölln (focus), SG Charlottenburg,
GUM, Weißbeckerhaus, Mieterinitiative Schöneberg, SE Moabit (RH)

1. zunächst berichteten die einzelnen gruppen über die diskussion einer eventuellen kampagne gegen die mieterhöhung, wie sie in den einzelnen stadtteilgruppen geführt worden war. gemeinsame einschätzung war, daß sich die erhöhung nicht verhindern lassen würde. daher dürfte ein widerstand nicht die form einer kampagne tragen, die an tage der wirksamkeit der mieterhöhung in sich zusammenbräche. kampfmaßnahmen müssten deshalb im zusammenhang mit der übrigen stadtteilarbeit, wie mieter, jugend, kinder u.a. stehen. die notwendigkeit der zusammenarbeit ALLER gruppen wurde abgeleitet daraus, daß der gegnet auf gesamt-berliner ebene steht, der senat. z.b. wendet sich die kreuzberger SPD gegen diese mieterhöhung.
 2. das ziel ist für alle eine organisierung der mieter; dieser schritt ist bisher nicht erreicht worden, man hat die erfahrung gemacht, daß die integration von mietern in die stadtteilgruppen nicht gelingt. kleine sachen, wie kaputter ofen, mobilisieren die mieter mehr, als eine solche erhöhung, zumal sie sich in eine reihe weiterer anderer erhöhungen einfügt, wie BEWAG, GASAG, heizkostennachzahlung u.s. D.h. individuelle konflikte haben bisher die größte & wirkung. um eine mieterorganisation zu initiieren, müssen in den widerstandaktionen weitertreibende forderungen aufgestellt werden, die geeignet sind, die gemeinsamkeit der mieterinteressen aufzuzeigen und diese zusammenzuführen, d.h. eine weiterreichende PERSPEKTIVE. z.b. die mieterhöhung im zusammenhang mit der schlechten sozialen versorgungssituation im stadtteil: krankenhäuser, jugend- und kinderstätten, altenheime u.s. oder die preisepllosion im zusammenhang mit der situation im BETRIEB; daraus resultierte der vorschlag, die betriebsgruppen mit in die widerstandsmaßnahmen einzubeziehen und der praktische vorschlag, das sonntags-treffen im weißbeckerhaus dazu zu benutzen.
- nächstes treffen: montag, 17. dezember 19 uhr, SZ stephanstr.

thema: welche kampfformen in den einzelnen stadtteilgruppen?
(wegen unterschiedlicher wohnsituation, sanierung usw.)

in den einzelnen gruppen sollen bis dahin folgende fragen besprochen werden:

1. welche möglichkeit der 3 verbindung mit anderen konflikten gibt es?
2. welche kampfformen stehen dafür zur verfügung?
wie kann widerstand über die juristischen mittel hinaus organisiert werden?
3. welche themen und aufgaben stellen sich für das gesamt-plenum?
4. welche konsequenzen stellen sich aus der aufgabe, den kampf längerfristig zu organisieren?

AN AKKE DIE AN DER LETZTEN SITZUNG NICHT TEILGENOMMEN HABEN:

kommt zum nächsten treffen !!!!!!!

montag 17. dezember 1973 19 uhr
soz. zentrum. moabit, stephanstr.60 tel. 395 80 83

M

protokoll der ersten sitzung der stadtteilgruppen wegen der miet
erhöhung am 1.7.74

nach die anwesenheit gm festgestellt worden war (von den eingeladenen
gruppen) wurde über das papier der RH diskutiert. hauptsächlich ging
es um folgende punkte:

1. es war bisher nicht herauszukriegen, wann das gesetz über
die erhöhung herauskommt. der haus- und grundbesitzer verein
hetzt jedenfalls schon jetzt dagegen, daß die erhöhungvi viel-
leicht nicht stadtffindet.
2. soll man wegen der mieterhöhugg überhaupt eine breite kampagne
starten oder die erhöhung nur in die "normale" arbeit einbeziehen?
Die gegner einer großkampagne beriefen sich z.t. auf ihre ne-
gativen erfahrungen von der letzten mieterhöhungskampagne.
damals wären die mieter kaum aufgeregt gm gewesen, wegen der 15 %
diesmal seien es gar nur 10 % ~~max~~. sanierung und ein kaputtes
abflußrohr würde die mieter viel mehr aufregen.
außerdem ist dies eine termin-kampagne, die an einem tag zu ver-
puffen beginnt, falls sie kein erfolg hat. in diesem fall
würden die mieter resignieren und man hat das gegenteil erreicht
von dem, was man wollte.
dagegen ~~max~~ stand das argument, daß diesmal das ziel ja viel-
leicht erreicht wird, da die erhöhung noch keine beschlossene
sache ist und 2. diesmal feststeht, daß der weiße kreis nicht
wüingeführt wird. außerdem habe die kampagne die funktion, eine
aufhänger zu sein, durch den neue stadtteilgruppen einen guten
ausgangspunkt ihrer arbeit erhalten.
hierdurch werde aber die erhöhung mittel zum zweck und werden von
außen herangetragen.
eine einigung konnte nur insoweit zustandekommen, daß zentrale
flugblätter gedruckt werden sollen und ~~daß~~ daß die einzelnen
gruppen koordiniert arbeiten sollen.
3. welche formen des widerstands sollen wir wählen?
hierbei ging es vor allem um den sinn von unterschriftensammlun-
gen. viele halten unterschriften für scheiße, weil sie 1.
fpr den senat überhaupt kein druckmittel seien und 2. viele
~~km~~ leute ihre unterschrift anonymitätsgründen nicht geben wol-
len. die befürworter sahen in einer unterschriftensammlung den
anfang, die 1. etappe.
- 4, ~~max~~ ein zentrales (gewähltes?) gremium wurde nicht gebildet,
weil wir darüber erst in den gruppen diskutieren wollen.

Protokoll der ersten Sitzung der Stadtteilgruppen wegen der Mieter-
Erhöhung am 1.7.74

Nachdem die Anwesenheit festgestellt worden war (von den eingeladenen Gruppen), wurde über das Papier der roten Hilfe diskutiert. Hauptsächlich ging es um folgende Punkte:

1. Es war bisher nicht herauszukriegen, wann das Gesetz über die Erhöhung herauskommt. Der Haus- und Grundbesitzer Verein hetzt jedenfalls schon jetzt dagegen, daß die Erhöhung vielleicht nicht stattfindet.

2. SOLL MAN WEGEN DER MIETERERHÖHUNG ÜBERHAUPT EINE BREITE KAMPAGNE STARTEN ODER DIE ERHÖHUNG NUR IN DIE "NORMALE" ARBEIT EINBEZIEHEN?

Die Gegner einer Großkampagne beriefen sich z. t. auf ihre negative Erfahrung von der letzten Mieterhöhungskampagne. Damals wären die Mieter kaum aufgeregt wegen der 15%, diesmal seien es sogar nur 10%. Sanktion und ein kaputtes Abflußrohr würde die Mieter viel mehr aufregen.

Außerdem ist dies eine Termin-Kampagne, die an einem Tag zu verpuffen beginnt, falls sie kein Erfolg hat. In diesem Fall würden die Mieter resignieren und man hat das Gegenteil erreicht von dem, was man wollte.

Dagegen stand das Argument, daß diesmal das Ziel ja vielleicht erreicht wird, da 1. die Erhöhung noch keine beschlossene Sache ist und 2. diesmal feststeht, daß der weiße Kreis nicht eingeführt wird. Außerdem habe die Kampagne die Funktion, ein Aufhänger zu sein, durch den neue Stadtteilgruppen einen guten Ausgangspunkt ihrer Arbeit erhalten.

Hierdurch werde aber die Erhöhung Mittel zum Zweck und werde von außen herangetragen, usw

Eine Einigung konnte nur insoweit zustandekommen, daß zentrale Flugblätter gedruckt werden sollen und daß die einzelnen Gruppen koordiniert arbeiten sollen.

3. WELCHE FORMEN DES WIDERSTANDS SOLLEN WIR WÄHLEN?

Hierbei ging es vor allem um den Sinn von Unterschriftensammlungen. Viele halten unterschrieben für scheiße, weil sie 1. für den Senat überhaupt kein Druckmittel seien und 2. viele Leute ihre Unterschrift aus Anonymitätsgründen nicht geben wollen. Die Befürworter haben in einer Unterschriftensammlung den Anfang, die 1. Etappe

4. Ein zentrales (gewähltes?) Gremium wurde nicht gebildet, weil wir darüber erst in den Gruppen diskutiert wollen.

die nächste Sitzung ist am Montag, dem 3.12., 19 Uhr, Stephanstr. 60

-bis dahin sollen möglichst auch die Punkte 2 und 3 in den Gruppen ausdiskutiert sein, damit es alles schon bald los gehen kann.



Die Auswertung der Erfahrungen der anderen Gruppen (Spandau, Häuserrat Frankfurt) haben für uns nicht sehr viel Neues gebracht, sondern unsere eigenen Erfahrungen noch vertieft und bestätigt.

Wichtigste Ergebnisse bleiben:

- a) Bisher hat es im Reproduktionsbereich über einen [Konflikt (Skandal)] immer nur eine phasenweise Mobilisierung gegeben, die meistens von linken Gruppen getragen wurde.
 - b) unseren Anspruch, alle Lebensbereiche anzusprechen, haben wir nie auch nur ansatzweise durchsetzen können. Eine Einbeziehung aller Probleme im Stadtteil würde auch eine intensive Arbeit in diesen Bereichen erfordern. Nach unseren Erfahrungen bringen allgemeine Flugblattkampagnen, die hinterher ohne Handlungsanweisung und ohne Hinweis auf eine Gruppe, die dort weiter arbeitet, nichts. D.h. aber, daß man sofort auch an diesem Punkt konkrete Unterstützungsarbeit leisten müßte, d.h. wiederum, daß sich auch an diesem Punkt eine Gruppe von Experten bilden wird.
 - c) Die Unsicherheit, ob überhaupt bestimmte Situationen im ~~Wohnbereich~~ Reproduktionsbereich (Wohnen, Kinder, medizinische Versorgung) zu Gruppenbildungen und längerfristigem Widerstand führen können, zeigen sich auch in unserer Praxis in Form von einer wechselhaften Orientierung einmal an der Erfassung aller Lebensbereiche zum anderen zu einem Organisationsversuch nach Situationsgruppen, der nicht nur auf einen Stadtteil beschränkt bleiben soll (Mieterorganisation für ganz Berlin) und in dem die Leute selber mitarbeiten können.
 - d) An der Diskussion wurden noch einmal die besonderen Probleme der Arbeit im Reproduktionsbereich klar: die Interessen sind hier selbst bei einem sozial ziemlich homogenen Stadtteil recht unterschiedlich. Die Forderungen waren hier bisher immer radikaler als z.B. im Produktionssektor, obwohl sie noch schwieriger durchsetzbar sind, weil kaum Druckmittel vorhanden sind. Sowohl die größere Radikalität aber auch die Zersplitterung und verdeckte Form der Abhängigkeit, lassen sich vielleicht darauf zurückführen, daß im Reproduktionsbereich der Mensch nicht als Verkäufer, sondern als Käufer von bestimmten Dingen und Dienstleistungen auftritt, hier also nur durch Verweigerung des Kaufes oder durch radikale Inbesitznahme seine Bedürfnisse durchsetzen kann.
- Trotz dieser Schwierigkeiten der Arbeit im Reproduktionsbereich, scheint für uns die Betriebsarbeit nicht als Alternative und zwar nicht nur, weil wir augenblicklich nicht im Betrieb arbeiten, sondern weil eine Arbeit im Reproduktionsbereich als wichtiger Teil der politischen Arbeit angesehen wird und die den Bereich, den die Betriebsarbeit bis heute fast immer vernachlässigt, berücksichtigt.

Resultat: Wir kommen nicht mehr weiter!

Letzte resignierte Versuche, doch noch aus der Scheiße rauszukommen: Es stehen verschiedene Wege für die Gruppe oder für die einzelnen offen; die noch weiter diskutiert werden müssen:

- I. Wir machen so weiter wie bisher, reduzieren unsere Ansprüche, versuchen, weiterhin Unterstützungsarbeit zu leisten durch Mieterberatung und Verbreitung von Mieterinitiativen. Diese Arbeit dürfte für die meisten jedoch kaum befriedigend sein, da unser Anspruch, über die Mieterberatung Leute kennenzulernen und sie dazu zu bringen, daß sie selber politisch handeln lernen und anhand dieser konkreten Erfahrungen die Erfahrungen auch auf andere Bereiche übertragen, kaum erfüllt ~~wurde~~ erfüllt wurde. Nur in einigen Fällen sind kollektive Aktionen in einzelnen Häusern gelaufen, die eine annähernd politische Legitimation haben, Meist war es jedoch so, daß die Interessen zu unterschiedlich waren, als daß man Mieter einzelner Häuser zusammenbringen konnte. Außerdem waren die Konflikte auch für die Mieter nur Nebenkongflikte. Daß die Mieterberatung nicht - wie intendiert - weitergeführt und nur ein Mittel

- zur politischen Arbeit und Kontaktaufnahme sein sollte, lag also nicht nur an unserer eigenen 'Schlamperei', sondern auch an objektiven Schwierigkeiten und Unmöglichkeiten. Bei einer Weiterführung dieser Arbeit könnten wir mit verstärkter Aktivität und Öffentlichkeitsarbeit bestenfalls eine Ebene wie die Schöneberger Mietergruppe erreichen, die Leuten hilft, für ihre Rechte zu kämpfen, aber immer nur stellvertretend für die Bevölkerung handelt. Auch dies wäre für uns wahrscheinlich nur in einem Gebiet mit einer etwas intakteren Bevölkerungsstruktur als im Sanierungsgebiet möglich (vielleicht Görlitzer Bahnhof o. Chamisso-Platz).
- II. oder wenn wir weit verstreut in ganz Kreuzberg nur punktuell intervenieren. Bei einem Wechsel des Gebietes stellt sich die Frage, was sich eigentlich gegenüber der Situation gegenüber von vor vier Jahren geändert hat. Unsere Arbeit und Erfahrungen würden sich wiederholen und wir wären bald in demselben Dilemma. Das Argument hier könne man längerfristig am Sanierungsproblem arbeiten, widerspricht eigentlich der Erfahrung, daß Bereitschaft zur Initiative im Wohnbereich eigentlich nur dann da ist, wenn der Konflikt ganz aktuell ist (Rausschmiß, Freimachung) (bin ich aber noch nicht so ganz von überzeugt. sollten mal Möglichkeiten einer langfristigen Mieterberatung und Unterstützungsarbeit in einem solchen Gebiet mit der Möglichkeit späterer Sanierungsarbeit diskutieren. V.)
- II. Ausweitung der Arbeit auf alle Lebensbereich mithilfe eines Kontaktzentrums. Hier könnten Angebote (Kneipe, Diskussionen, Filme, Informationen) Kontakte und daraus Ansätze für einige Interventionsbereiche schaffen. Klar ist jedoch, daß ein solches Kommunikationszentrum nicht darum herkommt, auch eine inhaltliche Perspektive aufzuzeigen und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, aufgrund derer die Leute überhaupt einen Bezug zu dem Zentrum bekommen. (Frage, ob ein Zentrum möglich ist, wenn die einzelnen Gruppen keine Kontakte zur Bevölkerung haben oder ob ein solches Zentrum erst solche Kontakte schaffen könnte) Problematisch ist auch, wie man aus der reinen Angebotsache dazu kommt, daß sich die Leute selber aktiv beteiligen und nicht nur konsumieren). Zu diesem Punkt sollte noch einmal auf einem wieder ins Leben zu rufende TWH-Plenum diskutiert werden.
- III. Wir beschränken uns auf reine Mieterarbeit und streuen diese Arbeit aber auf ganz Berlin in Form eines Mietervereins, machen nur noch Informationsarbeit um- oder versuchen in schon bestehenden Mietervereinen mitzuarbeiten (à la Gewerkschaftsarbeit). (Kiki)
- IV. Arbeit in P IX. Heftige Kontroverse: Arbeit in PIX würde Ausländerarbeit bedeuten. V. u.M. wollen keine Ausländerarbeit machen. F. enthält sich, M.r. und G. hätten nichts dagegen, wenn sie meinen, daß die Argum- Arbeit notwendig ist.
- Argumente dagegen: Ausländerarbeit würde eine ganz andere Arbeit erfordern, als die jetzige Arbeit, unsere Erfahrungen könnten dabei kaum verwertet werden, Wohnbereich ist für Ausländer nicht Hauptkonflikt, außerdem bestehenwohl gerade hier die größten Differenzen mit deutschen, so daß eine Multinationale Arbeit unwahrscheinlich erscheint. Außerdem persönliche Vorbehalte, Schwierigkeit bei der Kontaktaufnahme und dem persönlichen Bezug, die Kommunikationsbarrieren, die man mit deutschen Arbeitern hat würden sich hier noch verstärken, da eine völlig andere Sozialisation und Tradition. Gefahr einer einseitigen Beziehung, an der wir selber gar kein großes persönliches Interesse haben. Besondere Schwierigkeiten als Frau.
- Argumente dafür: wir können die Ausländer nicht einfach ignorieren, sind auch Menschen, außerdem sogar größere Spontanität und Gesprächsbereitschaft, am meisten von der Sanierung betroffen. Multinationale Arbeit kann nicht und darf nicht ausgeschlossen werden. Arbeit in P IX heißt nicht nur Ausländerarbeit, sondern Arbeit im Wohnbereich, bei der die Ausländer nicht ausgeschlossen werden dürfen.

Unabhängig von diesen Auseinandersetzungen müßte eine Arbeit in P IX davon abhängig gemacht werden, ob die Widersprüche in der Sanierungspolitik nicht nur für die Bevölkerung ausgenutzt werden können, ob überhaupt eine Widerstandsbereitschaft gegen die Vertreibung besteht. Der Arbeit müßte ein Konzept, mit dem man andere Gruppen ansprechen kann, und eine Probearbeit voran gehen.

- V. Die einzelnen Gruppenmitglieder suchen sich je nach Motivation und Berufssituation andere Bereiche für eine politische Arbeit (Jugendarbeit, Kinderarbeit, vielmehr gibt's nicht). Die Gruppe löst sich auf.
- VI. Die Gruppe löst sich auf, die einzelnen Mitglieder setzen sich alldonnerstaglich vor den Fernsehschirm und gucken sich Rudi Carell an.
- VII. Die Gruppe löst sich auf. " einzelne Mitglieder ziehen sich für ein halbes Jahr zurück, schreiben einen Erfahrungsbericht über Ergebnisse und Perspektiven der Stadtteilarbeit und verkauft das ganze an den Kursbuch-Verlag oder (in gemäßigter Form) an rororo-aktuell. Der Genosse spendet das Honorar dem Komitee gegen die Folter oder dem LILJOM. Für den Restbetrag (den er wohlweislich verschwiegen hat) fährt er auf Urlaub nach Portugal, um sich hier innerlich immer roter und äußerlich immer brauner zu regenerieren.

BW

FRAGEBOGEN

P IX WRUPPEN

BETH. AL / NICK / RAUCHHAUS / KPD - NAMELISTE
BETHANIE - KON. / HÄFTLINGS
TURK. ARBEITERVEREIN.

Stellungnahme zur Strategie der Linken in Kreuzberg

1. Die verschärfte Disziplinierung durch den Staatsapparat

In welcher Weise wird die politische Probleme des notwendigen Zusammenhanges zwischen unserer Berufsarbeit und unseren politischen Aufgaben gegenüber und mit der Arbeiterbevölkerung im Stadtteil lösen, hängt wesentlich von der verbindlichen Klärung theoretischer wie praktischer Fragen ab.

Nicht nur die zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Arbeiterklasse, insbesondere der Arbeiterjugend in den Betrieben und mit dem Staatsapparat, sondern auch die immer spürbareren politischen Disziplinierungen des Staatsapparates gegenüber Genossen des Ausbildungs- und Erziehungsektors erfordern von uns die Klärung langfristiger Aufgaben innerhalb unserer Berufsarbeit und ihre Verbindung zu politischen Prozessen innerhalb der Arbeiterklasse.

Die derzeit in der verschiedenen Ländern der BRD und Westberlin vom Staatsapparat praktizierten Berufsverbote weisen auf die zunehmenden Schwierigkeiten von Genossen hin, ihre bereits praktizierte Berufsarbeit im Interesse vor allem der Arbeiterkinder und Arbeiterjugendlichen in der gleichen Weise fortzuführen bzw. durchzuführen.

Das hat vor allem zwei Gründe:

Erstens werden die Disziplinierungen und Berufsverbote bzw. Anträge auf Entlassungen aus dem Öffentlichen Dienst auch von der SPD praktiziert und haben sich weiter verschärft. Die SPD sieht sich gezwungen, ihre Fähigkeit als staatstragendes Ordnungsfaktor zur Sicherung der kapitalistischen Herrschaftsinteressen unter Beweis zu stellen. Die Verschärfung der Disziplinierungen setzt in einem Moment ein, wo die fortschrittliche Berufsarbeit sich erkennbar mit den Interessen der Arbeiterbevölkerung verbindet, tendenziell deren Kampf unterstützt und Auswirkungen auf das Bewußtsein der in den Berufsgewissen erreichten Arbeiterkinder und -jugendlichen hat.

Ein Lehrer, der die Schüler über die Funktion der Familie als Wegbereiter angepaßter und unselbständiger Maschinenarbeiter aufklärt, durchbricht den ihm übertragenen Auftrag als Unterdrücker kritischen Denkens und Sachwalter kapitalistischer Profitinteressen. Ein Sozialarbeiter, der die Jugendlichen aktiv gegen die Angriffe der Staatsbürokratie zu schützen versucht, durchbricht die ihm übertragenen Aufgaben eines Kontrolleurs von Wahlverhalten. Beide sind deshalb für den kapitalistischen Staatsapparat gefährlich, weil ihre Arbeit Auswirkungen auf die Verhaltensweisen von Kindern und Jugendlichen gegenüber den beiden zentralen Herrschaftsbereichen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung haben - die Produktion und den Staatsapparat.

Zweitens erschwert die verschärfte und offene Vorgehensweise des Staatsapparates gegen einzelne Genossen mit dem Ziel der Entfernung aus dem Öffentlichen Dienst die Solidarisierung der Berufskollegen mit den betroffenen Genossen. Die Solidarisierung mit Genossen im Öffentlichen Dienst erfordert nicht nur größeren Einsatz und mehr Aktivität, sie ist auch ohne klare politische Stellungnahmen, die öffentlich abgegeben und zu vertreten sind, nicht möglich. Die Parteinahme für gefährdete Kollegen produziert bei anderen Kollegen, deren Solidarität notwendig ist und gefordert werden muß, das Gefühl der eigenen Gefährdung und bei DKP und SEW - Genossen die reaktionäre "Neutralitätsparole" in konkreten Fällen.

Gerade aber in Fällen drohender Berufsverbote wird die Unterstützung der unmittelbar mitbetroffenen Berufskollegen des gleichen Arbeitsbereiches ein wichtiger Verteidigungsfaktor gegen den Angriff sein. Je größer die Verankerung unter den Kollegen, je größer wird der Einsatz sein können. Vielfach ist gerade diese Bedingung nicht vorhanden.

Die Verankerung wird jedoch nur dann gelingen können, wenn die politische Richtung des Kampfes innerhalb der Berufsebene mit den Interessen der Arbeiterbevölkerung verknüpft wird. Das erfordert für uns die inhaltliche Auseinandersetzung über die Bedeutung unserer Arbeit und ihre Auswirkungen auf die soziale Lage der Bevölkerung. Genau dann, wenn es gelingt, andere Eingriffe als Sozialarbeiter während der Berufsarbeit auf die tägliche Lebenssituation vieler von uns erreichbaren Bevölkerungsteile auf ihre politische Bedeutung hin zu bestimmen, werden wir eine größere Gruppe von Kollegen in die politischen Auseinandersetzungen mit einbeziehen können.

1.1 Unsere nächsten Aufgaben

Die Erarbeitung einer richtigen Position gegenüber der Berufsarbeit und die Auswirkungen auf die notwendige Klärung von Stadtteilpolitik unter den dargestellten verschärfte Disziplinierungen erfordert von uns die Wertschätzung verschiedener Grundprobleme der täglichen Sozialarbeit:

1. Wie klären wir unsere Stellung und unser Verhalten in allen schwierigen Fragen gegenüber Eltern, deren Kindern und Institutionen, die von uns einschneidende, d. h. prinzipiell unter kapitalistischen Bedingungen gegen Kinder und Jugendliche gerichtete Maßnahmen fordern (z. B. Heimeinweisungen, FE/FEH, Bußgeldverfahren, Einstellung, Kürzung oder Verhinderung von Sozialhilfe usw.)

2. Wie beurteilen wir existierende und neue Organisationsmodelle in der Arbeitsstruktur, die den Anspruch einer kollektiven bzw. Bewältigung der Arbeit durch Gruppen ergründen. Welche Reaktionen erwarten wir tendenziell vom Arbeitgeber und wie schätzen wir die bisherigen Zugeständnisse und Maßnahmen der Bürokratien ein (Modelle in Charlottenburg, Zehlendorf, Gruppe Neubrück)?

3. Welche gesetzlichen Grundlagen existieren in unserer Arbeit und auf welchen Gebieten berücksichtigen wir überhaupt nicht die vorhandenen Möglichkeiten von Unterstützung der Bevölkerung aus welchen Gründen (z. B. der weitestgehende sozialpolitische Bereich)?

4. Wie schätzen wir die politische Lage innerhalb des Bezirksamtes ein und welches Verhältnis besteht zur gewerkschaftlichen Arbeit. Wie beurteilen wir in diesem Zusammenhang die politische Lage der Gewerkschaftsgruppe?

In den Beispielen unter 1. sind drei zentrale Fragen nicht nur der Sozialarbeit sondern des täglichen Lebens eines Teiles der Arbeiterbevölkerung enthalten. Um die Frage richtig zu beantworten brauchen wir eine klare Begrifflichkeit kapitalistischer Realität in den Schulen (vor allem der Grund- und Hauptschulen) der wichtigsten Heime und Kitas sowie des Sozialhilfewesens. Eine Voraussetzung für diese Arbeit ist die Verallgemeinerung unserer bisher erworbenen individuellen Erfahrungen. Wir können davon ausgehen, daß trotz unterschiedlicher Schwerpunkte bei der individuellen Bewältigung unserer Berufsarbeit die gleichen Kontakte zu anderen Institutionen vorliegen und daher nur oberflächliche Einschätzungen der realen Verhältnisse in diesen Bereichen möglich waren.

Wenn sich diese Vermutung bestätigt, müssen wir klären, welche zusätzlichen Erfahrungen notwendig sind, um mit den von uns zu "betreffenden" Kindern und Jugendlichen inhaltlich ihre täglichen Erfahrungen in Schulen, Heimen, Kitas, Familie, Freizeit und den verschiedenen Teilen der Staatsbürokratie zu diskutieren und daraus Entscheidungen ableiten zu können.

Die immer wieder in allen Analysen und politischen Diskussionen von Sozialarbeitergenossen konstatierte Disziplinierungs- und Kontrollfunktion der Sozialarbeit erfordert endlich die Entwicklung einer politischen Alternative für die Berufsarbeit von Genossen, die dann nicht mehr gezwungen sind sich ihre Berufsstrategie individuell zurechtzuringeln. Wenn wir diese Arbeit nicht organisiert angehen, werden wir nichts anderes schaffen als unseren politischen Willen zu verkünden. Wir werden letzten Endes immer dem Druck der täglichen Kleinarbeit, den unzähligen Terminen und sich schüpfender sozialer Probleme einzelnen Familien hilflos ausgeliefert sein.

1.2 Die Probleme organisiert angehen

Wir müssen von 3 Faktoren kapitalistischer Berufsarbeit im Sozialbereich ausgehen:

1. Die Arbeit, die wir im Auftrag des kapitalistischen Staatsapparates zu erledigen haben, soll die Bevölkerung bei der Einhaltung bürgerlicher Normen und Wertvorstellungen kontrollieren und ist an vielen Punkten durch direkte Maßnahmen gegen die Interessen der Familien gerichtet.

2. Das Organisationsprinzip innerhalb der behördlichen Sozialarbeit ist auf strikter Einzelverantwortung, hierarchischem Unterordnungsprinzip und Individualisierung der konkreten Arbeitsweise aufgebaut.

3. Das Verhältnis der kommunalen Staatsverwaltung ist in Großstädten von anonymer staatsautoritärer Willkür ~~gekennzeichnet~~ zur Bevölkerung gekennzeichnet. Aus dieser strukturellen Verankerung können sich die Sozialarbeiter allein und ohne politische Kämpfe in der Bevölkerung nicht lösen.

Für alle fortschrittlichen Kollegen und Genossen, sowie den Studenten, die sich auf eine Berufsarbeit vorbereiten bedeutet das eine konsequente und langfristige kollektive Klärung der ~~praktischen~~ praktischen Möglichkeiten, sich die politische Arbeits- und Handlungsfähigkeit innerhalb des Staatsapparates zu erhalten bzw. zu entwickeln. Der Macht des Staatsapparates ist von uns als einziges wirksames Mittel die tägliche Arbeitssolidarität und langfristige kollektive praktische wie theoretische Handlungsbereitschaft entgegenzusetzen. Wenn wir aus unserer bisherigen Abwehrarbeit von Angriffen der Bürokratie herauskommen wollen, ist geradezu zwingend die Verstärkung der theoretischen Kleinarbeit, wie intensive Vorbereitung politischer Auseinandersetzungen in der Berufsarbeit notwendig.

1.3. Theoretische Kleinarbeit

Theoretische Kleinarbeit soll hier verstanden werden als ständige Ausweitung unserer Untersuchungsarbeit auf dem Gebiet sozialpolitischer Gesetzgebung im Hinblick auf Möglichkeiten aufklärerischer Anwendung in Form von Informationsflugblättern, die wir an die Bevölkerung während und nach der Berufsarbeit verteilen können. Beschreibung und Analyse kapitalistischer Realität in den Ausbildungs- und Erziehungsinstitutionen mit dem Ziel der Verwertung in Auseinandersetzungen mit Kollegen und für öffentliche Kampagnen gegen reaktionäre Maßnahmen der Bürokratien, bürgerlichen Parteien, einzelner Kommunal- und Landespolitiker sowie reaktionärer Erzieher, Lehrer, Sozialarbeiter usw. (Steckbriefe, Denunziationen, Entlassungsforderungen). Politische Stellungnahmen und Einschätzungen von täglichen Maßnahmen der Sozialarbeiter gegenüber der Bevölkerung, weil es nicht nur für uns notwendig ist eine klare Position zu erarbeiten. Nur auf der Grundlage fundierter und gut vorbereiteter Stellungnahmen werden Auseinandersetzungen mit Kollegen geführt und Stellungnahmen von ihnen gefordert werden können.

Wenn wir nicht öffentlich diskutieren können, wann auch wir Heimunterbringungen für unvermeidbar halten, werden sich andere Kollegen einer Diskussion über ihre be-völkerungsfeindliche Arbeit immer entziehen können. Wenn wir nicht ebenso öffentlich diskutieren können, welches Ziel z. B. das bürgerliche Schulgesetz im Sinne der herrschenden Produktionsverhältnisse verfolgt, werden wir nicht in der Lage sein, anderen Kollegen die Notwendigkeit einer Verhinderung von Bußgeldern erfahren zu vermitteln. Ebenso wenig werden wir die politische Qualität einer Agitation in der Bevölkerung gegen das gleiche Schulgesetz entwickeln können, wenn wir nicht den Zusammenhang zwischen der Lebenssituation der Arbeiterklasse und den Verhältnissen in der Klassenschule aufzeigen können, dessen Ausdruck u. a. das Schulgesetz ist.

Diese beiden Beispiele sollen verdeutlichen, wie notwendig die fundierte theoretische Arbeit ist, um die berufsständische Aktionsform des antibürokratischen Kampfes zu überwinden. Erst die konsequente, d. h. kontinuierliche Herausforderung bürgerlich-liberaler und reaktionärer Handlungen von Sozialarbeitern und der noch größeren Gruppe assoziiierter Berufsgruppen innerhalb des Staatsapparates zwingt zur Bewegung. In welcher Weise uns diese Strategie qualifiziert, politische Probleme der sozialistischen Bewegung im Stadtteil zu behandeln hängt von der schrittweisen Ausweitung unserer Agitation auf die Bevölkerung ab. Gleichzeitig wird die Diskussion mit Kollegen anderer Berufsgruppen und Genossen, die außerhalb des Staatsapparates arbeiten, notwendig sein. Darauf wird an anderer Stelle noch eingegangen.

2. Einschätzung der Lage der Linken in Kreuzberg

2.1. Innerhalb des Staatsapparates

Seit ca. 1 Jahr existieren innerhalb der verschiedenen Abteilungen des Kreuzberger Bezirksamtes drei verschiedene Strömungen politischer Aktivität. Obwohl eine Abgrenzung so klar nicht möglich ist, lassen sie sich nach ihren politischen Inhalten und organisatorischen Bindungen voneinander unterscheiden.

2.11 Linke Aktionsgruppe

Eine Gruppe, die mehr individuell und spontaneistisch als organisiert und verbindlich seit mehreren Jahren die Frage der Berufsarbeit von Genossen mit der politischen Bewegung der Linken zu verbinden versucht. Die darin enthaltene richtige Grundpositionen fand bisher nicht die notwendige theoretische und politisch-organisatorische Konsequenz. Das hat zum einen seine Ursache in der Zersplitterung der gesamten Linken, dessen dogmatischen und zentralistisch organisierten Teilen man sich nicht zu oder unterordnen wollte bzw. konnte. Die antiparteiliche oder undogmatische Linke mit ihrem unklaren Konzept von Massenagitation schaffte auch außerhalb der Uniebene nach der Studentenbewegung keinen Ansatz langfristiger politischer Arbeit in den Stadtteilen, was auch entsprechende Lernprozesse bei den Genossen in der Berufsarbeit nicht ausgelöst hätte. Eine andere Ursache für die aktionistische Vorgehensweise dieser Gruppe liegt in der objektiven Schwierigkeit der Verallgemeinerung subjektiver Erfahrung. Gerade die von dieser Gruppe immer wieder angestrebte Ausweitung und Verbindung der berufsspezifisch erscheinenden Problematik mit den Bedürfnissen und Interessen der Arbeiterbevölkerung ist bis auf die Ausnahme Rauch-Haus nicht gelungen. Die dazu notwendige Verbindung der Agitation z. B. zur Frage des Aussageverweigerungsrechtes mit der Politik der Stadtteilgruppe konnte nicht hergestellt werden. Einerseits weil die Gruppe nicht in der Lage war, aus ihren subjektiven Erfahrungen allgemeine Schlussfolgerungen für die Agitation zu diesem Problem in der Bevölkerung zu ziehen.

Hierzu wäre es notwendig gewesen, Stellungnahmen zum Einfluß des Staatsapparates auf die Lebensverhältnisse der Kreuzberger Arbeiterfamilien abzugeben. Es wäre notwendig gewesen, mit Hilfe von Beispielen die täglichen Diskriminierungen der Sozialarbeiter, wie sie durch die traditionelle Aktenführung in allen Abteilungen des Staatsapparates betrieben werden, aufzuzeigen und daraus die politische Notwendigkeit eines Aussageverweigerungsrechtes für Sozialarbeiter jedem Angehörigen der 25 Kreuzberger Arbeiterbevölkerung zwingend nachzuweisen. So klare Fragestellungen existierten aber weder für die politische Analyse noch die Agitation. So blieb die Agitation aufgrund der zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Bedingungen der Gruppe auf die Berufs- und Ausbildungsebene beschränkt.

Zu dieser Gruppe gehören Genossen und Kollegen, die immer wieder die Verbindung zu den Studenten der Ausbildung, zu politischen Gruppen in den Stadtteilen und des Unibereichs aufrechterhielten und um auf diese Weise die berufeständische Isolierung zu verhindern. Es gelang aber nicht daraus strategische Positionen zu entwickeln, die den Kampf in den Stadtteil hinausgetragen hätte.

Auch die Unterstützung des Rauch-Hauses durch einen Teil dieser Gruppe blieb trotz aller theoretischer Erkenntnisse über die Lage der Arbeiterjugend bezogen auf die politischen Konsequenzen aus diesen Erfahrungen folgenlos.

Die wichtigste Position dieser politischen Gruppe ist die immer praktizierte offensive und meist kompromißlose Kampfform sowie die Bereitschaft sich jede bietende Gelegenheit neuer Kontakte mit anderen politischen Gruppen zu nutzen, um neue Erfahrungen zu sammeln. Hier liegt ein weiteres ungeklärtes Problem. Nämlich das Verhältnis von Spontaneität und Planung. Die unzähligen Termine und die Vernachlässigung der Planung, Vorbereitung und theoretischer Fundierung wichtiger Diskussionen führte neben einem theorieleeren Pragmatismus zu einer Reihe von Fehlern bei der Vermittlung der eigenen politischen Position. Die Linke Position erhält erst dann Bedeutung in politischen Auseinandersetzungen, wenn die von ihr vertretene Strategie von Massenagitation an zwei entscheidenden Bedingungen realisiert wird:

Erstens durch Flugblätter, Stellungnahmen und politischen Forderungen mit denen eine breite Schicht von Kollegen, Studenten und Teilen der Arbeiterbevölkerung über Zustände kapitalistischer Realität aufgeklärt wird.

Zweitens durch BRENNENDE Beteiligung der Massen am Diskussionsprozeß über die Klarheit der Forderungen und Möglichkeiten des Kampfes zu ihrer Durchsetzung.

2.12 Die Gewerkschaftsgruppe

Hierzu gehören Kollegen, die sich im Zuge der politischen Auseinandersetzungen innerhalb des Bezirksamtes Kreuzberg von der offenen und offensiven Kampfform abgegrenzt haben. Die Orientierung an einer ausschließlichen Gewerkschaftsarbeit hat verschiedene Gründe. Einerseits stehen bestimmte politische Konzepte dahinter. Sie beruhen vor allem auf der Position, daß nur auf der Grundlage der herrschenden Prinzipien bürgerlicher Demokratie in Gewerkschaften, Parteien und Betrieben der Kampf

gegen die kapitalistischen Machtstrukturen geführt werden kann. Gefüllt wird dieses Konzept mit Mitbestimmungsforderungen, der Forderung nach qualifizierter Mitbestimmung, nach Ausführung von Gewerkschaftsbeschlüssen, Berücksichtigung von Lohnforderungen der Basis, Mitarbeit in Gewerkschaftsgremien und Betriebsgruppen, Unterstützung des Personalrates usw.

Es soll an dieser Stelle keine Kritik der gewerkschaftlichen Forderungen erfolgen, das ist Aufgabe einer offenen Diskussion. Notwendig ist aber der Hinweis, daß der gewerkschaftliche Kampf nur eine Seite der politischen Arbeit sein kann. Nicht nur aus der Geschichte der Arbeiterbewegung können wir lernen, daß der Kampf zweier Systeme gegeneinander, des kapitalistischen gegen das sozialistische, immer den ökonomischen mit dem politischen Kampf verbunden hat. Wenn der Kampf um die Höhe des Lohnes und bessere Arbeitsbedingungen unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen und besseren Lebensbedingungen der Arbeiterfamilien nicht politisch geführt wird als ständiger Angriff ^{auf die} kapitalistische Gesellschaftsordnung, dann bleibt jeder gewerkschaftliche Kampf ökonomisch und systemimmanent und jeder politische Kampf außerhalb der Gewerkschaften reformistisch. Die Politik der Gewerkschaftsspitze mit dem Machtinstrument des Gewerkschaftsapparates an der Seite der SPD und in Zusammenarbeit mit den Kapitalorganisationen besteht gerade darin, die Arbeitermassen, auf den ökonomischen Kampf um die Höhe des Lohnes und Sozialpartnerschaft in den Betrieben festzulegen. Sie führen damit den Kampf des kapitalistischen Systems um die Sicherung der Macht.

Eine Politik, die den Angriff gegen das System unterstützen will, muß diese Frage ständig in den Mittelpunkt stellen und Gefahren einer Korruption und Fehler in der praktischen Arbeit erkennen und kritisieren.

Das 1968 verabschiedete Notstandsgesetz, das erst 1972 verabschiedete Bundesgrenzschutzgesetz, der Ausbau der Polizeigewalt und das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Mobilisierungsübungen sind eindeutige Zeichen eines verstärkten Einsatzes des kapitalistischen Unterdrückungsapparates gegen die sozialistische Bewegung. Der zunehmende Kampf der Arbeiter in den Betrieben ist nicht durch eine verstärkte gewerkschaftliche Arbeit entfaltet worden. Er ist das Ergebnis der sich verschärfenden Widersprüche innerhalb des Systems und seiner Unfähigkeit aus sich heraus Veränderungen zu erreichen. Der gewerkschaftliche Kampf allein kann den Unterdrückungsapparat nicht beseitigen. Durch keine parlamentarische Abtötung unter den Bedingungen bürgerlicher Demokratie wird Veränderungen des Systems erreichen oder auch zulassen. Wer das behauptet steht direkt in den Reihen der Revisionisten von DKP und SEW mit all ihren Massenorganisationen.

Damit sich Angehörige des Öffentlichen Dienstes nicht mit dem Kampf der Arbeiterklasse aktiv solidarisieren, indem sie ihre Berufsarbeit nutzen um Herrschaftsverhältnisse zu erklären, oder sich sozialistischen Organisationen anschließen, dazu wurde der Ministerpräsidentenerlaß am 28.1.72 verabschiedet. Die sich ausweitende Kette von Berufsverboten gegen Angehörige verschiedener Berufsgruppen ist Ergebnis dieser Politik des Staatsapparates.

In dieser Frage gibt es noch nicht einmal taktische Differenzen zwischen CDU und SPD, wie die Anfrage der Westberliner SPD gegen die 5 Sozialarbeiter/Sozialpädagogen aus Kreuzberg, PH und FHSS zeigt. Hier reicht ebenso der gewerkschaftliche Protest als Teil der Kampagne gegen das Berufsverbot und als Schutzmaßnahme gegen die drohende Entlassung der Kollegen nicht aus. Wenn sie auch eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Eine weitere Position innerhalb der Gewerkschaftsgruppe orientiert sich an einer gewerkschaftlichen Massenlinie. Die Kollegen gehen davon aus, daß eine breite Gruppe von Kollegen für gewerkschaftliche Arbeit interessiert und beteiligt werden muß. Sie übersehen dabei, daß viele fortschrittliche Kollegen die Politik der Gewerkschaftsführung, die sich an konzertierter Aktion, versöhnlicheren Tarifabschlüssen, und Bürokratenmacht orientiert, bis in die untersten Gewerkschaftsgremien hinein im Betriebsbereich vorherrschen sehen und die gewerkschaftliche Alternative dazu nicht erkennen können. Sie wird von der Gewerkschaftsgruppe auch nicht entwickelt, denn alle obengenannten Gewerkschaftsforderungen werden auch von der Kreuzberger GEWERKSCHAFTSGRUPPE vertreten und decken sich mit Position der Gewerkschaftsführung. Vorsitzender Kluncker von der ÖTV wird immer wieder den Beschluß Nr. 408 aus der Tasche ziehen, wenn er gezwungen ist gegenüber den Mitgliedermassen seine "Progressivität und Solidarität" mit der Basis aufzudecken. Das alles sind Worte von Gewerkschaftsführern und diese Worte lassen sich endlos auf geduldiges Papier aneinanderreihen.

Die Gewerkschaftspolitik muß in offensiver Weise Forderungen entwickeln und vertreten, die sich an den Interessen der Arbeiter, Angestellten und fortschrittlichen Bauern nach einer Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, gegen alle Angriffe der Arbeitgeber auf die erkämpften Verbesserungen im Produktions- und Reproduktionsbereich beziehen.

Die Auseinandersetzungen, die viele fortschrittliche Kollegen über die Aufgaben und Funktionen ihrer täglichen Berufsarbeit führen wollen lassen sich durch die Gewerkschaftsarbeit allein nicht erfassen. Hier handelt es sich um politische Konflikte am Arbeitsplatz, in denen sich die Kollegen mit den Lebensbedingungen der Arbeiterbevölkerung befassen müssen und deren Interessen sie vertreten wollen. Ebenso wenig, wie die Gewerkschaftsgruppe die Politisierung der Gewerkschaftsarbeit erreicht hat, ebenso wenig ist sie zu einer breiten Massenagitation gekommen. Hier ist der kompromißlose Angriff aller Arbeitgeberfreundlichen Handlungen der Arbeitnehmervertretungen, wie Personalrat und Betriebsgruppe im unmittelbaren Arbeitsbereich nur eine Seite der Politik. Darüber hinaus sind Stellungnahmen zur Arbeiter- und Angestelltenfeindlichen Politik der ÖTV-Gewerkschaftsführung erforderlich. Nur öffentlich vertretene und an den Interessen der Kollegen anknüpfende Stellungnahmen machen deutlich, daß sich die Gewerkschaftsgruppe nicht den herrschenden Bedingungen einer Politik der Gewerkschaftsführung an der Seite von SPD und Arbeit-

geberverbänden ungerordnet will. Das muß deutlich sichtbar werden.

Für die künftige Entwicklung der Gewerkschaftsarbeit im BA Kreuzberg ist die Auseinandersetzung über diese Fragen erforderlich. Geschieht das nicht, werden auf der Grundlage der bisher vertretenen illusionären Mitbestimmungspositionen, alle Ansätze offensiver Vorgehensweisen gegen Arbeitgebermaßnahmen schrittweise liquidiert. Diese Entwicklung würde dann mit einer ebenso schrittweisen Übernahme von Funktionsposten in verschiedenen Gewerkschaftsgremien durch die Mitglieder der Gewerkschaftsgruppe einhergehen und letztlich zum offenen Kampf gegen fortschrittliche Kollegen führen. Beispiele dazu hat es bereits gegeben.

Die Übernahme von Funktionsposten bedeutet in der jetzigen Phase der notwendigen Politisierung der Gewerkschaftsarbeit die Entfernung von den Massen. Größere Arbeitsbelastung in diesen Positionen und die Gefahr der Korruption KHXKXKXHX lassen sich nur auffangen, wenn imperiative Mandate übernommen werden und dadurch eine Kontrolle der Funktionsarbeit möglich ist. Das heißt vorherige Diskussion mit den Kollegen über die Bedeutung der Arbeit und die Notwendigkeit der Besetzung dieses Postens aus strategischen oder taktischen Gründen. Die einsame Entscheidung oder die einer kleinen Funktionsgruppe, wie im Fall des Kreuzberger Delegierten für den Vorstand der Abteilung Sozialarbeit in der ÖTV geschehen, gerät leicht in die Nähe von Karrieritentum und Funktionsbürokratismus, der einen Verrat an den Interessen der fortschrittlichen Kollegen in Kreuzberg bedeutet und einer beabsichtigten Massenlinie entgegensteht. Wachsamkeit allein ist dagegen kein Mittel. Der offene Kampf mit allen Kollegen ist das einzig wirksame Instrument gegen eine Entwicklung nach rechts.

2.1.3 Erzieher und Psychologen

Eine Gruppe von Erziehern (Kindergärtnerinnen) und Psychologen versuchte durch direkte Eingriffe in die routinierte und anstrengende Erziehungsarbeit in den Kitas und Heimen ihrer Kritik an den herrschenden Arbeitsverhältnissen eine praktisch-verändernde Richtung zu geben. Dabei sind sicher zwei Faktoren entscheidend:

Erstens der tägliche Zwang zur unmittelbaren Intervention auf Verhaltensweisen von Kindern und

Zweitens die relativ freizügigere Arbeitsweise von Psychologen und die damit verbunden e bessere Verfügung über Arbeitskraft und Arbeitszeit.

Hinzutreten könnte noch eine weitgehende Unabhängigkeit von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. In welcher Weise sich dieser Faktor auf die berufsspezifische Begrenzung der Aktivität auswirkte müßte die Diskussion mit dieser Gruppe ergeben. Der tägliche Zwang zum Handeln mit Kindern muß bei fortschrittlichen Kollegen, die ihre Kritik ernst meinen und ihre Identität nicht verlieren oder durch Flucht aus der Arbeit den Problemen ausweichen wollen zu dieser konkreten Form von

alternativer Praxis im Erzieherbereich führen. Daß ihnen das gelungen ist, wird an der Reaktion des Kreuzberger Bezirksamtes, insbesondere von Stadtrat Beck deutlich, der an einer für die Bürokratie konfliktarmen Stelle eingriff und die Psychologen entließ, bzw. ihre Kündigung ~~zu~~ provozierte. Konfliktlos war dieser Disziplinierungsschlag deshalb, weil eine Berufsidealität zwischen Psychologen und Erziehern fehlt und die Solidarität auf daher auf die unmittelbar betroffenen Kollegen in den Kitas und im Kinderheim Südwest beschränkt blieb. Die Gruppe der Erzieher traf die Disziplinierungsmaßnahme des Bezirksamtes insofern an einer empfindlichen Stelle, weil Arbeitsbedingungen und Zeitplanung der Psychologen zumindest ein größeres Potential an Informations- Vorbereitungs- und Koordinationsarbeit produzierte, das nunmehr wegfiel. Die inhaltliche Seite der Aktivität dieser Gruppe bezog sich auf starke Ansätze von Elternarbeit, Presse- und Kollegeninformation, Intensivierung der Auseinandersetzung über die Arbeit mit den Kollegen, größerer Widerstand gegen die erzieherfeindlichen Maßnahmen der Verwaltung und Mitarbeit im Arbeitskreis der Kitas. Hier zeigt sich wieder, daß der Staatsapparat, wie hier das Bezirksamte, diszipliniert, wenn die Kritik an den herrschenden Erziehungsverhältnissen sich in praktisches Handeln mit Arbeiterhänden umsetzt.

Der eingangs angedeutete Beschränkung der Aktivität auf die berufsebene hat sich dort als Nachteil ausgewirkt, wo eine breite Solidarität und politische Einschätzung zur Verhinderung der Entlassung bzw. der Kündigung notwendig war. Eine gewerkschaftliche Unterstützung fehlte völlig, denn nirgends wurde dieser eklatante Angriff des Arbeitgebers auf die Interessen der Kreuzberger Erzieherinnen und Erzieher sowie der von ihnen betreuten Kreuzberger Kinder mit notwendigen Solidaritätsforderungen der Gewerkschaftsgruppe ~~beantwortet~~ beantwortet.

Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß nach einer Mobilisierung der Sozialarbeiter und Kindergärtnerinnen gemeinsam mit den zahlreichen Kreuzberger Gewerkschaftsmitgliedern nicht nur die geplante Entlassung zu verhindern gewesen wäre. Auch die kurzfristige Kündigung der Psychologenhütte als falsche politische Konsequenz auf den Druck der Verwaltung hin kritisiert und rückgängig gemacht werden können.

2.2. Die Linke in Kreuzberg

Die Versuche sozialistischer Massenpolitik im Stadtteil Kreuzberg bestehen nunmehr bereits seit mehr als 5 Jahren. Überwiegend hat es sich um Agitationen und Aktionen gegen die kapitalistische Wohnungs- und Sanierungspolitik gehandelt, die zeitweise sogar zu Mietermobilisierungen (1969/70) führten. Nachdem klar wurde, daß den Kapitalinteressen an einer fortschreitenden Sanierung des Südostens Kreuzbergs keine Massenbewegung entgegengesetzt werden

konnte, im Gegenteil die Senatspolitik unter Führung der SPD unbeirrt fortgesetzt wurde und Haus um Haus der Kohlschlagensanierung zum Opfer fiel, resignierten die Kreuzberger und ließen sich in die Neubaueinsiedlungen am Rande Berlins umsetzen. Mehr und mehr veränderte sich das Gebiet vom Kottbusser Top und links der Skalitzer Straße bis zur Ostberliner Grenze zu einem Ausländerwohngebiet, in dem nur ein kleiner Teil jüngerer Berliner Familien und überwiegend ältere Kreuzberger, darunter viele Rentner und Sozialhilfeempfänger wohnen blieben.

Gerade in diesem Gebiet wurde die leerstehende Fabrik Mariannenplatz 13 (Jugendzentrum) und das leerstehende ehemalige Schwesterhaus auf dem Bethanienkomplex (Rauchhaus) mit Unterstützung der Linken Kreuzbergs HNE von Jugendlichen besetzt.

2.2.1 Die Gruppe Dresdener Laden

Die Existenz dieser beiden politischen Zentren im Sanierungsgebiet und die unmittelbare Nachbarschaft des gesamten Bethanienkomplexes waren sicher die entscheidenden Momente für die Gründung der Stadtteilgruppe im Dresdener Laden. Nicht nur die unmittelbare örtliche Nähe zum Bethanienkomplex, auch die politische Verbindung zum Rauchhaus und die praktische Unterstützung seines monatelangen Verteidigungskampfes waren hier entscheidend.

Degegen fehlte eine politische Bestimmung des Standortes des Ladens als zentraler Kommunikationsort sowohl der Genossen des Ladens als auch der zu mobilisierenden Bevölkerung. Das war auf die völlige Unklarheit über die politischen und organisatorischen Aufgaben der Stadtteilgruppe zurückzuführen. Eine politische Bedeutung hat die Stadtteilgruppe als Mobilisierungsfaktor gegenüber der Bevölkerung bisher nicht erwirkt. Z.Z. besteht über die Zukunft dieser Gruppe mit ihrer momentanen Bindung an den Laden Dresdener Straße und das umliegende Sanierungsgebiet völlige Unklarheit.

2.2.2 Jugendzentrum, Rauch-Haus

Die Existenz von Rauch-Haus und Jugendzentrum bezieht sich neben einer inneren Stabilisierung der dort wohnenden und politisch aktiven Jugendlichen zur Zeit erkennbar nun auf eine offene Jugendarbeit, deren politische Bedeutung für eine Kreuzberger oder darüber auch hin aus gehende Jugendbewegung nicht eingeschätzt werden kann.

2.2.3 Stadtteilladen Kohlfurter Straße

In der Kohlfurter Straße besteht eine andere Stadtteilgruppe die als politischer Nachfolger der alten Kreuzberger Stadtteilgruppe (1968/70 gegründet) anzusehen ist. Von dieser Gruppe wird die Zeitung "K" herausgegeben. Neben einer regelmäßigen Standagitation vor dem Kaufhaus BILKA zu Mietproblemen und einer ebenso regelmäßigen Mieterberatung im Kohlfurter Laden sind politische Aktionen und Kampagnen nicht bekannt. Z.Z. treibt diese Grup-

pe eine Diskussion voraus, die im wesentlichen die Vereinheitlichung der vertreteten und isoliert vor sich hin arbeitenden Kreuzberger linken Gruppen auf Delegiertenbasis als Ziel ergibt. In welcher Weise die von der Gruppe geplanten bzw. bereits eingerichteten Untergruppen auf einer vorherigen Klärung der politischen und organisatorischen Möglichkeiten für konkrete Arbeit beruht, muß sich herausstellen.

2.3 Langfristige Konzeption

Eine Orientierung an vorhandenen politischen Konzepten einer Stadtteilarbeit in Kreuzberg ist also schwer möglich. Es wäre auch falsch in der bisher bestehenden persönlichen Begrenzung auf die Genossen des Dresdener Ladens, die Frage der Zukunft von Stadtteilarbeit in K Kreuzberg klären zu wollen. Vielmehr scheint es für die bereits beruflich zusammenarbeitenden Genossen notwendig ihre politischen Aufgaben innerhalb der Berufssituation so verantwortlich zu klären, daß genauere Angaben über die Herabbindung zu Stadtteilagitation, d.h. den dort vorhandenen Aufgaben gemacht werden können. Wird können sie uns nicht mehr isoliert so unvorbereitet und theoretisch wenig fundiert wie bisher an Diskussionen über die Strategie von Stadtteilarbeit heranzugehen. Die Klärung der hier auftauchenden Fragen erfordert nicht nur Zeit und Arbeitskraft, sondern die Einschätzung politischer Aktivitäten im Berufsbereich. Wenn wir diesen Bereich gegenüber ständig schwankende Haltungen einschauen, weil wir uns auf Auseinandersetzungen ungenügend vorbereiten und zu viele andere Termine wahrnehmen, werden wir hilflos in unseren eigenen Problemen erstickt und unfähig sein auch nur eine Frage richtig zu beurteilen.

3. Stellungnahme zur Strukturierung der Diskussion und zu den politischen Problemen

Die Hauptaufgabe für die berufstätigen Genossen in den verschiedenen Abteilungen des Staatsapparates wird entsprechend der in den ersten Teil dieses Papiers dargestellten Positionen darin bestehen, daß die Berufspolitik auf ihre Bedeutung hin untersucht und Aufgaben bestimmt werden müssen.

Diese Diskussionen müssen notwendigerweise von den Genossen geführt werden, die am Arbeitsplatz und im gleichen Arbeitsfeld zusammenarbeiten. Hierzu sind folgende Gruppen zu rechnen?

- Kreuzberger Sozialarbeiter
- Berufspraktikanten der VCG
- Neuköllner Gruppe

In der ersten Phase der Diskussion werden Fragen der allgemeinen und konkreten Berufsarbeit wie

- Einschätzung von Herabbindung (allgemein und konkret auf Grund von rechtlichen Eingriffen)
- Verh.

Italis zur Schule (allgemeine Strukturen, Lehrpläne, An-

passungemechanismen, Unterverordnungsprinzipien und konkrete Auswirkungen disziplinarischer Maßnahmen der Lehrer, Schulversäumnisanzeigen, Bußgeldverfahren, schlechte Zensuren, Zeugnisse usw. - s. dazu Untersuchung der Neuköllner Schulen, Spiegelbericht vom April 73)

- Wohnungssituation (allgemeine Lage des Mieters, Kreuzberger Wohnungsbauentwicklung und Sanierung, Mietschulden, Mietrückungsklagen, Obdachlosigkeit)
- Erziehungssituation (Verhältnisse der Familien- zur staatlichen Erziehung in Kitas und Heimen)
- Zur Lage der Arbeiter in den Betrieben (Jugendarbeitsschutz usw.)

bearbeitet werden müssen.

3.1 Kontakte zu anderen Berufsgruppen

Die Diskussion wird u.a. die Frage nach Kontakten zu Kollegen in anderen Berufen, mit denen wir zusammenarbeiten bzw. die wir bereits kennen, aufwerfen (Lehrern, Erziehern, Sozialpädagogen, Verwaltungsangestellten und -beamten). In diesen Kontakten sollen systematisch Untersuchungsfragen beantwortet helfen und ständig unsere Beschreibung und Analyse kapitalistischer Realität in den Institutionen und Wohngebieten Kreuzbergs vervollständigen und fundieren.

Die Kontakte werden einerseits eine Informationsquelle sein andererseits auch zu Auseinandersetzungen und möglichen politischen Verbindungen führen. Aber nur die planmäßige Entwicklung solcher Kontakte wird uns endlich die Frage beantworten, wo sitzen fortan kritische Kollegen an den verschiedenen Fronten des kapitalistischen Erziehungs- Ausbildungs- und Verwaltungsgeschäfts innerhalb des Staatsapparates.

3.2 Analyse und Untersuchungsarbeit

Parallel zu dieser Diskussion und als weiteres Ergebnis der ersten Klärungsphase werden wir unsere weitere Arbeit mit den existierenden Materialien bürgerlicher Gesetzgebung auf dem Gebiet der Sozialpolitik z.B.

Jugendarbeitsschutz, Arbeitslosenversicherung, Wohnungsbau- und Mieterschutzgesetz, Krankenversicherung, Kommune und Entscheidungen zum BSHG (z.B. Richtlinien für Zuschüsse) Kindergeldgesetz, Urlaubsregelungen, Mutterschutzgesetz, Gesetze über die Gesundheitsversorgung und auf dem Gebiet des Schulwesens (Schulgesetz, Verordnungen zum Bußgeldverfahren), auf dem Gebiet der Erziehung usw. beschaffen müssen, um die Analyse sozialpolitischer Gesetzgebung unter Kapitalinteressen entwickeln zu können. Die Ideologie des "Sozialen Rechtsstaates" mit seiner demagogischen Propaganda von Chancengleichheit muß kritisiert werden. Ohne dieses Material und ohne eine Einbeziehung der bürgerlichen Statistiken, die die Lüge von der Verbesserung der Qualität des Lebens unverwundbar sollen, WENNENKEM werden wir keine Massenagitation entwickeln können. Weder unter Kollegen noch im Stadtteil

Ohne diese Arbeit werden wir keine politisch richtigen Forderungen im Interesse der Arbeiterklasse entwickeln und ihre Bedeutung den Massen im Stadtteil vermitteln können.

4. In welchem Verhältnis steht diese Arbeit zu den Aufgaben einer Stadtteilgruppe

Es gibt kaum einen Bereich außerhalb der Produktions-sphäre, der nicht durch Gesetze, Regelungen und laufende Eingriffe des kapitalistischen Staatsapparates erfaßt wird. Die zunehmenden Einflüsse der verschiedenen Abteilungen des Staatsapparates gehen soweit, daß jede Familie mit mindestens einer Frage mit den Maßnahmen des Apparates konfrontiert wird. Die dadurch praktizierte Kontrolle des täglichen Lebens der Arbeiter und ihrer Familien ist die Grundlage einer ständigen Auseinandersetzung mit den Angriffen des Staatsapparates auf ihre Lebensverhältnisse. Keine Arbeiterfamilie ist hiervon ausgenommen.

Es sind Fragen des Kindergeldes, der Arbeitslosenunterstützung, des Kranken- und Unfallschutzes, der Mieterhöhung, des Schulbesuchs, der Erziehung innerhalb und außerhalb der Familien, der staatlichen Gesundheitsversorgung, der Lehrlingausbildung, der Sozialunterstützung, der Ausbildungsförderung, der familienrechtlichen Regelung durch die Amtsgerichte, der Straffjustiz, des Strafvollzugs, der Kinder- und Jugendberufshilfe und des Freizeitwesens bei deren Bewältigung die Arbeiterfamilien die Macht und die Willkür des Staatsapparates zu spüren bekommen. Der sich ständig ausweitende Einfluß des bürgerlichen Staates, durch immer neue und immer schwerere zu durchschauende Gesetze produzieren ein Bewußtsein der Hilflosigkeit und des Ausgeliefertseins, wenn der einzelne Arbeiter allein der Bürokratie gegenübersteht. Die Totalität der weitgefächerten Macht des Staatsapparates wird mit Hilfe der breiten Propaganda der bürgerlichen Presse und gesteuerter Informationen des Staatsapparates als eines gerechten und gleichbehandelnden Staates im Bewußtsein der Arbeitermassen erst gar nicht erscheinen bzw. verschleiert werden.

4.1 Welche Schlüsse lassen sich daraus ziehen?

Legen wir diese knappe Analyse für die Strategiebestimmung der Stadtteilarbeit zugrunde, ergibt sich folgendes: auf der einen Seite sind die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse von ihrer historischen Entwicklung und ihrer materiellen Lage betroffen durch die Produktionsverhältnisse geprägt. Auf der anderen Seite wird die Regulierung aller wichtigen Fragen des täglichen Lebens im Reproduktionsbereich durch die verschiedenen Abteilungen des Staatsapparates kontrolliert und entsprechend der unterschiedlichen Ziele durch die Kontrolle diszipliniert und häufig kriminalisiert.

Der Erfolg der zunehmenden Macht des Staatsapparates liegt einerseits im Prinzip der individuellen Behandlung der Arbeiter und ihrer Familien durch die Bürokratien, andererseits wird er durch die starke Bindung der Arbeiterklasse an die SPD und die damit verbundene Verschleierung von Klassenaussinandersetzungen im Wohnbereich sichtbar gemacht.

genau hier muß eine Politik im Stadtteil ansetzen. Sie muß sowohl die Interessen der Arbeiterbevölkerung an einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen in politischen Forderungen vertreten als auch ~~die~~ Politik der SPD und den täglichen Verrat von SPD-Politikern und anderer bürgerlicher Parteien sowie die arbeiterfeindlichen Maßnahmen einer Reihe von Bürokraten anprangern.

Erst dadurch wird das dialektische Verhältnis von Lebensverhältnissen der Arbeiterbevölkerung und den Unterdrückungsfaktoren innerhalb des kapitalistischen Gesellschaftssystems - hier im Reproduktionsbereich die Rolle der bürgerlichen Partei und des Staatsapparates - politisch gewendet. Die Stadtteilpolitik muß auf der Grundlage materialistischer Analysen von der Lage der Bevölkerung und des Staatsapparates einen ständigen Angriff dagegen führen. Die steckbriefliche Veröffentlichung reaktionärer Maßnahmen der einzelnen Vertreter des Staatsapparates bringt der Bevölkerung im Stadtteil die Verbindung zwischen seiner eigenen Lage mit den unmittelbaren Gegnern in sein Bewußtsein.

April 1974

einen Tag vor den ersten Mai

DAS DU DICH WEHREN MUßT, WENN DU NICHT UNTERGEBEN WILLST,
DAS WIRST DU DOCH EINSEHEN !

intern

Wir lassen uns nicht integrieren, noch lassen wir uns wegsanieren!

1. Zu unserem Selbstverständnis:

Die Arbeit im Planungsausschuß soll weder eine Alternative zu unserer sonstigen politischen Arbeit sein, noch darf sie zur Haupttätigkeit werden. Statt dessen muß sie unterstützende Funktionen haben.

2. Keine "Reformillusionen"

Wir sind uns darüber im Klaren, daß der Planungsausschuß kaum unseren Forderungen entsprechen wird, die nach wie vor sind:

1. Abriß- und Entmietungsstop und zwar sofortiger!
2. Sofortiger Instandsetzung aller von der Sanierung betroffener HKuser.
3. Modernisierung nach den Vorstellungen und Bedürfnissen der Mieter.
4. Keine Mietpreiserhöhungen über 30 %.

Der Planungsausschuß wird unsere Forderungen mit dem Argument von sogenannten "Sachzwängen" ablehnen (s. Erfahrung aus SKS). Hier müssen wir dafür sorgen, daß diese "Sachzwänge" (ökonomische und politische Gesetze) als vornehmlich wirtschaftliche Interessen, die den Interessen und Bedürfnissen der Mieter entgegenstehen, offen gelegt und öffentlich gemacht werden.

Auf den Erörterungsveranstaltungen haben wir gesehen, daß die Mieter erfreut Fakten und Plagematerial aufgegriffen haben, das die wirtschaftlichen Interessen der Gegenseite verdeutlichte. Unsere Aufgabe muß auch hier sein, den anderen Mietervertretern die Widersprüche klarer zu machen. darum müssen wir an den Planungsausschußsitzungen teilnehmen.

3. Artikulation der Wünsche der Betroffenen in den Entscheidungsgremien:

Disher sind wir in unserer Arbeit immer davon ausgegangen, daß die Wohnverhältnisse nach den Bedürfnissen der Mieter gestaltet werden müssen. Diese Forderung müssen die Mieter auch vor dem politischen vorgegebenen Machtorgan (Bezirksamt, Bowoge, Senat) vertreten. Die gewählten Mietervertreter können in diesem Zusammenhang nur die Funktion eines Sprachrohrs haben.

4. Verbreitern der Kampffront der Mieter:

Aktive Mieter finden wir unter anderem auch unter den Mietervertretern. Auf solche Informationsquellen können wir nicht verzichten.

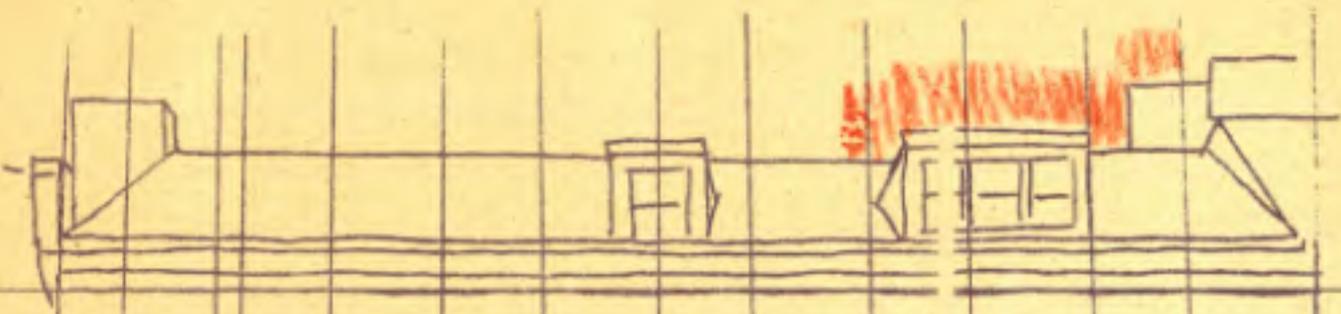
5. Verdeutlichung des Senatskonzepts bezüglich der Funktion der Mietervertreter:

Die Behörden werden durch kleine Zugeständnisse versuchen, den Mietervertretern sogenannte "Mitbestimmungen" vorzutuscheln. Obwohl wir diese Zugeständnisse selbstverständlich nicht ablehnen werden (wir haben ja auf den Mieterlaß auch nicht geschissen), müssen wir die Funktion dieser Maßnahmen, nämlich die Mietervertreter zu Handlangern des Senats zu machen, aufzeigen.

6. Unbedingt notwendige Vorbedingung für eine Arbeit im Planungsausschuß:

Die uneingeschränkte Öffentlichkeit der Sitzungen. Diese haben im Gebiet P 9 stattzufinden. Können wir diese Bedingung nicht durchsetzen, ist jede weitere Arbeit in diesem Gremium vertan

intern



WIR BLEIBEN DRINN!



HOTEL RESTAURANT

... DENN
WIR
HABEN
WUR-
ZELN
GESCHA-
GEN



03



**DU BIST DIE BÜHNE, DU DER AKTEUR, ALLES IST WIRKLICH,
ES GIBT KEINE ZUSCHAUER" J. RUBIN**

Vorschlag für Aktionsfolge

1. Aktionen, die sofort beginnen müssen!
 - a) Aktionen die sich über den gesamten Zeitraum erstrecken.
 1. Infos (Flugblätter / Zeitung)
Dazu ist eine Gruppe zu bilden, die Infos formuliert (AG 1)^{*)}
 2. Infostände, Str. Singspiel
Vorbereitungsgruppe (AG 2)
 3. Vorbereitung und Aufarbeitung der Hausbesuche (AG 3)
 4. Kontakt zu türk. Arbeiterverein / Mieterberatung (AG 4)
 5. Hausbesuche
gilt für alle!
 6. Infostände
Alle!
 7. Kontakte zu Ladenbesitzern, um unter anderem Informationen auszuhängen. Für alle!
 8. Gremien, wie zum Beispiel Brucusschaß und SVV besuchen und Forderungen aufstellen. Für alle!
Öffentliche wirksame Abrißverhinderung?
 - b) Vorerst einmalige Aktionen.
 1. Wände bemalen (1. Mai) Sanierungshäuser kenntlich machen.
Vorbereitung AG 5
 2. Antiplakat zum BÜCKE-Plakat mit Forderungen (AG 6)
 3. Recherchen ~~zum~~ ^{zur} Verflechtung von Wirtschaft und Politik (AG 7)
Vorbereitung für Punkt 2
- *) BESetzung der AG's WECHSELT AB 11/19 24*
2. Aktionen die aus Punkt 1 resultieren
 - a) Auswertung aus Punkt 1b 3: Steckbriefplakat mit Forderungen zur Modernisierung, wodurch sie behindert wird und wer dafür verantwortlich ist. Wie es sich ge en die Mieter auswirkt.
 - b) Offene Briefe an verantwortliche Volksvertreter, xxxxxxxxxxxx
 - c) Vermittelbare Aktionen gegen " "
 - d) Pressekonferenz über Ergebnisse
 - e) Leserbriefe und Zeitungsartikel, wo auch immer möglich
3. Besond. Aktionen die aus Punkt 1 und 2 resultieren
 - a) Demo ?
 - b) Mieterversammlung / Tribunal auf dem Mieter- und Hauserrat gebildet werden.
4. Auftreten des Hauserrates auf Erörterungsveranstaltungen und Widerstand gegen Entmietung / Raßscheiß.
5. fragen wir was dann mal, was sich durch das alles in unsere Köpfen verändert hat ...

DU BIST DIE BÜHNE, DU DER AKTEUR, ALLES IST WIRKLICH,
ES GIBT KEINE ZUSCHAUER" J. RUDIN

Vorschlag für Aktionsfolge

1. Aktionen, die sofort beginnen müssen!
 - a) Aktionen die sich über den gesamten Zeitraum erstrecken.
 1. Infos (Flugblätter / Zeitung)
Dazu ist eine Gruppe zu bilden, die Infos formuliert (AG 1)^{*)}
 2. Infostände, Str. Beispiel
Vorbereitungsgruppe (AG 2)
 3. Vorbereitung und Aufarbeitung der Hausbesuche (AG 3)
 4. Kontakt zu türk. Arbeiterverein / Mieterberatung (AG 4)
 5. Hausbesuche
gilt für alle!
 6. Infostände
Alle!
 7. Kontakte zu Ladenbesitzern, um unter anderem Informationen auszuhängen. Für alle!
 8. Gremien, die zum Beispiel Brunusschaß und SYV besuchen und Forderungen aufstellen. Für alle!
Öffentliche wirksame Abrißverhinderung?
 - b) Vorerst einmalige Aktionen.
 1. Wände bemalen (1. Mai) Sanierungshäuser kenntlich machen
Vorbereitung AG 5
 2. Antiplakat zum BÜROGE-Plakat mit Forderungen (AG 6)
 3. Recherchen ~~zum~~ ^{zur} Verflechtung von Wirtschaft und Politik (AG 7)
Vorbereitung für Punkt 2
- *) KLEINER, DER AL'S WECHSEL ABWISSEN ZU
2. Aktionen die aus Punkt 1 resultieren
 - a) Auswertung aus Punkt 1b 3: Steckbriefplakat mit Forderungen zur Modernisierung, wodurch sie behindert wird und wer dafür verantwortlich ist. Wie es sich genau die Mieter auswirkt
 - b) Offene Briefe an verantwortliche Volksvertreter, karrikaturhaft
 - c) Vermittelbare Aktionen gegen " "
 - d) Pressekonferenz über Ergebnisse
 - e) Leserbriefe und Zeitungsartikel, wo auch immer möglich
3. Demozel Aktionen die aus Punkt 1 und 2 resultieren
 - a) Demo ?
 - b) Mieterversammlung / Tribunal auf dem Mieter- und Hauserrat gebildet werden.
4. Auftreten des Hauserrates auf Erörterungsveranstaltungen und Widerstand gegen Entmietung / Raußchmiß
5. Fragen wir uns dann mal, was sich durch das alles in unseren Köpfen verändert hat

W I R B L E I B E N D R I N !

d.h.: Wenn nach Jahrzehnten der Verwahrlosung jetzt zum erstenmal Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten durchgeführt werden, muß das für die Mieter geschehen die Jetzt in diesen Häusern leben. Denn ihre Mietgelder wurden jahrzehntelang -statt für notwendige Reparaturen- als Profit eingestrichen.

Bedingungen dazu:

- I. Sofortiger Abriss- und Entmietungsstop
 - II. Sofortige Einberufung von Mieterveranstaltungen, auf denen die jetzigen Mieter **ENTSCHEIDEN**, wie geplant wird (Erörterungsveranstaltungen nach dem Städtebauförderungsgesetz lehnen wir ab, weil damit lediglich Bulleneinsätze durch raffiniertere Mittel der Verschaukelung ersetzt werden: was der Staat früher mit offener Machtanwendung durchsetzte, dafür sucht er heute mit Mitteln der Werbung und der Beschäftigungstherapie (Erörterungsveranstaltungen) auch noch die Zustimmung der Betroffenen)
- Kein Paragraph des STBAUFG garantiert, daß die Situation der Betroffenen nicht verschlechtert wird. "Zumutbare Härten" bleiben unberücksichtigt.
- Kein Paragraph erkennt den Betroffenen das Recht zu, über die Planung mitzuentcheiden: Es dürfen "Meinungen, Bedenken und Anregungen" geäußert werden, entscheiden tut allein die Verwaltung und ihre politischen Strohmannen in der "Gemeindevertretung".)

Damit die jetzigen Mieter ~~zu~~ nach der Modernisierung in IHREN Häusern wohnen bleiben können muß unter Bedingungen modernisiert werden, die ihrem Einkommen entsprechen:

1. Instandsetzungsarbeiten (überfällige Reparaturen) müssen sofort von den Eigentümern der Häuser nachgeholt und bezahlt werden. (§5, Abs. 1 des Sanierungsvertrages)
2. Modernisierungskosten, die zu einer Mietbelastung über 10% des Mieterinkommens führen würden, müssen aus Sanierungsförderungsmitteln (staatl. Subvention wie bei Neubauten!) aufgebracht werden. Außerdem Modernisierungsgebot für die Eigentümer oder sonst Enteignung (nach §21, 3 STBAUFG/§4, 3 WOAUFG)
3. Altbaurenewerung muß bezüglich der ~~zu~~ Finanzierungsbestimmungen und bautechnischen Forderungen an der vorhandenen Altbausubstanz orientiert werden und nicht an Neubauvorschriften.
4. Organisatorische und technische Durchführung der Modernisierung im Taktverfahren. Bereitstellung von nahegelegenen Wohnraum zur vorübergehenden Unterbringung der Mieter während der Modernisierung ihrer Häuser.

PÜR JEDEN DIESER PUNKTE GIBT ES POLITIKER, DIE WIR VERANTWORTLICH MACHEN KÖNNEN
ODER
W I R B L E I B E N W I R E L I C H E I N F A C H D R I N !

BİZLER KREUZBERG'TE KALMAK İSTİYORUZ



S İ M D İ Y E K A D A R H İ Ç K İ M S E

D E R D İ M İ Z İ S O R M A D I

E V Y İ K İ M L A R I N D A H A K K İ M İ Z İ

A R I Y A L I M

Ev sahipleri, bilhassa yabancı kiracıları, "Kira ve kiracıları koruma kanunlarını" bilmemelerinden istifade ederek birçok haksız davranışlarda bulunmaktadır. Bu durumlarda aşağıdaki hususları bilmemizde yarar vardır:

16 Haziran 75 tarihinde H. Zil (Zille-Schule).

Okulunda (Waldemarstr. 118) Kreuzberg. Şehir planlama Dairesi tarafından Kreuzbergte'ki yıkılacak evlerde oturanlarla ilgili bir toplantı yapılacaktır.

Yabancı oluşumuz ve kanunları iyi bilemediğimiz nedeniyle, yıkılacak aynı evde oturan Türk'lerle Almanlar ayrı ayrı muamele görmektedir. Şöyle ki:

I. Aynı evde oturan Almanlara 1976-1980 senesinin sonuna kadar süre tanındığı halde, Türklerin 75 senesi sonuna çıkmaları talep edilmiştir.

2. Almanlara 3 veya daha fazla yeni ev gösterildiği ve taşınma masrafı ödeneceği halde, Türk'lerin bilgisizliğinden yararlanarak bu haklardan mahrum bırakılmaktadır.
3. Yabancı kiracılarda almanlar gibi aynı haklara sahiptirler,
4. Hiç bir ev sahibi, kiracıyı gelişigüzel, zorla evden atamaz.
5. Ev sahibi çıkarmak istediği kiracıya, kirası, yeri, büyüklüğü v.s. banyolarından en az çıkarıldığı ev ayarında olan başka evler (üç eve kadar) göstermeğe mecburdur.
6. Her kiracının taşınma masrafları ve taşınmada uğrayacağı zararları talep hakkı vardır. Bunun için Berlin İkametgah Şirketine BeWoGe (Berliner Wohnungsgesellschaft) müracaat etmelidir.
7. Ev sahibi çıkarmak istediği kiracıya çıkışını, en az altı ay önce bildirmek mecburiyetindedir. Aksi halde yedek ev gösterilmişse evden 6 aydan önce çıkılabilir.

Kira senetlerindeki (sayet varsa),

"Kiracılar geçici olarak oturduklarını, başka evler talep etmeden, her an evlerden çıkmayı kabullenmişlerdir...." gibi anlamdaki damga kanunsuz olup geçersizdir.

ZUR „ERÖRTERUNGSVERANSTALTUNG“:

**WIR BLEIBEN
HARRIN²**

**-UND WENN UNSERE WOHNUNGEN ENDLICH
MODERNISIERT WERDEN : GUT**

**● ABER NICHT MEHR ALS 30% MEHR
MIETE DAFÜR !!!**

Liebe Nachbarn!

Vor einer Woche fanden wir alle in unseren Briefkästen eine Informationsbroschüre zusammen mit einer Einladung zu sog. Erörterungsveranstaltungen. Wer hat uns da nun eigentlich eingeladen?

Der neue Stadtrat Herr Kliem, CDU, und der Senatsdirektor beim Senator für Bau- und Wohnungswesen: Herr Schröder

● Was in der Senatsbroschüre nicht steht, ist die Tatsache, daß Herr Schröder gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der BewoGe ist, der Gesellschaft, die unsere Häuser abreißen oder so teuer modernisieren will, daß wir nachher die Miete nicht mehr bezahlen können.

Herr Schröder ist aber auch sonst ein sehr geschäftiger Mann: außerdem sitzt er im Aufsichtsrat der Gehag, der GSW, der GeSoBau, der DeGeWo, der Borsig Wohnungen GmbH, der Sanierungs- und Gewerbebau AG und der Hotelbaugesellschaft Budapester Straße mbH!

Herr Schröder wohnt nicht in Kreuzberg, sondern im grünen Zehlendorf.

Warum kommen diese Herren trotzdem nach Kreuzberg und belästigen uns? Sie wollen, so sagen sie, mit uns die Planungsabsichten diskutieren. Allerdings erhält man beim Lesen der Broschüre eher den Eindruck, als seien die Pläne schon fertig.

Im Vorwort der Broschüre lesen wir, daß sich die Planung bemühte, "die Wünsche der Bewohner dieses Gebietes kennenzulernen und zu berücksichtigen." Sind Sie gefragt worden?

Uns hat man nicht gefragt !

Das "Kennenlernen" und "Berücksichtigen" sah so aus, daß man vor 3 Jahren sogenannte "Bezugspersonen" einsetzte, die "an allen Entscheidungen des bisherigen Planungsablaufes teilnahmen." Wir haben herausbekommen, daß es sich bei den Bezugspersonen um 2 Hausfrauen, 2 Jusos, einen Lehrer und einen Pfarrer gehandelt hat.

Diese Leute sind nicht die Vertreter unserer Wünsche und Vorstellungen. Wir haben sie nicht beauftragt. Außerdem haben sie z.T. mit höheren Gehältern und besseren Wohnungen ganz andere Sorgen als wir.

Das haben diese Leute nach kurzer Zeit auch selbst erkannt und daraufhin vor allem zwei Forderungen aufgestellt:

1. Sofortige Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen, auf denen andere Möglichkeiten der Sanierung vorgestellt und erörtert werden sollten.
2. Sie verlangten, daß bis dahin keine weiteren Entmietungen und Abrisse mehr vorgenommen werden dürften.

Auch darauf ging der Senat nicht ein: die Häuser wurden munter weiter abgerissen und die Mieter einzeln nacheinander aus dem Gebiet entfernt.

WARUM WERDEN UNSERE WOHNUNGEN ZERSTÖRT ?

Fast 80 % der Mieter rund um Bethanien sind Arbeiter. Außerdem wohnen hier mehr Empfänger von Renten und Arbeitslosenunterstützung als anderswo, das ist in Kreuzberg immer schon so gewesen.

Nun war dieses Gebiet aber auch für die Grundstücksbesitzer sehr wertvoll, weil es so nah am Rande der Berliner City (Alex) lag. deshalb wurden die Arbeiter hier gezwungen, auf engstem Raum zu leben, um zusammen besser die Geldgier der Haus- und Grundstücksbesitzer befriedigen zu können.

Die steckten die Mietgelder ein und taten so gut wie nichts für ihre Häuser, obwohl die Mieter alle zehn Jahre den Wert des Mietshauses einmal abgezahlt haben. Daran hat sich bis heute nichts geändert, nur daß inzwischen viele der kleinen Betriebe hier von der Konkurrenz der Konzerne erdrückt wurden und ein Arbeitsplatz nach dem anderen stillgelegt worden ist. Seit dieses Gebiet dann durch seine guten Verkehrsverbindungen zur jetzigen

Miethäuser

742 50 05, wochentags auch 881 10 10. ^{6.11.11} Sammelnumm.
Unter 5facher Jahresmiete, Eckmiet-
haus in Kreuzberg, guter Bauzustand,
Baujahr 1889, Grundstücksgröße 735
qm, 21 Wohnungen mit Innentoiletten,
6 Läden, Mieteinnahme 49 162 DM,
Kaufpreis 240 000 DM, sehr hohe
Rendite. Paul A. Strauß, RDM, Immo-
bilien, 1 Berlin 15, Kurfürstendamm
12, Tel. 883 70 12/13

WIR BLEIBEN DRIN

Liebe Nachbarn,

vielleicht erinnern Sie sich an uns. In unserer Zeitung "Wir bleiben drin" hatten wir dargestellt, daß auch unser Haus von der Sanierung betroffen ist; mit anderen Worten: daß auch wir "rausgeschmissen" werden sollen.

Und wir hatten auch gesagt, daß wir uns das nicht gefallen lassen, weil unser Haus genauso wie fast alle anderen Häuser in der Umgebung

- 1. nicht abgerissen werden muß, sondern modernisiert werden kann
- 2. so modernisiert werden kann, daß wir nachher die Miete auch bezahlen können.

Obwohl unser Pachtvertrag zum 28. Feb. ausgelaufen ist, sind wir heute immer noch drin. W A R U M ?

Über die Zeitung und Hausbesuche haben wir versucht, mit möglichst vielen Mietern in Kontakt zu kommen, und unsere Gruppe, die sich jeden Mittwoch, 20.00 Uhr in der Waldemarstr. 81 trifft, ist inzwischen schon

● anz schön groß geworden. Unter anderem sind wir einmal mit einer Gruppe von 25 Leuten zum Verwaltungsgebäude der BEWOG, das ist die Sanierungsgesellschaft, die inzwischen fast alle Häuser aufgekauft hat, hingezogen und sind dort dem Geschäftsführer Koenneke auf den Pelz gerückt. Der hat sich dann so erschrocken, daß wir ein paar Monate "drin bleiben" für uns gewinnen konnten.

Es ist klar, daß uns dieser Aufschub von ein paar Monaten nur als Bonbon oder Beruhigungspille zuodacht ist, daß man nicht von einem wirklichen Erfolg sprechen kann. Aber für uns ist die Zeit wichtig, um uns weiteres zu überlegen. Da sind die Mieter vom Klausener Platz schon weiter: die haben inzwischen gegenüber dem Senat durchgesetzt, daß die Mieterhöhung nach der Modernisierung 30% nicht übersteigen, im Höchstfalle aber nur 3.- DM/qm ausmachen darf. Auch dieses Beispiel zeigt, daß man sich

wehren kann; daß man denen da oben nicht hilflos ausgeliefert ist, wenn man sich mit anderen zusammentut.

Ein erster Schritt für einen solchen Zusammenschluß aller Mieter könnte sein, daß sich die Mieter in jedem einzelnen Haus des Sanierungsgebietes zusammensetzen, um eine Liste der dringendsten Reparaturen aufzustellen, die gemacht werden müssen. Obwohl die BEWUGE dazu verpflichtet ist, müssen auch solche Forderungen nach Instandsetzung durchgesetzt werden. Bei der Durchsetzung dieser Forderung würden sich die Mieter außerdem besser kennenlernen; wir würden es lernen, gemeinsam zu arbeiten, was wiederum eine Voraussetzung dafür wäre, daß die Modernisierung schließlich doch nach den Vorstellungen der Mieter erfolgt.

Und- wir haben keine Zeit mehr zu verlieren.

Wenn wir verhindern wollen, daß Räumung und Abriß weiter gehen wie bisher, müssen wir jetzt anfangen!

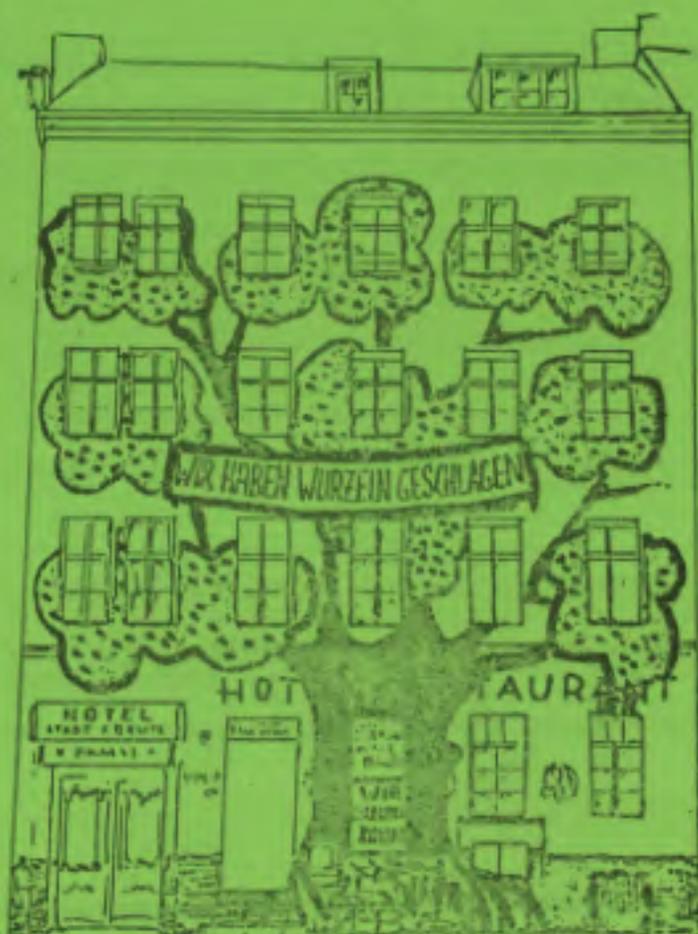
Zum Zeichen dafür, daß wir entschlossen sind, "drin" zu bleiben, daß wir in Kreuzberg verwurzelt sind, haben wir die Außenfassade unseres Hauses mit einem Baum bemalt.

Er soll auch weiterhin eine sichtbare Aufforderung an alle anderen Kreuzberger sein, mit uns Kontakt aufzunehmen, zu unserem

TREFFEN:
jeden Mitt-
woch, 20⁰⁰ Uhr

WALDEMARSTRASSE 81

zu kommen, damit wir dort gemeinsam unsere nächsten Schritte überlegen!



protokoll der untergruppen-sitzung vom 22. Juni 75

a) wie stehen wir zum schrittweise-geleiteten von
mietervertretern versicht?

insig haben wir uns in der einhelligkeit über die an-
forderungen von "mitbestimmung" für die "menschenwürdige
" wohnungspolitik der sonats.

zu differenzieren kann es in der frage, ob man überhaupt
darauf reagiert und wie?

1. standpunkt (nur von einer partei vertreten)

wir gehen ins gegenteil und entlarven in lang-
fristiger arbeit das "mitbestimmungsmodell" als
betrug. dieser standpunkt beruht auf der einseh-
tung, daß die leute zwar wissen, was scheiße ist
aber keine beweis dafür liefern können. (die
leute brauchen handfeste argumente, solange sie die
nicht haben, tun sie nichts)

2. standpunkt (von den natürlichen leuten vertreten)

wir gehen nicht ins gegenteil, sondern müssen ihnen
wir unsere eigenen beschwerden stellen (z.B. nach
versammlungsräumen) zeigen, daß der sonat kein in-
teresse an eigenaktivitäten der mieter hat, an-
schließend versuchen wir alternativen aufzuzeigen
und zu verwirklichen (gültigkeit von überträgen,
besetzung von leerständen etc. zu versammlungszwecken).

3. entschieden werden soll noch, ob ein teilnehmender
beobachter zu den versammlungen geschickt wird,
um an informationen zu kommen.

b) in diesen zusammenhang haben wir auf das problem un-
serer alternative zu sprechen:

1. standpunkt

wir müssen uns eine organisationsform überlegen,
damit wir auf die fragen der leute konkrete vor-
schlüsse machen können.

2. standpunkt

die organisationsform kann sich immer erst im laufe
der arbeit herausbilden, es kann zwar verschiedene
alternativen geben, die aber noch nicht fest-
gelegt sind. die organisation zu
finden, sind wichtig die leute mit denen man kün-

gibt man durch konkrete Beispiele aus anderen Gebieten (Berlin, Westdeutschland, Ausland) müssen wir aufzeigen, daß es möglich ist, sich gemeinsam gegen die Unterdrückung zu wehren.

1) Der Grad unserer Zusammenarbeit, nämlich unsere sachliche Hilfe für die Niederbekämpfung zu machen, wurde von der Nationalen Volksarmee in Frage gestellt.

Begründung:

es werden durch die Bezeichnung "Niederbekämpfung" falsche Erwartungen geweckt, die wir nicht erfüllen können und wollen. Es kann nur durch eine einseitige Beratung gehen, wobei ^{die} ~~die~~ einseitigen Einseitigen mit anderen Mitteln begünstigt.

Endverfügung:

statt "Niederbekämpfung" ~~die~~ einseitige Einseitige Beratung in der dies zum Ausdruck kommt.

Beispiel - eigeninitiatives für ...

I. unsere Forderungen zur Sanierung:

1. INSTANDSETZUNGSARBEITEN (längst überfällige Reparaturen) müssen sofort von den Eigentümern der Häuser nachgeholt und aus den dafür bereits bezahlten Mieten finanziert werden (§ 5 Abs. 1 des Sanierungsvertrages)
Der § 5 Satz 1 des Sanierungsvertragsentwurfs würde den Träger zu diesen Maßnahmen verpflichten: "Der Sanierungsträger hat die von ihm in Durchführung dieses Vertrages erworbenen Grundstücke im Sinne des Sanierungsziels ordnungsgemäß zu bewirtschaften."
2. ALTBAUERNEUERUNG MUß BEZÜGLICH DER FINANZIERUNGSBESTIMMUNGEN UND DER BAUTECHNISCHEN FORDERUNGEN AN DER VORHANDENEN ALTHAUSUBSTANZ ORIENTIERT WERDEN UND NICHT AN NEUBAUVORSCHRIFTEN!
Eine Orientierung an Neubauvorschriften hätte ~~maximal~~ für die allermeisten Mieter zu hohen Mieten zur Folge (4,50 pro qm.). Es würden nach den Richtlinien über die Förderung des sozialen Wohnungsbaues technische Veränderungen vorgenommen, die nach unserer Auffassung für die meisten Althäuser nicht notwendig sind. So z.B.:
 - Aufzüge bei Wohngebäuden mit 5 und mehr Vollgeschossen
 - Ausführung der Geschosdecken als Massivdecken
 - Bei geschlossener Bauweise muß das Treppenhaus unmittelbar an der Straße liegen
3. Die Mieten nach der Modernisierung müssen für die Mieter tragbar sein. Eine Möglichkeit, menschenwürdige Wohnungen mit für die Mieter zahlbaren Mieten zu erhalten wäre eine Modernisierung nach § 32 des StBauFG durchzuführen, d.h. übersteigen die reinen Modernisierungskosten nicht 30% der vergleichbaren Neubauposten, so können in Anwendung des § 32, 2 StBauFG die Kosten der Modernisierung anteils, die das dreifache der Jahresmiete, die zum Zeitpunkt der Beendigung der Modernisierungsmaßnahmen zu zahlen wäre, mit 10% jährlich auf die Miete abgewälzt werden. Der Teil, der das dreifache übersteigt, wird gem. § 43, 1 StBauFG aus Sanierungsförderungsmitteln ersetzt. Wir fordern: DIE MIETEN NACH DER MODERNISIERUNG DÜRFEN BEI ZUGRUNDELEGUNG DER JETZIGEN GRUNDMIETE NICHT ÜBER 30% STEIGEN.
4. SOFORTIGER ABRIS DES BKT- UND ENTMIETUNGSSTOP, BIS FÜR ALLE MIETER MENSCHENWÜRDIGE WOHNUNGEN ZU FÜR SIE TRAGBAREN MIETEN IM GEBIET NACHGEWIESEN SIND.

II. Unsere Forderungen zum Verfahren:

1. GLEICHBEHANDLUNG VON DEUTSCHEN UND AUSLÄNDISCHEN MIETERN
2. ABSOLUTE ÖFFENTLICHKEIT FÜR ALLE SITZUNGEN UND VERANSTALTUNGEN, DIE DIE SANIERUNG BETREFFEN
3. ENTSCHEIDUNGSKOMPETENZ DER BETROFFENEN MIETER BEI DER PLANUNG
4. EIN VERSAMMLUNGSRAUM FÜR MIETER
Um die vom Senat "unterstützte" gemeinsame Auseinandersetzung der Mieter mit der Sanierungsproblematik zu gewährleisten, ist es notwendig, dafür einen Versammlungsraum im Gebiet gestellt zu bekommen. Die Mieter müssen die Möglichkeit haben, sich kennen zu lernen und sich zu informieren und das ohne die Aufsicht von irgendwelchen Verwaltungsinstanzen.

Diskussionsvorlage für
heute Mittwoch, 1. Okt.

Vorbemerkung: Wir sollten in Zukunft bei jedem Plenum 2 Protokolle machen:

- ein Ergebnisprotokoll, damit man eine Woche später kontrollieren kann, ob die vom Plenum gefassten Beschlüsse in die Tat umgesetzt wurden, bzw. ob die Genossen, die eine Aufgabe übernommen haben, die auch erledigt haben.
- ein Verlaufsprotokoll als Beitrag fürs INFO

Die seitherige Kampagne des Mietervereins und der Mieterinitiativen ist für die Katz.

Es gibt nicht ein Anzeichen dafür, daß die Kampagne zur Verlängerung des Mieterschutzes erfolgreich sein könnte: Wann je haben "unsere" Politiker sich von papiernen Protesten beeindrucken lassen?

Die üblichen Aktionsformen sind nicht nur wirkungslos, sondern sogar gefährlich, weil demobilisierend:

1. Wer ein Flugblatt in die Hand bekommt, das wieder nur zum hunderttausendsten Male die Machenschaften des Senats entlarvt, ohne wenigstens ungefähr anzugeben, wie man sich wehren kann, wird sagen: "ja, ja, stimmt," und resignieren.
2. Wer seine Unterschrift irgendwo drunter setzt, meint vielleicht, er hätte damit seinen Beitrag zum Kampf schon geleistet.
3. Und die Demonstrationen als 'Höhepunkt der Kampagne' werden immer so angesetzt, daß man gleich merkt, daß jetzt endlich alles vorbei ist: einen Tag vor oder zum Tage der Verabschiedung des Gesetzes. Da würde ich auch resignieren.

Die Parolen

- "Es muß endlich Schluß sein mit"
- "Wir fordern"
- "Weg mit"
- "Das Mieterschutzgesetz muß bleiben"

rufen

- a) eben nur das bekannte zustimmende Kopfnicken hervor und sind
- b) schon deshalb falsch, weil der Staat der Adressat ist.

In dem grünen Flugblatt der Mieterinitiativen heißt es:

"... muß der Senat aufgefordert werden, den Gesetzgeber zu veranlassen ..."

Im Gegenteil, der Senat muß überhaupt nicht aufgefordert werden; er interessiert uns überhaupt nicht !! Natürlich wäre es schön, wenn

die Herren uns den Mieterschutz verlängern würden; natürlich würden wir das gerne mitnehmen. Bloß denken die Herren daran überhaupt nicht. Es ist doch kein Zufall oder Versehen, was sie mit uns vorhaben; nur dann könnten wir sie auf etwas aufmerksam machen oder etwas von ihnen fordern.

Wir wissen doch, was die einzige Funktion des Parlaments ist: Uns, "den Menschen draußen im Lande", Sand in die Augen zu streuen.

Das Parlament ist Schweinegebiet, dort haben wir nichts zu suchen.

Dort sind sie die Stärkeren; wenn wir ne Chance haben wollen, müssen wir

den Schauplatz des Kampfes selbst bestimmen.

Wer sich auf die Gesetzes-, Parlamentsebene einläßt, ist den Schweinen schon auf den Leim gekrochen (vgl. SEW, KPD, KBW usw.)

Ähnliches gilt für den Zeitpunkt der Auseinandersetzung.

Im Vorwort der Roten-Hilfe-Broschüre heißt es:

"Die Einschränkung unserer Rechte ist geplant, aber bis zum heutigen Tage noch nicht beschlossen. Es lohnt also noch, sich zu wehren und zu protestieren".

Nein Genossen, es lohnt sich immer und wir können uns immer noch wehren. Es stimmt nicht, daß unsere 'Kampagne'

'bis zum 31. 12. gelaufen' sein muß,
daß es nach dem 31. 12. 'zu spät' sei,

Ob es jemals zu spät sein wird, hängt nur von uns ab.

Wenn nicht ~~wir~~ die Schweine, wer ist dann wichtig für uns?

Wir, die anderen Betroffenen, die anderen Mieter !

Wir müssen uns stark machen, einen festen Zusammenhang, Zusammenhalt dort schaffen, wo wir sind: in unserem eigenen Haus.

Wir müssen zunächst mit unseren direkten Nachbarn in Kontakt kommen: wenn es uns gelingt, Solidarität unter allen (?) Mietparteien eines Hauses herzustellen, wird sich daran jeder Hausbesitzer die Zähne ausbeißen, ob er nun ein oder keins oder hundert Gesetze im Rücken hat.

Das wird vermutlich ganz klein anfangen:

- daß man die Nachbarn grüßt, ist noch nicht überall selbstverständlich
- man kann dem Rentnerhepaar schon mal die Einkaufstaschen hochschleppen
- später vielleicht auch mal einkaufen
- nochmal später vielleicht mit allen Mietern zusammen verbilligt großeinkauf

man kann als Kreuzberger vielleicht auch mal den Nachbarn nach Pinsel und Bohrmaschine fragen, statt die Freaks aus Charlottenburg zu bemühen

- vielleicht kommt eine Woche später dann die Nachbarsfrau und leiht sich Zucker für ihr Kaffekränzchen, wenn sie grade keinen da hat.
- und vielleicht sind wir dann schon in einem halben Jahr so weit, daß wir (alle Mieter eines Hauses zusammen), unsere Forderungen gegen den Hauswirt anmelden und durchsetzen.

Weitere Diskussionspunkte: Welche Funktion hat unser Mittwochstreff ins Bezug auf ein solches Vorgehen.

- Ansprechen von WGs in unmittelbarer Nähe des eigenen Hauses.
- Kontakt mit Stadtteilgruppen

Beispiel Bewoge-Besuch

Wir waren hingegangen, um etwas durchzusetzen, um Druck auszuüben, um unsere Meinung zu sagen. Aber

Koenecke: "Ich verhandle nicht mit allen, ich will sie spalten!"

Wir: "Aber bitte schön Herr Koenecke, wie hätten Sie's denn gerne?"
Würden Sie lieber mit einem oder mit zwei oder mit dreien von uns sprechen?"

Beispiel Pressekonferenz

Wir waren hingegangen, um etwas klarzumachen. Von vornherein falsch konzipiert (durch Wohlverhalten etwas erreichen zu wollen), wäre es immer noch möglich gewesen, drin zu bleiben. Aber

Kliem: "Verlassen Sie bitte sofort den Raum!"

Wir: "Aber ja Herr Kliem, wenn Sie meinen."

Ergebnis: Vergleiche Tagesspiegel, Morgenpost, Rias.

Beispiel Erörterungsveranstaltung

Eigener Erörterungstermin für die Walde 81 (Bezirksamt)

Zu Befehl, aber wäre bitteschön vielleicht ein anderer Termin drin (wir)

Wir waren davon ausgegangen, daß die Veranstaltungen öffentlich zu sein haben, ohne wenn und aber, daß wir einfach 'reingehen.

Was passiert aber? Jeder steckt sich noch noch schnell ein fotokopiertes Einladungsschreiben ein ("Man kann ja nie wissen, für alle Fälle")

Auch die Listen am Eingang des Raumes werden nicht einfach ignoriert, sondern man fügt sich fromm den Wünschen der Obrigkeit.

"Name" Fritz Müller

"Adresse" Waldemar 81

"Mädchenname der Großmutter" Scheufele

"Wann haben Sie das letzte Mal Bratheringe gegessen" Vorgestern.

Unsere Gruppe, so wie sie sich am Montag nach B&B Veranstaltung in der Walde darstellte, ist für mich nicht mehr äzeptabel.

Hat mal jemand drüber nachgedacht, warum es den KPD-Freaks jetzt plötzlich wieder möglich ist, mitzuarbeiten? Der Verdacht liegt nahe, daß da irgend etwas falsch gelaufen sein muß?

Falsch ist es jetzt mit einem Male, die Senatgangster fertigzumachen, und richtig, nichts zu sagen, und sich allenfalls noch Gedanken zu machen über den "Bewußtseinsstand" des durchschnittlichen Kreuzberger Mieters.

Woher wissen wir denn so genau Bescheid über das Bewußtsein der anderen Mieter; woher wissen wir denn, was ihr Ohren zu hören gerade noch ertragen+ woher, daß sie uns, die wir auch Mieter sind, lieber so und nicht gerade so reden hören?

Bei der anschließenden Diskussion in der Walde bestand anscheinend Konsens darüber, daß es falsch sei, zu sagen, was für einen selbst ist.

Wolfgang sprach mehr von seiner Wut, seinem Bedürfnis, die Schweine fertig zu machen.

Wichtig ist es offenbar, still zu sitzen und die Mieterklasse (sonst Arbeiterklasse) zu beobachten, die fertige Analyse über deren Bewußtseinsstand fein säuberlich im Hinterkopf.

Was sind wir denn Besonderes, daß wir uns bei der Formulierung eines jeden Satzes zu Überlegen hätten, wie er bei "den zu mobilisierenden Mietern" ankommt?

Was sind wir denn Besonderes, daß wir uns angeblich zurückzuhalten hätten? Daß wir am besten gar nichts sagen?

Der Aktivist ist dann wahrscheinlich der, der sich zu Hause ins Bett legt, logisch?

Was es nicht konsequent von uns, gar nicht mehr hinzugehen? Vielleicht durchbrechen wir die anderen Mieter schon durch unser bloßes Aussehen?

Dieses "Sich-Verstecken" hinter den anderen muß aufhören. Wahrscheinlich ist es nichts anderes als die Rationalisierung der Angst vor dem Autorität, der Obrigkeit.

Das Argument mit "In die kommunistische, rote, Waldecke drängen" reicht nicht aus.

Hat jemand erwartet, daß wir mit offenen Armen und Begrüßungskuß empfangen werden von Klien und Konsorten?

Es ist klar, daß sie immer und immer wieder versuchen werden, uns zu treiben, in die Ecke zu drängen, uns zu isolieren.

Ob es ihnen gelingt, hängt von uns ab. Uns bleibt keine Wahl, als die Absicht zu gehen, diese Absicht aufzudecken, das zu durchbrechen, - und das schaffen wir sicher nicht, wenn wir uns freiwillig zurückziehen!

Und dann platzt halt vielleicht auch mal so ne Scheiß-Erörterungsveranstaltung, von der wir ja wissen, was für ne Funktion sie hat.

Wenn wir sagen, daß wir die Verantwortlichen unter Druck setzen müssen zur Rechenschaft ziehen, sie fertigmachen, dann müssen wir das auch wissen jede Gelegenheit dazu nützen, auch eine Erörterungsveranstaltung. Und insbesondere ja, weil hier Aktion und Vermittlung zusammenfallen, was bei anderen Aktionen nicht immer der Fall ist.

"Jeder Stein der abgerissen -
wird von uns zurückgeschmissen !"

(Diskussionsvorlage für Mittwoch, den 16. April)

Nochmal: Ob Neubau oder Instandsetzung und Modernisierung -
was geschieht, hat zu geschehen für die Mieter, die jetzt
hier leben, denn ihre Mietgelder wurde jahrzehntelang
nicht für notwendige Reparaturen verwendet, sondern als
Profit eingesackt.

1. Wer sind wir, wer sind 'die anderen'?

Schon dann, wenn wir von "der Bevölkerung" reden, begreifen wir
uns als etwas von ihr Verschiedenes.

Das ist aber Unsinn; wir können gar nicht hingehen, und "der Be-
völkerung" etwas klar machen, weil wir selber ein Teil der Be-
völkerung sind.

Wir sollten uns deshalb angewöhnen, allenfalls von den anderen
Mietern oder den anderen Betroffenen zu reden.

??? Gibt es trotzdem einen Unterschied zwischen den anderen ???
Mietern und uns ?

Ja! Viele meinen, der Unterschied sei der, daß bei den anderen noch
Illusionen bestünden über den Charakter dieses Staates, die
Menschenfeindlichkeit dieser Scheiß-Gesellschaft, im Gegensatz zu
uns Durchblickern.

Das mag vielleicht sogar in einigen Fällen zutreffen; jedenfalls
ist dieser Punkt überhaupt nicht wichtig.

Wir können getrost davon ausgehen, daß auch die anderen Mieter
wissen, daß sie in der Scheiße stecken, daß derjenige, an den
sie ihre Miete zahlen, auch in ihren Augen bereits entlarvt ist,
daß ihnen klar ist, wem die Sanierung in Wahrheit nützt.

Wenn es dennoch einen Unterschied gibt, dann den, daß viele von
den anderen resigniert haben, keine Hoffnung mehr haben, daß
man doch noch was ändern könnte; und vielleicht erst nachdem sie
~~mindestens~~ dem Hauswirt jahrzehntelang einen Kleinkrieg geliefert
haben, und bestimmt mehr und härtere Erfahrungen gemacht haben
als die meisten jungen Bösewichter.

Wir also nehmen für uns in Anspruch, nicht resigniert zu
haben,
wir meinen, daß man sich wehren kann !! Duftel!

UND DAS MÜSSEN WIR ZEIGEN !!! Praktisch !!

2. Was müssen wir also tun ?

Hier liegt unsere Aufgabe:

Wir müssen Aktionen machen, die demonstrieren, daß die vorherrschan-
de Resignation zu Unrecht besteht, daß sie auf-
gebrochen werden kann.

Dazu ist wichtig, daß die Aktionen 'vermittelbar' sind, daß bei
jeder Aktion unser 'vernünftiges Interesse' (Modernisierung nach
unseren Vorstellungen) durchscheint, bei jeder Aktion muß klar
erkennbar sein, gegen wen bzw. was sie sich richtet.

Ja dürfen wir das denn überhaupt, nach den anderen schießen, wenn wir Aktionen planen?

Wir dürfen es nicht nur, wir müssen es. Aus 2 Gründen:

- ++ Weil wir die anderen Kreuzberger brauchen. Merke:
"Allein machen sie uns ein" und
"Nur gemeinsam sind wir stark".
- ++ Weil wir die anderen Kreuzberger brauchen.
Zur Aufhebung unserer Isolation, zu unserer Selbstorganisation.
Wir haben uns schon früher dazu bekannt mit dem Satz:
'Wir bleiben drin' in Kreuzberg;
denn Kreuzberg, das sind eben grade unsere Nachbarn.

Unser Ziel also (drin bleiben, niedrige Mieten, menschenwürdige Modernisierung) muß in den Aktionen zum Ausdruck kommen.

Damit ist klar, gegen wen sich Aktionen richten müssen, nämlich gegen diejenigen, die dafür verantwortlich sind, daß diesem Ziel etwas entgegen steht,

gegen diejenigen, die dafür verantwortlich sind, daß nicht nach unseren Bedingungen modernisiert wird:

1. Instandsetzungsarbeiten (überfällige Reparaturen) müssen sofort von den Eigentümern der Häuser nachgeholt und bezahlt werden. (§ 5, Abs. 1 des Sanierungsvertrages)
2. Modernisierungskosten, die zu einer Mietbelastung über 10 % des Mieter Einkommens führen würden, müssen aus Sanierungsförderungs-mitteln (staatliche Subvention wie bei Neubauten!) aufgebracht werden. Außerdem: Modernisierungsgebot für die Eigentümer, bzw. Enteignung (nach § 21,3 StBauPG / § 4,3 WoMnG)
3. Altbauerneuerung muß bezüglich der Finanzierungsbestimmungen und bautechnischen Forderungen an der vorhandenen Altbausubstanz orientiert werden und nicht an den Neubauvorschriften.
4. Organisatorische und technische Durchführung der Modernisierung im Taktverfahren. Bereitstellung von nahegelegener Wohnraum zur vorübergehenden Unterbringung der Mieter während der Modernisierung.

3. Wie können wir uns organisieren?

Um den Kampf auf dieser politischen Ebene führen zu können, müssen wir in der Lage sein, der Verwaltung organisiert entgegenzutreten.

Würde z. B. heute schon eine Erörterungsveranstaltung von oben an-gesetzt werden, würden wir wahrscheinlich schon deshalb eine Nieder-lage erleiden, weil wir unserer moralischen Empörung nicht viel mitbringen könnten; weil wir nicht legitimiert wären, für andere zu sprechen; weil es kein Organ gibt, das von vielen Mietern be-auftragt ist, zu sprechen, Forderungen zu vertreten us

Ein solches Organ könnte ein Mieter bzw. Häuserrat sein, den wir uns schaffen.

Dabei muß von vornherein eines klar sein:

Wir wollen nicht, daß uns jemand "vertritt", wir brauchen keine "Vertreter", und seien es Mieter'vertreter', wir vertreten uns selbst.

Das heißt, daß der Mieterrat nie selbständig etwas entscheiden kann, er wird nie etwas "für uns" ausmachen können, er muß zu jeder Aktivität von uns (den Mietern des Sanierungsgebietes) neu angewiesen werden, was er zu tun hat.

Nur so ist gewährleistet, daß der Mietererrat ein Instrument der Mieter bleibt, ein Instrument der Basis bleibt und nicht 'nach oben' davonschwebt.

Bezogen auf die sog. 'Erörterungsveranstaltungen' würde das heißen, daß man sich einerseits unabhängig macht von solchen von oben angesetzten Beruhigungsspielen, und sich andererseits gleichzeitig darauf vorbereitet.

Und zwar politisch, inhaltlich vorbereitet (siehe unten), als auch formal, denn damit wäre auch der von oben freundlicherweise zugestandene 'Mieterbeirat' überflüssig.

Mietererrat, Häuserrat. Wenn wir ein solches Organ heute (oder morgen) wählen wollten, wäre drauf geschissen, weil es eine formale, aufgesetzte Sache wäre, ohne Unterbau; Ähnlich dem tausend Komitees, die dauernd von der KPD aus der Taufe gehoben werden und die sich immer auf irgendwelche breiten Volksmassen stützen.

Es ist klar, daß einiges laufen muß, bevor wir uns ein solches Instrument schaffen. Seine Durchschlagskraft und Stärke hängt nur davon ab, wieviele Mieter dahinterstehen, wie viele es sind, die ~~xxxx~~ den Mietererrat wählen.

Es kommt also darauf an, die Kampagne so zu gestalten, daß möglichst viele mit einbezogen werden, daß durch die Aktionen so viele wie möglich erreicht werden und sich schließlich beteiligen

4. Vorschläge für Aktionen.

Sanktionen gegen die verantwortlichen Politiker.

Steckbriefe

Besuche in ihren Ämtern

Besuche zu Hause im trauten Heim

usw.

usw.

= Öffentlichkeit darüber verbreitern über Flugblätter, unsere Zeitung, Bürgerliche Medien, Berichte aus 'info'

Vorgehen gegen Gremien

Bauausschuß

Bezirksverordnetenversammlung

= wir gehen rein oder wir erreichen, daß die anderen rausgehen

Offene Briefe schreiben (viele und liebe). "Lieber Karl!"

Wände total bemalen. Sowohl Wert auf künstlerische Gestaltung als auch auf politische Parolen legen!

Zeitungsartikel (Leserbriefe) an die bürgerliche Presse.

Zeitungsartikel an alle linken Zeitungen, zu denen Kontakte bestehen.

Besetzung eines noch bewohnbaren Hauses, z. B. Walde (90?) vorbereiten. Auch wenn nur einzelne Wohnungen im Vorderhaus.

Sanierungsgefährdete Häuser bemalen, Kennzeichnen. Und zwar an Tage. Vorher Absprache mit den Mietern.

Um das BEWÖGB-Beratungsbüro (Vogt) kümmern.

Öfter mal ein Flugblatt zwischendurch, nicht nur alle 3 oder 4 Monate eine Zeitung.

ne neue Zeitung natürlich auch

Hausbesuche. Versuchen, ein bißchen nach 'Kampfbereitschaft' zu differenzieren. Wir sollten uns vielleicht mehr auf Häuser konzentrieren, wo sowas zu verspüren ist; bei anderen Häusern evtl. nur noch Informationen durchstecken.

verstärkte Zusammenarbeit mit dem türk. Arbeiterverein

Abrißwerkzeuge begutachten

Fest, Kundgebung, Malaktion im Abrißloch

Demonstration (mit ein bißchen mehr Phantasie als sonst)

.... (genau !)

... (sehr richtig !)

... (warum nicht ?)

... L'imagination au pouvoir ...

...

Veranstalten eines Tribunals gegen die verantwortlichen Politiker.

Dies zwar als eine Aktivität unter anderen, trotzdem sollen die anderen Aktionen auch zu einem solchen Tribunal einführen. Wenn die Sache gut vorbereitet ist (siehe Aktionen oben), Presse, wenn viele Mieter dort sind, wäre das eine gute Gelegenheit, dort einen Mieterrat zu wählen.

5. Zur politischen Stabilität innerhalb des Hauses

Wenn dieser Punkt seither berührt wurde, kam immer sehr schnell das Argument, daß es für die Leute im Haus auch noch andere als Sanierungsprobleme gäbe (Beziehungsgeschichten, Kinder, VW-Bus, Abflußrohr usw.)

Dies ist zwar richtig, doch sind alle, alle (!) diese ~~andere~~ Geschichten bedroht von dem einen, anderen Problem der Räumung. Von daher ergibt sich eine eindeutige Priorität für dieses.

Es ist klar, daß diese politische Stabilität (Erkennen der Priorität; Bereitschaft, sich für die Erhaltung des Hauses einzusetzen) nicht über Nacht sich einstellen kann.

Sie wird sich herstellen im Verlaufe der Kampagne, beim Durchführen der Aktionen - allerdings nicht automatisch, sondern nur, wenn wir wissen, daß diese Stabilität eine notwendige Voraussetzung ist, daß wir die Kampagne überhaupt tragen und durchsetzen können.

Im Klartext: Kriterium für etwaige Neuzuzüge eindeutig die Bereitschaft, den Kampf um das Haus mitzutragen.

- sollte sich im weiteren Verlaufe der Kampagne herausstellen, daß einer oder mehrere nicht mitmachen, müßte gewährleistet sein, daß sie durch aktivere Bewohner ersetzt werden.

An die
BeWoGe
1 Berlin 62
Voßbergstr.3

Betr.: Freisachung

Sehr geehrte Herren,
mir ist zu Ohren gekommen, daß das Haus
in dem ich zur Miets wohne, in Freisachungsprogramm
1974-76 aufgeführt ist.

Falls Sie dies bestätigen können, erwarte ich eine
umgehende Benachrichtigung über den genauen Termin
und auch darüber, wie Sie eine Verbesserung meiner
Wohnsituation herbeizuführen gedenken.

Hochachtungsvoll

An das
Bezirksamt Kreuzberg
- Abt. Bauwesen-

1000 Berlin 61
Yorckstr.4

Berlin, d.

Febr. 1975

Konu: Plánlamaesitig̃ i hakkında toplantı

Saygıdeyer Belediye üyesi sayın Baltruschat!

Öğrendiđiniz kadariyla içinde oturdüğümüz evin.....

1974-1976 Boğaltma programına dahildir.

(11. Rapor Şehir yenilenmesi hakkında ... D Senator Bau Wohnen) .

Şehir yenilenmesi kanununun 9. § Paragrafenin 1881ümüne göre belediye
Kastedilen kiracılarla mümkün olduğu kadar kısa bir zamanda öngörülen

Bölgelerin islahi ve kiracıların bu alanda yapabilecekleri yardım
hakkında konuşmalıdır. (Mukayese AVSTBAEFG). 11. Şehir yenilenmesi
haberinin 4. sayfasında Oturma ve İnfaat dairesinin Senatörünün
yacıđı gibi Şehir yenilenmesi muhakkak surette şehir belediyesinin
Müszum gördüğü şekilde yapılır.

Planlama esitligi hakkındaki taslak 1974 ün ortasından beri
meydanda olduđu için bu taslak hakkında acele olarak toplanılmasını
bizim oturma ve Yaşama düzenimize etke eden kararlar hakkında bizimde
söz sahibi olmanızı acele olarak istiyoruz.

Saygılarımla

(JURISTISCH)

WIE GEHT MAN VOR, WENN WOHNUNGSMÄNGEL BESTEHEN?

1.) MÄNGELLISTE AUFSTELLEN z.B.

- FUSSBÖHMEN, DECKEN, WÄNDE, FÜßEN, FENSTER SCHÜTZEN NICHT MEHR VOR LÄRM, WÄRMELUST, WÄRMEVERLUSTE, FEUCHTIGKEIT (z.B. WÄNDE WÄNDE NEBEN ABRISSHAUSEN)
- GEFÄHRDUNG DURCH HERABFALLEN - DEM FUR USW.
- KAMINE UNDICHT (Zieht nicht/punkt) OFEN / HERD NICHT FUNKTIONSFÄHIG (wie konkret?)
- ~~WASSERNAHME~~ / AUSLÄSSE / TOILETTEN*) BÄDER*) / DUSCHEN*) TROPFEN ODER SIND UNDICHT
- LICHT- UND STROM ANSCHLÜSSE SIND SCHADHAFT
- HOF/TERRASSE/KIESEL/BODEN (BALCON) NICHT BEWARTET (GRÄSER) BEWAHRTER HAUSGARTEN IST MEINT DA

VORBEREITUNG
• LISTE AUFSTELLEN ZUM ABHAKEN

2.) MÄNGEL ANZEIGE / MITMINDERUNG

- MÄNGELLISTEN FÜR DAS GANZE HAUS SCHRIBEN
- BRIEF A (INFORMATION AN VERMIETER + ANFORDERUNG ZUR REPARATUR) MIT MÄNGEL LISTE PER EINSCHREIBEN AN VERMIETER ABSCHICKEN

• VORDRUCK FÜR BRIEF A VORBEREITEN

3.) WENN NICHTS PASSIERT:

- REAGIEREN WIE ANWÄLTUM NICHT
- MINDERUNG DER MIEFE ODER
 - SELBER REPARIEREN + BERECHNEN
 - REPARIEREN LASSEN (KOSTENVORANSCHLÄGE VERGLEICHEN)
 - AUSSTANDEN SCHADEN ANFORDERUNG/EINKLAGEN

*) WENN VORHANDEN

Zweiter Punkt: Die Mängel sind wieder dermaßen schlampig verteilt, daß viele Mieter, insbesondere die ausländerischen, es gar nicht erst zu Gesicht bekommen.

Zweiter Punkt: Wir sind im Mietvertrag als Ersatzwohnraum jetzt doch nachgewiesen bekommen. Das heißt, wir haben, das wir einen Anspruch auf Räumungsschadensersatz (Kündigung der Mietkosten, Gesetzliche Punkt 3) haben, über den wir uns mit dem Vermieter einig sind. Wenn der Vermieter die Kosten für Instandhaltung von Reparaturarbeiten zu tragen hat, verlieren sie kein Sterbenswörtchen !!

Sie wählen uns also weiterhin beschleissen:

- 1: Eine Kreuze aus der Mantelstraße erkrankte zum Beispiel, daß ihre Familie seit 3 Jahren verlangt, daß der Ofen repariert wird. Bis jetzt ohne Erfolg.
 - 2: In der Hauptstraße mußte eine andere Mieterin den WIESE erst mal 'ne Weile auf der Arbeit sein, damit er selber sieht wie das ist, wenn das Abflußrohr nicht repariert wird.
 - 3: Knechtke, die BEWOGGE-Jugendleiterin, erzählt uns dagegen, daß immer sofort repariert werde, wenn etwas kaputt sei. **NEHMEN WIR IHN BEIM WORT !!**
- Auch im Sanierungsgebiet hat der Vermieter eine Instandhaltungs- und Reparaturverpflichtung. Schließlich haben wir das ja auch mit unseren Mieten bezahlt.

Für das ganze Haus müssen folgende Dinge repariert werden:

Alles, was kaputt ist, was repariert werden muß, muß repariert werden auf Kosten der BEWOGGE (WIESE und JUNGES sind die Hausverwalter): kaputte Öfen - Fenster-rahmen - defekte Wasserrohre - kaputte oder verstopfte Leitungen - mangelhafte sanitäre Anlagen - durchlässige Wände und Böden.

Für das ganze HAUS müssen alle Teile repariert werden, die wir gemeinsam benutzen, also: Treppen - Hof - Boden und Keller - Balkon, wenn er im Mietvertrag ausdrücklich drin ist - Müllabfuhr.

WAS KANN MAN MACHEN, WENN DIE BEWOGGE NICHTS TUN WILL ?

1. Eine Mängelliste für die eigene Wohnung aufstellen !
2. Mit den anderen Mietern zusammen eine Mängelliste für das ganze Haus zusammenstellen !!
3. Diese Listen mit einer Frist, innerhalb der alles repariert sein muß, an den Vermieter schicken ! (Wichtig: Per Einschreiben schicken und 1 Durchschrift für sich behalten)

Bis jetzt hat die BEWOGGE Reparaturen entweder gar nicht gemacht, oder aber sich sehr viel Zeit gelassen. Sollte sich dieser Verein auch dieses Mal nicht rühren, können wir ihnen Dampf machen, indem wir

- 1. weniger Miete bezahlen. Das muß man dem Vermieter 4 Wochen vor dem Monatsersten ankündigen. Man zieht einen bestimmten Teil von der Miete ab - (nicht zu viel abziehen; besser ist, sich vorher beraten zu lassen)
- 2. Selbst die Handwerker holen und dem Vermieter die Rechnung schicken (Das muß man ebenfalls vorher ankündigen)
- 3. Man bezahlt jeden Monat 40% der Miete ein und begleitet damit die Handwerkerrechnung, solange bis etc. bezahlt ist, 1 Monat vorher schriftl. ankündigen.

Der Mieter hat das Recht, die Handwerkerkosten in Anspruch zu nehmen, jeweils

An das
Bezirksamt Kreuzberg
-Abt. Bauwesen-
z.Hd. Herrn Stadtrat Baltruschat
1 Berlin 61
Yorckstr.4

Betr.: Erörterungsveranstaltungen
für die Planungseinheit P IX

Sehr geehrter Herr Stadtrat Baltruschat!

Wie wir erfahren haben, ist das von uns bewohnte Haus
..... in Freimachungsprogramm 1974-76
(11. Bericht über Stadterneuerung, Senator für Bau- und
Wohnungswesen) aufgeführt.

Gemäß §9 Abs.1 des Städtebauförderungsgesetzes soll die
Gemeinde mit den betroffenen Mietern "möglichst frühzeitig
die beabsichtigte Neugestaltung des Sanierungsgebiets
und die Möglichkeiten ihrer Beteiligung an der Durchfüh-
rung der Sanierung erörtern" (vgl. Berliner AVStBauFG).
Im 11. Stadterneuerungsbericht S.4 schreibt der Senator
für Bau- und Wohnungswesen vor, daß die Erörterung "un-
mittelbar nach einer Abstimmung des städtebaulichen Kon-
zepts" stattzufinden hat.

Da dieses Konzept für die Planungseinheit P IX bereits
seit Mitte 1974 vorliegt, fordern wir die sofortige
Durchführung von Erörterungsveranstaltungen, damit wir
Einfluß auf Entscheidungen nehmen können, die unseren
Wohn- und Lebensbereich so nachhaltig beeinflussen.

Hochachtungsvoll

Bezirksamt Kreuzberg von Berlin

Abteilung Bauwesen

BERLIN

Stadtplanungsamt
Sanierungsverwaltungsstelle

Bezirksamt Kreuzberg von Berlin, 1 Berlin 61, Yorkstraße 4-11

An die
Mieter des Grundstücks
1 Berlin 36

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)
Stapla AL - 609.39-I-P IX
Zimmer

Fernruf ~~XXXXXXXXXX~~ Durchwahl
Apparat 2588 3263
Intern (961)

Datum

Juni 1975

Betr.: Wahl eines Mieterbevollmächtigten für die weitere Diskussion der "Planung der Neugestaltung des Bethanien-Viertels" im "Ausschuß zur Beratung von Bebauungsplänen (Planungsausschuß)" der Bezirksveordnetenversammlung Kreuzberg

Ich bekunde durch meine Unterschrift, daß Herr/Frau _____
1 Berlin 36, _____ meine Interessen hinsichtlich der Planung der Neugestaltung des Sanierungsgebietes Kreuzberg Nord in den Gesprächen mit dem Planungsausschuß vertreten soll. Es ist mir bekannt, daß nur ein Mitmieter des Hauses Berlin 36, _____ als Bevollmächtigter gewählt werden kann. Weiterhin weiß ich, daß nur derjenige als Bevollmächtigter des Grundstücks in Frage kommt, der die Mehrzahl der Stimmen seiner Mitmieter auf sich vereinigen kann.

Unterschrift

Unterschrift

I. unsere Forderungen zur Sanierung:

1. **INSTANDSETZUNGSARBEITEN** (längst überrillige Reparaturen) müssen sofort von den Eigentümern der Häuser nachgeholt und aus den dafür bereits bezahlten Mieten finanziert werden (§ 5 Abs. 1 des Sanierungsvertrages)
Der § 5 Satz 1 des Sanierungsvertragesentwurfs würde den Träger zu diesen Maßnahmen verpflichten: "Der Sanierungsträger hat die von ihm in Durchführung dieses Vertrages erworbenen Grundstücke im Sinne des Sanierungsziels ordnungsgemäß zu bewirtschaften."
2. **ALTBAUERNEUERUNG MUß BEZÜGLICH DER FINANZIERUNGSBESTIMMUNGEN UND DER BAUTECHNISCHEN FORDERUNGEN AN DER VORHANDENEN ALTBAUSUBSTANZ ORIENTIERT WERDEN UND NICHT AN NEUBAUVORSCHRIFTEN!**
Eine Orientierung an Neubauvorschriften hätte nämlich für die allermeisten Mieter zu hohe Mieten zur Folge (4,50 pro qm.). Es würden nach den Richtlinien über die Förderung des sozialen Wohnungsbaues technische Veränderungen vorgenommen, die nach unserer Auffassung für die meisten Altbauten nicht notwendig sind. So z.B.:
- Aufzüge bei Wohngebäuden mit 5 und mehr Vollgeschossen
- Ausführung der Geschosdecken als Massivdecken
- Bei geschlossener Bauweise muß das Treppenhaus unmittelbar an der Straße liegen
3. Die Mieten nach der Modernisierung müssen für die Mieter tragbar sein. Eine Möglichkeit, menschenwürdige Wohnungen mit für die Mieter zahlbaren Mieten zu erhalten wäre eine Modernisierung nach § 32 des StBauFG durchzuführen, d.h. übersteigen die reinen Modernisierungskosten nicht 30% der vergleichbaren Neubauposten, so können in Anwendung des § 32, 2 StBauFG die Kosten der Modernisierungsanteile, die das dreifache der Jahresmiete, die zum Zeitpunkt bei Beendigung der Modernisierungsmaßnahmen zu zahlen wäre, mit 10% jährlich auf die Miete abgewhilt werden. Der Teil, der das dreifache übersteigt, wird gem. § 43, 1 StBauFG aus Sanierungsförderungsmitteln erstattet. Wir fordern: DIE MIETEN NACH DER MODERNISIERUNG DÜRFEN KEI ZUGRUNDELEGUNG DER JETZIGEN GRUNDMIETE NICHT ÜBER 30% STEIGEN.
4. **SOPORTIGER ARREIS DER KKY- UND ENTMIENTUNGSSTOP**, BIS FÜR ALLE MIETER MENSCHENWÜRDIGE WOHNUNGEN ZU FÜR SIE TRAGBAREN MIETEN IM GEBIET NACHGEWIESEN SIND.

II. Unsere Forderungen zum Verfahren:

1. GLEICHBEHANDLUNG VON DEUTSCHEN UND AUSLÄNDISCHEN MIETERN
2. ABSOLUTE ÖFFENTLICHKEIT FÜR ALLE SITZUNGEN UND VERANSTALTUNGEN, DIE DIE SANIERUNG BETREFFEN
3. ENTSCHEIDUNGSKOMPETENZ DER BETROFFENEN MIETEN BEI DER PLANUNG
4. EIN VERSAMMLUNGSRAUM FÜR MIETER

Um die vom Senat * unterstützte * gemeinsame Auseinandersetzung der Mieter mit der Sanierungsproblematik zu gewährleisten, ist es notwendig, dafür einen Versammlungsraum im Gebiet gestellt zu bekommen. Die Mieter müssen die Möglichkeit haben, sich kennen zu lernen und sich zu informieren, und das ohne die Aufsicht von irgendwelchen Verwaltungsinstanzen.

Warum wollen wir ein Zentrum machen?

Warum wir dieses Papier geschrieben haben:

Die "Sponti"Reihen lichten sich, bei der praktischen Arbeit macht sich Ermüdung bemerkbar, die heimliche Sympathie für KPD (Volksambulanz) oder gar KBW schleicht sich ein, unsere Nabelschau-, aber zunehmend auch Kopf-in-den-Sand-Politik verengt unseren Horizont, was sich (aber) bis in die kleinsten Schritte hin auswirkt.

Deshalb also dieses Papier. Es ist gegliedert in die 4 Abschnitte
Ziel - Situation - unsere Rolle - Schritte

Ziel:

die

Wir zählen uns zur Linken, betrachten aber nicht uns selber als Träger der Revolution, höchstens als Mitträger, als Teil. Über unsere Rolle später. Diese Aufgabe, die Revolution zu machen, kommt dem Proletariat zu.

Wer ist das Proletariat?

In der Gesellschaft: Die Klasse, die das ganze System umstürzen muß, um zu ihrer Befreiung zu gelangen.

Im Stadtteil: Hier sind Proletariat und mögliche Bündnispartner zu vereinen, orientiert an den Zielen des Proletariats.

Wer sind die möglichen Bündnispartner?

- Kleinbürgertum (Angestellte, Intellektuelle)
- Subproletariat
- Teile des Bürgertums? (Welche Rolle spielt das Bürgertum in der imperialistischen Metropole?)

Ziele des Proletariats konkretisiert auf den Stadtteil:(Reproduktionsbereich)

Das kapitalistische System muß in allen Bereichen geknackt werden, nicht nur im Betrieb!

Das heißt: Erziehung und Ausbildung (Kindertagesstätten und Schulen)
Gesundheitswesen (Klinik - Poliklinik - Ärzte - Kollektivpraxis)

Wohnen und Konsum (ohne Miete wohnen, weg mit der Konsumscheiße)

Transport (zusätzliche Arbeitszeit ohne jeden Lohn)

Kultur und Ideologie (Gibt es eine nationale Kultur, gibt es eine andere Ideologie als die der herrschenden Klasse?)

müssen auf die Ziele des Proletariats hin ausgerichtet werden.

Um den Kampf auf allen Ebenen führen zu können, müssen im Reproduktions-

Lebensmitteln (Einkaufstips)
Kleidung (Kleidertausch)
Urlaub (Der Auslandsurlaub ist vorbei) - Kollektivurlaub?
Gesundheitsversorgung
Weiterbildung (Bildungsurlaub?)
Kinder

Kinder

staatliche Kindertagesstätten: hohe Kosten (wie hoch?),
um Frauen aus dem Betrieb abzuziehen. (Kinderbetreuung
in Eigeninitiative)
Schulkinder: Dequalifizierung, 9. Klasse, (Schularbeits-
zirkel), Arbeitslehre (Betriebsbesuche, Kontakt mit
Betriebsgruppen)

Frauen

werden wahrscheinlich zuerst aus dem Betrieb rausgeschmis-
sen.
Alleinstehende Frauen?

Mit Familie: Familie hat geringeres Einkommen

Rentner

Minimaleinkommen - aber wo sind die Druckmittel?

Wie wirkt sich die Krise aus?

Deklassierung Vom Facharbeiter zum Hilfsarbeiter

Druck - Angst Rausschmiß beim Krankfeiern, beim Aufmucken, bei Streiks
Arbeitslosigkeit Zuerst erträglich, "man hat endlich mal Zeit", Bauarbei-
ter versuchens mit Schwarzarbeit, nach längerer Zeit
bedrohlich.

Verkauf der Arbeitskraft unter ihrem Wert

Betriebe im Stadtteil

Was tun bei Betriebsschließung?

Unsere Rolle

Soweit wir Intellektuelle sind (für Arbeiter-Genossen und sogar die mei-
sten von uns muß gelten, daß sie in ihrem Betrieb politisch tätig sind
und Vertrauen gewinnen. Der jeweilige Arbeitsbereich sollte aber offen
politisch diskutiert werden, damit wir "einsame Entschlüsse" verhindern!):
Als Intellektuelle können wir Verbündete des Proletariats sein, wir
sind es aber nicht automatisch!

Avantgardefunktion, orientiert an den Zielen des Proletariats

Unsere Politik muß sich an den Zielen des Proletariats orientieren,
nicht an Zielen, auf die hin die meisten vereinigt werden können.
Insofern ist unsere Mieterpolitik kleinbürgerlich gewesen. Hätten wir
unsere Politik auf die Ziele des Proletariats hin orientiert, dann

hätten wir den gesamten Lebenszusammenhang der Arbeiter einbeziehen müssen. (Heißt nicht: alles selber machen!). Beispiel: unsere DeTeWe-Erfahrung.

Unterstützungsfunktion, unsere Privilegien einsetzen für die Ziele des Proletariats

Privilegien: Privileg der Bildung- gesellschaftliche Zusammenhänge durchschauen zu können

Privileg des bürgerlichen Berufs oder Jobs: - Zeit und Energie einsetzen zu können, keinen Zwang (mehr), aufsteigen zu müssen

Privileg der Fachqualifikation als Jurist, Mediziner, Lehrer, Techniker - Qualifikationen, die wir direkt einsetzen können ("im Dienste des Volkes" - allerdings ist es zugleich notwendig, diese Qualifikationen infrage zu stellen)

Wo haben Arbeiter u.a. Kontakt mit Intellektuellen/Angehörigen bürgerlicher Berufe bzw. staatlicher Institutionen?

Ärzte Betriebsärzte - Vertrauensärzte - normale Ärzte - Klinik - Ärztekollektiv - Volksambulanz - Frauenklinik ("im Dienste des Proletariats")

Anwälte nur punktuelle Kontakte. Bereiche: Mietrecht - Arbeitsrecht - Sozialrecht. Anwaltskollektiv im proletarischen Stadtteil - Gericht

Lehrer Elternarbeit - Schule

Sozialarbeiter, Jugendfreizeitheime - Familienfürsorge - Sozialamt - Arbeiterwohlfahrt und ähnliche Organisationen - Erziehungsheime

Erzieher - Obdachlosenasyile - Kindertagesstätten - Kinderläden - Kinderkrippen - Gesundheitsamt

Pfarrer Kirche. Soziales Engagement der Kirche?

X Bezirksamt (Stadtbücherei) - Polizei - Kontaktbullen

Was ist unsere Aufgabe?

Wir müssen nach unseren Möglichkeiten dazu beitragen, die Solidarität der Arbeiter u.a. untereinander zu stärken.

Solidarität untereinander heißt:

Leute denen es dreckig geht unterstützen (Ausländer)

Diskriminierung verhindern (Obdachlose, Arbeitslose, Kranke, Säufer)

Arbeitslose integrieren

Wo sollen wir einsteigen?

1 In Reproduktionsbereichen, die verändert werden müssen

2 In die Bezugssysteme der Arbeiter u.a. untereinander

3 Da wo sie mit Angehörigen bürgerlicher Berufe und staatl. Institutionen zusammentreffen.

Wo sind Linke bis jetzt eingestiegen?

- Jugendbereich: Jugendfreizeitheime, Jugendzentren
- Gesundheitsbereich: Poliklinik - Volksambulanz
- Schulbereich, Kindertagesstätten- und Kinderladenbereich bisher nur partiell, Uni
- Mieterbereich

Schritte:

1 Kennenlernen

Wir fangen an, die Leute im Stadtteil anzusprechen, um die Probleme im Stadtteil kennenzulernen. Das geht nicht nur durch Gespräche. Auch Information durch Leute, die sich auskennen, Linke im Stadtteil.

Als Einstieg-Aufhänger: Das brennendste oder ein brennendes Problem aufgreifen (Spielplatz - Gesundheitsversorgung - Schule - Kinderladen - Sanierung?). Die Aktion soll zeitlich begrenzt und von uns machbar sein. Sie dient ~~zur~~ dazu, ~~um~~ die Leute kennenzulernen, nicht, um 2 Jahre damit rumzuhängen. Daß heißt aber nicht, daß wir gleich wieder abspringen, wenn sich was daraus entwickeln sollte. *→ Vertiefen*

2 Zusammenhänge aufbauen

Das Kommunikationsnetz der Arbeiter u.a. in Verbindung mit den Problemen im Stadtteil (vgl. 1) kennenlernen. Wie?

- a) Kontakt zu Leuten in Institutionen/Intellektuellen im Stadtteil herstellen, um Konflikte und Konfliktbereite - Leute die sich engagieren - kennenzulernen und überhaupt den Lebenszusammenhang der Arbeiter u.a. im Stadtteil zu erfahren. Zugleich diese Leute ~~erst~~ aus ihrer Isolation herausholen.
- b) Selber Arbeiter u.a. kennenlernen, dahingehen wo sie sind - dazu gehört, in der Nähe zu wohnen (Erfahrung mit Schattner und Klein in der Mieterinitiative), in die Kneipe zu gehen, im selben Laden einzukaufen, Jugendliche im Jugendzentrum kennenzulernen, das alles nicht nur "im politischen Auftrag" sondern als Teil unseres Lebens.
- c) Was wir selber initiieren: Wir müssen ein Angebot schaffen, das auf die Bedürfnisse der Arbeiter u.a. eingeht. Wir müssen jeden Faden, den wir aufnehmen, bis zu Ende führen! (Mieterberatungs-Erfahrung: Wir hätten immer wieder zu den Leuten hingehen sollen und sehen sollen, was daraus geworden ist - Erfolge, dann ist's gut, Mißerfolge müssen uns zur Korrektur bringen.) Das bedeutet zugleich, auswählen, und dies kann zuerst nur nach ziemlich abstrakten ^{Kriterien} ~~Zielen~~ geschehen - das zeigt auch dieses Papier - , sonst ertrinken wir im Kleinkram

und verzetteln uns.

Es müssen Angebote im Vordergrund stehen, die auf die wirklichen Bedürfnisse der Arbeiter u.a. ausgerichtet sind. Was wir dann aber selber machen, hängt vom bereits vorhandenen (bzw. an anderer Stelle sinnvoller zu schaffenden) Angebot im Stadtteil ab.

Alle möglichen Beratungen: Mieterfragen - Gesundheit-Ärzte -
Arbeitsrecht-Arbeitslosigkeit
Kinderladen
Jugendladen-Schülerarbeitszirkel

- d) Exemplarische Aktionen starten, um Vertrauen zu gewinnen, aber auch mit anderen im Stadtteil, die dazu bereit sind. Wir müssen z.B. bereit sein, in einer Mieterinitiative mitzuarbeiten.
Wir können hier zwar sagen, was wir von uns aus machen würden, aber wir müssen offen sein für alles, was sich im Stadtteil regt, offen sein für unsere eigene Veränderung. Diesen Prozeß können wir nicht genau vorher bestimmen (wie die Erfahrungen aus der Mieterinitiative und aus dem Kinderladen-Projekt der Mediziner zeigen).

- zuerst skandalöse Zustände entlarven und personifizieren (Bezirksamtsgrößen, Ärzte, Hausbesitzer usw.), "an den Pranger stellen"
- durch die Aktion Kontakt unter den Beteiligten herstellen
- durch gemeinsames Handeln Alternativen sichtbar machen und damit die Möglichkeit für die Entwicklung von Klassenbewußtsein schaffen

- e) Das Verhältnis von unserem eigenen Angebot und unserer Beteiligung an bereits laufenden oder entstehenden Initiativen/Konflikten kann sich mit der Verschärfung der Krise immer mehr in Richtung auf unsere Beteiligung an solchen Initiativen verschieben - wir sind eben nicht allein im Stadtteil - und das ist gut so!

Wir müssen eine eigene Linie entwickeln und danach entscheiden, wo wir selber machen und wo wir mitmachen.

3 Am Klassenkampf teilnehmen

a) Erfolg und Mißerfolg

Es können Aktionen laufen, von uns initiierte oder welche, die wir mittragen, die zu Mißerfolgen führen oder keinen sichtbaren Sieg zum Ergebnis haben.

Dies kann vordergründig unsere Glaubwürdigkeit infragestellen - bei den einen - oder klarmachen, mit welchem Gegner wir es zu tun haben - bei den anderen -, und unsere und deren Entschiedenheit stärken - klarmachen, daß es nicht nur um diese oder jene Veränderung geht, sondern darum, das ganze System zu knacken. Wir müssen auch langfristig mit

②

Mißerfolgen rechnen (Vietnam, China...). Andererseits sind auch kurzfristige Erfolge nicht eindeutig.

Die Leute lernen: gemeinsam sind wir stark, wir können was erreichen - oder: das Ziel war im Rahmen des Systems zu verwirklichen. Ob ein Kampf da stehen bleibt, hängt von seiner Stärke ab, das läßt sich eben nicht voraussagen (z.B. Wohnungskampf zur Sanierung: "Modernisierung"?)

Kriterium für Erfolg und Mißerfolg ist also nicht das unmittelbare Ergebnis der einen oder anderen Aktion, sondern ihr Beitrag zum Klassenkampf. Deshalb müssen wir uns bei jedem Engagement klar sein/werden, inwieweit diese Aktionen dazu beitragen, Machtpositionen des Proletariats zu schaffen bzw. zu stärken, sei es im Stadtteil selber oder im Betrieb. Aktion heißt immer, daß wir in die Bevölkerung hinein und in die Linke hineinwirken. Damit Bewußtsein sich in gezielte Aktion umsetzen kann, bedarf es einer Organisation, die die Klassenkämpfe unterstützt und vorantreibt und eine langfristige Perspektive entwickelt, mit dem Ziel, die Machtfrage zu stellen.

Es geht nicht nur um das Zentrum, es geht um die Neubestimmung unserer Politik!

Theorie ist Anleitung zum Handeln

Stadtteilgruppe Kreuzberg - Kreuzberger Fraktion (K-Fraktion)

Christa, Uwe, Stefan und ich haben uns zusammengesetzt und die Diskussionen von Freitag nochmal durchgespielt und versucht, die Positionen klar zu machen also auch ein paar konkrete Vorschläge zu entwickeln.

Wir haben bis auf wenige Ausnahmen kaum Bezug zum Kietz. Wir sagen immer hier im Kietz läßt's sich gut leben (im Gegensatz zu den Neubauvierteln) die Leute haben Kontakt untereinander, können uns aber in diesem Kontakt ebensovwenig einschließen wie in die Aktivitäten im Stadtteil. Was wir von den Leuten verlangen: sich aggressiv u.B. gegen den Vermieter zu verhalten, bringen wir meist selber nicht, ja 'ne Menge Bewohner hier sind da weiter als wir, Kontakte knüpfen passiert nicht durch Kontakte knüpfen, sondern diese müssen sich im gemeinsamen Widerstand entwickeln. Die Gruppe hat sich nicht durch einen gemeinsamen konkreten Kampf zusammengefunden, sondern mehr von einer abstrakten Auseinandersetzung her. Nicht im Nicht- kennen der Leute im Kietz besteht eine Unterscheidung (und ein Problem), sondern in der unterschiedlichen Art, sich auseinanderzusetzen.

Deshalb ist es für uns wichtig, " individuelle " Auseinandersetzungen " nachzubälen " (Problem: wir wohnen nicht alle im Kietz) und in die Gruppe reinzutragen. Dies kann aber nur als Teil und gewissermaßen Voraussetzung unserer weiteren Arbeit gelten. Schwierig ist es dann eben, die Verbindung zu schaffen zur gemeinsamen Arbeit der Gruppe.

Ein paar Gedanken dazu: man kann unterscheiden zwischen kurzfristigen (" politischen ") Aktionen u.B. Hungerstreik, Chile und einer langfristigen Arbeit im Stadtteil z.B. Mieterinitiative, Jugendheime, Zeitung, Laden wobei letzteres Voraussetzung ist für ein Sinnvoll werden der Solidaritätsaktionen). Wir müssen uns als Stadtteilgruppe im Stadtteil verankern und zwar nicht als Avantgarde, die für die Leute organisiert, sondern als Unterstützung bei der Selbstorganisation durch Vermittlung von Informationen und Kontakten (Beispiel: Kinderladen).

Zu den konkreten Sachen:

1) Schultellanalyse: wirhalten es für notwendig, nochmal ein paar Daten über den Kietz zu sammeln, etwa aus " Soziale Belange "; Christa kennt ein paar Charlottenburger Sozialarbeiter, die da ganz nützlich wären.

2) Mieterinitiative: es gibt kaum eine Sache, die bei uns so unaufgearbeitet ist wie unsere Mitarbeit und vor allem unser Austraten aus dem Mieterverein. Da das aber ein wichtiger Bereich unserer Arbeit ist, schlagen wir vor, einen Termin zu machen, an dem das nachgeholt wird, und an dem auch über den heutigen Stand berichtet wird.

Wir dürfen nicht in Konkurrenz zum MV arbeiten, sondern fraktionell innerhalb des MV.

3) Laden: der Laden könnte 'ne ziemlich wichtige Funktion hier einnehmen -- zu einem Zentrum werden für: Jugendliche, Mieter, Gruppen, etc. Um das zu erreichen (parallel zu unserer Arbeit hier), sollten wir ihn erstmal schöner machen, die Informationen im Schaufenster mal aktueller gestalten, vielleicht ein paar Bücher reinstellen und Tee ... u.s.w. Beim Thema Laden müssen wir auch über die Beratungen (Frauen, Medizin) sprechen.

4) Zeitung: was haltet ihr davon, wenn wir wieder 'ne Zeitung machen, die vorige war doch ganz duftig, und sie kann jetzt wichtig sein für uns in Bezug zu den Leuten und erst recht wichtig werden, wenn die Leute (d.h. wir und die " Leute ") sie selber machen.

(Zu dem Thema sollten wir genauso wie zur Mieterinitiative einen " geschichtlichen " Termin machen).

Wie / ihr euch vorstellen könnt, haben wir über die konkreten Sachen stundenlang mit wachsender Begeisterung gequatscht, aber ich habe keine Lust, das allzu ausführlich zu machen; das müssen wir eh gemeinsam entwickeln.

Ich halte jetzt mal die Diskussionspunkte fest, die wir am Freitag angesprochen haben und die da eben noch so explizit drin sind :

-- bei unserer langersehten Strategiediskussionen fehlten vor allem die Leute, die so drauf gedrungen hatten

-- den Bericht der Kreuzberger Medizinergruppe mal lesen !!!

---Berufsperspektive mit Stadtteilarbeit verbinden ? zunächst zusammenarbeiten über ein Mittel (Theater, Motorradreparieren) -- über ein Problem (Jugendarbeitslosigkeit, ...)

-- da fast alle Studenten, müssen wir klären, daß nicht fünf Monate im Jahr nichts läuft

-- Theorie : erstmal genauer über Voraussetzungen und Ziele von Stadtteilarbeit reden oder Theorie dann, wenn sich aus der Praxis aktuell die Notwendigkeit ergibt ?

-- Thilo hat so'n paar Punkte aufgezählt, wo wir was machen können und auch schon irgendwelche Beziehungen haben. Ich halte das mal vorsichtshalber fest :

Mieter und Sanierung

Ausländer

Kinderläden

Jugendarbeit

Frauenberatung

Medizin - Kisten

Schulen

Knast

-- Vorschlag Alex : mal aufschreiben, wie wir bisher und wie man am besten an so 'ne Strategiediskussion rangeht

gaby

• Vorschläge zu Aktionen/Diskussionsvorlage

Wir wollen uns gegen die Sanierungspolitik des Senats wehren.

- Dazu müssen wir mehr werden

• Aber: Wir müssen und können schon heute anfangen, wenn wir nicht nur immer nach denen schielen wollen, die noch nichts machen.

Unsere Aktivitäten müssen deshalb zwei Stoßrichtungen haben:

a) Aktionen gegen Senat, BZA, BeWoGe zusammen mit allen, die sich hier bereits gegen die Sanierung organisiert haben - sprich Mittwochplenum (und zwar vor allen auch bezüglich Walde Q1)

b) Öffentlichkeitsarbeit, Propaganda mit dem Ziel, daß sich mehr Mieter gegen die Sanierung organisieren (z.B. in einem Mieterrat)

Daß das nicht zwei voneinander getrennte Sachen sind ist ja wohl klar.

~~xxxx~~ Aktionsvorschläge zu a)

- Senator für Bau- und Wohnungswesen
Senator für Familie, Jugend und Sport
Bezirksamt
evtl. FDP/Lüder
zu ihren Gutachten und ~~XXXX~~ Versprechungen vor der Wahl befragen und zwar mit Briefen, offenen Briefen, Leserbriefen und vielleicht einem Besuch beim Bezirksamt
- BeWoGe: Erneut die Forderung nach Offenlegung ihrer Planung, Modernisierung der Walde Q1 in unserem Sinne und einem langfristigen Mietvertrag sowie die weitergehenden Forderungen vom ersten Besuch präsentieren. Dazu würde ich vorschlagen, Könnickses Angebot nach Kreuzberg zu kommen anzunehmen (und zwar schnell!). Sollte er unserer Einladung nicht folgen können besuchen wir ihn am besten noch einmal.
- Haus bemalen und beschriften (dabei Wert auf künstlerische Gestaltung legen), könnte vielleicht schon am ersten Mal passieren, dazu bräuchten wir aber ein Gerüst oder so etwas ähnliches; darüber hinaus können wir uns überlegen, ob wir auch was auf den Bus schreiben.
- Wenn wir 'ne Kopie kriegen, können wir den (und auch andere) Filme nochmal zeigen, am besten mal im Freien an einer Häuserwand oder so ähnlich

zu b)

Am allerersten Stelle Hausbesuche. Dazu müssen wir aus unseren Erfahrungen folgende Lehren ziehen: Nur XX kontinuierlicher Kontakt bringt etwas. Deshalb müssen wir uns davor hüten unsere Kräfte wieder zu überschätzen und uns auf weniger Mieter beschränken. (Also wie im Papier: nach Kampfbereitschaft differenzieren, beim Rest nur Infos durchstecken) Dabei geht es darum unsere positiven Forderungen, die wir dem Senatsanierung entgegensetzen, zu verallgemeinern und in einem zweiten Schritt aufzuzeigen, wer und warum deren Durchsetzung im Wege steht. Ziel sollte eine Mieterversammlung (Tribunal???) in einigen Wochen - auf jeden Fall vor den Erörterungsveranstaltungen - sein. Sollte sich ein ~~xxxxxxx~~ Haus als besonders kämpferisch herausstellen, Hausversammlung anregen. Wenn einer Mittwochs kommen will um so besser, aber darauf hinzuarbeiten finde ich zwecklos. Bei den Hausbesuchen zusammen mit den Mietern konkrete Schritte vor allem zur Instandsetzung der Häuser einleiten.

Außerdem folgende Aktionen:

- 1.) Plakataktion an den Modernisierungshäusern nach dem Muster der BeVoGe-Plakate
- 2.) Bürgerliche und linke Presse mit Beiträgen und Leserbriefen eindecken.
- 3.) Überlegen wie man an die Leute, die ins BeVoGe-Beratungsbüro kommen, herankommt.
- 4.) Zeitung (evtl. mit Doku unseres Behördenkaxrussells) und anfangs mehrere Flugblätter, damit wir und unsere Forderungen überhaupt mal bekannt werden.
- 5.) Kontakt zu den Besitzern der kleinen Läden aufnehmen, zusammen um rauszukriegen, ob und was die mitmachen und zum anderen um z.B. Plakate dort aufhängen zu können.
- 6.) Überlegen, was verstärkte Zusammenarbeit mit dem türkischen Arbeiterverein genau heißt.
- 7.) Mal überlegen, ob uns nicht was Neues einfällt, wie man die Leute auf der Strasse ansprechen kann. (ein Infostand mit Pfiff also)
- 1 bis 7 können ab sofort in Angriff genommen werden. Aber nur so viel wie wir auch wirklich durchhalten. Halbe Sachen sind schlimmer als gar nichts machen. (vor allem bei Hausbesuchen)
- 8.) Gremien besuchen (und gegebenenfalls zum Teufel jagen) ist gut, aber nur bei Sitzungen, wo es für jeden klar erkennlich um P 9 geht, von wegen der Vermittelbarkeit.
- 9.) Sanktionen gegen verantwortliche B Politiker erst dann (insbesondere

Steckbriefe), wenn unsere Forderungen schon ein bißchen bekannter sind und im zweiten Schritt öffentlich bekannt gemacht werden muß, wer da im Wege steht.

10.) Dann auch offene Briefe

11.) Fest/Aktion im Abrißloch vielleicht kurz vor der Mietsversammlung.

12.) Demo erst danach (wenn überhaupt)

Bevölkerungsbeteiligung bei der Sanierung am Beispiel Kreuzberg-Süd

Vorbemerkung:

Dieser Bericht soll keine theoretische Abhandlung über Möglichkeiten und Formen einer Beteiligung der Bevölkerung bei der Sanierung sein, sondern hier soll lediglich etwas ausführlicher über eine einigermaßen abgeschlossene Beteiligung berichtet werden, wie sie in der Zeit von Ende August (Beginn der Beteiligung) bis zum 27.2.75 (Verabschiedung des Bauungsplans) im Sanierungsgebiet Kreuzberg-Süd stattfand.

I. Darstellung des Sanierungsgebiets und Beginn der Beteiligung

1. Warum Sanierungsgebiet?

Auf Grund der Regierungserklärung vom 18.3.63 wurde ein Teil des Kreuzberger Südostens zum Sanierungsgebiet erklärt, die Erneuerung sollte innerhalb der nächsten 10-15 Jahre stattfinden. Zu den "Gründen der Auswahl" heißt es im 1. Stadterneuerungsbericht: "...in erster Linie wurden die Gebiete erfaßt, bei denen mehrere Kriterien der Erneuerungsbedürftigkeit vorhanden sind, die Dringlichkeit von Maßnahmen wegen der Fülle von Mißständen also besonders groß ist, ...weiterhin waren übergeordnete städtebauliche Gesichtspunkte für die Gebietsauswahl ausschlaggebend: ...Im abgegrenzten Sanierungsgebiet des Bezirks Kreuzberg ist eine wesentliche städtebauliche Umstrukturierung notwendig, weil hier in vielen Fällen Wohnen und Gewerbe besonders stark einander störend oder behindernd vermischt sind. Bei der Neuordnung werden in der Zukunft notwendigen Schnellverkehrsstrassen (Südtangente und Osttangente) und sonstige Verkehrsplanungen besonders beachtet."

Eine Kritik der Begründung für die Erklärung zum Sanierungsgebiet sprengt den Rahmen dieses Berichts und soll hier auch nicht versucht werden. Auch der folgende Punkt soll nur dazu dienen, aufzuzeigen, in welchem Zustand (sowohl Bevölkerung als auch Gebäudesubstanz) sich das Gebiet zu Beginn der Erörterungsveranstaltungen befand.

2. Das SKS

Das SKS (Sanierungsgebiet Kreuzberg-Süd) ist der südliche Teil des im Bezirk Kreuzberg gelegenen Sanierungsgebiets. Das Gebiet umfaßt ca. 2,78ha. Es wird im Norden durch die U-Bahn, im Süden durch den Landwehrkanal, im Westen durch den Böcklerpark und im Osten durch die Mariannenstraße begrenzt. Die Verkehrsanbindung an die Innenstadt ist ausgezeichnet (U-Bahn), zwei U-Bahnlinien kreuzen sich im Gebiet.

Bevölkerungsentwicklung

im SKS	1950	1955	1961	1968	1971	1961-70 Berlin	- 3.4%
	8943	8789	8003	6524	6064	Kreuzberg	-17.4%
	100%	98.26%	89.47%	72.47%	67.80%	SKS	-24.2%

Ausländer

Dez. 1970	Berlin	3.50%
	Kreuzberg	8.20%
	SKS	21.19%



*Der Senat von Berlin, "Stadterneuerung in Berlin: erster Bericht an das Abgeordnetenhaus von Berlin", Drucksachen des Abgeordnetenhauses von Berlin Nr. 556 vom 12.6.1964

Berufe der Bevölkerung

ohne Angabe + Industrie u. Handwerk Handel u. Verkehr			
Deutsche	37.53%	34.32%	10.32%
		=55% der Berufstätigen	
Ausländer	22.13%	71.46%	1.45%
		=91.76% der Berufstätigen	

+ Darin enthalten Rentner und Hausfrauen

Haushaltsgrößen

1 Pers. Haush.	Mehrpers. Haush.	Pers. / Wohneinheit
ca. 25%	ca. 75%	2.7

Wohngebäude nach Alter

vor 1900	1901-1948	nach 1948
89.3%	4.1%	12.8%
12.8% der Wohnungen sind soz. Wohnb.		

Wohnungsgröße

1+2Raumwohn.	3Raumwohn.	4Raumwohn.	5Raumwohn. (immer incl. Kü)
47.0%	39.0%	11.0%	3.0%

Ausstattung

mit Bad und WC	nur WC	ohne WC
11.5%	13.4%	26.2%
mit . . . ohne Sammelheizung		
11.5%	13.4%	48.9%

Miete (Stichtag 21.10.68)

Durchschnittsmiete DM/qm	davon in Gebäuden errichtet bis 1948	1949 und später
1.61	1.55	2.14

Das Mietniveau liegt in Vergleich mit anderen Gebieten in Berlin an niedrigsten.

Alle Zahlenangaben für Berlin Kreuzberg SKS Statistisches Jahrbuch 1968 Soziographische Arbeitsblätter, FB 2, TUB

Das Gebiet ist Wohngebiet, stark vermischt mit kleinerem Gewerbe und Gewerbehöfen oder kleineren Fabriken. Öffentliche Einrichtungen fehlen bis auf eine Grundschule und zwei Kindertagesstätten, die jedoch den Bedarf nicht decken. Grünflächen fehlen bis auf den Grünzug entlang dem ehemaligen Luisenstädtischen Kanal (Segitz-, Erkelenzdamm). (In unmittelbare Nachbarschaft liegt der Böcklerpark).

Seit dem Zeitpunkt der Erhebungen hat sich der Zustand im Gebiet erheblich verschlechtert. (Abwanderung der aktiven deutschen Bevölkerung, Verdoppelung des Ausländeranteils, weitere Verslumung der Gebäudesubstanz).

Ausstattung und Größe der Wohnungen sind in nahezu der Hälfte der Fälle völlig unzureichend. Bei einem Vergleich der Wohnungsgröße mit der Haushaltsstruktur fällt auf, daß ein großer Teil der Mehrpersonenhaushalte in Kochstube oder Stube und Küche leben muß, in Wohnungen, die meist in den von vorne herein schlechter gebauten und ausgestatteten Seitenflügeln und Quergebäuden liegen. Hier leben meist ausländische, kinderreiche Familien, meist Türken.

Durch konsequenten Aufkauf der meisten Wohngebäude durch die Sanierungsträger, hier die städtische GSW, und die Verwaltung durch private Hausverwaltungen wurde der Zustand des Gebiets immer schlechter. Dies sind in Grunde nur die Konse-

quenzen der folgenden "Anweisung" (zitiert aus dem 1. Stadterneuerungsbericht) "...Auf Grund dieser Beschränkung auf 56 000 Wohnungen und der rechtzeitigen Bekanntgabe der Sanierungsgebiete (im Spätherbst 1962 an den Haus- und Grundbesitzerverband, Ende 1962 an die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer, d. Verf.) ist den Eigentümern und zuständigen Behörden die Entscheidung möglich, welche baulichen Maßnahmen (insbesondere Instandsetzungen und Modernisierungen) noch vorgenommen werden können, bzw. zur Verhütung volkswirtschaftlicher Verluste unterbleiben sollten."

In 1. Halbjahr, 11 Jahre nach der Erklärung zum Sanierungsgebiet, eigentlich sollte der größte Teil schon neu bebaut sein, der Anfang der Planung durch die Architekten liegt fünf Jahre zurück, wurde der Häuserzug an der Skalitzerstraße abgerissen, nachdem die Häuser dort fast ein Jahr lang leer gestanden hatten. Bezeichnend für die Sanierungspolitik war, daß mit diesen Häusern, nach Angaben der GSW die besten im Sanierungsgebiet zuerst abgerissen wurden. Abgerissen bzw. entmietet wurden Teile der Reichenberger bzw. der Kohlfurter und der Kottbuserstraße. Die kleinen Läden entlang der Admiral und Kottbuserstraße wurden geschlossen, in der letzten Phase oft von Türken übernommen.

Trotz Städtebauförderungsgesetz verstand man lange Mitwirkung wie folgt (zitiert aus dem 1. Stadterneuerungsbericht): "...Die Wohnungsmieter in bisherigen Sanierungsvorhaben haben größtenteils sehr bereitwillig bei der Durchführung der Sanierungsmaßnahmen dadurch mitgewirkt, daß sie sich bereit fanden, unter Aufhebung ihrer Mietverträge und unter Verzicht auf ihren Mieterschutz sich mit Hilfe der Sanierungsträger und Wohnungsämter umsetzen zu lassen. Sie waren in der Regel bereit, für die besseren Wohnungen eine nicht unerheblich höhere Mietlast auf sich zu nehmen."

3. Erörterungsveranstaltungen - Beginn der Beteiligung

In Sommer 1974 wurde eine Broschüre an alle Bewohner verschickt, die auf deutsch und türkisch über die Erneuerungsmaßnahmen und die geplante Umgestaltung des Gebiets informierte. Diese Broschüre war die einzige Information, die die Bevölkerung erhielt, obwohl der städtebauliche Entwurf seit ca. 4 Jahren vorlag.

Kurz darauf wurden die Bewohner straßenzugweise zu den Erörterungsveranstaltungen ins ehemalige Krankenhaus Bethanien eingeladen. Information und Beteiligung (?) begannen, nachdem große Teile des Gebiets bereits freigelegt oder sogar schon abgerissen worden waren. Auch hier hielt man sich noch an die "Anweisungen" des 1. Stadterneuerungsberichts: "...Die Mieter die in Rahmen der Erneuerungsmaßnahmen umgesetzt werden müssen, werden hiervon durch die Eigentümer bzw. den Sanierungsträger rechtzeitig unterrichtet, wobei zugleich dafür gesorgt ist, daß sie ihre Wünsche auf eine neue Unterbringung vorbringen können, damit diese möglichst weitgehend berücksichtigt werden können. Es ist sichergestellt, daß diese Unterbringung frühestens zwei Jahre vor den vorgesehenen Abriss erfolgt, damit eine unnötige Beunruhigung der Betroffenen vernieden wird."

Die Beteiligung bei den Erörterungsveranstaltungen betrug nach Schätzungen des Bezirksamts ca. 22% der Wohnbevölkerung die türkische Bevölkerung war kaum vertreten. Der Grund für diese geringe Beteiligung liegt einmal am Ort der Veranstaltung selbst (das Bethanien liegt ca. 5-10 Gehminuten außerhalb des Sanierungsgebiets), zum anderen bekamen nicht alle Bewohner Einladungen, der wichtigste Grund dürfte jedoch der sein, daß die Betroffenen nicht auf "Beteiligung" vorbereitet waren, sondern die ganze Mitwirkung bisher in der frei-

willigen Wohnungssuche und im Auszug bestand. In der Broschüre fehlen denn auch bezeichnenderweise Hinweise auf Möglichkeiten der Modernisierung, der Hinweis auf die geplanten Erörterungsveranstaltungen, sowie den Sinn und Zweck solcher Veranstaltungen, ein Hinweis auf die geplante Wahl von Mietervertretern und deren Funktion (Rechte und Pflichten).

4. Vorschläge und Forderungen der Betroffenen bei den Erörterungsveranstaltungen

Die 11 Erörterungsveranstaltungen wurden vom 28.8.-16.9.74 in Bethanienkomplex abgehalten. Die Probleme der anwesenden Bevölkerung betrafen hauptsächlich Angelegenheiten der zukünftigen, persönlichen Wohnsituation wie Miethöhe, Wohngeld, Wohnberechtigungsschein, Umzugskosten und Wohnungsgrößen. Gebietspezifische Probleme wurden nur punktuell behandelt. Allgemeine Fragen nach der Modernisierung in SKS wurden von der Verwaltung abschlägig beantwortet. Modernisierung von Altbauten wird zwar als gleichberechtigte Möglichkeit betrachtet, dennoch wird die Modernisierung für das SKS abgelehnt.

- 1) Aus städteplanerischen Gründen: Standort der Schule und Grünflächenplanung erfordern eine Veränderung der Blockstrukturen und somit Abriss.
- 2) Wo die Blockstruktur erhalten bleibt und eine Modernisierung grundsätzlich möglich wäre, wird mit der schlechten Bausubstanz, der zu erwartenden hohen Miete, sowie mit dem Verlust von geplanten Wohnungen argumentiert.

Weiterhin wurde gefordert:

- Mietbillige Flächen für produzierendes Gewerbe
- Erhalt von einzelnen, größeren zusammenhängenden Gewerbeflächen
- Wegen der "täglichen Reiberei" mit den Türken soll irgendwo in Berlin ein Türkenghetto gebaut werden (diese Forderung wurde von der anwesenden Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt)
- Es wurde der Erhalt und die Modernisierung von 46 Häusern gefordert (ca. 33% der Vordergebäude), von denen jedoch nur 21 die mehrheitliche Zustimmung der Anwesenden fanden. Die Erhaltung von 9 Häusern hätte eine Änderung des Bebauungsplanentwurfs erfordert.

II. Form der Beteiligung

1. Wahl der Mietervertreter (MV) und der Eigentümervertreter (EV)

In einer Erörterungsveranstaltung am 28.8.74 wurden aus der Mitte der eingeladenen Hausbesitzer (von 40 erschienen 17) 2 als Bevollmächtigte gewählt. Darüberhinaus bestanden weiterhin private Kontakte der Eigentümer mit der Verwaltung.

Bei den 11 Erörterungsveranstaltungen wurden je Sitzung höchstens 2 MV gewählt. Die 18 gewählten EV entsprechen nicht der Zusammensetzung der Sanierungsbetroffenen (5 Studenten, 5 Angestellte, 2 Selbstständige, 3 türkische Arbeiter, 3 unbekannt). Gewählt wurden die MV durch einfache Mehrheiten; es ist kein Fall bekannt, wo sich mehr Bewerber zur Wahl stellten als Mandate vorhanden waren.

Das ansässige Gewerbe wurde durch einen Vertreter der IHK und der Handwerkskammer repräsentiert.

Ursprünglich vorgesehene Funktion der MV und Ausweitung dieser Funktion durch die EV.

Zunächst herrschte sowohl beim Planungsausschuss als auch bei sämtlichen MV und EV Verwirrung über die Funktion die sie als Bevollmächtigte ausüben sollten, sowohl über die Art und Weise als auch über die Dauer der Beteiligung. Hierzu heißt es im Protokoll: "... wurden Bevollmächtigte ausgewählt, die

die Interessen der Betroffenen vor dem Ausschuss für Bebauungsfragen vertreten sollten, ...zusammen mit den 12 Mitgliedern des Ausschusses soll dieser Personenkreis die Entscheidungen der BVV vorbereiten. Stimmberechtigt sind aber nur die Ausschussmitglieder. (S. 3 des Protokolls)"

Der Ausschuss hatte sich vor Beginn der Anhörung der MV und LV darauf geeinigt, die Wünsche und Anregungen der Sanierung betroffenen anzuhören und durch die Verwaltung befürworten zu lassen. Dies hätte bedeutet, daß die MV lediglich die gesammelten Protokolle der 11 Erörterungsveranstaltungen zur Kenntnis nehmen und die darin enthaltenen Anregungen und Forderungen vor dem Ausschuss wiederholen. Es wäre kaum Raum für weitergehende Forderungen geblieben.

Die 1. Sitzung des Pl.A. mit der MV und LV sollte in der Baracke des Sanierungsträgers im Sanierungsgebiet selbst stattfinden. Da einige MV durch Flugblätter die Bevölkerung aufgefordert hatten, ihre Interessen dem Pl.A. direkt vorzutragen, erschienen ca. 200 Personen. Aus Raumangel platzte diese Sitzung und wurde vertagt. 3 Wochen später wurde diese Sitzung in der Aula der Schule Kohlfurter Straße abgehalten. Es erschienen ca. 250 Personen. Nachdem ein Vertreter des Stadtplanungsamtes den Bebauungsentwurf erklärt hatte, sollten die MV und LV einzeln die Gelegenheit erhalten, die Interessen der Bewohner der von ihnen vertretenen Gebiete vorzubringen. Die MV hatten sich jedoch zuvor auf gemeinsame Forderungen geeinigt. Dies waren:

- a) Rederecht für alle Mieter
- b) Konkrete Informationen über Modernisierung, Informationsveranstaltungen
- c) Fragebogenaktion über die Wünsche der Mieter
- d) Einstellung von Abriß und Untmietung, solange der Bebauungsplan nicht beschlossen ist.
- e) Aktive Mitwirkung der Betroffenen; es sollen keine Beschlüsse über den Bebauungsplan getroffen werden, solange die Betroffenen nicht umfassend über die Sanierung und Modernisierungsmöglichkeiten informiert worden sind
- f) Neue Gutachten über Modernisierungskosten

Die Forderung nach Rederecht für alle Mieter wurde zu Beginn der Sitzung dahingehend geklärt, daß nach der Anhörung der MV und LV die übrigen anwesenden Betroffenen reden könnten. Die Sitzung fand in einer hitzigen, emotional geladenen Atmosphäre statt, die teils durch eine misstrauische Haltung gegenüber dem Ausschuss, teils durch Verständnisschwierigkeiten mit der türkischen Bevölkerung geprägt war. Zusätzlich wurde die Veranstaltung von der KPD für persönliche Diffamierung des Ausschusses und des Bezirksstadtrats mißbraucht (Wahlkampf). Die misstrauische Haltung der MV gegenüber dem Ausschuss ergab sich aus dem Verhalten des gesamten Ausschusses selbst: Auf Fragen und Forderungen der MV wurde keine Antwort gegeben, Stadtplanungsamt und Bauverwaltung äußerten sich überhaupt nicht. Die Anhörung der MV konnte aus zeitlichen Gründen nicht abgeschlossen werden. Zum Abschluß der öffentlichen Sitzung wurde von einem Mitglied des Ausschusses zugesichert, die nächste Ausschusssitzung wieder öffentlich abzuhalten. Dies geschah jedoch nicht. Mit Brief vom 1. 11. 74 wurden die MV zu einer nichtöffentlichen Sitzung ins Rathaus Kreuzberg (ca. 3 km vom Sanierungsgebiet entfernt) eingeladen. Der Ausschuss war der Meinung, daß die Öffentlichkeit in den Erörterungsveranstaltungen bereits "in ausreichendem Maße hergestellt worden sei". Gleichzeitig wurde die Aufgabe der MV vorgegeben: "Die gewählten Vertreter der Betroffenen haben die Aufgabe übernommen, die in den ihnen zugegangenen Protokollen aufgeführten Anregungen der Sanierungsbetroffenen mitzuberaten." Damit sollten 3 Aspekte der Partei

ligung umrissen werden

- a) Es wird den MV gestattet aktiv an den Beratungen der Bauungspläne teilzunehmen, jedoch
- b) sich auf die bereits vorgebrachten Anregungen zu beschränken und
- c) Die Beteiligung findet aus Gründen der sachlichen Diskussion unter Ausschluß der Öffentlichkeit nur mit den MV und LV statt.

Zudem wurde ein Bericht über die Modernisierungsfähigkeit vorgesehener Häuser in die Tagesordnung mit aufgenommen. Die Sitzung am 8.11. fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit und unter Polizeischutz statt. Die MV und LV mußten sich einer Ausweiskontrolle unter Vorlage der Einladung zur Ausschußsitzung unterziehen. Eine 3er Delegation der MV versuchte mit dem Ausschuß über die Zulassung der vollen Öffentlichkeit zu verhandeln. Der Kompromißvorschlag des Ausschusses, eine begrenzte Öffentlichkeit zuzulassen, d.h. alle Betroffenen des SKS und SKM, sowie legitimierte Interessenvertreter, wurde von den MV abgelehnt, worauf sie die Sitzung verließen. Nach dieser Sitzung waren sich die MV uneinig über ihr weiteres Vorgehen. Man einigte sich jedoch darauf, um eine Spaltung zu vermeiden, bei der nächsten Ausschußsitzung anwesend zu sein. Im Hinblick auf das Nachgeben der MV in diesen Punkten stellten einige MV ihre Arbeit ein, mit der Begründung, sie würden doch nur als Feigenblatt für demokratische Beteiligung benutzt.

Mit dem Eingehen der MV auf den vorgeschlagenen Kompromiß mußte sich die Verhandlungsposition der MV ändern. Zuvor war versucht worden mit Hilfe der breiten Öffentlichkeit im Sanierungsgebiet Ausschuß und Verwaltung mit den Interessen und dem Druck der Betroffenen direkt zu konfrontieren. Einer Beteiligung der Betroffenen in dieser Form warder Ausschuß jedoch dadurch ausgewichen, daß er den Verhandlungsort aus dem Sanierungsgebiet herausverlegt hatte und zudem nur eine begrenzten Teilnehmerkreis zuließ. Es ist ein Merkmal dieser Form der Beteiligung überhaupt, daß außer 2 Sitzungen (eine davon platzte) sämtliche gemeinsamen Sitzungen außerhalb des Sanierungsgebiets stattfanden. Wie sich im Verlaufe der Sitzungen herausstellte, war es gerade die örtliche Entfernung die viele ältere Mitbürger davon abhielt, die entsprechenden Erörterungsveranstaltungen zu besuchen oder sich aktiv zu beteiligen. Auf der anderen Seite konnten die MV und LV die Möglichkeiten ausnutzen von einer starren, passiven Position zu einer aktiven Teilnahme an den Beratungen zu gelangen. Dies erwies sich fruchtbar in der weiteren Auseinandersetzung mit dem Ausschuß und der Verwaltung, da dieses von den MV und LV wahrgenommen und ausgeweitet wurde.

3. Informationsveranstaltungen über Modernisierung

Da die Vorstellungen von Verwaltung und MV über Modernisierung nicht auf einen Nenner zu bringen waren - der Baustadtrat plädierte für den Abriss der "alten Schräcken", die MV vertraten die Auffassung, Modernisierung sei billiger, - unterstützte der PL.A. wohl aus eigenem Informationsmangel die Forderung der MV nach Informationsveranstaltungen sowohl für die Betroffenen als auch für den Ausschuß selbst. Die Veranstaltung beschäftigte sich am ersten Abend (6.1.75) mit den allgemeineren Problemen und Möglichkeiten der Modernisierung in Sanierungsgebieten, am zweiten Abend mit Finanzierung und Wirtschaftlichkeit der Modernisierung. Die Veranstaltungen erfüllten aus folgenden Gründen ihren Zweck nicht:

- a) Prof. Hämer als Referent konnte auf die spezielle Situation im Sanierungsgebiet nicht eingehen

- b) Die MV fühlten sich in ihrer Argumentation bestätigt
 c) Der Baustadtrat hielt die Modernisierung bei den hohen Prozentzahlen und den üblichen Finanzierungsfällen weiter hin nicht für vertretbar
 Einziges positives Ergebnis dieser Veranstaltungen war, daß ein Teil des Ausschusses die Aussagen der Verwaltung etwas kritischer betrachtete und daß ein vorläufiger Entmietungs stop angeordnet wurde.

III. Das Verhalten der Verwaltung und der politischen Grenze
 Vorausschickend muß hier gesagt werden, daß eine Beurteilung des Verhaltens der Verwaltung für uns äußerst schwierig ist. Dies hängt hauptsächlich damit zusammen, daß interne Verwaltungsvorgänge für Außenstehende weder zu durchschauen noch nachzuvollziehen sind. Deshalb sind wir gezwungen, das Verhalten der Verwaltung während des gesamten Prozesses an den Äußerungen ihrer Vertreter zu messen. Ebenfalls muß hier vorab das Zusammenspiel zwischen Verwaltung und politischen Grenzen dargestellt werden.

Stadtrat (SPD) · SPD (28) · CDU (15) · F.D.P. (2)

Planungsausschuß

AK II (SPD)

Die zentrale Meinungsbildungsstelle und Entscheidungsstelle war während des ganzen Beteiligungsverfahrens der AK Bau-Wohnen-Sanierung der SPD. Diese entscheidende Rolle konnte er nur spielen, da die SPD in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) über die absolute Mehrheit verfügte. Da wie in allen Parlamenten die eigentlichen Entscheidungen in den Ausschüssen, hier in Planungsausschuß, der in selben Verhältnis wie die BVV zusammengesetzt ist, und nicht in Parlament gefällt werden, war dieser Arbeitskreis der mehrheitsbildenden Partei die wichtigste Entscheidungsstation. Hinzu kam, daß der zuständige Stadtrat, der als Spitze der Verwaltung über die meisten Informationen und die größte Arbeitskapazität verfügte, als Mitglied dieser Partei zumindest in beratender Funktion Mitglied dieses Arbeitskreises war. Zum weiteren Verständnis muß hier die Interessenlage der Verwaltung verkürzt dargestellt werden. Der Baustadtrat vertrat das Konzept der Verwaltung, das in großen Zügen mit dem des Sanierungsträgers identisch war. (Kurzformel: Abriß möglichst vieler Häuser, Erhalt einiger Neubauten nach 1948 und Modernisierung von Altbauten nur in Sonderfällen.) Oberflächlich betrachtet mag es so aussehen, als ob sich die parlamentarischen Mitglieder des AK's auf Grund dieser Zusammensetzung in einer hervorragenden Lage befanden, die es ihnen leicht machte sachgerechte Entscheidungen zu fällen. Aber nicht nur für die BVV'er war dies Konstellation überaus günstig, sondern in noch viel größeren Maße für die Verwaltung. Dieses vielleicht überraschende, doch nicht allzu seltene Ergebnis, hat seine Ursachen in den mangelnden Kenntnissen der spezifischen Materie bei den BVV'ern und dem hieraus resultierenden Vertrauen, das man dem Genossen Stadtrat entgegenbrachte. Dies bedeutet, daß die BVV'er anfangs aus diesen Gründen das Konzept der Verwaltung übernahmen. Diese Erklärungen waren deswegen notwendig, da die Verwaltung in diesem Grenium ihre Interessen offen vertrat. In der Öffentlichkeit versuchte sie sich mehr als neutrale Instanz darzustellen, die von Willen der Bevölkerung oder der politischen Parteien abhängig ist. Die Beschäftigung mit dem Planungsinhalten begann im AK der SPD schon ungefähr ein Jahr vor Beginn der öffentlichen Beteiligung. Schon hier wurde die Verwaltungs-

konzeption in einem Punkt (Erhalt von 3 Altbauten statt Bau eines Parkhauses) abgeändert, weil sie dem politischen Verständnis der AKMitglieder widersprach. Die grundsätzliche Konzeption der Verwaltung wurde jedoch weiterhin von den AKMitgliedern nicht in Frage gestellt. Erst als sich die Atmosphäre zwischen Ausschuss und MV entspannt hatte, wurde die Haltung der AKMitglieder dem Konzept der Verwaltung gegenüber kritischer.

IV. Einschätzung

1. Ergebnis der Beteiligung

Durch die laufende Diskussion der MV mit dem Ausschuss konnten neben einer "Bewaltseinsänderung" bei einigen BVV'ern (wichtig für weitere Sanierungsvorhaben) einige Änderungen im Bebauungsplan erreicht werden:

- a) Statt wie geplant 4 Gebäude sind nun von Ausschuss 27 Häuser für die Modernisierung vorgesehen. Dieser Beschluss wird jedoch dadurch relativiert, daß einmal die Modernisierungsabsicht im Bebauungsplan nicht verbindlich gemacht werden kann(?) und daß andererseits bei diesen Gebäuden nochmals Substanzuntersuchungen durchgeführt werden (z.T. wurden nur Zahlen von 1964 hochgerechnet, denen auch ein anderes Bewertungsverfahren zugrunde lag). Erst auf Grund der neuen Zahlen und Modernisierungskosten soll endgültig über die Modernisierung entschieden werden. Ob allerdings der Sanierungsträger diesen Beschluss ernst nimmt und inwieweit er dadurch zur Modernisierung verpflichtet werden kann, wurde nie geklärt und ist nach den Erfahrungen in SKI äußers. negativ zu beurteilen.
- b) Für die Häuser des Freimachungsprogramms 1975, die nochmal begutachtet werden sollen, wurde ein Entmietungsstopp ausgesprochen. Mieter, die ausziehen wollen werden umgesetzt, freie oder freiwerdende Wohnungen werden jedoch nicht mehr bestetzt. Dadurch wird dem Ziel des Entmietungsstopps, Sicherung der Gebäude vor Diebstahl und Zerstörung u.ä. (siehe auch 11. Stadterneuerungsbericht) nicht entsprochen.
- c) Die Forderung die Bebauung an Fränkelufer zu erhalten und zu modernisieren wurde von allen politischen Parteien und Verwaltungsinstanzen abgelehnt, obwohl gerade hier das Hauptgewicht der Arbeit der MV gelegen hatte. (Fragebogenaktion zur Ermittlung der Wünsche der Mieter, Mobilisierung der Mieter). Trotzdem die MV das Hauptargument, wesentlich mehr Wohnungen durch Neubau schaffen zu können, durch nicht widersprochene Berechnungen widerlegt hatten, wird das Fränkelufer zur Verwirklichung der geplanten städtebaulichen Konzeption abgerissen werden. Als Minimalkonsens wurde mit der GSW vereinbart (wie verbindlich?), daß die Mieter bzw. die Hausgemeinschaften bei den modernisierten Wohnungen an Segitzdamm bzw. bei der Böcklerparkrandbebauung Optionrecht erhalten.

2. Eigene Einschätzung

An Schluß der letzten Sitzung des Pl.A. herrschte bei den Vertretern der politischen Parteien und der Verwaltung ungetrübte Freude. Man hatte mit dieser Form der Beteiligung Neuland betreten und glaubte nun, dieses Experiment einer Planungsbeteiligung gut überstanden zu haben. Trotzdem müssen hier zur Form der Beteiligung und zum Ergebnis noch einige kritische Anmerkungen gemacht werden.

- a) Nicht alle strittigen Punkte des Bebauungsplans konnten geklärt werden. Sanierungsträger und ausführende Architekten verhielten sich während des gesamten Verfahrens ausgeserst passiv. Auch blieb die Frage offen, wie verbindlich dieser Bebauungsplan nun für sie ist. Darüberhinaus konnte

Es folgt nun eine Stellungnahme der Mietervertreter zur Betroffenenbeteiligung:

Mehr Demokratie wagen!

Was sollten die Mietervertreter(MV) sein?

Um den Städtebauförderungsgesetz Rechnung zu tragen, informierte die Verwaltung die von der Sanierung Betroffenen auf 11 Erörterungsveranstaltungen. Nach Meinung einiger Senatsestellen, über den Rahmen des Gesetzes hinausgehend, kam es zur "Wahl" der MV. Die 18, meist durch Vorschlag des Stadtrat "gewählten" MV sollten in einer Sitzung mit dem Planungsausschuß der BVV die in Protokollen der Informationsveranstaltungen gesammelten Anregungen und Wünsche der Betroffenen darstellen.

Sieht man die Beteiligung der Betroffenen unter diesen Blickwinkel, den Blickwinkel der Verwaltung, so wird klar, daß die Verantwortlichen in der Verwaltung der Meinung sein konnten, die Information ihrerseits (Informationsveranstaltungen, Broschüre) wären hinreichend gewesen. Genau wie der von ihnen zeitlich gesteckte Rahmen ausreichen würde.

Was sind die MV gewesen?

Die 18 MV, diese total inhomogene Gruppe, fand sich von Anfang an mit der ihnen zugedachten Rolle nicht ab. Man wollte mehr Vor- und zuerst Informationen. Informationen, die an die Betroffenen weitergegeben werden sollte. Denn für die MV war sofort klar, ihre Aufgabe konnte nur, oder hauptsächlich darin bestehen, den Bebauungsplanentwurf zu ändern. Denn, so meinten sie, dieser Entwurf ist nicht das, was den Interessen der Betroffenen entspricht. Leider gelang es uns nicht, die Betroffenen einzubeziehen in den Informationsfluß, der, das muß man sagen, von Seiten der Verwaltung teilweise sehr gut war. So vertraten wir in etwa 10 Planungsausschußsitzungen, das, was wir für das Interesse der Bevölkerung hielten, bzw. was wir aus persönlichen Gesprächen und einer Fragebogenaktion in Erfahrung gebracht hatten.

Was können MV sein?

Aus unseren Erfahrungen resultierend stellt sich die Beteiligung der von der Sanierung Betroffenen heute so dar: MV sollen das Bindeglied zwischen Verwaltung und den Betroffenen sein. Sie sollen eine effektive Vermittlung von Interessen der Beteiligten ermöglichen. Das setzt voraus, die MV müssen gewählt werden, d.h. die betroffene Bevölkerung muß rechtzeitig und umfassend über die anstehenden Sanierungsmaßnahmen und die Wahl und die Funktion der MV unterrichtet werden. Es dürfen keine fertigen Konzepte angeboten werden, sondern abänderungsfähige Alternativen. Auch, und das scheint uns das Wichtigste, muß die Verwaltung ermöglichen, daß der Kontakt von MV zu den Betroffenen aufrecht erhalten bleibt. Die MV benötigen die finanzielle, personelle und vor allem räumliche Unterstützung seitens der Verwaltung. Es muß ein Konzept gefunden werden, das die Beteiligung und Einflüsse der betroffenen Bevölkerung während der gesamten Planungsprozesse ermöglicht. Da dieser Einbezug der Betroffenen in die Planung und die vorbereitenden Maßnahmen den gesamten Aufwand der Verwaltung nicht verringert, ist uns völlig klar, es wird Probleme geben, weil die Interessen der Betroffenen zwangsläufig oft andere sind als die der Verwaltung. Aber

nie geklärt werden, wie sich der Senat von Berlin, der als nächste Instanz sein Plazet zu diesem Bebauungsplan geben muß, zu den Ergebnis dieses Verfahrens stellen wird.

b) Von einer echten Betroffenenbeteiligung kann nicht gesprochen werden. Dies hat mehrere Gründe

-Die Erörterungsveranstaltungen als erste Phase der Beteiligung fanden erst dann statt, als ein von Architekten und Verwaltung erarbeitetes Konzept fertig vorlag. Dies bedeutet, daß eine eventuelle Änderung des Konzepts nicht erwünscht war, man dem Städtebauförderungsgesetz nur Genüge tun wollte und sich darüberhinaus einen demokratischen Anschein geben wollte. Erstrebte war eigentlich nur das bloße Absegnen des Konzepts durch die Bevölkerung. Dies zeigt auch das Ergebnis. Es gelang den MV zwar, einige ihrer Forderungen durchzusetzen, allerdings nur dann, wenn auch andere Gruppen oder Personen diese Forderungen unterstützten (z.B. AK der SPD, Landeskonservator). Als aber die MV das vorgegebene Konzept grundsätzlich in Frage stellten (Fränkelfufer), ja sogar die Argumentation der Verwaltung ins Wanken brachten, blieb man in P.L.A. hart und setzte sein - das Konzept der Verwaltung - durch.

-Auser der besagten Broschüre gab die Verwaltung den MV keine Information vor. Die MV waren gezwungen sich diese selbst zu besorgen. Allerdings muß hier gesagt werden, daß bei einigen Mitgliedern der Verwaltung die Informationsbereitschaft relativ hoch war. Dies kostete natürlich einen enormen Zeitaufwand, den nur Mitglieder privilegierterer Bevölkerungsschichten, bei denen schon ein bestimmtes Bewußtseinspotential vorhanden ist, leisten konnten. (z.B. Studenten und Selbstständige) Dieser Zeitaufwand ist bestimmt mit der Hauptgrund für das Ausscheiden einiger Mietervertreter, die nicht zu diesen Schichten gehörten. Hinzu kommt daß die Fluktuation im Sanierungsgebiet wegen der fortgeschrittenen Sanierung relativ hoch war, und dadurch bei vielen die persönliche zukünftige Wohnsituation (Umsetzung) im Vordergrund stand. Einige der MV zogen weg und beteiligten sich nicht mehr.

c) Unseres Brachtens konnte der Sprung von einer losen Gruppe gewählter MV zu einer organisierten Mieterinitiative nicht geschaffen werden, da der nötige Rückhalt in der Bevölkerung fehlte und auch durch Mobilisierungsversuche auf Dauer nicht erreicht werden konnte.

d) Die MV beschränkten sich in ihrer Arbeit auf die Sache selbst, d.h. sie bemühten sich zwar, Änderungen im Bebauungsplan herbeizuführen, waren aber nicht in der Lage, im Laufe der Diskussionen die Bevölkerung zu politisieren. Daß dies nicht gelang, lag zum einen daran, daß die aktiven MV kein einheitliches politisches Verständnis hatten und daß auch relativ klar war, daß über solche Diskussionen die Gruppe auseinanderbrechen würde (siehe auch das Ausscheiden der KPD nach einigen Sitzungen). Zum anderen hätte sich eine Politisierung bei der bestehenden Bevölkerungsstruktur (Alte und Ausländer) als äußerst problematisch erwiesen. Dies rechtfertigt unserer Meinung nach die Beschränkung auf die Sache.

Trotz der hier aufgeführten negativen Kritikpunkte betrachten wir diesen Versuch als eine ausbaufähige Möglichkeit zu Planungsbeteiligung unter den gegebenen herrschenden Verhältnissen. Im SKU, dem nächsten Abschnitt des Sanierungsgebiets Kreuzberg, in dem im Frühsommer-nach den Wahlen die Erörterungen stattfinden wird, wird es sich zeigen, ob bei den Planungs- und Entscheidungsinstanzen Lerneffekte in Sachen "demokratischer Beteiligung" erfolgt sind, oder ob "Zitat - das Demokratieverständnis zu sehr strapaziert wurde".

optimale Sanierung kann ja nicht heißen, der Verwaltungsaufwand soll minimal bleiben. Hier geht es zu allererst um das Interesse von Menschen, Menschen, die Meinungen, Vorstellungen und Wünsche bezüglich ihres Lebensraums besitzen. Diese in die Planung einzubeziehen gilt es. Wir glauben, das Modell der MV ist ein sinnvoller Ansatz dafür.

Die Mietervertreter

Im SZ findet am gleichen Abend das erste Treffen wegen Aufhebung der Mieterschutzgesetze statt. ^{Zwei Leute} ~~zwei Leute~~ werden hindelegiert. Nachdem auch ~~er~~ nicht ins Kino mehr will, liest ~~er~~ Fragen vor, die er sich überlegt hat. Wir & konnten aber nicht alle besprechen, sondern nur folgende: Was für Leute sind damals in die Walde gekommen? Welche Sachen fanden wir damals grundsätzlich richtig, die für heute auch noch gelten müßten? Was war unsere Anfangsmotivation, d.h. warum sind wir (zum Teil halt auch von außerhalb) überhaupt in die Walde gekommen?



~~er~~ meint zur letzten Frage, daß wir uns mit den Walde 81-Leuten halt ganz gut identifizieren konnten, weil sie schon in einem großen Kollektiv zusammen wohnten, was also die erste Voraussetzung - das Sichzusammenschließen im Haus - darstellte. Bald war klar, daß wir nicht nur das einzelne Haus Walde 81 unterstützen wollten, sondern alle gleichermaßen Betroffenen in diesem Gebiet. ~~er~~: Wir wollten eine breite Öffentlichkeit herstellen, unsere Expansion war aber abstrakt, denn sonst stünden wir heute nicht so ratlos da, wo die Walde 81 versorgt ist. Wir wollten Druck erzeugen, haben aber nicht geschafft. ~~er~~: Ein wichtiger Grund dafür, daß wir Schwierigkeiten hatten, uns mit den anderen Mietern zu identifizieren, war ganz klar, daß viele garnicht in ihren Wohnungen bleiben wollen. ~~er~~: Unsere politische Haltung untereinander war kompromisslerisch und liberal (eine Folge davon war der O-platzauszug). ~~er~~: Wie lief's überhaupt am Anfang? ~~er~~: Wir sind ohne politisches Programm als Halb- oder Ganzbetroffene zu anderen Mietern gegangen (was richtig war). ~~er~~: Wir waren nicht radikal und politisch ein eine sehr gemischte Gruppe. Sowa trifft man aber überall an. Man muß sehen was man trotzdem gemeinsam machen kann. ~~er~~: Wir müssen uns überlegen, was wir falsch gemacht haben! ~~er~~: Wir haben uns zu Anfang wahnsinnig viel mit den hausinternen Sachen beschäftigt und haben veräumt, die Sanierungskisten, die von der Verwaltung her liefen, rechtzeitig ansupacken, z.B. Erörterungsveranstaltungen) Wir sind den Ereignissen immer hinterhergelaufen. ~~er~~: Wir

hätten uns doch von manchen Leuten früher trennen müssen.
[REDACTED]: Wir haben zu wenig zusammen gemacht, fast nur ge-
quascht. Man kann auch anderen Mietern nicht nur durch
Quatschen was vermitteln. [REDACTED]: Wir hätten mehr machen
können, z.B. eine Gegenveranstaltung zur Erörterungsver-
anstaltung. Frage, ob man sowas nachholen kann, wie Mieterrat,
z.B..

Unklar ist immer noch, was wir jetzt machen können und
wollen!!!!!!!

[REDACTED]: Die Mängelkampagne steht immer noch aus. Wir waren uns
auch immer einig, daß sie richtig ist. [REDACTED]: Wir müssen über
die Hausbesuche reden. Wir haben die falschen Leute besucht.
Wir hätten uns nur an die Jungen (Gleichgesinnten) halten
sollen. [REDACTED]: Wir hatten uns was vorgenommen, was nicht
geht: Häuser, die in wenigen Monaten abgerissen wurden,
konnte man nicht mehr retten.

Mit diesen Fragen, wollen wir nächstes Mal weitermachen:

- 1) Welche Sachen, die zur Waldzeit richtig waren, sind
heute noch richtig?
- 2) Was ergeben sich für Schwierigkeiten ohne Walde?
- 3) Was stellen sich die Leute von uns vor, die hier im
Gebiet wohnen?
- 4) Was bedeutet die Arbeit hier für die, die nicht hier
direkt wohnen?

Zwischentermin [REDACTED] : Mo 19 Uhr